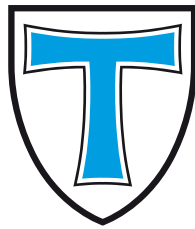


Gießener Universitätsblätter



Jahrgang 48 | 2015

**Herausgegeben von der
Gießener Hochschulgesellschaft e.V.**



Gießener Universitätsblätter

**Druck und Verlag:
Brühlsche Universitätsdruckerei Gießen**

**Wir danken allen Firmen, die unsere Förderbemühungen durch Anzeigenaufträge unterstützen.
Unsere verehrte Leserschaft bitten wir, die Anzeigen zu beachten.**

Inserenten: *Gießener Anzeiger*
 Menges Immobilien
 OBI Baumarkt
 Sommerlad
 Sparkasse Gießen
 Stadtwerke Gießen
 Vereinigte Hagel
 Wobst

Umschlaggestaltung: Margarita Tsomou: "Streching Attitudes: Between work & sex, pop & feminism, riot & crisis".
Foto von Rahel Kesselring zum Bericht ab Seite 115.

Herausgeber Gießener Hochschulgesellschaft e.V.

Schriftleitung Prof. Dr. Joachim Jacob
 Institut für Germanistik
 Justus-Liebig-Universität Gießen
 Philosophikum I, Otto-Behaghel-Straße 10B
 35394 Gießen
 Telefon 0641 9929070
 joachim.jacob@germanistik.uni-giessen.de

Redaktion Dr. Angelika Müller-Scherf
 Postfach: Ludwigstraße 23
 35392 Gießen
 Telefon 06409 804312
 dr@angelika-mueller-scherf.de

Druck und Verlag Brühlsche Universitätsdruckerei Gießen

ISSN 0533-8689

Inhalt

I. Berichte aus Universität und Stadt

Bericht des Präsidenten des Verwaltungsrats und des Vorstandsvorsitzenden der Gießener Hochschulgesellschaft	7
Die Stiftung Gießener Hochschulgesellschaft	9
Bericht des Präsidenten der Justus-Liebig-Universität Gießen	11
Bericht der Oberbürgermeisterin der Universitätsstadt Gießen	13

II. Themen und Thesen

<i>Joybrato Mukherjee:</i> Rede zum Akademischen Festakt der Justus-Liebig-Universität am 21. November 2014	21
<i>Max Albert:</i> Wissenschaftlicher Wettbewerb	29
<i>Peter Reuter:</i> Eine Bibliothek für das 21. Jahrhundert – Vorüberlegungen zum Neubau der Universitätsbibliothek Gießen	39

III. Fächer, Forschung, Perspektiven

<i>Stefanie Eschenbrenner, Volker Wissemann:</i> Was Charles Darwin noch nicht wusste	53
<i>Michael Knipper:</i> Das Schwerpunktcurriculum Global Health am Fachbereich Medizin der JLU Gießen	63
<i>Bojana Kunst:</i> Choreographie und Performanz: eine Angelegenheit von Belang	69
<i>Karina Fenner:</i> Wie vermittelt man Vermittlung? Literaturvermittlung als Studiengegenstand der Germanistik	75
<i>Jörg Evers:</i> Gebändigtes Röntgenlicht – Quantenzustände aus dem Nichts	83

IV. Aktuelle Forschungsprojekte

<i>Horst Carl:</i> Ein neuer geisteswissenschaftlicher Sonderforschungsbereich: Dynamiken der Sicherheit – Formen der Versicherheitlichung in historischer Perspektive	91
---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----

Inhalt (Fortsetzung)

Thomas Kischkel:
Ein „Palladium der teutschen Freyheit“ –
Die Spruchfähigkeit der Gießener Juristenfakultät im System
der Aktenversendung des Alten Reichs 99

V. Berichte aus geförderten Projekten

Rahel Kesselring:
Bericht über DISKURS '14 vom 12. Oktober bis 14. Dezember 2014 115

Kirsten Prinz:
Literarische Grenzüberschreitungen –
Lesung und Podiumsgespräch mit dem Schriftsteller Navid Kermani 117

Norman Ächtler:
Alfred Andersch – Engagierte Autorschaft im Literatursystem der Bundesrepublik
DFG-Symposium anlässlich des 100. Geburtstages von Alfred Andersch
vom 17. bis 19. Juli 2014 im Senatssaal der Justus-Liebig-Universität Gießen 121

Encarnación Gutiérrez Rodríguez, Ceren Türkmen, Sebastian Garbe:
“Material Matters in Times Crisis Capitalism.
Transnational feminist and decolonial perspectives”
Internationale Konferenz an der Justus-Liebig-Universität Gießen
vom 13. bis 15. November 2014 125

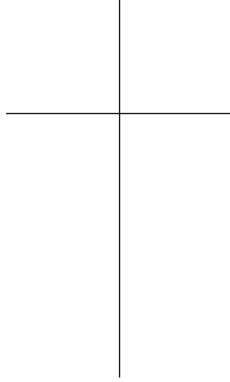
VI. Dissertationsauszeichnungen 2014 133

VII. Personalia 139

VIII. Biographische Notizen 143

I. Berichte aus Universität und Stadt





EHRENTAFEL

Die Gießener Hochschulgesellschaft trauert
um ihre verstorbenen Mitglieder

Prof. Dr. H. D. Gründer

Prof. Dr. Rudolf Hoppe

Prof. Dr. Jürgen Kranz

Prof. Dr. Bruno K. Meyer

Prof. Dr. Ernst Dieter Petzinger

Prof. Dr. Dr. Hans Dieter Pflug

Prof. Dr. Hans-Werner Rautenburg

Prof. Dr. Günter Strübel

Prof. Dr. Xenja von Ertzdorff-Kupffer

Bericht über die Arbeit der Gießener Hochschulgesellschaft

Liebe Mitglieder
der Gießener Hochschulgesellschaft,

während draußen die Natur erwacht, Tiere und Pflanzen, wenn auch nicht in die Zukunft schauen, so doch ihre Lebenszyklen auf das Werden im Jahr ausrichten, halten wir noch ein wenig Rückschau auf das vergangene akademische Jahr 2014/2015. Das Jahr brachte uns Veränderungen im Vorstand der Gesellschaft. Auf der Mitgliederversammlung 2014 wurde Prof. Dr. Volker Wissemann als Nachfolger von Prof. Dr. Wolfgang Scherf zum Vorstandsvorsitzenden gewählt. Die Mitgliederversammlung dankte Prof. Scherf, der den Vorstandsvorsitz sieben Jahre ausübte, für sein langjähriges Engagement. Zu seinen Verdiensten zählen die Konsolidierung der Finanzen der Gießener Hochschulgesellschaft in der neuen Struktur von Verein und Stiftung sowie die Erstellung einer informativen und attraktiven Internetpräsenz. Der Dank gilt gleichermaßen Prof. Peter von Möllendorff, der von 2005 bis 2014 Schriftführer der GHG war. Unter seiner Federführung erhielten die Universitätsblätter ein ganz neues Layout (und Layoutprinzip) und wurden auch inhaltlich gänzlich neu strukturiert. Als neuer Schriftführer tritt Prof. Dr. Joachim Jacob die Nachfolge von Prof. von Möllendorff an. Stephan Kampermann übergab das Amt des Schatzmeisters an Herrn Uwe Lehmann. Für seine langjährige, sorgfältige Verwaltung der Finanzen wurde auch Herrn Kampermann herzlich gedankt.

Aber unsere Rückschau ist vor allem ein Dank an Sie, dass Sie durch Ihre Mitgliedschaft in der GHG, Ihre finanzielle und ideelle Förderung, dazu beitragen, positiv an und für unsere *Alma Mater* wirken zu können. Die GHG fördert zuallererst Menschen. Menschen, die mit ihrer Begabung, ihrem inneren Reichtum, aufbre-



chen, um den Namen der JLU als Botschafterinnen und Botschafter in die Welt zu tragen. Sei es in Forschungsprojekten, mit Tagungen, bei Vorträgen, durch darstellende Kunst; immer sind es die Menschen der JLU, die wir unterstützen können, durch Ihre Unterstützung. So konnten wir erneut, und doch in einer lebendigen Tradition stehend, 8 Dissertationspreise im Rahmen des akademischen Festakts am 21. November 2014 verleihen, die von uns ausgezeichneten Promovierten decken die Breite der Fachbereiche der JLU ab. Dabei ist es nicht die Höhe des Preisgeldes, das im Mittelpunkt steht, sondern die rückblickende Anerkennung und Auszeichnung geleisteter Arbeit. Ebenso schön ist es, dass wir durch Ihre Förderung auch einen Vertrauensvorschuss geben können: das Deutschlandstipendium. Aus der Fülle von Bewerbungen Studierender der JLU durften wir uns für Stipendiatinnen und Stipendiaten entscheiden, die durch die Deutschlandstipendien der GHG im kommenden Jahr gefördert werden. Vier junge Menschen aus den Agrarwissenschaften, Sozialwissenschaften, Angewandten Theaterwissenschaften und Lehramt an Gymnasien werden dann als Botschafter der GHG Dank Ihrer Förderung ihre Pläne auf ihrem Lebensweg verwirklichen können. Wir freuen uns sehr darauf, sie auf ihrem

Weg so begleiten zu können, wie sie es von uns wünschen. Aber die GHG fördert auch die Realisierung von Projekten, sie bietet mit ihrer Unterstützung von Tagungen und Kolloquien Raum für den wissenschaftlichen Diskurs, für die Auseinandersetzung mit den Fragen und Antworten in dieser Welt. Diese Auseinandersetzung kann und muss vielfältig und bunt sein, sie reicht von der musikalischen Aufführung bis zur Predigt, vom Festvortrag bis zur Posterpräsentation auf der internationalen Tagung, vom Monolog einer Theateraufführung bis zur Kinderuni, vom Nachdenken bis zum praktischen Experiment. All diesen Projekten, hinter denen wir immer die Menschen sehen, gilt unser Interesse, aber dazu sind wir auf Ihre Unterstützung angewiesen.

Der Göttinger Historiker Hermann Heimpel hat in seinem Festvortrag anlässlich des 35. Fortbildungskurses für Ärzte in Regensburg am 14. Oktober 1965 seine „Liebeserklärung an die Deutsche Universität“ formuliert. Das zentrale Moment seiner Rede ist die Freiheit der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Universität. Zu dieser Freiheit gehört aber auch die Feiernkultur oder wie es Heimpel nennt: „Der Mut zur Repräsentation, oder unzeitgemäß drapierte Festlichkeiten.“ Und so sehen wir es nicht nur als unser Recht, sondern auch als unsere Pflicht an, dass wir mit der GHG neben der Entfaltung in Freiheit auch die Repräsentation der JLU fördern, und wir halten es im Gegensatz zu Heimpel nicht für unzeitgemäß in der Art, wie wir unterstützen. Ist denn nicht das zur Tradition gewordene Feuerwerk auf dem Universitätssommerfest auf Schloss Rauischholzhausen Ausdruck für unser Bemühen, Farbe und Licht in so manches Projekt zu bringen,

was ohne unsere Unterstützung nur schwer den gleichen Glanz hervorbringen könnte? Diesen Mut zur Repräsentation wollen wir künftig verstärkt aufbringen, nicht im Sinne einer ausgedehnten Feiernkultur, sondern in der Hinwendung zu selbstbestimmten Förderprojekten der GHG, die sich mit der lebendigen Identifikation, Erinnerung und Sachkultur der JLU befassen. Aus ihrer mehr als 400-jährigen Geschichte bewahrt die JLU ein Erbe, einen Strauß buntester Erinnerungen auf, die in ihrer Gesamtheit auch Teil unserer kulturellen Identität sind. Gemälde, Bücher, Musikinstrumente, Archivbestände und vieles mehr sind Ausdruck universitären Anspruchs und Selbstverständnisses, aber auch emotional und finanziell belastend im Hinblick auf die Notwendigkeiten der Erhaltung, Erschließung und Pflege. Hier sehen wir, neben der traditionellen Förderung von Menschen und Projekten, unser neues Aufgabengebiet, um freundschaftlich (und) fördernd unsere Verbindung zur JLU zum Ausdruck zu bringen. Hierfür benötigen wir Ihre Unterstützung, und da es zum Wohle der JLU ist, ist es uns nicht unangenehm, Sie um konkrete finanzielle Unterstützung zu bitten. Wir bitten Sie herzlich, trotz aller Erfolge der Arbeit der GHG zu überlegen, ob Sie mit einer eventuell zweckgebundenen größeren Spende die Bewahrung des universitären Erbes ermöglichen können. Bitte sprechen Sie den Vorsitzenden der GHG jederzeit hierzu an. Im Namen des Vorstands wünschen wir Ihnen ein gutes akademisches Jahr 2015/2016. Es wird hoffentlich vielfältige Möglichkeiten bieten, auf denen wir uns gesund und voller Tatendrang zum Wohle der GHG und der JLU sehen, miteinander reden und auch feiern können.

Mit besten Grüßen

Prof. Dr. Volker Wissemann
Vorsitzender des Vorstands

Manfred Siekmann
Präsident des Verwaltungsrats

Die Stiftung Gießener Hochschulgesellschaft

Die Stiftung Gießener Hochschulgesellschaft kann dankbar auf ein erfolgreiches Jahr 2014 zurückblicken. Unser Dank gilt Ihnen, den Stifterinnen und Stiftern, die Sie aktuell und in den vergangenen Jahren durch Ihre Zuwendung dazu beitragen und beigetragen haben, dass Erträge aus dem Stiftungsvermögen für die Arbeit der Gießener Hochschulgesellschaft bereit gestellt werden konnten. Die Besonderheit der Stiftung Gießener Hochschulgesellschaft ist, dass die Stiftungserträge ausschließlich an einen Begünstigten, nämlich den gemeinnützigen Verein Gießener Hochschulgesellschaft fließen können. Da der Stiftungsvorstand identisch ist mit dem Vorstand der Gießener Hochschulgesellschaft e.V., sind Strategie und Kontinuität in der weiteren und antragsbasierten Mittelvergabe langfristig gesichert.

Entsprechend den Empfehlungen des Beirates und auf Beschluss des Vorstandes wurde im letzten Jahr unter der Ägide des auf der Mitgliederversammlung 2014 neu gewählten Schatzmeisters, Herrn Uwe Lehmann, das Anlagevermögen unter Wahrung der Vorgaben für Stiftungen neu strukturiert. Unbeschadet des generell sehr niedrigen Zinsniveaus konnte eine Rendite von 3 % erzielt werden. Die Erträge lagen bei 20.361 €, von denen auf Empfehlung des Stiftungsbeirates und auf Beschluss des Stiftungsvorstandes unter Rückstellung von 5.361 € der Gießener Hochschulgesellschaft e.V. 15.000€ zur Erfüllung ihrer ge-

meinnützigen Zwecke zur Verfügung gestellt werden konnten.

Im Jahr 2014 konnten insgesamt 2.200 € als Zustiftungen eingeworben werden. Das nominale Stiftungskapital erhöhte sich damit auf 616.303 €, der Buchwert des Stiftungskapitals ergab sich zum 31. Dezember 2014 mit 690.244 €. Damit wurden alle allgemeinen Vorgaben zur Verwaltung und Erhaltung des Stiftungsvermögens erfüllt. Auf der gemeinsamen Sitzung von Beirat und Vorstand am 24. Februar 2015 erfolgte eine einstimmige Entlastung des Vorstandes durch den Beirat.

Damit hat sich in den vergangenen Jahren die Stiftung als eine wesentliche Größe bei der Umsetzung der gemeinnützigen Ziele der Gießener Hochschulgesellschaft e.V. bewährt.

Ziel muss es jedoch sein, nicht nur den Status quo zu erhalten, sondern das Potential der Stiftung durch Erhöhung des nominalen Stiftungskapitals zu stärken. Dies kann praktisch nur durch den Eingang weiterer Zustiftungen erfolgen. Daher appellieren wir an Sie als Mitglied der Gießener Hochschulgesellschaft e.V., aber auch an die breite Öffentlichkeit, als Zustifterin und Zustifter tätig zu werden bzw. Zustiftungen einzuwerben.

Hochschulen sind in ihrer Region ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Eine Stärkung der Stiftung und damit der Gießener Hochschulgesellschaft e.V. trägt ihren Teil dazu bei, dass die Justus-Liebig-Universität Gießen weiterhin langfristig dieser Funktion nachkommt.

Prof. i.R. Dr. Dr. h.c. Bernd Hoffmann
Vorsitzender des Stiftungsbeirats

Prof. Dr. Volker Wissemann
Vorsitzender des Stiftungsvorstands

Bericht des Präsidenten der Justus-Liebig-Universität für die Gießener Hochschulgesellschaft 2014

Aufgrund der inhaltlichen Doppelungen verzichten wir in den Gießener Universitätsblättern auch in diesem Jahr zugunsten der Rede des Präsidenten auf einen zusätzlichen Bericht an dieser Stelle.

Die vollständige Rede des Präsidenten zum Akademischen Festakt der Justus-Liebig-Universität Gießen am 21. November 2014, die auch auf die wissenschaftlichen Entwicklungen des Jahres 2014 eingeht, finden Sie unter der Rubrik „Themen und Thesen“ ab Seite 21.



HIER WIRD

GIESSENER GRÜNSTROM

PRODUZIERT.



Gießener Grünstrom – unsere Privatkunden müssen sich um nichts kümmern. Sie haben ihn schon.

Wir sind ein Bestandteil unserer Region. Wir leben hier. Wir arbeiten hier. Nachhaltigkeit in der Energieversorgung und Verbundenheit mit unserer Heimat sind uns wichtig. Der Gießener Grünstrom ist 100% atomstromfrei und kommt bereits heute zu fast 40% aus unserer Region. Vom Gießener Grünstrom profitieren unsere Haushalte schon jetzt. Für unsere Kunden entsteht kein Extra-Aufwand, denn wir kümmern uns um alles. Der Gießener Grünstrom garantiert uns ein Stück Lebensqualität. Er ist gut für unsere Kunden – und gut für unsere Region.

www.giessener-gruenstrom.de

MIT ENERGIE. FÜR DIE REGION.

Stadtwerke Giessen
SWG

Mehr Demokratie – aber wie?

Die „Wutbürger“- und „Nein-Sager“- , die „Dagegen“-Republik: kaum ein Thema, kaum ein gesellschaftliches Phänomen beherrscht die Gazetten der Republik so nachhaltig wie der überall aufkommende Bürger/innen-Protest gegen als ungerecht, unausgewogen oder im Einzelfall schlicht als falsch empfundene staatliche oder politische Entscheidungen. Stuttgart 21 war und ist dafür ein Synonym. Dabei ist „Stuttgart 21“ und jede andere „Dagegen“-Bewegung mehr als der Protest gegen Veränderung eines lieb gewordenen Umfelds. Ja, auch mehr als die Kritik an einer als fremd und vermeintlich rein Kapital-Interessen gesteuerten Investitionspolitik. Hinter „Stuttgart 21“ als Phänomen verbirgt sich auch eine Demokratiekritik, eine Kritik von Bürger/innen, die sich in unserer Form der repräsentativen Demokratie, in der die Macht vom Volke ausgehen soll, nicht mehr wiederfinden und Entscheidungen der Gewählten nicht mehr akzeptieren wollen. Die sich daher nicht mehr als solche repräsentiert, nicht gefragt, übergangen und ungehört fühlen. Auch die Pegida-Bewegung atmet diese Luft – oder wird auch von ihr beatmet. Nicht umsonst lauten die Forderungen und Lösungsansätze deshalb allerorts „mehr Bürgerbeteiligung“, „mehr Teilhabe“ oder wahlweise von rechts wie links befeuert auch: „mehr direkte Demokratie“.

Gießen unterscheidet sich als traditionsreiche Universitätsstadt mit hohem Bevölkerungsanteil an gut Gebildeten und Akademikern, als Stadt mit dem höchsten Studierendenanteil an der Gesamtbevölkerung republikweit dabei nicht grundsätzlich vom Rest des Landes. Auch in Gießen keimt allerorten und quer durch alle Bevölkerungsgruppen immer wieder Widerstand: gegen eine Veränderung des Umfelds wie durch die Landesgartenschau geschehen beispielsweise, gegen städtebauliche

Verdichtung, wie sie an vielen Stellen der Stadt geschieht, um mehr (Wohn-)Raum für neue Einwohner/innen zu schaffen, vor allem aber um städtische Brachflächen zu entwickeln. Und immer schwingt dabei auch die Unterstellung mit, Kapital-Interessen von Investoren würde der Vorzug gegenüber Einwohner/innen-Interessen gegeben oder bei städtischen Maßnahmen: es würde über den Kopf der Bürger/innen hinweg entschieden, ohne diese miteinzubeziehen.

Gemeinsam ist allen Bewegungen der Wunsch nach einem Mehr an Beteiligungsmöglichkeiten an politischen Entscheidungen jenseits der herkömmlichen Mitarbeit in Parteien und/oder Teilnahme an Wahlen. Gemeinsam ist ihnen aber leider oft auch, dass die formulierten Interessen gleichgesetzt werden mit einem vermeintlichen Gesamtinteresse der Bevölkerung. Aus dieser oft falschen Gleichsetzung heraus formulieren sich sodann nicht nur Forderungen, mehr mitreden zu wollen, sondern auch, dass Politik das nachzuvollziehen habe, was einzelne Bürger/innen in Beteiligungsverfahren fordern. Ungeachtet der Tatsache, dass Beteiligung der Bürger/innen auch in Gießen oft besser, transparenter und auch im Ergebnis offener sein müsste: Die Gleichsetzung der eigenen Meinung mit dem angeblichen Volkswillen – dies ist leider eines der häufigsten Missverständnisse auch in lokalen Bürgerbeteiligungsverfahren. Und eines dazu, das einer echten Konsensbildung, die Ziel von Beteiligung sein sollte, im Wege steht.



So einfach geht es!

www.giessen-direkt.de



Universitätsstadt Giessen
Büro der Oberbürgermeisterin
Berliner Platz 1
35390 Giessen
buergerbeteiligung@giessen.de
www.giessen.de

Sagen Sie uns, was Sie von unseren Entwürfen für neue Regeln der Bürgerbeteiligung halten.

Das geht ganz einfach:

Über www.giessen-direkt.de

oder auf herkömmlichem Weg:

Alle Unterlagen bekommen Sie im Stadtbüro im Rathaus, Berliner Platz 1, 35390 Giessen.

Die Beteiligung läuft ab dem 9. Dez. 2014, einen Monat lang, bis 9. Jan. 2015.



Leitlinien und Satzung
zur strukturierten Bürgerbeteiligung

Abb. 1: Mit einem Flyer, der in alle Haushalte verteilt wurde, informierte der Magistrat über die geplanten Leitlinien und die Satzung der Bürgerbeteiligung. (Quelle: Stadt Giessen)

Dass sich aus diesem Missverständnis dann schnell auch die Forderung ableitet, mehr direkte Demokratie – also Abstimmungen mit direkter und bindender Wirkung auf Entscheidungen – einzuführen, ist tatsächlich ein kleiner argumentativer Schritt. Für die notwendige Weiterentwicklung einer wirklich demokratischen Kultur, die Bürger/innen ernst nimmt, sie beteiligt, aber bei der Entscheidungsfindung den Konsens sucht und Interessen ausgleicht, ist dieser kleine Schritt aber abträglich. Partizipation ist nicht „Party“zipation – Teilhabe an Meinungsbildung setzt Information und Einlassung auch auf andere Interessenslagen voraus. Nicht immer macht das Spaß. Und keineswegs sind Entscheidungen nur mit einem „Like“- oder „Dislike“-Button in einer großen Beteiligungsshow zu bewerten. Dazu muss man reden, erklären und sich annähern. Nicht umsonst haben wir in Gießen Ende des letzten Jahres unseren Vorschlag, Bürgerbeteiligung auf neue Füße zu stellen, unter dem Motto veröffentlicht: „Mensch, ärgere Dich nicht. Lass uns reden!“

Wir haben Leitlinien sowie eine Satzung entworfen, die künftig verbindlich regeln soll, wie und wann Bürgerbeteiligungen stattfinden und wie diese zu gestalten sind, damit sich keiner ärgert und ungehört bleibt. Für manchen bleibt dieses Regelwerk hinter den Erwartungen zurück – soviel lässt sich heute nach der Anhörungsphase der Bürgerschaft bereits sagen. Die Schaffung von neuen Elementen der direkten Demokratie lässt unsere Verfassung nicht zu. Und es muss auch fraglich bleiben, ob solche Elemente dazu geeignet wären, die Kluft, die sich inzwischen hinsichtlich der Frage, wer entscheidet eigentlich und wie, quer durch unsere Gesellschaft, ja auch durch unsere Stadt zieht, zu schließen.

Einen genaueren Blick auf Einstellungen zu unserer lokalen Demokratie in Gießen hat uns eine Befragung geliefert, die wir im Sommer des letzten Jahres im Vorfeld der Diskussion um eine neue Kultur der Bürgerbeteiligung zusammen mit dem Deutschen Forschungsinstitut für die öffentliche Verwaltung (FÖV) Speyer durchgeführt haben. Bereits im Jahre 2010 hatten wir die Bevölkerung repräsentativ

zum Thema Lebensqualität in Gießen befragt und festgestellt, dass hinsichtlich der Erwartung an Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung und der empfundenen Wichtigkeit des Themas eine große Lücke besteht. Es bestand und besteht daher Handlungsbedarf. Auch die differenzierte Bürgerbefragung zum expliziten Thema „Demokratie und Bürgerbeteiligung“ in Gießen bestätigte dieses Bild. Die Befragung wollte nach dem Beispiel anderer Städte in ganz Europa ein Demokratie-Audit für Gießen erstellen und konnte am Ende feststellen: Mehrheitlich sind die Gießener mit unserer Demokratie zufrieden. (...) Aber: Mehr als jeder zweite Gießener wünscht sich mehr Bürgerbeteiligung und Möglichkeiten, sich zu städtischen Vorhaben zu äußern und mit seiner Meinung Gehör zu finden. Und: Dafür wollen diese Gießener offensichtlich aber nicht viel Zeit aufwenden müssen. Langwieriges Aktenstudium oder länger dauernde Prozesse der Mitgestaltung finden sie in der Mehrheit nicht attraktiv. Die herkömmliche Möglichkeit, sich gestaltend zu beteiligen, scheint nicht mehr wahrgenommen zu werden: Weder die stete Mitarbeit in Parteien, noch die partielle Beteiligung in Planungsverfahren wird als Lösung oder Ausweg aus der vielfach zitierten derzeitigen Krise der repräsentativen Demokratie gesehen. Die Gießener unterscheiden sich nicht von der Gesamtheit der Bevölkerung der Republik: Sie wollen, so könnte man aus der Befragung schlussfolgern, öfter gefragt werden, was sie denken. Und sie wollen, dass ihre Beteiligung auch Folgen hat – sich also etwas ändert, wenn sie etwas anderes wollen, als Politik und Verwaltung vorhaben.

Das alleine ist nicht sonderlich verwunderlich. Denn: Mit zunehmender Bildung und Emanzipation der Bürger haben sich auch die Einstellungen gegenüber dem Staat als nicht hinterfragte, per Wahl legitimierte Instanz für Entscheidungen verändert. Das Bedürfnis nach persönlicher Unabhängigkeit und individuellen Handlungsmöglichkeiten hat zugenommen. Das Bedürfnis, über eigene Angelegenheiten selbst entscheiden zu können, ebenso. Und für die Übernahme von Aufgaben, Pflichten, Ämtern etc. sprechen heutzutage mehrheitlich nur

persönliche Überzeugung und Motivation – nicht mehr tradierte Werte. Auch dafür haben wir in Gießen Belege in unserem Demokratie-Audit gefunden: Auf die Frage, welche Werte bei der Kindererziehung eine Rolle spielen sollten, erreichte auch Gießen einen Spitzenwert für den Wert „Selbstständigkeit und freier Wille“. Gehorsam oder Ordnungsliebe spielen untergeordnete Rollen.

Einen offensichtlichen Unterschied zwischen bundesweiten Trends und Gießener Ergebnissen offenbart jedoch die Einstellung zu Fragen der „Direkten Demokratie“. Während sich nach einer Bertelsmann-Studie vom September 2014 mehr als zwei von drei Befragten gerne direkt – etwa per Bürgerentscheid – über wichtige Fragen in ihrer Gemeinde mitentscheiden wollen, sind es in Gießen „nur“ etwas weniger als die Hälfte der Befragten. Gleichwohl spaltet dieser Trend die Gesellschaft der Universitätsstadt. Während man sich einig ist, mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten über die eigenen Angelegenheiten haben zu wollen, ist man in Gießen uneins bei der Frage, in welchem Verhältnis Mitbestimmung zur Frage der Entscheidungskompetenz steht. Und das ist abhängig vor allem von Bildung.

„Mehr direkte Demokratie“, also mehr Volksabstimmungen auch in Einzelfragen jenseits

der Wahlen als Lösung, an dieser Frage entzweiten sich die Geister, beschreibt unsere Studie. 43 Prozent der Gießener/innen würden sich mehr direkte Demokratie, mehr direkten Einfluss wünschen – also Bürgerentscheide und bindende Bürgervoten wie in der Schweiz. Das ist das Gesamtergebnis der repräsentativen Umfrage. 57 Prozent sind da eher gespalten und neigen dazu, Mischformen zu wählen: mehr Bürgerbeteiligung, aber letztlich eine Entscheidung durch die gewählten Repräsentant/innen. Mehrheitlich abgelehnt wird eine Entscheidungsfindung nach dem Konsensprinzip, das deliberative Verfahren bevorzugen. Die Mehrheit der Gießener/innen bevorzugt Mehrheitsentscheidungen.

Der Blick auf Details offenbart, dass es sich in Wahrheit auch um einen echten Erwartungsbruch in unserer Gießener Gesellschaft handelt, der hauptsächlich etwas mit Bildungshintergründen zu tun hat (siehe Grafik unten).

Die Studie der FÖV Speyer stellt fest: „Gießener/innen mit höheren Bildungsabschlüssen, mit Abitur, neigen zum einen häufiger der ‚Richtung‘ repräsentative Demokratie zu (ca. 34 %, während dies bei den anderen beiden Schulabschlussformen ‚nur‘ ca. 24–28 % sind), zum anderen sind die ‚Abiturienten‘ in deutlich geringerem Maße ‚radikal‘, d.h. möchten einen

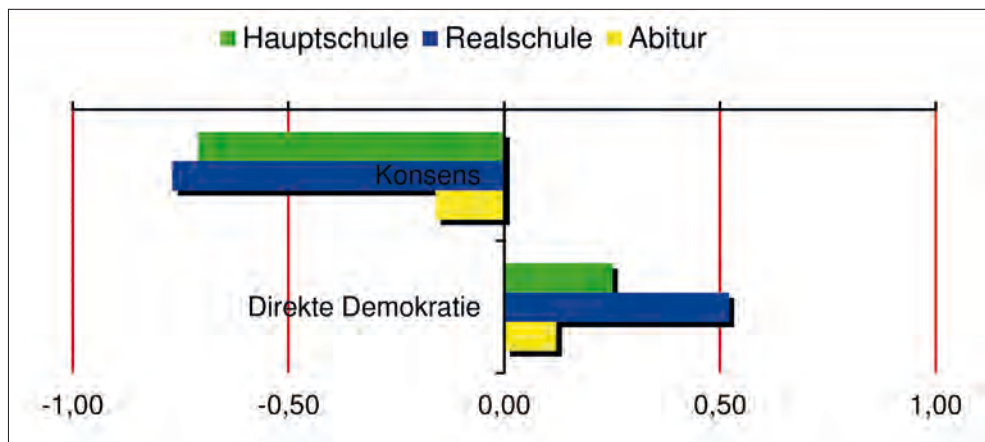


Abb. 2: Soll unsere Demokratie stets den Konsens suchen oder per Mehrheit entscheiden? Sollte es mehr direkte Demokratie geben oder ist die repräsentative Demokratie die richtige Form? An diesen Fragen scheiden sich auch in Gießen die Geister. Eine Untersuchung hat gezeigt: Maßgeblich für die unterschiedliche Bewertung ist der Bildungshintergrund der Menschen. (Quelle: FÖV Speyer)

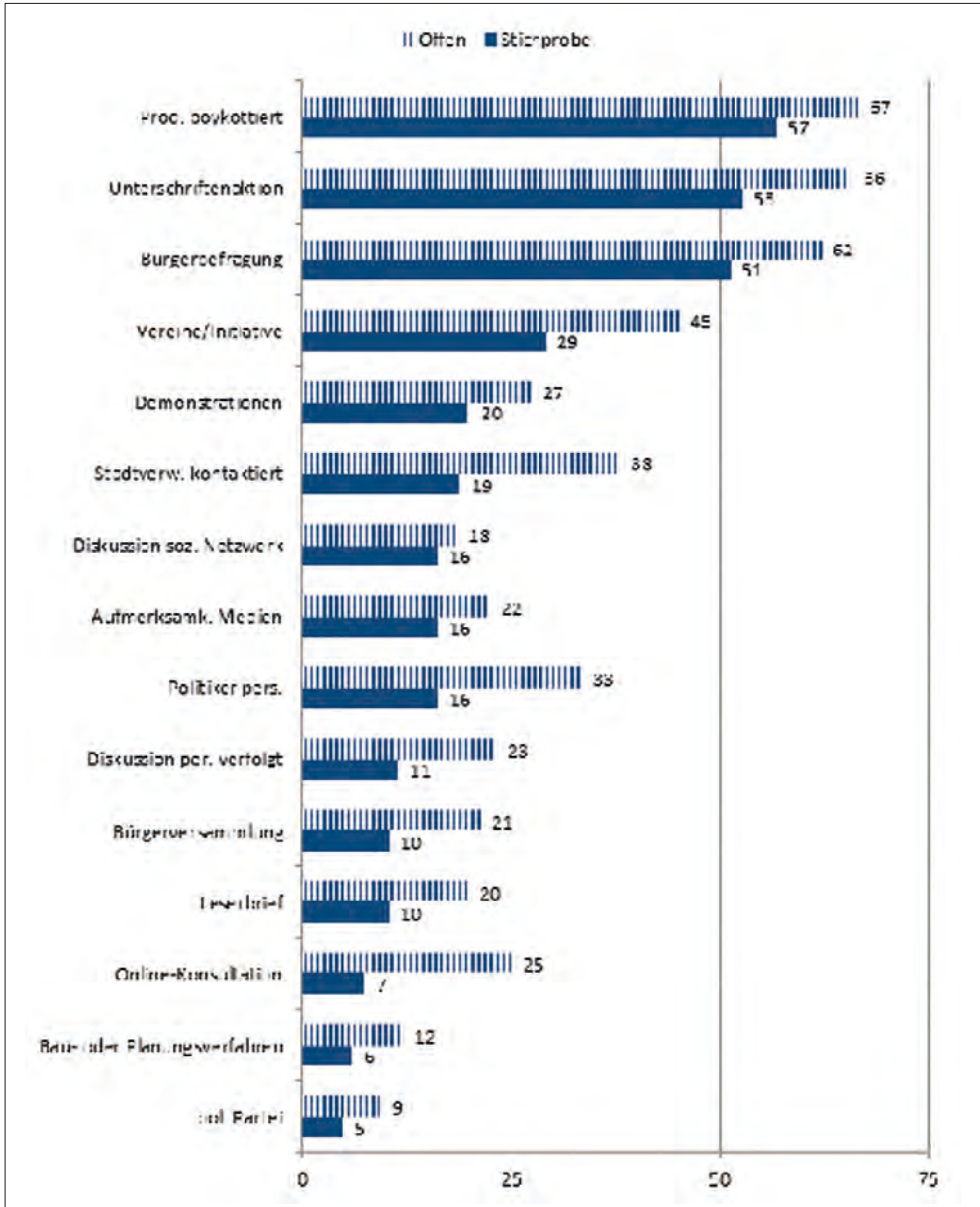


Abb. 3: Es gibt im Kern nur drei Arten von Beteiligungsmöglichkeiten, mit denen sich mehr als die Hälfte der (aktivierbaren) Gießener Bevölkerung identifizieren können: Sie können sich vorstellen, ihre Meinung durch einen Boykott von Produkten, durch Unterschriftenaktionen und Bürgerbefragungen zum Ausdruck zu bringen. Deutlich weniger als 25 Prozent neigt dazu, sich über die Beteiligung an Wahlen oder Bürgerbefragungen bzw. Unterschriftenaktionen hinaus zu beteiligen. Besonders gering ist der Anteil an Personen (in beiden Befragtengruppen), die sich an den verfassungs- bzw. gesetzesmäßig vorgesehenen Beteiligungsmöglichkeiten („Mitarbeit in einer politischen Partei“, „Eimischung“ in Bau- und Planungsverfahren“ (z.B. durch Eingabe, Einwendung etc.) beteiligen. Quelle: Politische Beteiligung. Demokratie Audit Gießen 2014 (repräsentative Stichprobe und offene Befragung), valide Prozentwerte.

(Quelle: FÖV Speyer)

kompletten Wechsel zur Direkten Demokratie. Bei den Haupt- und Realschülern sind dies jeweils ca. 38–39 %; bei den Abiturienten sind es dagegen nur ca. 19 %! Letztere optieren, wenn sie für direkte Demokratie sind, zumeist für eine Mischform mit der repräsentativen Demokratie.“

Ähnlich verhält es sich bei der Beurteilung der Wirksamkeit von Bürgerbeteiligungsverfahren. Während Bürger/innen mit höheren Bildungsabschlüssen eher dazu neigen, ihre Möglichkeiten und Bürgerrechte wahrzunehmen und ihnen auch eine Wirksamkeit unterstellen, trauen Menschen mit niedrigeren Bildungshintergründen allen bestehenden Formen der Mitwirkung weniger zu. Dass sie daher eher zu Formen der Beteiligung neigen, die in direktdemokratischen Mehrheits-Abstimmungen statt in Diskussion, Abwägung der Interessen und Konsensbildung münden, kann nicht verwundern.

In Zukunft wird es daher darauf vermehrt ankommen, diese sehr grundsätzlichen Unterschiede zu befrieden, die in Gießen als Universitätsstadt mit großem Bildungsgefälle offenbar werden. Auf dem Weg, den wir mit unserer Bürgerbeteiligungssatzung beschreiten wollen, einerseits Bürgerrechte verbindlich zu stärken,

andererseits aber auch an der Überzeugung festzuhalten, dass die Gestaltung eines Gemeinwesens mehr braucht als Abstimmungen wie in einer Casting-Show, wird es jedenfalls die Einlassung vieler brauchen. Wenn es stimmt, was die Bertelsmann-Stiftung zum Thema Herausbildung eines Gemeinsinns erforscht hat, den ich beim Thema Bürgerbeteiligung für unabdingbar halte, stimmt mich das für Gießen jedenfalls hoffnungsfroh: „Je höher das Bruttoinlandsprodukt eines Bundeslandes, je niedriger das Armutsrisiko, je urbaner das Wohnumfeld und je jünger die Bevölkerung, desto höher der Zusammenhalt“, so das Ergebnis der Studie. Insofern darf Gießen tatsächlich hoffen: Unser Bruttoinlandsprodukt ist höher als in anderen hessischen Städten, unsere Stadt wird täglich urbaner und unsere Bevölkerung ist im hessischen Vergleich eine der Jüngsten des ganzen Bundeslandes. Entscheidend für die Entwicklung unserer Demokratie-Debatte wird daher sein, wie stark sich insbesondere das universitäre Umfeld in die lokale Diskussion einlässt. Ich würde es mir wünschen.

Dietlind Grabe-Bolz
Oberbürgermeisterin
der Universitätsstadt Gießen

II. Themen und Thesen



Joybrato Mukherjee

Rede zum Akademischen Festakt der JLU am 21. November 2014

Sehr geehrte Frau Ministerin, liebe Frau Kollegin Wanka,
sehr geehrter Herr Landtagspräsident Kartmann,
verehrte Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Hessischen Landtages,
sehr geehrte Mitglieder der Hessischen Landesregierung,
verehrte Ehrengäste, sehr geehrte Frau Hormuth,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
verehrte Studierende,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich sehr, dass Sie so zahlreich zum diesjährigen Akademischen Festakt der Justus-Liebig-Universität Gießen (JLU) erschienen sind. Wir begehen heute den höchsten Feiertag im Jahreslauf unserer Universität – heute stehen wie in jedem Jahr die exzellenten Leistungen von jungen Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern im Vordergrund. Und so bin ich ausgesprochen froh darüber, dass Sie, Frau Ministerin Wanka, sich auf meine Einladung hin sofort bereit erklärt haben, am heutigen Tag den Festvortrag bei unserem Akademischen Festakt zu halten. Der wissenschaftliche Nachwuchs, seine beruflichen Perspektiven und seine internationale Vernetzung liegen Ihnen, wie ich weiß, in besonderer Weise am Herzen – und das und nicht nur wegen Ihrer Ressortzuständigkeit. Seien Sie daher besonders herzlich willkommen an der Justus-Liebig-Universität Gießen, denn die systematische und umfassende Nachwuchsförderung ist seit jeher eines der Markenzeichen dieser unserer Universität.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir, mit einigen Worten auf die aktuellen Entwicklungen in der Wissenschaftspolitik einzugehen, da die bereits vorgenommenen bzw. in Vorbereitung befindlichen Weichenstellungen auch für unsere Universität von großer Bedeutung sind. Ich bin zunächst sehr froh darüber, dass das Land Hessen sich entschlossen hat, die gesamten 81 Millionen Euro, die ab dem kommenden Jahr an Landesmitteln frei werden, weil der Bund die BAföG-Leistungen zukünftig komplett selbst finanzieren wird, vollständig den Hochschulen zukommen zu lassen. Herr Minister Rhein hat vor wenigen Wochen im Hessischen Landtag angekündigt, dass damit auch die im Koalitionsvertrag zugesagte Erhöhung der Grundfinanzierung im Hessischen Hochschulpakt 2016–2020 um jährlich 2,5 % ermöglicht werden soll – das wären ab 2016



Abb. 1: Prof. Dr. Joybrato Mukherjee
(Quelle: JLU-Pressestelle/Rolf K. Wegst)

rechnerisch über 35 Millionen Euro jährlich mehr und bis zum Ende des Jahrzehnts kumuliert ca. 550 Millionen Euro mehr für die hessischen Hochschulen. Mit den weiteren Finanzierungssäulen – ich nenne das HSP2020-Programm von Bund und Ländern zur Finanzierung der zusätzlichen Studienplätze, das Bauinvestitionsprogramm HEUREKA – von dem wir uns in Gießen nach 2020 angesichts unseres Sanierungsstaus einen großen Anteil erhoffen –, das Landesexzellenzprogramm LOEWE, in dem wir nach fünf Jahren Laufzeit die zweiterfolgreichste Einrichtung in Hessen sind – und die QSL-Studienbeitragsersatzmittel in Höhe von 92 Millionen Euro jährlich – besteht daher die Hoffnung auf eine bemerkenswerte Stabilisierung der Hochschulfinanzierung in Hessen für dieses Jahrzehnt. Auch im bundesweiten Vergleich aller Länder sind diese Finanzeckpunkte bis 2020 erfreulich.

Bei den derzeit intensiv laufenden Verhandlungen zur hesseninternen Verteilung der Mittel für die Jahre 2016–2020 in der sogenannten „Leistungsorientierten Mittelzuweisung“ (LOMZ) sind für uns an der Justus-Liebig-Universität zwei Dinge entscheidend. Erstens: Wir brauchen mehr Stabilität im System, um dem an einigen Stellen ruinösen hesseninternen Wettbewerb – ob nach Studierenden oder nach Drittmitteln – Einhalt zu gebieten. Um es deutlich zu sagen: Wir brauchen in den Jahren 2016–2020 ein stabiles, verlässliches und die Kostensteigerungen abdeckendes Grundbudget sowie ein sogenanntes Erfolgsbudget, das die Leistungen der Hochschulen in allen Dimensionen – Forschung, Nachwuchsförderung, Lehre, Gleichstellung, Internationalisierung usw. – angemessen berücksichtigt. Zweitens: Wir brauchen mehr Fairness im System. Sonderförderungen für einzelne Standorte, die zu wettbewerbsverzerrenden Effekten führen, müssen abgebaut werden. Umgekehrt gilt, dass für nachweislich bestehende Nachteile einzelner Standorte ein substantieller Nachteilsausgleich vereinbart werden muss – dies gilt bei uns in Gießen insbesondere für den im Vergleich sehr hohen Bauunterhaltsbedarf angesichts des bei weitem nicht aufgelösten Sanierungs- und Bauinvestitionsstaus. Zur Fair-

ness im System gehört auch, dass die Interessen und Profile aller 13 Hochschulen und aller Hochschultypen berücksichtigt werden. Ich bin nach einer Reihe von Hochschulleitertagungen seit dem Frühsommer optimistisch, dass auch die Landesregierung den nächsten Hochschulpakt 2016–2020 entlang dieser Leitlinien – sprich: mehr Stabilität und mehr Fairness im System – ausgestalten will.

Optimismus können wir auch daraus schöpfen, dass Bund und Länder sich inzwischen auf eine Reihe von Eckpunkten zur zukünftigen Finanzierung des Wissenschaftssystems verständigt haben, die auch für die strukturelle und finanzielle Zukunft unserer Universität von zentraler Bedeutung sind. Hierzu gehört unter anderem:

1. Die Grundsatzentscheidung, auch nach 2017 in noch auszugestaltenden Formaten die positiven Effekte der Exzellenzinitiative mit dem gleichen Mittelvolumen zu unterstützen. Dies bietet für die Universität Gießen, die als einzige Universität Hessens sowohl in der ersten als auch in der zweiten Förderlinie der Exzellenzinitiative gefördert wird, eine sehr positive Perspektive.
2. Die Weiterführung der sogenannten Programmpauschale nach 2015 und ihre Erhöhung von 20 % auf 22 %. Für die Universität Gießen, die bei einem nackten Grundbudget von ca. 220 Millionen Euro für Forschung und Lehre zusätzlich weitere 90 Millionen Euro an Drittmitteln und weiteren eigenen Einnahmen einspielt, ist dies ebenfalls eine sehr wichtige Festlegung.
3. Die Verständigung darauf, das HSP2020-Programm zur Finanzierung des Studienplatzaufwuchses ab 2016 weiterzuführen. Auch dies ist für uns, die wir auch in diesem Wintersemester neue Rekordwerte bei den Studierendenzahlen haben, ein wichtiges Signal: erstmals über 28.000 Studierende insgesamt, erstmals über 7.000 Erstsemester – unsere Universität schließt derzeit zu den 20 größten Universitäten Deutschlands auf.
4. Die Überwindung des sogenannten Kooperationsverbots, das mit der entsprechenden Gesetzesinitiative hoffentlich am 19. Dezember 2014 verabschiedet wird. Damit wird die

Möglichkeit geschaffen, dass der Bund grundsätzlich und dauerhaft in die Finanzierung des Hochschulsystems einsteigen kann – auch dies ist für eine Universität wie die unsrige eine zukunftsweisende Perspektive, denn wir sind an nahezu allen großen, derzeit befristeten Bund-Länder-finanzierten Programmlinien beteiligt, so neben der Exzellenzinitiative unter anderem an drei von sechs Deutschen Gesundheitsforschungszentren und am Qualitätspakt Lehre.

Meine Damen und Herren, für uns in Gießen sind neben diesen Weichenstellungen auch die jüngsten Überlegungen des Wissenschaftsrates zur Zukunft des Wissenschaftssystems von besonderer Bedeutung und Relevanz. Der Wissenschaftsrat betont die Wichtigkeit der Kooperation zwischen Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen in regionalen Wissenschaftsverbänden. Er weist in diesem Zusammenhang zu Recht darauf hin, dass die wissenschaftliche Verbundbildung durch Synergieeffekte und Arbeitsteilung zu einem wissenschaftlichen Mehrwert für alle Partner führen kann und dass hiervon auch die Entwicklung von ganzen Regionen strukturell sehr profitieren kann.

Mit der Forschungsallianz der Universitäten Gießen und Marburg, die wir vor zwei Jahren gegründet haben und die wir unter Einbeziehung der Technischen Hochschule Mittelhessen, unserem großen Fachhochschulpartner hier in Gießen, sowie den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in der Region Mittelhessen konsequent ausbauen wollen, greifen wir diese Empfehlungen des Wissenschaftsrates mustergültig auf. Ich hoffe sehr, dass wir beim Aufbau eines solchen integrierten „Forschungscampus Mittelhessen“ Unterstützung durch das Land Hessen erfahren werden. Mir erscheint es aus wissenschaftsstrategischer Sicht der richtige nächste Schritt zu sein, zumal er uns hervorragend vorbereiten dürfte für mögliche Nachfolgeformate der Exzellenzinitiative, in denen die regionale Verbundbildung im Mittelpunkt stehen könnte. Ich freue mich vor diesem Hintergrund, dass der Vorsitzende des Wissenschaftsrates, Herr Kollege Prenzel,

großes Interesse an unserem Modell Mittelhessen bekundet hat und Ende März zu einem öffentlichen Vortrag zu den Chancen und Möglichkeiten der regionalen Verbundbildung nach Gießen kommen wird. Seine Überlegungen dürften uns wertvolle Impulse für die kommenden Jahre geben.

Für die Justus-Liebig-Universität ergibt sich im Übrigen die große Chance, Netzwerkbildung auch in einer zweiten Dimension zu betreiben. Als Teil der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main gilt es für uns in Gießen, auch die traditionell engen Verbindungen nach Südhessen zu pflegen und zu vertiefen. Von der gemeinsamen Islamlehrausbildung und dem gemeinsamen Herz-Lungen-Schwerpunkt mit der Universität Frankfurt über die vielen gemeinsamen Aktivitäten in der Hadronenphysik mit den Universitäten Darmstadt und Frankfurt sowie der GSI in Darmstadt (HIC for FAIR), über unsere strategische Partnerschaft mit der Hochschule Geisenheim bis hin zu unserer eigenen Dependance im Lehr- und Versuchsbetrieb Groß-Gerau: all diese Beispiele zeigen, dass die JLU als zweitgrößte Hochschule Hessens auch für das Wissenschaftsprofil der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main eine zentrale Einrichtung darstellt.

In den jüngsten Empfehlungen des Wissenschaftsrates sehe ich im Übrigen, verehrte Frau Wanka, auch eine Bestätigung Ihrer eigenen Sicht auf das deutsche Wissenschaftssystem. Kurz nach Ihrem Amtsantritt sagten Sie in einem Interview: „Die Stärke des deutschen Systems war immer die hohe Qualität in der Breite.“ So nehmen unsere internationalen Partner übrigens auch die deutsche Hochschullandschaft wahr, wie ich es immer wieder auch bei Auslands- und Vortragsreisen für den DAAD übermitteln bekomme. Die Wissenschaftsratsempfehlungen zur Weiterentwicklung des deutschen Wissenschaftssystems mit Blick auf mögliche funktionale Differenzierungen, Schwerpunktbildungen der Hochschulen in verschiedenen Leistungsbereichen, gepaart mit einem kooperativen Ansatz der Netzwerkbildung scheint mir der richtige Weg zu sein, die von Ihnen hervorgehobene Stärke des deutschen Systems in einem immer härter werdenden internationalen Wettbewerb auszu-



Abb. 2: Die Preisträgerinnen und Preisträger des Akademischen Festakts 2014 mit der Festrednerin Bundesministerin Prof. Johanna Wanka, Bundesministerium für Bildung und Forschung (1. Reihe, 3. von links), Staatssekretär Ingmar Jung, Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst (1. Reihe, 1. von links) und Präsidiumsmitgliedern der JLU: Präsident Prof. Joybrato Mukherjee mit Amtskette, Vizepräsident für Forschung und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, Prof. Peter R. Schreiner (1. Reihe, 2. von rechts), Kanzler Michael Breitbach (oberste Reihe, 1. von rechts), Vizepräsident für Studium und Lehre, Prof. Adriaan Dorresteijn (1. Reihe, 1. von rechts). (Quelle: JLU-Pressestelle/Rolf K. Wegst)



Abb. 3: Prof. Dr. Volker Wisemann, Vorsitzender des Vorstands der Gießener Hochschulgesellschaft (rechts) und Vizepräsident Prof. Dr. Peter Schreiner (links) mit den Preisträgerinnen und Preisträgern der Dissertationsauszeichnungen. (Quelle: JLU-Pressestelle/Rolf K. Wegst)

bauen, ohne dabei in wenig zielführende Hierarchisierungsplanspiele, die immer wieder herumgeistern, zu verfallen.

Meine Damen und Herren, unsere Universität steht – trotz nicht einfacher Rahmenbedingungen, wenn ich zum Beispiel an die in der Vergangenheit nicht ausfinanzierten Personal- und Energiekostensteigerungen und an den enormen Studierendenaufwuchs denke – in Forschung und Lehre insgesamt sehr gut da.

Um nur einige wenige Schlaglichter zur Forschung in den vergangenen zwölf Monaten zu nennen: Drei Sonderforschungsbereiche der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) in der Biomedizin wurden für eine weitere Förderperiode verlängert, zwei neue gemeinsame Sonderforschungsbereiche mit Marburg in den Geschichtswissenschaften und in der Psychologie haben im April ihre Arbeit aufgenommen, drei neue DFG-Schwerpunktprogramme in der Biochemie, der Chemie und den Sportwissenschaften wurden eingeworben, die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK) hat auf Empfehlung einen neuen Forschungsbau für die Lungen- und Infektionsforschung bewilligt, das LOEWE-Zentrum für Insektenbiotechnologie und Bioressourcen, aus dem eine eigenständige Fraunhofer-Einrichtung entstehen

soll, hat zu Jahresbeginn seine Arbeit aufgenommen, mehrere weitere Projekte im Landesexzellenzprogramm LOEWE wurden bewilligt bzw. verlängert, und wir konnten im September das neue Kerckhoff-Herzforschungsinstitut feierlich in Gießen eröffnen. Ebenso erfreulich ist die zunehmende Zahl von Projektanträgen seitens der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der JLU, die in den vergangenen 12 Monaten im Rahmen von „Horizon 2020“ erfolgreich waren. Die signifikante Steigerung der Mittelzusagen aus dem 7. EU-Forschungsrahmenprogramm ist ein weiterer bemerkenswerter Beleg für unsere Forschungsstärke.

Mit unserem Studienangebot sind wir ebenfalls sehr attraktiv und erfolgreich: die neuerlichen Rekordwerte bei den Erstsemesterzahlen belegen, dass viele junge Menschen uns ihr Vertrauen schenken und bei uns ihr Studium beginnen wollen. Wir stellen uns der Verantwortung, allen Studierenden ein unseren hohen Standards genügendes forschungsintensives Studium anzubieten und dabei möglichst vielen den erfolgreichen Abschluss ihres Studiums zu ermöglichen. Es stimmt mich positiv, dass sich unsere Studierenden in den vergangenen Jahren kontinuierlich zufriedener mit ihrem Studium an der Justus-Liebig-Universität ge-

zeigt haben – hierfür gebührt den Lehrenden, aber auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Serviceeinrichtungen ein großer Dank.

Meine Damen und Herren, mehr als 20 % unserer Studierenden sind Lehramtsstudierende und 9 von 11 Fachbereichen sind an der Lehrerbildung beteiligt; die Lehrerbildung ist ein prägender Schwerpunkt unserer Universität. Daher hoffen wir in besonderer Weise darauf, dass wir mit unserem Antrag in der Qualitätsoffensive Lehrerbildung von Bund und Ländern reüssieren werden – denn wir haben, wie wir finden, sehr überzeugende Vorstellungen davon, wie wir die schon heute sehr gut aufgestellte Gießener Lehrerbildung weiter voranbringen wollen. Die herausragende Bedeutung der Lehrerbildung für die Justus-Liebig-Universität als der größten lehrerbildenden Universität Hessens zeigt sich auch darin, dass wir auf Bitten des Hessischen Kultusministers, Herrn Kollegen Lorz, Mitverantwortung für die AG Lehrerbildung im Hessischen Bildungsgipfel übernommen haben – wir wollen damit einen Beitrag leisten, auch im Bereich der Lehrerbildung stabile Leitlinien, die über die Legislaturperiode hinaus Bestand haben sollen, mit allen Akteuren und Parteien zu vereinbaren.

Die Universität Gießen ist eine stark international ausgerichtete Universität. Ich bin froh darüber, dass wir gerade in diesem Jahr eine Reihe von großen Jubiläen mit wichtigen Partnern feiern konnten, so mit der University of Wisconsin in Madison und Milwaukee das 35-jährige Jubiläum unserer intensiv gelebten Partnerschaften und mit der Universität Kazan das 25-jährige Partnerschaftsjubiläum – gerade den wissenschaftlichen Kontakten nach Russland kommt in diesen Zeiten eine besondere Bedeutung zu. Daneben konnten wir unsere Partnerschaften mit unseren strategischen Partnerregionen – insbesondere mit Kolumbien in Südamerika, Namibia in Südsahara-Afrika sowie mit der Monash University und der Macquarie University in Australien – weiter festigen und vertiefen. Im kommenden Jahr werden wir unter Berücksichtigung der Empfehlungen der internationalen Gutachter im Audit- und Re-Audit-Prozess Internationalisierung der HRK,

an denen wir jeweils als Pilothochschule teilgenommen haben, eine neue Internationalisierungsstrategie erstellen, die uns für die nächsten 5–10 Jahre die Leitlinien und Schwerpunkte für unsere weitere internationale Vernetzung vorgeben wird. Damit sich Gäste aus aller Welt in Gießen künftig noch wohler fühlen, entsteht in Zusammenarbeit mit der Türkisch-Deutschen Gesundheitsstiftung GmbH ein „Willkommenshaus“ für Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler. Mit diesem im Mai 2014 besiegelten Vorhaben der baulichen Modernisierung der einstigen Medizinischen Klinik im Rodthohl 6 und der benachbarten ehemaligen Klinik für Nuklearmedizin (Friedrichstraße 25) wird schon bald ein weiteres weithin sichtbares Zeichen für die ausgeprägte Willkommenskultur geschaffen. Ich bin sicher, dass das „Willkommenshaus“ wichtige Impulse für die Internationalisierung unserer Universität freisetzen wird.

Meine Damen und Herren, auf die Bauentwicklung – insbesondere im Rahmen des HEUREKA-Programms des Landes – will ich an dieser Stelle nicht im Detail eingehen; vielleicht nur eine Bemerkung: In den vergangenen Jahren stand zu Recht die bauliche Runderneuerung im Campus Natur- und Lebenswissenschaften im Vordergrund. Wer sich am Seltersberg umschaut, sieht neben den neu bezogenen Gebäuden – insbesondere dem Biomedizinischen Forschungszentrum und dem Universitätsklinikum – all die weiteren laufenden Bauprojekte: zu nennen sind hier unter anderem der Neubau Chemie, der Neubau der Kleintierklinik, das Forschungsgebäude Medizin, der Umbau der Alten Chirurgie. Und weitere Neubauten – wie etwa der Neubau für das Fraunhofer-Institut für Insektenbiotechnologie und Bioressourcen, die Praktikumschule für Fleischhygiene und die schrittweise Erneuerung der Pferdeklinik sind bereits in der Vorbereitung. Mit dem Baggerbiss für eines der beiden neuen Lehr- und Seminargebäude am Philosophikum geht es nun aber auch im Campus Kultur- und Geisteswissenschaften los: wir sind jetzt mitten drin in der seit 2011 vorbereiteten ersten Ausbaustufe des Philosophikums, in der für ca. 150 Millionen Euro neben zwei Lehrgebäuden auch Neu-

bauten für die Mensa, die Universitätsbibliothek sowie die Exzellenzgraduiertenschule entstehen werden – und das alles in Verbindung mit einem neuen identitätsstiftenden und integrierenden zentralen Platz in der Mitte des Philosophikums. Wenn wir dann noch berücksichtigen, dass wir alsbald das neue Hörsaalgebäude der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften einweihen werden und Neubau- und Sanierungsmaßnahmen hier im Universitätszentrum beginnen werden, dann erkennt man, dass die über 600 Millionen Euro, die das Land bis Ende des Jahrzehnts in die Justus-Liebig-Universität Gießen investiert, sehr gut angelegt sind. Man erkennt aber auch, dass es nach 2020/21 baulich unbedingt weitergehen muss am Standort Gießen, falls das „R“ in HEUREKA, das bekanntlich für „Runderneuerung“ steht, ernst gemeint ist.

Meine Damen und Herren, wir blicken am Ende des Jahres 2014 anders als sonst eigentlich nicht nur auf das abgelaufene Jahr zurück, sondern aufgrund von einer Reihe von personellen Veränderungen an der Spitze der Universität auf sehr viel längere Zeiträume: Herr Dr. Breitbach scheidet in einer Woche nach nahezu 20 Jahren aus dem Amt des Kanzlers dieser Universität aus. Lieber Michael, ohne an dieser Stelle die Würdigung Deiner Verdienste bei der Feierlichen Amtsübergabe am 11. Dezember vorwegnehmen zu wollen, will ich Dir auch hier und heute für Dein Engagement und Deinen enormen Einsatz für die JLU danken. Deine Nachfolgerin, Susanne Kraus, wird ein geordnetes Haus übernehmen können.

Auch der langjährige stellvertretende Kanzler und Personaldezernent, Thomas Clasen, tritt in den kommenden Tagen in den wohlverdienten Ruhestand ein, ebenso wie die seit 25 Jahren im Amt befindliche Frauenbeauftragte Marion Oberschelp. Auch an Sie beide ein sehr herzlicher Dank für die geleistete Arbeit im Dienste der Universität, und schon jetzt ein herzliches Willkommen an die Adresse der Nachfolge-

rinnen: Heike Siebert-Rothland als Personaldezernentin ab 1. Dezember 2014 sowie Frau Dr. Stritzke und Frau Kollegin Wenisch als Frauenbeauftragte ab 1. Februar 2015.

Auf alle drei warten spannende Aufgaben, zumal wir uns im kommenden Jahr sowohl einem neuen Personalentwicklungskonzept für die Universität, mit einem besonderen Schwerpunkt im Bereich des wissenschaftlichen Nachwuchses, als auch einem neuen Gleichstellungskonzept widmen werden. In beiden Handlungsfeldern kommt unserer Universität eine besondere Verantwortung zu, denn zum einen ist die Nachwuchsförderung seit jeher prägend für unsere Universität, und zum anderen sind wir die Volluniversität bundesweit mit dem höchsten Studentinnenanteil: über 62 % unserer Studierenden sind weiblich. Auch beim Wissenschaftlerinnenanteil sind wir mit knapp 45 % unter den Top 5 in Deutschland. Aber in der Professorenschaft sind es „nur“ 20 % Kolleginnen – diese drei Zahlen belegen, dass auch wir in Sachen Frauenförderung und Gleichstellung noch eine Wegstrecke vor uns haben – trotz sehr positiver Evaluation unserer Ergebnisse im Professorinnenprogramm I, trotz Zulassung zum Professorinnenprogramm II und trotz einer Spitzenbewertung der Deutschen Forschungsgemeinschaft zu unserer Umsetzung der Forschungsorientierten Gleichstellungsstandards.

Insgesamt zeigt sich: Wir sind als Universität sehr erfolgreich. Dafür danke ich allen Mitgliedern und Angehörigen, allen Freunden und Förderern der Justus-Liebig-Universität. Aber die zukünftigen Herausforderungen bedürfen weiterer Anstrengungen und einer klaren und langfristig ausgerichteten Strategie in allen universitären Handlungsfeldern. Das Präsidium setzt auch hier auf das Engagement und das Herzblut aller Kolleginnen und Kollegen, aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und aller Studierender. Vielen Dank und Ihnen allen ein herzliches Glückauf.



**EINZIGARTIG INDIVIDUELLES RISIKO-
MANAGEMENT. WWW.VEREINIGTE-HAGEL.DE**

Das Wetterisiko in Deutschland nimmt weiter zu. Professionelles Risikomanagement ist wichtiger denn je. Die steuerliche Gleichstellung der Mehrgefahrenversicherung mit der Hagelversicherung in Deutschland ist die richtige Antwort hierauf. SECUFARM bietet einzigartig individuellen Schutz. Bringen Sie ihren Bestand jetzt in Sicherheit. Gefahren-individuell, Fruchtarten-individuell, Betriebs-individuell. SECUFARM. Mehr Sicherheit gibt es nirgendwo.

Wilhelmstraße 25
35392 Gießen
Telefon 0641 7968-0
Fax 0641 7968-222



**VEREINIGTE
HAGEL**



Max Albert

Wissenschaftlicher Wettbewerb*

In der öffentlichen Diskussion der Wissenschaft spielt Wettbewerb eine große Rolle. Aus Sicht der Politik scheint es dabei in erster Linie um den Wettbewerb zwischen Universitäten zu gehen – Universitäten, die als Forschungsergebnisse produzierende Unternehmen angesehen werden und entsprechend zu reformieren sind. Die Gegner dieser Wissenschaftspolitik sind dagegen der Auffassung, dass eine solche ökonomische Betrachtungsweise im Bereich der Wissenschaft und der Bildung unangemessen ist. Sie setzen dabei im Allgemeinen voraus, dass Politiker und Wissenschaftsfunktionäre, die eine ökonomische Terminologie benutzen, sich auch inhaltlich auf die Ökonomie berufen können. Das ist jedoch nicht der Fall. Die oben angedeutete, angeblich ökonomische Betrachtung des wissenschaftlichen Wettbewerbs hat überhaupt keine vernünftige ökonomische Grundlage. Wenn man den wissenschaftlichen Wettbewerb ökonomisch analysiert, ergibt sich ein völlig anderes Bild.

Im Folgenden will ich gängige ökonomische Überlegungen zum wissenschaftlichen Wettbewerb zusammenfassen und auf dieser Grundlage einige Vermutungen darüber anstellen, wie sich Wettbewerb zwischen Universitäten auf den eigentlichen wissenschaftlichen Wettbewerb auswirken könnte (vgl. auch Albert 2008).

Aus ökonomischer Sicht ist die Wissenschaft tatsächlich eine Industrie, allerdings eine Industrie, die in sehr eigenartiger Weise organisiert ist. Diese Organisationsform ist in ihren Grundzügen jedoch kein historischer Zufall. Sie stellt eine Lösung für bestimmte Probleme dar, die sich aus der Eigenart der Güter ergeben, die die Wissenschaft produziert.

*Vortrag vor der Gießener Hochschulgesellschaft am 18. Juli 2014. Ich danke Lydia Buck für Kommentare und Hinweise, insbesondere auch zur Universitätsgeschichte.

Ich beginne daher meine Darstellung mit diesen Gütern und den mit ihrer Produktion verbundenen ökonomischen Problemen (Abschnitt 1). Diese Probleme führen dazu, dass man die Wissenschaft nicht einfach dem Markt überlassen kann, weil der Preismechanismus in weiten Bereichen der Wissenschaft versagt (Abschnitt 2). Zwar gibt es auch kommerzielle Forschung, aber ein guter Teil der Wissenschaft, insbesondere die Grundlagenforschung, ist völlig anders organisiert: als offene oder akademische Wissenschaft (Abschnitt 3). In diesem Bereich werden Forschungsergebnisse nicht – wie in der kommerziellen Forschung – gehandelt oder geheim gehalten, sondern veröffentlicht. Die Produktion der Forschungsergebnisse erfolgt zwar in einem Wettbewerb, aber es handelt sich um keinen Marktwettbewerb, sondern um einen Statuswettbewerb zwischen Forschern. Der wissenschaftliche Wettbewerb ersetzt Zielvereinbarungen und Anreizverträge, die in vielen Bereichen der Forschung wenig sinnvoll sind, weil die Arbeitgeber der Forscher die Qualität der Forschungsbeiträge nicht beurteilen können (Abschnitt 4). Obwohl sich die Universitäten in verschiedener Hinsicht auf den wissenschaftlichen Wettbewerb stützen, ist es ohne weiteres möglich, dass dieser Wettbewerb unter dem Wettbewerb der Universitäten leidet (Abschnitt 5).

1. Die Produktion von Informationsgütern

In der Wissenschaft werden Informationsgüter (Varian 2001) produziert, also Güter wie Software, Musik-CDs, Film-DVDs, Druckerzeugnisse im Allgemeinen und wissenschaftliche Bücher und Aufsätze im Besonderen. Diese Güter haben zwei Bestandteile, die Information selbst – im Falle der Wissenschaft also For-

schungsergebnisse – und einen physischen Träger der Information, beispielsweise Papier oder ein elektronischer Datenträger. Information kann nur mittels eines Trägers weitergegeben werden; dazu muss sie kopiert werden. Was „Kopieren“ jeweils bedeutet, hängt vom Informationsgut ab. Im Mittelalter bedeutete es vielfach „Abschreiben“; heute bedeutet es oft „aus dem Internet herunterladen“.

Die Produktionskosten für Informationsgüter haben daher ebenfalls zwei Bestandteile: Herstellungskosten für das Original, das die Information enthält, und Kopierkosten bei der Weitergabe der Information. Im Falle von Informationsgütern hat das Original keinen höheren Wert als eine Kopie; es zählt nur die Information selbst. Die Kopierkosten sind heute in den meisten Fällen sehr niedrig und die Kopiertechnik ist allgemein zugänglich.

Informationsgüter werfen aus ökonomischer Sicht besondere Probleme auf. Viele dieser Probleme machen immer wieder Schlagzeilen, beispielsweise Tauschbörsen für Musik und Filme. Diese Probleme lassen sich auf drei Eigenschaften der Informationsgüter zurückführen.

Nichtrivalität der Nutzung. Die Nutzung einer Information durch eine Person schränkt, rein technisch betrachtet, die Nutzung derselben Information durch andere Personen nicht ein. Natürlich gilt die Nichtrivalität nicht für das Informationsgut, sondern nur für die Information. Wenn ich ein Buch lese, kann dieses Exemplar zwar niemand anders lesen. Aber die Information, die im Buch enthalten ist, können gleichzeitig viele Leute nutzen.

Der Wert der Information für einen bestimmten Nutzer kann selbstverständlich durch die Verbreitung der Information zurückgehen. Einem Monopolisten, der seine marktbeherrschende Stellung dem exklusiven Besitz einer Information verdankt, schadet die Verbreitung der Information, weil sie Wettbewerbern den Markteintritt ermöglicht. Auch in diesem Fall liegt aber, technisch gesehen, Nichtrivalität der Nutzung vor; das ist gerade der Grund dafür, dass Wettbewerber auftreten können.

Wegen der Nichtrivalität wird es häufig als wünschenswert angesehen, dass jeder die In-

formation bekommt, der bereit ist, die Kopierkosten zu tragen. Schließlich stellt sich der Empfänger der Information besser, ohne dass dies jemand anderem schadet außer vielleicht konkurrierenden Nutzern der Information – und Wettbewerb zwischen den Nutzern einer Information ist im Allgemeinen ebenfalls erwünscht.

Aber man kann von den Produzenten natürlich nicht verlangen, dass sie die Information zu Kopierkosten anbieten, denn dann blieben ja die anfänglichen Investitionen in die Herstellung des Originals ungedeckt. Für die Produzenten muss es einen Anreiz geben, das Original herzustellen; sie müssen mindestens ihre Herstellungskosten decken können. Wenn sie nicht noch andere Verwertungsmöglichkeiten haben – im Falle von Musikproduzenten etwa Live-Konzerte –, werden sie das Original nur produzieren, wenn sie erwarten können, mit den Kopien einen Preis über Kopierkosten und einen hinreichend großen Absatz zu erzielen.

Fehlende Trennbarkeit von Inspektion und Weitergabe. Potentielle Nutzer können häufig erst dann feststellen, was ihnen eine Information wert ist, wenn sie diese Information inspiziert und damit erhalten haben. Möglicherweise stellt sich der Wert sogar erst bei der Nutzung heraus. Der Verkäufer eines Informationsgutes steht also vor dem Problem, die potentiellen Käufer vom Wert der Information überzeugen zu müssen, ohne dass die sich dabei die Information bereits aneignen können.

Fehlender Kopierschutz. Selbst wenn der Verkäufer eines Informationsgutes die Käufer von der Qualität überzeugen kann, ohne die Information bereits aus der Hand zu geben, muss er damit rechnen, dass jeder, der eine Kopie erworben hat, ihm durch Anfertigung weiterer Kopien Konkurrenz machen kann. Gibt es viele Anbieter von Kopien – etwa, weil die Kopiertechnik weit verbreitet ist –, sinkt der Preis auf die Kopierkosten.

Insbesondere dann, wenn die Kopierkosten gering sind und die Kopiertechnik allgemein zugänglich ist, geraten die Produzenten von Informationsgütern also leicht in eine Zwick-

mühle. Auf der einen Seite müssen sie ihre Idee bekanntmachen, denn in den wenigsten Fällen wollen die Nutzer die Katze im Sack kaufen. Auf der anderen Seite müssen sie verhindern, dass die potentiellen Käufer die Information bei der Inspektion kopieren und selbst weiterverbreiten. Das würde den Absatz des betreffenden Produzenten verringern und ihn zwingen, den Preis zu reduzieren. Im Extremfall und am Beispiel der Musikindustrie: Stellt der erste Käufer einer CD den Inhalt im Internet frei und für alle sichtbar zur Verfügung, könnte es sein, dass weitere potentielle Nutzer nicht mehr bereit sind, mehr als die Kopierkosten zu zahlen. Wie sich die Produzenten von Informationsgütern gegen unerwünschtes Kopieren schützen können, hängt von den Details der Kopier-technik und der Art der Nutzung sowie von der Rechtslage ab. Jede Änderung in diesen Bereichen kann, wie das Beispiel der Musikindustrie zeigt, drastische Folgen für die Organisation, die Größe und die Produkte einer Industrie haben.

Geistige Eigentumsrechte wie das Urheberrecht sollen sicherstellen, dass die Produzenten auf ihre Kosten kommen können. Bei der Gestaltung geistiger Eigentumsrechte geht es darum, zwischen breitem Zugang zur Information und Anreizen für die Produzenten einen möglichst guten Kompromiss zu finden. Im Endeffekt werden die Produzenten nur unvollkommen geschützt und suchen daher oft nach Wegen, wie sie sich selbst gegen unerwünschtes Kopieren absichern können.

Auch wenn die Produktion von Informationsgütern mit besonderen Schwierigkeiten verbunden ist, gibt es keinen Anlass anzunehmen, dass sie nicht über Märkte organisiert werden kann. Es gibt hinreichend viele Beispiele, die zeigen, dass das sehr gut funktioniert.

Das gilt bis zu einem gewissen Grad auch für die Wissenschaft. Dort gibt es einen Bereich, der grundsätzlich nicht anders als die Musik- oder Filmindustrie organisiert ist, nämlich die kommerzielle Wissenschaft. In diesem Bereich werden Forschungsergebnisse durch geistige Eigentumsrechte, zumeist Patente oder Betriebsgeheimnisse, geschützt. Für die Verwertung wissenschaftlicher Ideen am Markt ist das

Patentrecht am wichtigsten. Ein Patent wird veröffentlicht, so dass sich jeder potentielle Nutzer vom Wert des Patents für seine eigenen Zwecke überzeugen kann. Der Patentinhaber behält aber das Recht, von den Nutzern einen Preis zu verlangen.

Derart geschützte Forschungsergebnisse können gekauft und verkauft werden. Das gilt sogar für Betriebsgeheimnisse, die beispielsweise zusammen mit dem Betrieb verkauft werden können. Der Marktwert der Forschungsergebnisse ergibt sich aus dem erwarteten Marktwert der Güter, in deren Produktion sie verwendet werden. Der erwartete Marktwert bietet außerdem den Anreiz für Investitionen in die Forschung.

Der Wettbewerb in der kommerziellen Wissenschaft ist also ein Marktwettbewerb. Märkte nutzen den Preismechanismus. Angebot und Nachfrage auf der Grundlage von markträumenden Preisen entscheiden darüber, was produziert wird und wer was bekommt. Im Ergebnis herrscht Konsumentensouveränität: die Produktion der Güter wird durch die Nachfrage der Konsumenten gesteuert.

2. Die Nachteile des Preismechanismus in der Wissenschaft

Die Ökonomen gingen lange Zeit davon aus, dass der Preismechanismus der einzige effiziente Mechanismus ist, um das Angebot von Gütern zu steuern. Mit dem Aufstieg der modernen Institutionenökonomie und ihrer Integration in die allgemeine ökonomische Theorie hat diese traditionelle Sichtweise ihre Plausibilität verloren. Es gibt gute Gründe dafür anzunehmen, dass der Preismechanismus in weiten Bereichen der Wissenschaft wesentlich schlechter funktioniert als bei der Produktion anderer Informationsgüter. Diese Einsicht steht auch am Beginn der Wissenschaftsökonomie (Nelson 1959, Arrow 1962, Diamond 2008).

Die Nutzung des Preismechanismus hat in der Wissenschaft hohe Kosten, weil die Etablierung und Durchsetzung von geistigen Eigentumsrechten – z. B. die Beantragung, Prüfung, Absicherung und Durchsetzung von Patenten – auf der einen Seite und ihre Umgehung auf

der anderen Seite teuer sind. Auch lässt sich die Nutzung fremder Ideen oft nur schwer nachweisen, wenn sie nicht freiwillig ausgewiesen wird. Für entsprechende Forschungsergebnisse kommt eine Patentierung nicht in Frage. Ergebnisse, für die ein geistiger Eigentumsschutz aus rechtlichen oder wirtschaftlichen Gründen nicht in Frage kommt, werden zumindest zeitweilig, manchmal aber auch dauerhaft geheim gehalten.

Wenn ein neues Ergebnis nicht allgemein bekannt wird oder zwar bekannt wird, aber nur durch wenige Forscher genutzt werden darf, werden weitere neue Entdeckungen möglicherweise später oder gar nicht gemacht. Daher behindert auch der Patentschutz die optimale Nutzung von Forschungsergebnissen, weil potentielle Nutzer ausgeschlossen werden, die den Preis nicht zahlen können, den der Patentinhaber verlangt.

Aus diesen Gründen ist der Informationsfluss zwischen den in der kommerziellen Wissenschaft arbeitenden Forschern eher schlecht. Das zieht weitere Kosten nach sich. Das Tempo des wissenschaftlichen Fortschritts hängt davon ab, dass neue Forschungsergebnisse schnell für diejenigen verfügbar werden, die darauf aufbauen wollen und können. Je länger es dauert, bis ein neues Ergebnis allgemein verfügbar ist, desto mehr wird beispielsweise in unnütze Doppelung oder wissenschaftliche Sackgassen investiert. Außerdem ist eine Innovation – beispielsweise ein neues Medikament – heute mehr wert als dieselbe Innovation morgen, denn mit jeder Verzögerung verstreichen Gelegenheiten, bei denen die Innovation hätte nutzbringend eingesetzt werden können.

Ein weiteres, ganz anderes Problem ist, dass die Ergebnisse der Forschung sehr unsicher sind und dass die Erträge oft auch erst nach langer Zeit anfallen. Ohne Versicherungen gegen Fehlschläge würden viele Forschungsprojekte nicht in Angriff genommen. Versicherungen dieser Art gibt es jedoch nicht zu kaufen, weil Versicherungsbetrug zu einfach wäre. Welche Versicherung könnte schon nachweisen, dass ein Forschungsprojekt deswegen gescheitert ist, weil gar nicht ernsthaft daran gearbeitet wurde? Viele Forschungsprojekte hätten in der

kommerziellen Wissenschaft daher keine Chance auf Finanzierung.

Alles das gilt insbesondere im Bereich der Grundlagenforschung, also dort, wo es um Ergebnisse geht, die sich nicht unmittelbar bei der Produktion von marktgängigen Gütern verwenden lassen. Es ist daher äußerst unwahrscheinlich, dass die Wissenschaft als kommerzielle Wissenschaft ihren heutigen Stand hätte erreichen können.

Das beste historische Beispiel für die Probleme der kommerziellen Wissenschaft ist vielleicht die Alchemie, die ihre fortlaufenden Misserfolge nur deswegen so lange überleben konnte, weil sie als Geheimwissenschaft betrieben wurde. Der große Erfolg der modernen Wissenschaft beruht dagegen darauf, dass Forschungsergebnisse veröffentlicht werden.

3. Die offene Wissenschaft

In der offenen Wissenschaft wird der Preismechanismus außer Kraft gesetzt. Forschungsergebnisse werden veröffentlicht und nicht durch geistige Eigentumsrechte geschützt. Der Urheberrechtsschutz, unter den wissenschaftliche Beiträge fallen, schützt nur den Text, aber nicht die darin enthaltenen Ideen; er dient nur dazu, die Veröffentlichung der Beiträge zu finanzieren.

Die Veröffentlichung erfolgt durch private Verlage, die Bereitstellung der Forschungsergebnisse für potentielle Nutzer insbesondere über Universitätsbibliotheken. Dieses System steht in der Kritik, weil die Verlage – vor allem dann, wenn sie die Rechte an einer renommierten Zeitschrift besitzen – eine Monopolstellung besitzen, die sie dazu nutzen, um sehr hohe Preise zu verlangen. Für die Nutzer der Universitätsbibliotheken ist das aber meist gleichgültig; sie tragen nur die Kopierkosten, wenn sie auf die Veröffentlichungen zugreifen.

Die Steuerung der offenen Wissenschaft erfolgt nicht durch den Preismechanismus, sondern durch ein System freiwilliger Beiträge. Meistens bestimmen freiwillige Beiträge nur das Angebot eines Gutes, etwa bei der Entscheidung über den finanziellen Umfang von Hilfsaktionen durch Spenden. Auch muss in

einem System freiwilliger Beiträge Wettbewerb nicht unbedingt eine Rolle spielen. In der offenen Wissenschaft ist das anders. Dort herrscht ein scharfer Wettbewerb, und freiwillige Beiträge bestimmen nicht nur das Angebot an, sondern auch die Nachfrage nach Forschungsbeiträgen.

Forscher in der offenen Wissenschaft werden nicht für ihre Beiträge zur Forschung bezahlt. Sie beziehen ein festes Gehalt für ihre Forschungstätigkeit und – zumindest an Universitäten – für weitere Tätigkeiten, insbesondere Lehre und Verwaltung. In der kurzen Frist hängen weder ihr Gehalt noch weitere mögliche Belohnungen von der Zahl oder der Qualität ihrer Forschungsbeiträge ab. Langfristig ergeben sich aus einer erfolgreichen Publikationstätigkeit oft Aufstiegsmöglichkeiten; das ist aber etwas anderes als eine vereinbarte Gegenleistung. Da meist auch niemand einen spezifischen Beitrag von ihnen fordert, ergibt sich, dass das Angebot an Forschungsbeiträgen freiwillig, unaufgefordert und unbezahlt – also nicht im direkten Tausch gegen Güter oder Geld – erfolgt.

Trotzdem herrscht in der offenen Wissenschaft ein teilweise sehr scharfer Wettbewerb, der bei anderen freiwilligen Tätigkeiten oder bei Ehrenämtern meistens fehlt. Freiwilliges Engagement kann verschiedene Gründe haben (vgl. Hackl et al. 2007): Freude an der Arbeit, der Wunsch, anderen zu helfen, die Schaffung von Netzwerken und die Möglichkeit, etwas zu lernen oder zu beweisen, was man kann. Alle diese Gründe spielen auch in der Wissenschaft eine Rolle. Neugier als Motiv wird oft erwähnt; das ist ein Aspekt der Freude an der Arbeit. Freude an der Arbeit setzt meist voraus, dass man frei ist, Aufgaben selbst zu wählen, und nicht kontrolliert wird; beides ist in der offenen Wissenschaft der Fall.

Der Wettbewerbscharakter der Wissenschaft ergibt sich jedoch aus einem anderen Motiv: dem Streben nach Anerkennung und Status (vgl. Merton 1973). Das Ausmaß, in dem die Ergebnisse und Ideen eines Forschers durch andere Forscher genutzt werden, bestimmt seinen Status in der wissenschaftlichen Gemeinschaft. Ein hoher Status ist nicht nur an sich

schon eine Belohnung (Marmot 2004), sondern auch der Schlüssel zu weiteren, materiellen Belohnungen wie besseren Arbeitsbedingungen und höherem Einkommen. Die Normen, die den Status eines Forschers bestimmen, erzeugen – wie die geistigen Eigentumsrechte in der kommerziellen Wissenschaft – Anreize, in neue Ideen zu investieren.

Wenn wir die Nachfrageseite betrachten, stellen wir fest, dass es die Anbieter sind, die auch als Nachfrager auftreten und damit – das ist die Besonderheit – die Entwicklung der offenen Wissenschaft steuern. In der offenen Wissenschaft herrscht Produzenten- statt Konsumentensouveränität (vgl. auch Mayer 1993: 10).

Die wissenschaftliche Gemeinschaft entscheidet in einem dezentralen Prozess über den Erfolg eines Forschungsbeitrags und damit über den Status eines Forschers. Neue Forschungsbeiträge bauen auf früheren Forschungsbeiträgen auf. Ein erfolgreicher Beitrag ist ein Beitrag, der von anderen Forschern für ihre eigene Forschung genutzt wird. Je intensiver und breiter die Nutzung, desto größer der Erfolg. Zitationsstatistiken und Impactfaktoren sind von Interesse, weil man davon ausgeht, dass sie – wenn auch sehr unvollkommen – die Nutzung von Ideen messen. Forscher in der offenen Wissenschaft konkurrieren darum, ihren Kollegen nützliche Ergebnisse für deren eigene Forschung liefern zu dürfen. Wenn sie Erfolg haben wollen, müssen sie antizipieren, welche Forschungsergebnisse andere Forscher nutzen werden; ihr Erfolg hängt von der Entscheidung ihrer Kollegen ab.

Dieser Mechanismus darf nicht mit dem Begutachtungsverfahren bei Zeitschriften oder Forschungsförderungsinstitutionen verwechselt werden (vgl. auch Albert und Meckl 2008). Auch hier hängt der Erfolg von der Entscheidung der Kollegen ab. Allerdings geht es bei diesen Entscheidungen nur darum, eine Auswahl unter Anträgen oder Aufsätzen, die um Forschungsmittel oder Platz in Zeitschriften konkurrieren, zu treffen. Das ist ein sekundärer Auswahlmechanismus, der eingerichtet wurde, weil die Mittel für Forschung und die Aufmerksamkeit der wissenschaftlichen Gemeinschaft knapp sind. Der primäre Auswahlmechanismus

– Auswahl von Inputs für die weitere Forschung
– könnte ohne Begutachtungsverfahren funktionieren, wenn auch vielleicht weniger gut.
Die Beiträge zur offenen Wissenschaft werden zwar auch durch Außenstehende genutzt, beispielsweise durch Forscher im kommerziellen Bereich, Ärzte, Sachbuchautoren und andere. Wir könnten sie oder ihre Kunden als Konsumenten der Wissenschaft ansehen. Aber diese Konsumenten haben in der offenen Wissenschaft einen wesentlich geringeren Einfluss als die Konsumenten in einer Marktwirtschaft. Hohen Status in der Wissenschaft gewinnt man nicht dadurch, dass man die Konsumenten der Wissenschaft gut bedient, sondern in erster Linie dadurch, dass man Forschungsergebnisse veröffentlicht, die von anderen Forschern in der offenen Wissenschaft aufgegriffen werden.

4. Das Delegationsproblem in der Grundlagenforschung

Es ist zwar plausibel, dass der Preismechanismus in der Grundlagenforschung nicht funktionieren würde und dass mit Blick auf die Kosten der Forschung und das Tempo des wissenschaftlichen Fortschritts Forschungsergebnisse veröffentlicht werden sollten. Das erklärt aber noch nicht die spezielle Organisationsform der offenen Wissenschaft.

Die offene Wissenschaft und der wissenschaftliche Wettbewerb sind sehr alt. Sie sind möglicherweise im antiken Griechenland als kompetitiver Zeitvertreib für wohlhabende Bürger entstanden, also vor den Universitäten und allen anderen Institutionen, die wir heute mit der offenen Wissenschaft in Verbindung bringen. Wissenschaft als Zeitvertreib von Leuten, die sich das leisten können, gibt es immer noch. In der Astronomie beispielsweise spielt sie sogar eine nicht unwichtige Rolle. Sobald die wissenschaftliche Produktion jedoch über den Punkt hinaus ausgedehnt werden soll, den eine reine Amateurwissenschaft erreichen kann, stellt sich die Frage nach der Finanzierung. Mit der Veröffentlichung werden wissenschaftliche Ideen und Forschungsergebnisse zu sogenannten öffentlichen Gütern: Güter mit Nichtrivalität der Nutzung, bei denen – wenn sie einmal bereit-

gestellt sind – niemand von der Nutzung ausgeschlossen ist. Traditionell wurde in der Ökonomie argumentiert, dass die Bereitstellung öffentlicher Güter durch den Staat finanziert werden muss.

Das ist für klassische öffentliche Güter wie Landesverteidigung oder das Rechtssystem auch sicher richtig. Ein privater Anbieter von Landesverteidigung stünde vor dem Problem, dass er mit dem Territorium auch alle Einwohner verteidigen würde, ob sie nun zahlen oder nicht. Da der Beitrag des Einzelnen für die Bereitstellung der Landesverteidigung unerheblich ist, hätte niemand einen Grund, freiwillig einen Beitrag zu leisten, und damit würde es sich für einen privaten Anbieter nicht lohnen, in dieses Geschäft einzusteigen. Der Staat dagegen löst dieses Problem, indem er die Landesverteidigung aus Steuern finanziert.

Öffentliche Güter sind eines der wichtigsten Beispiele für Marktversagen. Nur wenige öffentliche Güter werden durch gewinnorientierte Unternehmer produziert. Soweit das überhaupt der Fall ist, liegt es daran, dass mit dem öffentlichen Gut ein privates Gut gekoppelt ist – ein Gut, bei dem Rivalität der Nutzung vorliegt und der Ausschluss nichtzahlender Nutzer möglich ist und praktiziert wird. Mit dem Verkauf eines privaten Gutes lässt sich bei hinreichender Nachfrage ohne weiteres ein Gewinn erzielen. Suchmaschinen wie Google sind ein typisches Beispiel: Die Suchmaschine ist ein öffentliches Gut, aber die damit verbundene Werbefläche ist ein privates Gut.

Eine ähnliche Koppelung der Produktion von öffentlichen und privaten Gütern ist im Falle der Forschung durch die Verbindung von Lehre und Forschung zwar auch möglich. Eine universitäre Ausbildung ist ein privates Gut, das problemlos am Markt angeboten werden kann. Je nach Marktbedingungen lassen sich durch ein solches Angebot Erträge erwirtschaften, die man zur Finanzierung der Forschung einsetzen kann. Diese Form der Finanzierung deckt allerdings überall auf der Welt nur einen Teil der Forschungsfinanzierung ab. Der größte Teil der offenen Wissenschaft ist staatlich finanziert. Das ist auch nicht weiter verwunderlich, denn eine Ausbildung, die den Wünschen der meis-

ten Nachfrager genügt, lässt sich deutlich günstiger auch ohne Verbindung mit teurer Forschung anbieten.

Im Gegensatz zur Landesverteidigung übernimmt bei der offenen Wissenschaft der Staat zwar die Finanzierung, setzt aber in hohem Umfang auf die Selbststeuerung der Wissenschaft. Eine Erklärung dafür könnte sein, dass es in der Wissenschaft schwierig ist festzustellen, wie gut ein Forscher seine Arbeit erledigt (Dasgupta und David 1994). Beginnend mit der Renaissance fehlen den Arbeitgebern der Forscher zunehmend die notwendigen Kenntnisse, um die Qualität der Forschungsergebnisse und damit die Leistungen der Forscher zu beurteilen. Sie können die Bemühungen der Forscher nicht effektiv beaufsichtigen, und sie können die Ergebnisse dieser Bemühungen nicht beurteilen. Damit können sie die Forscher nicht auf der Basis von Anreizverträgen beschäftigen, also von Verträgen, die die Entlohnung der Forscher an die Qualität der Forschungsergebnisse koppeln. Entsprechend sind auch Zielvereinbarungen wenig sinnvoll, weil solche Vereinbarungen den entscheidenden Punkt, nämlich die Qualität der Forschungsergebnisse, ausklammern müssen.

Der wissenschaftliche Wettbewerb löst dieses Delegationsproblem. Er erzeugt sowohl Anreize für Forscher wie Beurteilungen der Forscher in Form wissenschaftlicher Reputation. Auch die Forschungsergebnisse selbst werden im wissenschaftlichen Wettbewerb bewertet, zum einen explizit, aber vor allem auch implizit, nämlich durch ihre Nutzung. Reputation und Nutzung können von den Arbeitgebern der Forscher beobachtet und als Grundlage für Entscheidungen über die Einstellung und Bezahlung von Forschern und über die Forschungsförderung herangezogen werden.

Diese Leistungen des wissenschaftlichen Wettbewerbs könnten erklären, warum ein großer Bereich der Wissenschaft nicht kommerziell organisiert ist (David 1998, 2004). Die implizite Bewertung der Qualität im Forschungsprozess ist jedoch nicht unproblematisch. Die Selbststeuerung der Wissenschaft beinhaltet, dass auch die Qualitätsmaßstäbe für gute Forschung im wissenschaftlichen Wettbewerb entstehen

(Albert 2010, 2011). Es ist möglich, dass sich strenge Qualitätsmaßstäbe im wissenschaftlichen Wettbewerb herausbilden und durchsetzen, obwohl die Einhaltung dieser Qualitätsnormen den Forschern Kosten auferlegt und es keine zentrale Instanz gibt, die diese Maßstäbe durchsetzt. Allerdings gibt es dafür keine Garantie, und ich vermute, dass viele Forscher das Gefühl haben, dass sich nicht in allen Bereichen der Wissenschaft die richtigen Maßstäbe durchgesetzt haben (vgl. etwa Sokal 1998).

5. Wissenschaftlicher Wettbewerb und Wettbewerb der Universitäten

Der wissenschaftliche Wettbewerb, den ich soeben beschrieben habe, ist ein Wettbewerb zwischen individuellen Forschern. Die Wissenschaftspolitik heute setzt dagegen auf den Wettbewerb zwischen den Universitäten. Es ist eine offene Frage, welche Verbindung zwischen diesen beiden Ebenen des Wettbewerbs besteht. Ein Blick in die Geschichte zeigt jedenfalls, dass Wettbewerb zwischen den Universitäten weder hinreichend noch notwendig für das Gedeihen der Wissenschaft ist.

Der Erfolg des preußischen Universitätssystems im 19. Jahrhundert war zu einem guten Teil einer zentralen ministerialen Kontrolle geschuldet – dem sogenannten „System Althoff“, benannt nach dem langjährig zuständigen Beamten (Clark 2006, Vereeck 2001). Mit Hilfe eines Netzwerks persönlicher Beziehungen gelang es Althoff, die in der wissenschaftlichen Gemeinschaft kursierenden Informationen zu nutzen, um vielversprechende Nachwuchswissenschaftler zu berufen und anerkannt gute etablierte Forscher zu belohnen. In dieser Weise umging das Ministerium den Wettbewerb zwischen den Universitäten und nutzte und förderte den wissenschaftlichen Wettbewerb.

Diesem zentralplanerischen Regime ging ein sehr kompetitives dezentralisiertes System voraus, in dem die Universitäten um Studiengebühren konkurrierten, die sie in eigener Regie von den Studenten erhoben. Jeder Angestellte, vom Professor bis zum Hausmeister, wurde an diesen Einnahmen beteiligt (s. z. B. Burchardt 1988, Statuten der Friedrich-Wilhelms-Univer-

sität): ein Anreizsystem wie aus einem Lehrbuch für Unternehmensführung. In diesem System waren jedoch die wissenschaftlichen Standards der universitären Ausbildung sehr niedrig, und die Universitäten spielten in der Forschung nur eine unbedeutende Rolle.

Die Moral dieser Geschichte ist natürlich nicht, dass zentrale Planung bessere Ergebnisse liefert als Wettbewerb, sondern dass wissenschaftlicher Wettbewerb wichtiger ist als universitärer Wettbewerb. Die Frage ist, ob man den Wettbewerb zwischen den Universitäten so gestalten kann, dass der wissenschaftliche Wettbewerb zumindest nicht darunter leidet. Es ist fraglich, ob das gelingen kann, wenn man die Eigenarten oder sogar die Existenz des wissenschaftlichen Wettbewerbs ignoriert (vgl. etwa EU Commission 2003, 2005).

Der wissenschaftliche Wettbewerb stellt für die Universitäten eine Reihe von gemeinschaftlich genutzten Ressourcen (vgl. Ostrom 1990) zur Verfügung: Anreize für Forscher, sich in der Forschung zu engagieren und wissenschaftliche Standards zu beachten, Bewertungen von Forschungsergebnissen, die von den Universitäten bei der Entwicklung akademischer Curricula genutzt werden, und Bewertungen von Forschern, die von den Universitäten für Einstellungsentscheidungen genutzt werden. Diese Ressourcen stehen jedoch nur zur Verfügung, falls die Universitäten den bei ihnen angestellten Forschern gestatten, am wissenschaftlichen Wettbewerb teilzunehmen.

Wettbewerb zwischen den Nutzern einer gemeinsamen Ressource führt leicht zur übermäßigen Ausbeutung. Betrachten wir beispielsweise das folgende Szenario. Universitäten konkurrieren um die Dienstleistungen von Spitzenforschern, die deswegen Verträge erhalten, die ihnen völlige Freiheit bei der eigenen Forschung lassen. Weniger bekannte Forscher haben eine schlechtere Verhandlungsposition. Die Universitätsverwaltungen finden andere Verwendungen für sie: Lehre, Verwaltung und Forschung, die für die Universität nützlich, aber von geringem wissenschaftlichen Interesse ist. Aus Sicht der Universitätsverwaltungen ist dieses Verhalten ganz vernünftig, wenn im Wettbewerb der Universitäten nur „Exzellenz“

zählt. Für den wissenschaftlichen Wettbewerb ist es jedoch problematisch. Dieser Wettbewerb erfordert, dass die Forscher kollektiv über die Verteilung der Reputation entscheiden, indem sie neue Ideen als Input für ihre eigene Forschung akzeptieren oder verwerfen. Wir können uns das System als eine Art Pyramide vorstellen, mit einer breiten Basis von weitgehend unbekanntem Forschern und einer kleinen Spitze von weltberühmten Forschern. Die Forscher an der Spitze sind deswegen berühmt, weil die weniger berühmten Kollegen sich bei dem Versuch, in der Pyramide nach oben zu kommen, entschieden haben, auf ihren Beiträgen aufzubauen. In diesem Entscheidungsprozess werden unterschiedliche Forschungsbeiträge verglichen, kritisiert, empirisch geprüft und modifiziert. Nur weil sich die Beiträge der berühmten Forscher in diesem Prozess durchgesetzt haben, sind diese Forscher berühmt. Die Vorstellung, die Spitze der Pyramide könnte ohne die Basis existieren, ist also eine Illusion. Das Problem besteht darin, dass jede einzelne Universität im Wettbewerb der Universitäten trotzdem besser fährt, wenn sie die Spitze einkauft, ohne ihren Beitrag zur Finanzierung der Basis zu leisten. In diesem Szenario wird der Wettbewerb der Universitäten den wissenschaftlichen Wettbewerb zerstören. Wenn die Universitäten Forscher einstellen wollen, die im wissenschaftlichen Wettbewerb eine hohe Reputation erworben haben, müssen sie gemeinsam die Kosten dafür tragen, dass andere, weniger bekannte Forscher an diesem Wettbewerb teilnehmen.

Literatur:

- Albert, Max (2008), Introduction, in: Albert et al. 1–9.
Albert, Max (2010), Critical rationalism and scientific competition, *Analyse & Kritik* 32, 247–266.
Albert, Max (2011), Methodology and scientific competition, *Episteme* 8, 2011, 165–183.
Albert, Max, und Meckel, Jürgen (2008), What should we expect from peer review? Comment, in: Albert et al. 257–261.
Albert, Max, Schmidtchen, Dieter, und Voigt, Stefan (Hg.) (2008), *Scientific Competition. Conferences on New Political Economy* Vol. 25, Tübingen: Mohr Siebeck.
Arrow, Kenneth J. (1962), Economic welfare and the allocation of resources for invention, in: *The Rate and*

- Direction of Inventive Activity: Economic and Social Factors, Princeton: Princeton University Press 1962, 609–625.
- Burchardt, Lothar (1988), Naturwissenschaftliche Universitätslehrer im Kaiserreich, 151–214, in: Schwabe, Klaus (Hg.), Deutsche Hochschullehrer als Elite: 1815–1945, Boldt: Boppard.
- Clark, William (2006), Academic Charisma and the Origins of the Research University, University of Chicago Press: Chicago and London.
- Dasgupta, Partha, and David, Paul A. (1994), Toward a new economics of science, *Research Policy* 23, 487–521.
- David, Paul A. (1998), Common agency contracting and the emergence of “open science” institutions, *American Economic Review* 88, 15–21.
- David, Paul A. (2004), Understanding the emergence of “open science” institutions, *Functional Economics in Historical Context, Industrial and Corporate Change* 13, 571–589.
- Diamond, Arthur M. Jr. (2008), Economics of science, in: Durlauf, Steven N., und Blume, Lawrence E. (Hg.), *The New Palgrave Dictionary of Economics*, 2. Aufl., London: Palgrave Macmillan.
- EU Commission (2003), The Role of the Universities in the Europe of Knowledge, COM (2003) 58 final, Brüssel.
- EU Commission (2005), Recommendation on the European Charter for Researchers and on a Code of Conduct for the Recruitment of Researchers, C (2005) 576 final, Brüssel.
- Hackl, Franz, Halla, Martin, und Pruckner, Gerald J. (2007), Volunteering and income. The fallacy of the Good Samaritan?, *Kyklos* 60, 77–104.
- Marmot, Michael (2004), *The Status Syndrome. How Social Standing Affects Our Health and Longevity*, New York: Holt and Company.
- Mayer, Thomas (1993), Truth versus Precision in Economics, Edward Elgar: Aldershot.
- Merton, Robert K. (1973), *The Sociology of Science*, Chicago and London: University of Chicago Press.
- Nelson, Richard R. (1959), The simple economics of basic scientific research, *Journal of Political Economy* 67, 297–306.
- Ostrom, Elinor (1990), *Governing the Commons. The Evolution of Institutions for Collective Action*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Statuten der Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin v. 31. 10. 1816, in: Ludwig von Rönne, *Das Unterrichtswesen des Preussischen Staates*, Vol. 2, 1855. Reprint. Köln und Wien: Böhlau Verlag, 1990, 414–428.
- Sokal, Alan D. (1998), What the Social Text affair does and does not prove, in: Koertge, Noretta (Hg.), *A House Built on Sand. Exposing Postmodernist Myths about Science*, Oxford etc.: Oxford University Press, 9–22.
- Varian, Hal R. (2001), Markets for information goods, in: Kunio Okina und Tetsuya Inoue (Hg.), *Monetary Policy in a World of Knowledge-based Growth, Quality Change, and Uncertain Measurement*, Macmillan.

Kontakt:

Univ.-Prof. Dr. Max Albert
 Justus-Liebig-Universität Gießen
 Fachbereich Wirtschaftswissenschaften
 Professur für VWL –
 Verhaltens- und Institutionenökonomik
 Licher Straße 66
 D-35394 Gießen



MENGES

Ihre Immobilie. Unsere Leidenschaft.

seit
1987



Wir kümmern uns
um den Verkauf
Ihrer Immobilie.

www.cr-menges.de

Und schaffen Ihnen so Freiraum für anderes.

Seit nahezu drei Jahrzehnten sorgen wir als regionaler Experte dafür, dass unsere Kunden das passende Zuhause finden. Ob Kauf oder Verkauf einer Immobilie – durch unsere hohe Marktkenntnis sind wir stets der richtige Ansprechpartner für Sie. Dabei liegt uns vor allem Ihre persönliche Betreuung am Herzen. Erzählen Sie uns von Ihren Plänen – wir beraten Sie gern.

Claus R. Menges GmbH · Alicenstraße 18 · 35390 Gießen · Tel. 0641 / 97466-0 · www.cr-menges.de

Verkaufen.

Vermieten.

Verwalten.



Peter Reuter

Eine Bibliothek für das 21. Jahrhundert

Vorüberlegungen zum Neubau der Universitätsbibliothek Gießen

1. Voraussetzungen der Bibliotheksplanung

„Wer sich heute vor die Aufgabe der Planung eines neuen Bibliotheksgebäudes gestellt sieht, tut gut daran, zunächst einmal die Hand- und Lehrbücher unseres Faches beiseite zu legen und sich unsere veränderte wissenschaftliche, bibliothekarische und gesellschaftliche Wirklichkeit zu vergegenwärtigen, bevor er sich mit dem Entwurf eines Raumprogramms beschäftigt oder sich an die Darstellung eines Funktionsschemas macht.“¹ Diese bemerkenswerte und zweifellos auch heute unverändert gültige Maxime formulierte der Direktor der Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt, Clemens Kötterwesch, anlässlich des Bezugs des seinerzeit als hochmodern und wegweisend gelobten Neubaus der Bibliothek im Jahr 1964. Den wissenschaftlichen Alltag und die hochschulpolitische Diskussion beherrschten Anfang der 1960er Jahre, neben der Öffnung der Hochschulen für breite Bevölkerungskreise, vor allem die zunehmende Internationalität und Interdisziplinarität in Forschung und Lehre sowie das rasante Wachstum der wissenschaftlichen Literatur, speziell der Zeitschriftenliteratur. Diese Entwicklungen galt es bei der Planung effizienter universitärer Bibliothekslösungen zu berücksichtigen, wobei im Fall der Frankfurter Universitätsbibliothek dem Einsatz neuer technischer Lösungen etwa in der Kommunikation und der Logistik, aber auch neuer Methoden und Techniken der inhaltlichen Erschließung, eine große Bedeutung zukam. Noch war allerdings vom Einfluss der angloamerikanischen Hochschulbibliotheken mit ihren großzügigen Bestandspräsentationen in freier Zugänglichkeit für die Leserinnen und Leser wenig zu spüren, auch nicht vom bald darauf eingeleiteten, folgenreichen Paradigmenwechsel hin zur Bi-

bliothek als Dienstleistungsunternehmen. Und völlig ungebrochen war naturgemäß die alles bestimmende, zentrale Rolle des gedruckten Buches: eine Alternative zur „Papierbibliothek“ war noch nicht im Bereich der konkreten Utopie angekommen.

Die gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Rahmenbedingungen, die heute bei der Konzeption und Planung des Neubaus einer wissenschaftlichen Bibliothek zu beachten sind, haben sich in den vergangenen 50 Jahren bedeutend geändert, und mit ihnen die Aufgaben und das Selbstverständnis der Bibliotheken. Schon ein kurzer Blick auf die aktuelle Debatte um die Zukunft der „digitalen Wissensgesellschaft“, um eines der populären Schlagwörter zu benutzen, zeigt zudem die Komplexität des Themas, und die Vielzahl konkurrierender Positionen und Meinungen in zentralen Fragestellungen kann als Indiz für eine Unsicherheit in den zugrunde gelegten Annahmen und Postulaten verstanden werden. Das betrifft insbesondere die Frage nach der Zukunft des gedruckten Buches, im weiteren Sinn die nach der Zukunft des (traditionellen) Textes oder gar der Schriftkultur im Allgemeinen. An die Stelle des Textes tritt, so prognostiziert Klaus Ceynowa, Generaldirektor der Bayerischen Staatsbibliothek, ein „kontinuierlich fortschreibbares Ökosystem digitaler Objekte“, in dem „der Text selbst nur noch ein Element, und nicht einmal das wichtigste ist“. Und in der Folge werden die traditionellen, textuellen „Wissensspeicher“ durch das „sich kontinuierlich neu knüpfende Netz flüchtiger, medial entgrenzter Inhalte“² ersetzt, wie es sich im heute schon üblichen Neben- und Miteinander von textuellen, auditiven und visuellen Dokumenten in ihren diversen Stadien der Entstehung und Kommentierung abzeichnet. Bibliotheken und Archive müssen sich daher neu definieren und „ihre

Infrastrukturleistungen als situativ angepasste, personalisierte und spezialisierte Applikationen gestalten, um den Erwartungen ihrer Nutzer zu entsprechen“.³ Ähnlich stellt Henning Lobin in seiner grundlegenden Studie über die Ablösung der Schriftkultur durch die beginnende Digitalkultur fest, dass die Bibliotheken nicht länger mehr als „Leitbild für das Wissen“⁴ angesehen werden können. Das Ende der „Schriftkultur“ sei aber kein Abgesang auf das Lesen, vielmehr müsse das traditionelle Lesen als „digitales“ neu begriffen werden: „Das digitale Lesen und Schreiben ist hybrid, multimedial und sozial, und damit unterscheidet es sich grundlegend vom Lesen und Schreiben, wie es bis dahin in der Schriftkultur gewesen ist“.⁵ Daraus ergeben sich, so Lobin, neue Aufgaben für die Bibliotheken, die durch den Veränderungsdruck „von bloßen Dienstleistern zu eigenständigen Akteuren im Forschungsprozess“⁶ werden. Dazu aber sind sie befähigt, denn sie haben „schon immer nicht nur Bücher bereitgestellt, sondern auch schriftliche Forschungsdaten archiviert“ und sind „auf die Pflege, Bereitstellung und Zusammenführung aller Arten von Informationen als ‚Wissensrohstoff‘ spezialisiert“.⁷ Beide genannten Autoren kommen überein in der Kritik an der überlieferten Form der Bibliothek, die aus der Ordnung, der Erschließung und der Präsentation textueller und rein sequentieller Wissensformen, dessen Leitmedium das gedruckte Buch war und ist, ihr Selbstverständnis zog. In der Neubewertung der Aufgaben einer „digitalen Bibliothek der Zukunft“ stehen sie zudem in Übereinstimmung mit einschlägigen Empfehlungen zur Forschungsinfrastruktur der letzten Jahre, wie sie in Deutschland etwa die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz⁸ und der Wissenschaftsrat⁹ abgegeben haben. Tatsächlich ist es der Tenor vieler in- und ausländischer Stimmen, eine stärkere und engere Zusammenarbeit zwischen wissenschaftlicher Bibliothek und Forschung einzufordern und Bibliotheken zu einem neuen Selbstverständnis als Baustein für eine digitale Forschungsinfrastruktur mit dezidiertem Kundenperspektive aufzufordern. Allerdings fehlt es auch nicht an kritischen Stimmen, die in Frage stellen, ob die Bibliotheken

dafür die richtigen und von der Forschung überhaupt gewünschten Partner sind.¹⁰

Parallel zur institutionellen Aufgaben- und Zukunftsdiskussion gibt es seit einigen Jahren auch in Deutschland eine lebhaftere Diskussion um die Anforderungen, die künftig an die Bibliothekarinnen und Bibliothekare in wissenschaftlichen Bibliotheken zu stellen sind. Neues Leitbild ist etwa der „Embedded Librarian“¹¹ mit umfangreichem und fundiertem IT-Sachverstand, der auf Augenhöhe mit Informatik-Spezialisten über Metadatenformate und Konzepte zur Langzeitarchivierung digitaler Daten diskutieren kann, an der Entwicklung virtueller Forschungsumgebungen aktiv beteiligt ist und zeitgemäße E-Learning-Konzepte zur Ausbildung und Stärkung der Informationskompetenz entwickelt. Das klassische Berufsbild der Fachreferenten mit den Kernaufgaben der Auswahl, Erschließung und Vermittlung der einschlägigen Literatur ihres Fachs gilt dagegen häufig als überholt.

Viele dieser Forderungen sind für Bibliotheken, die per se eng mit Forschungseinrichtungen verknüpft sind, längst alltägliche Realität geworden oder gehören zumindest zu ihrem Aufgabenportfolio für die nahe Zukunft. Gleiches gilt, wenn auch mit Einschränkungen, für die Universitätsbibliotheken klassischen Zuschnitts und mit langer Tradition, wozu auch die Universitätsbibliothek Gießen gehört. Neben die tradierten Aufgaben der Erschließung und Verfügbarmachung von in gedruckter Form vorliegenden Informationen ist längst ein breites Angebot zusätzlicher Dienste getreten, etwa die Einrichtung und Betreuung eines Hochschulschriftenrepositoriums, eines zentralen Servers für elektronische Publikationen von Angehörigen der Justus-Liebig-Universität, die systematische Digitalisierung unikatler oder sonst besonders wertvoller Handschriften und Drucke oder ein breites Angebot an systematisch und didaktisch konzeptualisierten Kursen zum vertieften Erwerb von Informationskompetenz, also dem mündigen und kritischen Umgang mit elektronisch vorhandenen Informationen und Datenquellen. Neue Aufgaben zeichnen sich ab und sind bereits in Planung, etwa die Erschließung von Forschungsprimärdaten oder die vertrau-

enswürdige Speicherung und Langzeitarchivierung digitaler Daten. Viele dieser Aufgaben könnten ohne eine dichte, arbeitsteilige Vernetzung auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene nicht bewältigt werden.

2. Von der Papierbibliothek zur Digital Library

Obwohl sich viele der Prognosen über das Ende der „Gutenberg-Galaxis“ und deren Folgen für die gegenwärtige und die künftige Informationsgesellschaft nicht bestätigt oder sich (noch) nicht eingestellt haben, ist unzweifelhaft, dass der Medienumbruch der letzten Jahrzehnte ähnlich tiefe und weitreichende Folgen haben wird wie die Erfindung des Buchdrucks mit beweglichen Lettern. Unter anderen hat dies auch weitreichende Konsequenzen für die Planung einer zeitgemäßen und nach Möglichkeit noch den künftigen Anforderungen entsprechenden wissenschaftlichen Bibliothek.

Ein kurzer Blick in die Geschichte der wissenschaftlichen Bibliotheken lässt das Ausmaß der Schwierigkeiten, eine belastbare Planungsgrundlage zu finden, erkennen. Die moderne wissenschaftliche Gebrauchsbibliothek ist im Wesentlichen eine Errungenschaft des späteren 19. Jahrhunderts und das Resultat von teils synchronen, teils diachronen technologischen und gesellschaftlichen Entwicklungen und Prozessen. Parallel zur Ausdifferenzierung des Wissenschafts- und des Universitätssystems wuchs die Produktion an wissenschaftlicher Literatur etwa seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts massiv an, und es entstanden daher auch zunehmend größere Bibliotheken mit bedeutend umfangreicherem Buchbestand, wie die beeindruckend großen, vielgeschossigen Büchermagazine aus dieser Zeit eindrucksvoll belegen. Durchaus folgerichtig blieb die Anzahl der Bücher, die unterzubringen sind, für lange Zeit der wesentliche Parameter für die Planung einer Bibliothek und wurde häufig genug auch als ein vermeintlicher Qualitätsindikator verstanden. Die 1959 eröffnete, neue Gießener Universitätsbibliothek ist ein prägnantes Beispiel für den im späten 19. Jahrhundert gefundenen Idealtypus, verkörpert er doch augenfällig mit seinem

dreigeteilten Baukörper die zentralen Funktionsbereiche einer Bibliothek, wobei das Herzstück das große und auch städtebaulich dominante, elfgeschossige Stahlhochmagazin bildet. Auch wenn sich in den 1960er und 1970er Jahren, vor allem bei den Bibliotheken in den neugegründeten Universitäten, eine Freihandaufstellung nach angloamerikanischem Vorbild durchzusetzen begann – ein Beispiel dafür, wenn auch mit Inkonsequenzen in der Konzeption und Realisation, ist die 1983 eröffnete Gießener Universitätsbibliothek im Philosophikum I –, blieb doch noch lange danach, bis zur Schwelle zum 21. Jahrhundert, der Umfang der Buchbestände *die* zentrale Größe bei der Planung einer wissenschaftlichen Bibliothek. Bis vor wenigen Jahren wurde bei der Planung einer neuen wissenschaftlichen Bibliothek der Platzbedarf für die Unterbringung der Medien durch Hochrechnung des durchschnittlichen Medienzugangs, der entweder selbst erhoben oder einschlägigen Empfehlungen zu Etatbedarfsmodellen entnommen wurde, errechnet, üblicherweise für einen Planungszeitraum von 20 bis 40 Jahren. Durch die Tatsache, dass sich der Anteil an wissenschaftlich relevanten, elektronisch verfügbaren Medien in den vergangenen 20 Jahren aber kontinuierlich und in einem kaum vorhersehbaren Ausmaß vergrößert hat, ist dieses Verfahren unbrauchbar geworden. Allerdings fehlen heute allseits anerkannte Verfahren, die eine belastbare Prognose des Medienzugangs einer wissenschaftlichen Bibliothek für einen mittelfristigen Planungszeitraum zulassen. Man geht allerdings allgemein davon aus, dass mit dem Anstieg der elektronisch verfügbaren Medien auch die Nutzung der vorhandenen gedruckten Buchbestände, zumindest in Relation zur gesamten Mediennutzung, abnehmen wird. Hatte der Wissenschaftsrat 1986 noch „bauliche Maßnahmen für die Magazinierung der weiterhin überwiegend in Druckform angebotenen Literatur“ für „unabdingbar“ erklärt,¹² so prognostiziert er 2001 aus der zunehmenden Bedeutung digitaler Publikationen weitreichende Konsequenzen für die Hochschulbibliotheken, u.a. einen rapiden Bedeutungsverlust der lokal vorgehaltenen Medien.¹³ Eine zehn Jahre später veröffentlichte

te Studie des einflussreichen Education Advisory Board in den USA kam ebenfalls zu dem Ergebnis, dass die Sammlungsgröße einer wissenschaftlichen Bibliothek und mit ihr die Nutzung lokal vorhandener Medien zunehmend an Bedeutung verloren hat. An deren Stelle müsse, falls nicht bereits geschehen, eine gezielt auf die Wünsche der universitären Klientel ausgerichtete Erwerbung "just in time" treten, wofür gerade elektronische Medien besonders geeignet seien. Ein Nebeneffekt der Transformation der "Just-in-Case-Collections" in "Just-in-Time-Services" sei u.a. der perspektivisch deutlich geringere Flächenbedarf für Bibliotheken.¹⁴ Zu einem ganz ähnlichen Ergebnis kommt eine Studie der HIS (Hochschul-Information-System GmbH) von 2005, die seit ihrem Erscheinen für die Planung der Neubauten von Hochschulbibliotheken in Deutschland besonders wichtig war und es noch ist, da sie von vielen Unterhaltsträgern bei der Ressourcenplanung zugrunde gelegt wird. In der Studie wird eine deutliche Flächenreduzierung in den bibliothekarischen Planungsprozessen gefordert, bis hin zum „Nettonullwachstum“ für die sich regelmäßig erneuernde „Gebrauchsbibliothek“.¹⁵

In keiner der genannten Studien und Empfehlungen wird jedoch eine vollständige Substituierung der gedruckten durch elektronische Medien in den nächsten Jahrzehnten für realistisch gehalten. Seriöse Prognosen gehen von einer noch längere Zeit währenden Parallelität von gedruckten und elektronischen Medien (auch) im wissenschaftlichen Bereich aus, man spricht daher von der „hybriden“ Bibliothek. Trotz des mittlerweile riesigen Ausmaßes an digital verfügbarer Literatur, sei es in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft (z.B. über die Deutsche Digitale Bibliothek oder dem HathiTrust,¹⁶ eine Vereinigung großer amerikanischer Bibliotheken, deren "Digital Library" mit ihren derzeit über 13 Millionen Bänden etwa die Hälfte der bei einer mittelgroßen Universitätsbibliothek amerikanischer Prägung erforderlichen Literatur digital anbietet) oder in privatrechtlicher Trägerschaft wie bei Google Books, sprechen einige wichtige Gründe gegen eine nahe, ausschließliche Präsenz der digitalen Medien in der Wis-

senschaftswelt. Dazu zählen etwa die unterschiedlichen Fachkulturen in den einzelnen Wissenschaftsdisziplinen und die urheberrechtlichen Schranken bei der retrospektiven Digitalisierung. Auch fordert die Vormachtstellung von Google auf dem Markt der digitalisierten Buchbestände zu berechtigter Skepsis heraus, sind doch die längerfristigen ökonomischen Interessen des Konzerns in diesem Segment schlicht unklar. Die in den letzten Jahren stark gesunkenen Preise für Speicherkapazität werden konterkariert durch das offene, noch nicht gelöste Problem einer längerfristigen Verfügbarkeit der digitalen Archive in öffentlicher Hand, die nicht nur die Erhaltung der physischen Integrität der Daten, sondern die bedeutend komplexere Aufgabe der dauerhaften Nachnutzung und Interpretierbarkeit der digitalen Ressourcen umfasst. Nicht unerwähnt bleiben soll auch die Renaissance des gedruckten Buches als Objekt wissenschaftlicher Forschung, nicht selten mit der Forderung nach Erhalt der Printkultur verbunden, auch wenn letzteres gelegentlich eher einem kulturkritischen Impuls zu verdanken ist.¹⁷ Immerhin ist bedenkenswert, dass die Produktion gedruckter Medien keineswegs rückläufig ist, sondern z.B. in Deutschland in den letzten Jahren gestiegen ist und mittlerweile auf hohem Niveau stagniert, auch wenn der größte Teil dieser Printmedien kein Sammlungsobjekt für wissenschaftliche Bibliotheken darstellen dürfte. Demgegenüber mussten die Prognosen zur Entwicklung des E-Book-Marktes wiederholt nach unten korrigiert werden, jedenfalls was die Wachstumsgeschwindigkeit angeht.¹⁸

Auch an der Universitätsbibliothek Gießen haben die Ausgaben für elektronische Medien die für gedruckte Publikationen überflügelt. Tatsächlich kommen ganze Fachgebiete der Universität mittlerweile ohne eine größere Anzahl an gedruckten Medien aus; so sind etwa in der Medizin, der Chemie oder der Physik fast der gesamte Zeitschriftenbestand auf den rein elektronischen Bezug umgestellt worden, gedruckte Bücher spielen hier nur noch in Form von Lehrbüchern für die Studierenden eine nennenswerte Rolle, und auch das mit abnehmender Tendenz infolge des immer größer

werdenden Angebots an E-Books. Auch in den Geistes- und Kulturwissenschaften spielen digitale Medien eine zunehmend größere Rolle, wobei hier der enorme Fundus an retrospektiv digitalisierten Medien, die im WWW über andere Bibliotheken bzw. Institutionen zur Verfügung gestellt werden, erwähnt werden muss. Wie sich das Verhältnis der lokal vorrätigen Medien gegenüber den verfügbaren ganz erheblich zu Gunsten letzterer verschoben hat, veranschaulicht auch der Wechsel vom Katalog zum suchmaschinenbasierten Discovery-System JUSTFind: während der elektronische Katalog (OPAC) für den Nachweis der an der Justus-Liebig-Universität vorhandenen Bücher und Zeitschriften konzipiert war, macht JUSTFind die insgesamt verfügbare Literatur sichtbar und präsentiert gleichzeitig die lizenzierten Volltexte – mit weit über 100 Millionen Nachweisen ein Vielfaches des früheren Katalogs.

3. Die Bibliothek als sozialer Raum

Ulrich Raulff, der Direktor des Deutschen Literaturarchivs in Marbach, hat in einem jüngst er-

schieneenen Buch eine bemerkenswerte Liebeserklärung an die Bibliothek, wenn auch mit einem Seitenhieb auf die deutsche Situation in den 1970er Jahren, abgegeben: „Die Bibliothek war der Ort, an dem ich mich am liebsten aufhielt, mein persönlicher Biotop. Eine Zeit lang meinte ich, sie sei in einem geradezu kantischen Sinne die Bedingung meiner existentiellen Möglichkeit. Aber ich hatte nur die deutschen Bibliotheken kennengelernt, moderne Lesefabriken die einen, barocke Schneckengehäuse und biedermeierliche Refugien die anderen.“¹⁹ Wie zur Bestätigung dieser Bemerkung verzeichnen die Bibliotheken zumindest in Europa und den USA seit Jahren einen gänzlich unerwarteten Zulauf, die Präsenznutzung liegt auf einem Niveau, das noch vor wenigen Jahren an vielen Orten nicht denkbar war, und viele Bibliotheken haben ihre Öffnungszeiten erheblich ausgeweitet, nicht wenige gar auf einen 24/7-Betrieb umgestellt. Und auch die Ausleihen der gedruckt verfügbaren Studienliteratur haben in erstaunlichem Maße zugenommen, an der UB Gießen ist in 2013 die Millionenmarke nur knapp verfehlt worden (in 2007 lagen sie noch bei 630.000).



Abb. 1: Philologische Bibliothek der FU Berlin. Entwurf: Foster + Partners, London

(Foto: Thomas Guignard)

Beides widerspricht auf den ersten Blick den kalkulierbaren Effekten der Digitalkultur, steht aber in Übereinstimmung mit neueren Untersuchungen zur Studienkultur. Eine aktuelle empirische Studie der HIS über das Studienverhalten an deutschen Hochschulen weist nach, dass keine andere Institution so lange und so oft von den Studierenden aufgesucht wird wie die jeweiligen Hochschulbibliotheken.²⁰ Anders als in den 1970er Jahren ist heute die Nutzung einer Bibliothek weniger stark mit der Nutzung der dort vorhandenen bzw. verfügbaren Medien verbunden. Der Charakter der (Universitäts-)Bibliotheken als Lernorte, die sie immer schon gewesen sind, ist etwa in den letzten 15 Jahren bedeutend gewachsen. Die Gründe dafür sind vielfältig, sicher spielen die viel stärkere Verschulung der Studiengänge im Zuge des Bologna-Prozesses und die größere Bedeutung der Gruppenarbeit, insbesondere in Kleingruppen, bedeutende Rollen. Und nicht zuletzt mag

ein Grund sein, dass viele Universitäten außerhalb ihrer Bibliotheken kaum oder nur unzureichend ausgestattete Arbeitsmöglichkeiten für die Studierenden anbieten.

Mit der stärkeren Nutzung sind nicht nur die Wünsche hinsichtlich der technischen und apparativen Ausstattung, sondern auch die Ansprüche an die Bibliothek als Aufenthaltsort gewachsen. Die strikte räumliche Trennung von Buchaufstellung und Lesesaal, von Arbeits- und Ruhebereichen, die die klassische Universitätsbibliothek des 19. und 20. Jahrhunderts geprägt haben, kann nicht mehr als Vorbild gelten und wäre angesichts der Omnipresenz der mobilen, multitaskingfähigen Kommunikationsgeräte bei den Bibliotheksbesuchern zweifellos auch nicht mehr zeitgemäß. Neues Leitbild ist die Bibliothek als „extrovertierter Ort, an dem sich Menschen in der Nähe von Büchern treffen, lesen, lernen, reden und ihre Zeit verbringen“.²¹ Dennoch ist die von Raulff be-



Abb. 2: TU Delft Library. Entwurf: Mecanoo, Delft. – In den Regalen stehen die meistgenutzten Bücher, sie werden regelmäßig ausgetauscht. (Foto: Thomas Guignard)

schriebene Bibliotheksbenutzung keineswegs gänzlich passé, Bibliotheken sind unverändert Orte des konzentrierten, stillen Arbeitens und Nachdenkens; mit dem „introvertierten“ Bibliotheksnutzer ist auch in der virtuellen Bibliothek der Zukunft zu rechnen. Als neuer Trend hat sich durchgesetzt, Bibliotheken primär von ihrer sozialen Nutzung her zu begreifen und zu planen, verbunden mit einem Höchstmaß an räumlicher Flexibilität. Zum einen ist dies eine Konzession an die Tatsache, dass klassische Bibliotheksfunktionen, etwa der Zugriff auf Literatur, längst außerhalb der Gebäude stattfinden, und Bibliotheksgebäude andere, neue Nutzungen erfahren. Zum anderen liegt darin die Möglichkeit, künftigen, heute vielleicht nicht prognostizierbaren Entwicklungen in größtmöglichem Maße entgegenzukommen. Bibliotheksbauten aus jüngster Zeit bieten zahlreiche Beispiele, wie klassische Funktionsbereiche mit den neuen Anforderungen verbun-

den werden können, etwa bei der Einrichtung von großzügigen Lounge-Bereichen, die einen fließenden Übergang von konzentrierter Arbeitsatmosphäre und sozialer Kommunikationskultur bieten, oder LearningCentern, die ein gemeinsames Arbeiten an modular konzipierten Möbeln mit integrierter Präsentations- und Kommunikationstechnologie bei hoher, erlebnisorientierter Aufenthaltsqualität erlauben. Auch beginnt man, sich von der statischen Aufbewahrung der gedruckten Medien zu verabschieden: in der „fluiden Bibliothek“ werden die am häufigsten genutzten Bücher in unmittelbarer Nähe zu den Arbeitsbereichen aufgestellt und häufig ausgetauscht. Die weniger stark genutzte Literatur wird dagegen komprimiert in geschlossenen Magazinen mit chaotischer Lagerhaltung aufbewahrt, die Hochregalanlagen werden mit Robotern bedient, was wohl die im Unterhalt kostengünstigste, weil platzsparende, Unterbringung sein



Abb. 3: Informations-, Kommunikations- und Medienzentrum der BTU Cottbus. Entwurf: Herzog & de Meuron, Basel (Foto: Alexandru Giurca)



Abb. 4: Seattle Central Library. Entwurf: Rem Koolhaas, Rotterdam

(Foto: Andrew Smith)

dürfte. Auch in den Benutzungsbereichen beginnt man mancherorts sich von hergebrachten Lösungen zu trennen, etwa zugunsten einer "Shared Space"-Lösung zwischen Bibliothekaren und Nutzern: der Bibliothekar hat seinen Arbeitsplatz nicht mehr hinter einer Theke, sondern zwischen und unter den Nutzern, die ihn jederzeit ansprechen können. Andere Aufgaben werden dagegen zunehmend in großem Umfang automatisiert, der Ausleihbetrieb etwa durch Selbstverbuchungsgeräte, Rückgabeautomaten und Zahlterminals ersetzt. Zur Information stehen große Video Walls zur Verfügung, die Orientierung gelingt aber auch über eigenentwickelte Apps oder notfalls mittels Google Maps Indoor. Auch in der architektonischen Gestaltung kommt die Orientierung an den Wünschen und Bedürfnissen der Nutzer zum Ausdruck: Transparenz und Offenheit sollen schon an der Fassadengestaltung ablesbar sein, im Innern ist eine möglichst intuitiv sich erschließende Zonierung nach den verschiedenen Arbeits- und Aufenthaltsbereichen gewünscht, gerne auch mit Zitaten vom Kuppellesaal der alten *British Library* bis zum *Starbucks* der Gegenwart. Interessanterweise geht diese Öffnung in den letzten

Jahrzehnten nicht mehr mit der architektonischen Zurücknahme einher, die viele universitäre Zweckbauten der 1970er und 1980er Jahre geprägt haben, so auch die UB Gießen, die bis auf Details in der Fassadengestaltung im Gebäudecorpus des Philosophikum I verschwindet. Weltweit sind viele Neubauten großer (und auch kleiner) Bibliotheken Solitärbauten mit großer Außenwirkung und Strahlkraft, häufig setzen sie auch städtebauliche Akzente, und erstaunlich oft finden sich unter den Architekturbüros solche mit großer internationaler Reputation. Mit den „modernen Lesefabriken“ und „barocken Schneckengehäusen“, von denen Ulrich Raulff spricht, haben sie nichts mehr gemein.

4. Erweiterung und Ablösung der Gießener Universitätsbibliothek

Wie oben zu zeigen versucht wurde, sind viele der Faktoren, die bei der Planung einer neuen Bibliothek heute berücksichtigt werden müssen, nicht verlässlich kalkulierbar. Einige besonders wichtige, wie z.B. die Entwicklung des im radikalen Umbruch befindlichen Medienmarktes, sind von den Bibliotheken selbst auch



Abb. 5: Seattle Central Library. Entwurf: Rem Koolhaas, Rotterdam

(Foto: brewbooks)

gar nicht in nennenswertem Umfang beeinflussbar, auf sie müssen die Bibliotheken ebenso reagieren wie z.B. auf neue technologische Innovationen oder die Entwicklung der Studierendenzahl. Die Planungssicherheit ist damit erheblich geringer als es vor 50 Jahren beim Neubau der UB in Frankfurt oder vor gut 30 Jahren beim Bezug der UB Gießen der Fall gewesen ist. Von daher ist es vielleicht ein Glücksfall, dass sich die Erneuerung der UB Gießen in zwei separaten und zeitlich getrennten Schritten vollziehen wird.

Die Entscheidung für eine zweiphasige Erneuerung, die bereits im Vorfeld des städtebaulichen Masterplans für den Campus Philosophikum fiel und im Wesentlichen haushalterisch begründet ist, ist aus anderer Sicht jedoch nicht unproblematisch. So muss im Entwurf für den 1. Bauabschnitt, der eine Erweiterung der UB um 7.000 qm Nutzfläche (was etwa 2/3 der bisherigen Fläche entspricht) vorsieht, bereits der 2. Bauabschnitt, dessen Realisierung zu einem späteren, derzeit nicht näher spezifizierbaren Zeitpunkt erfolgen soll, zumindest in den Grundzügen mitgedacht werden, um eine spätere Anbindung zu erlauben. Bis zur Fertigstel-

lung des 2. Bauabschnitts müssen einige Funktionsbereiche der Bibliothek dupliziert werden, es wird zwei Eingänge, zwei Garderoben, zwei Ausleihen etc. geben, und die Wege werden für Benutzer wie für Mitarbeiter z.T. recht weit sein, da beide Gebäude auf Grund der Vorgaben des Masterplans nicht nahe beieinander stehen werden. Eine weitere Vorgabe ergibt sich aus der Flächenbedarfsermittlung, die von der HIS auf Basis der bereits erwähnten Studie²² erstellt wurde und die Grundlage des Genehmigungsverfahrens gewesen ist, und die u.a. eine konsequente Aussonderung der Dubletten-Buchbestände (ca. 20 bis 30 % des Bestandes) unausweichlich macht. Nur unter dieser Voraussetzung ist der Bestand an gedruckten Materialien inklusive des Zuwachses in den nächsten Jahrzehnten, vorsichtig kalkuliert, überhaupt im Gebäude unterzubringen. Auch die genehmigte Anzahl an Arbeitsplätzen entspricht nicht dem – oder zumindest nicht dem gegenwärtigen – Bedarf, liegt aber natürlich erheblich über dem derzeitigen Angebot.

Zeitlich und inhaltlich definiert der Bibliotheksneubau als erster großer Baustein des städtebaulichen Masterplans die neue Mitte des Cam-



Abb. 6: Städtebaulich-freiraumplanerischer Masterplan für das Campus Philosophikum der JLU Gießen. Entwurf: ARGE Ferdinand Heide, Frankfurt. – Das große Gebäude in der Mitte ist die UB im Endausbau. (Foto: Ferdinand Heide)

pus. Einige der Kernforderungen und Wünsche an das Gebäude, die in die Auslobungsunterlagen für den Wettbewerb einfließen werden, seien im Folgenden kurz skizziert.

Wesentliches Ziel des 1. Bauabschnitts ist es, sieben derzeit im Campusgebiet liegende Fach- und Zweigbibliotheken (Anglistik, Germanistik, Klassische Philologie, Geschichte, Klassische Archäologie, Romanistik sowie die Zweigbibliothek im Philosophikum II mit einem Bestand von zusammen ca. 620.000 Bänden) in den Bestand der Universitätsbibliothek zu integrieren. Gleichzeitig soll den gestiegenen Studierenden- und Nutzungszahlen durch zusätzliche, modern ausgestattete Arbeits-/Leseplätze Rechnung getragen werden. Beide Anforderungen korrespondieren in hohem Maße mit den Wünschen der Bibliotheksbenutzer/innen, wie eine repräsentative Umfrage belegt.²³ Durch den Verzicht auf eine strikte räumliche Trennung von Buchpräsentationsflächen und Arbeits- bzw. Loungebereichen soll die Voraussetzung für eine den heutigen Studienalltag prägende Arbeitssituation und damit ein produktives und angenehmes Arbeitsklima ge-

schaffen werden. Unterstützt wird dies durch ein großzügiges Angebot an Einzelarbeitsplätzen bzw. -räumen für konzentriertes Arbeiten und Gruppenarbeitsräumen in verschiedener Größe. Die Ausgestaltung der kombinierten Buchpräsentations- und Lese-/Arbeitsbereiche soll auf die verschiedenen Anforderungen Rücksicht nehmen. Die Aufstellung der Buchbestände soll in Freihandbereichen in fachlich verwandten Fächerzonen erfolgen. Wegen des hohen und perspektivisch weiter wachsenden Anteils an digital verfügbaren Medien müssen alle Arbeitsbereiche mit leistungsfähigen WLAN- und Netzanschlüssen ausgestattet sein, in den Gruppenarbeitsräumen zudem mit Monitoren, die einen parallelen Zugriff von unterschiedlichen mobilen Endgeräten erlauben. Geschlossene Buchmagazine sind im 1. Bauabschnitt nicht vorgesehen, mit Ausnahme des Sondermagazins, in dem die besonders wertvollen und erhaltenswerten Bestände (u.a. Papyri, mittelalterliche und neuzeitliche Handschriften, Drucke der frühen Neuzeit, Nachlässe) unter strengen Sicherheits- und raumklimatischen Anforderungen aufbewahrt werden.

Dem Sondermagazin angeschlossen ist der Sonderlesesaal, in dem wertvolle Stücke unter Aufsicht eingesehen werden können und der z.T. auch als Ausstellungsfläche genutzt werden soll. Sondermagazin und Sonderlesesaal werden auch vom Universitätsarchiv genutzt, das zudem ein Magazin für sämtliche Archivbestände erhalten wird. Der Übergang zwischen dem Bestandsgebäude und dem Erweiterungsbau soll im 1. OG erfolgen. Mit Abschluss des 2. Bauabschnitts soll die Universitätsbibliothek die Funktion einer Zentralbibliothek für den Gesamtbereich der kultur- und geisteswissenschaftlichen Fächer übernehmen, die in unmittelbarer Nähe angesiedelt sind. Das Ziel, an prominenter Stelle und mit zentraler Wirkung für den gesamten Campus ein modernes, zukunftsweisendes Bibliotheksgebäude, ein "Hub for Knowledge, Contact and Culture"²⁴ entstehen zu lassen, ist natürlich in hohem Maße vom architektonischen Entwurf abhängig. Der hochbauliche Realisierungswettbewerb, der europaweit ausgeschrieben wird, soll im Sommer 2015 stattfinden, mit dem Ergebnis ist im Herbst des Jahres zu rechnen.

Anmerkungen:

¹ Clemens Köttelwesch: Zum Neubau der Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt am Main. In: Buch und Welt. Festschrift für Gustav Hofmann zum 65. Geburtstag dargebracht. Wiesbaden 1965, S. 125–136, hier S. 125.

² Klaus Ceynowa: Der Text ist tot. Es lebe das Wissen! In: Hohe Luft. Zeitschrift für Philosophie, 1/2014, S. 53–57, hier S. 55f.

³ Klaus Ceynowa: Digitale Wissenswelten – Herausforderungen für die Bibliothek der Zukunft. In: Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie, 61, 2014, S. 235–238, hier S. 238.

⁴ Henning Lobin: Engelbarts Traum. Wie der Computer uns Lesen und Schreiben abnimmt. Frankfurt/Main 2014, S. 252.

⁵ Lobin, S. 17.

⁶ Lobin, S. 238.

⁷ Lobin, S. 236, 237.

⁸ Gesamtkonzept für die Informationsinfrastruktur in Deutschland. Empfehlungen der Kommission Zukunft der Informationsinfrastruktur im Auftrag der gemeinsamen Wissenschaftskonferenz des Bundes und der Länder. o.O., Mai 2011.

⁹ Empfehlungen zur Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Informationsinfrastrukturen in Deutschland bis 2020. Köln 2012.

¹⁰ Dazu Berndt Dugall: Lässt sich die Zukunft von Bibliotheken prognostizieren? In: ABI Technik, 32, 2012, S. 141–162, bes. S. 158ff.

¹¹ Achim Bonte: Wissenschaftliche Bibliotheken der nächsten Generation. Sind die Institutionen und ihre Mitarbeiter für die Zukunft gerüstet? In: Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie, 61, 2014, S. 239–242, hier S. 239.

¹² Wissenschaftsrat: Empfehlungen zum Magazinbedarf wissenschaftlicher Bibliotheken. Köln 1986, S. 27

¹³ Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur digitalen Informationsversorgung durch Hochschulbibliotheken. Greifswald 2001.

¹⁴ Education Advisory Board: Redefining the Academic Library. Managing the Migration to Digital Information Services. Der Bericht ist über zahlreiche Webseiten frei zugänglich, z.B. über <http://www.fullerton.edu/>

¹⁵ Bernd Vogel/Silke Cordes: Bibliotheken an Universitäten und Fachhochschulen. Organisation und Ressourcenplanung. Hannover 2005 (Hochschulplanung Band 179).

¹⁶ <http://www.hathitrust.org/>

¹⁷ Roland Reuß: Ende der Hypnose. Vom Netz und zum Buch. Frankfurt am Main/Basel, 2012.

¹⁸ Nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung vom 7. 3. 2015 ist der Anteil der E-Books am Gesamtumsatz des Buchhandels in Deutschland in 2014 zwar von 3,9 auf 4,3 % gestiegen, blieb damit aber deutlich unter den Erwartungen.

¹⁹ Ulrich Raulff: Wiedersehen mit den Siebzigern. Die wilden Jahre des Lesens. Stuttgart 2014, S. 86.

²⁰ Bernd Vogel/Andreas Woisch: Orte des Selbststudiums. Eine empirische Studie zur zeitlichen und räumlichen Organisation des Lernens von Studierenden. Hannover 2013 (Forum Hochschule 7/2013)

²¹ Caroline Leiß/Johann Leiß: Bibliotheken im Internetzeitalter. Von P(rint) nach E(lectronic). In: Winfried Nerdinger (Hg.): Die Weisheit baut sich ein Haus. Architektur und Geschichte von Bibliotheken. München [u.a.], 2011, S. 215–236, hier S. 228.

²² S. Anmerkung 14

²³ Sebastian Dippelhofer: Das Bibliothekssystem der Universität Gießen – Erwartungen und Wünsche ihrer Besucher/innen. Eine quantitativ-empirische Bestandsaufnahme. Gießen 2014 (Gießener Beiträge zur Bildungsforschung, Nr. 9).

²⁴ The Library of the Future. The Hague, 2014, Untertitel.

Kontakt:

Dr. Peter Reuter
 Leitender Bibliotheksdirektor
 Bibliothekssystem
 der Justus-Liebig-Universität
 Otto-Behaghel-Straße 8
 D-35394 Gießen
 Telefon 0641 99-14001
 Telefax 0641 99-14009
 peter.reuter@bibsys.uni-giessen.de

III. Fächer, Forschung, Perspektiven



Stefanie Eschenbrenner, Volker Wissemann

Was Charles Darwin noch nicht wusste

Das Jahr 1859, als Darwins Werk über „Die Entstehung der Arten“ erschien, markiert eine Zäsur in der wissenschaftlichen Wahrnehmung lebender Organismen. Das Buch erregte die Gemüter wie kein anderes und führte zu einer hitzigen öffentlichen Debatte, die sich noch verstärkte, als Darwin 1871 „Die Abstammung des Menschen und die geschlechtliche Zuchtwahl“ veröffentlichte. Die überragende Bedeutung der Abstammungslehre für die gesamte Biologie brachte es mit sich, dass darüber die weiteren Leistungen Darwins als Naturforscher, im Besonderen sein Anteil an der botanischen Forschung häufig etwas in den Hintergrund treten. Dabei hätte allein seine Leistung als Botaniker genügt, ihm einen ehrenvollen Platz unter den Naturforschern zu sichern. In seinem Selbstverständnis war Darwin weder Botaniker noch Zoologe oder Geologe, sondern ein Forscher, der sich für Naturgeschichte interessierte. Darwin war modern, weil er sich nicht damit vergnügte zu beschreiben, was er sah, sondern danach fragte, „Wie“ und „Weshalb“ die Natur so funktionierte, wie er sie beobachtete, und weil er, vor allem in späteren Jahren, zu einem experimentell forschenden Biologen wurde, der seine Hypothesen anhand sorgfältiger Experimente überprüfte. Dabei suchte und fand er Beispiele für die Bestätigung seiner allgemeinen Theorie sowohl bei Tieren als auch bei Pflanzen. Bemerkenswert ist trotzdem, dass sich Darwin bereits im Frühjahr und Sommer 1860, kurz nach dem Erscheinen der „Entstehung der Arten“, intensiv mit Pflanzen beschäftigte. Im Verlauf eines kurzen Sommers machte er drei Beobachtungen, die später zu seinen wichtigsten botanischen Arbeiten führten. Die erste Beobachtung bezog sich auf die unterschiedlichen Blüten von Primeln, die er detailliert untersuchte, was zu der Schlussfolgerung führte, dass sie dazu dienen, Selbstbe-

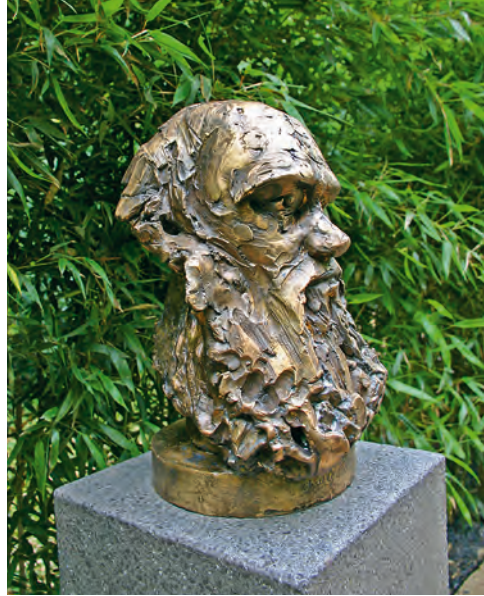


Abb. 1: Charles Darwin, Bronzebüste im Darwinpfad Gießen, Botanischer Garten. Künstlerin: Bärbel Dieckmann, Berlin.

(Fotografie: Alexander Failing, Pressestelle JLU)

stäubung und Inzucht zu verhindern. Darwin war sich klar darüber, dass kontinuierliche Selbstbestäubung zum Verschwinden vererbbarer Variationen führen musste und dadurch Weiterentwicklung, d.h. Evolution, unmöglich würde. In der Folge beschäftigte er sich jahrelang mit den Auswirkungen von Inzucht auf die Überlebensfähigkeit von Pflanzen. Des Weiteren experimentierte er zwischen Mai und Juni 1860 auch mit Orchideen und erkannte, dass der Bau ihrer Blüten dafür angepasst ist, ihre Fremdbestäubung durch Insekten sicherzustellen. Ebenfalls im Sommer 1860 stieß Darwin auf der Suche nach einer seltenen Orchidee, die in Mooren vorkommt, auf den Sonnentau (Drosera). Er erkannte wie dieser mit seinen

Tentakeln Insekten einfängt, um sich Nährstoffe zu verschaffen. Dies weckte sein Interesse an der Sensitivität von Pflanzen. Von nun an begann Darwin auch mit dem Sonnentau zu experimentieren, fütterte ihn mit Fleisch, und benutzte Chloroform, um die Pflanze zu betäuben. Daneben widmete er sich Untersuchungen über die Reizbarkeit und das Bewegungsvermögen der Pflanzen – ebenso pflanzlicher Reproduktionssysteme und der Auswirkungen von Inzucht –, die ihm Einsichten in das allgemeine Wesen von Pflanzen ermöglichten, deren biochemische und molekulargenetische Grundlagen wir zum Teil erst heute verstehen. Eine ganze Reihe seiner kreativsten experimentellen Studien führte Charles Darwin an Pflanzen durch. Diese Arbeiten haben für die Vertiefung und Bestätigung seiner Evolutionstheorie eine wichtige Rolle gespielt und beeinflussen bis heute evolutionsbiologische Studien an Pflanzen.

Charles Robert Darwin (1809–1882)

Die botanischen Hauptwerke

Darwin hatte sich schon in seiner Kindheit für Pflanzen interessiert, und sein Interesse an der Botanik war nie erloschen. Es interessierten ihn in der Botanik vorwiegend dynamische Themen (Bewegung, Karnivorie, Blütenbiologie, Blütendimorphismen, Kreuz- und Selbstbefruchtung). Mit seinen Schriften hat Darwin die Entwicklung der Botanik zu einer einheitlichen Wissenschaft gefördert, die Pflanzenzucht, Physiologie, Ökologie und Blütenbiologie mit der akademischen Systematik verband. In 18 Jahren publizierte er sieben große botanische Werke, die über 2500 Seiten füllten.

1. "On the various contrivances by which British and foreign Orchids are fertilised by insects" (1862)

Darwin beschreibt die vielfältigen Einrichtungen und Anpassungen von Orchideen an die Bestäubung durch Insekten. Er wollte zeigen, dass diese ebenso vielfältig und vollkommen sind wie Anpassungen im Tierreich. Er er-

bringt den Nachweis, dass die Einrichtungen der Orchideen dazu dienen, Fremdbestäubung sicherzustellen. Darwin war sich bewusst, dass zumindest gelegentliche Fremdbestäubung notwendig ist, um Variabilität aufrechtzuerhalten und deshalb eine Voraussetzung für natürliche Selektion darstellt.

2. "On the movements and habits of climbing plants" (1865)

Drei Jahre später publizierte Darwin seine Arbeit über Kletterpflanzen. Motiviert durch einen 1858 erschienenen Artikel des amerikanischen Botanikers Asa Gray (1810–1888) über die Rankenbewegung eines Kürbis, hatte Darwin begonnen, die Gesetzmäßigkeiten der Wachstums- und Drehbewegungen von Kletterpflanzen zu untersuchen. Er interessierte sich besonders für die sensitiven Fähigkeiten von Pflanzen, auf Licht, Schwerkraft oder Berührung zu reagieren. Darwin beschrieb insgesamt vier verschiedene Typen von kletternden Pflanzen. Daneben analysierte er auch die physikalischen Grundlagen der Windenbewegungen und führte sogar später für die kreisenden Suchbewegungen von Ranken die Bezeichnung „Circumnutation“ ein, die in die botanische Terminologie einging.

3. "The variation of animals and plants under domestication" (1868)

Darwin wunderte sich, dass das Gros der Botaniker die Ergebnisse der Pflanzenzüchtung ignorierte, denn gerade Haustiere und Nutzpflanzen bildeten hervorragende Objekte für den Nachweis von Selektion. In diesem zweibändigen Werk über die Variation bei Nutztieren und Pflanzen verzeichnete er Art für Art eine ungeheure Menge an Beobachtungen und Fakten mit dem Ziel, die Ursachen und Gesetzmäßigkeiten der Variabilität und der Veränderbarkeit domestizierter Tiere und Pflanzen zu erhellen. Dabei ging es Darwin darum, sowohl das Ausmaß der vorhandenen Variabilität als auch deren Vererbbarkeit zu dokumentieren. Darwin hatte das Problem, dass der Mechanismus der Vererbung zu seiner Zeit noch völlig im

Dunkeln lag. Er entwickelte in diesem Buch eine Theorie der Vererbung, der Pangenesis, welche davon ausgeht, dass Keimzellen im gesamten Körper entstehen und in den Reproduktionsorganen gesammelt werden. Diese Theorie erwies sich später als falsch.

4. *"Insectivorous plants" (1875)*

1860 beobachtete Charles Darwin erstmals den Insektenfangenden Sonnentau (*Drosera rotundifolia*). Trotz anfänglicher Zweifel begann er eine umfassende Serie von Experimenten. 15 Jahre später veröffentlichte er sein Buch *"Insectivorous plants"*, das bis heute als Grundstein der wissenschaftlichen Karnivorenforschung gilt. In diesem Buch befasst sich Darwin mit den Reaktionen der Pflanze, insbesondere mit ihrem Bewegungsvermögen, der Ausscheidung von Verdauungsenzymen, der Reizleitung und mit Veränderungen der Zellen, die er als „Aggregation“ bezeichnet. Außerdem zeigte er, dass das Phänomen der Karnivorie nicht auf *Drosera* beschränkt ist, sondern eine große Anzahl von Arten in der Lage ist, lebende Tiere zu erbeuten und zu verwerten.

5. *"The effects of cross and self-fertilization in the vegetable kingdom" (1876)*

Gerade mal ein Jahr nach den „Karnivoren“ erschien ein weiteres umfangreiches Werk. In zahlreichen Tabellen auf der Basis kontrollierter Experimente listete er die Ergebnisse seiner Kreuzungsversuche auf, die zeigten, dass Fremdbestäubung im Vergleich mit Selbstbestäubung meist zu lebenskräftigeren Nachkommen führt. Des Weiteren vermerkte er, dass in einer Reihe von Fällen Selbstbestäubung zu einer Uniformität der Nachkommen führte, Fremdbestäubung dagegen die Entstehung von Varianten in großem Umfang förderte.

6. *"The different forms of flowers on plants of the same species" (1877)*

In diesem Buch widmet sich Darwin der Heteromorphie von Blüten derselben Art. Er sah hier, in Fortsetzung der Abhandlung über

Kreuz- und Selbstbestäubung, den Mechanismus zu einer festgelegten Fremdbestäubung. Die auffälligste Form der Verschiedenheit von Blüten, die Heterostylie, bei der sich die Blüten durch die Länge der Griffel und die Staubblattpositionen unterscheiden, war bereits vor Darwin bekannt, aber nicht systematisch untersucht worden. Erst Darwin formulierte, kombiniert mit präzisen Untersuchungsmethoden, alle prinzipiellen Überlegungen zu diesem Phänomen. Des Weiteren zeigte er, dass außer einer konstruktiven Verschiedenheit der Blüten auch ein Inkompatibilitäts-System existiert. In der Selbstinkompatibilität, der strikten Vermeidung der erfolgreichen Bestäubung mit Pollen des gleichen Individuums, sah Darwin konsequenterweise eine Vorstufe der Ausbildung von monözischen Pflanzen (bei denen eingeschlechtliche Blüten auf demselben Individuum vorkommen). Durch eigene Kreuzungsexperimente stellte er fest, dass nur eine wechselseitige Bestäubung zum Samenansatz führte, anderenfalls blieb die Fruchtbildung aus. Darwin nannte die erfolgreiche wechselseitige Bestäubung „legitim“, die Bestäubung zwischen gleichen Formen „illegitim“. Außerdem befasste er sich mit dem Phänomen der Kleistogamie, einer Form der gezielten Selbstbestäubung in geschlossenen Blüten.

7. *"The power of movement in plants" (1880)*

Im letzten Band der botanischen Werke wandte sich Darwin noch einmal den Bewegungen der Pflanzen zu. Das Thema ließ ihn seit seinen Versuchen mit Kletterpflanzen (1865) nicht mehr los. Dieses Buch befasst sich mit einer Vielzahl von Anpassungen bei Pflanzen wie Berührungsempfindlichkeit, Phototropismus, Geotropismus, Kletterbewegungen oder Schlafbewegungen. Darwin will den Nachweis erbringen, dass diese verschiedenen Bewegungsarten, die durch Licht, Schwerkraft und andere Reize bewirkt werden, alle auf eine ertümliche Grundbewegung, die er Circumnutation nannte, zurückgeführt werden können und unter anderem als evolutive Modifikation der Fähigkeit von Pflanzen, dem Sonnenstand zu folgen, aufzufassen sind.

**Forschungsschwerpunkt
Populationsgenetik und Ökologie von
Drosera-Arten in Schleswig-Holstein**

Die Gattung *Drosera*, der Sonnentau, wurde für Darwin die Pflanze, die seine größte Aufmerksamkeit in seinem ganzen Leben erhielt. Insbesondere die Grundlagen der Physiologie der Lebensvorgänge wurden von ihm bereits vollständig beobachtet. Trotz der Arbeiten Gregor Mendels (die er zwar als Sonderdruck besaß, aber nicht gelesen hatte), aber auch aufgrund der allgemeinen zeitbedingten Unkenntnis über genetische Prozesse, konnte Darwin jedoch keine Aussagen über die qualitativen Folgen der beobachteten Reproduktionsbiologie für die Strukturierung natürlicher Populationen ableiten. Unser Forschungsschwerpunkt befasst sich mit dieser Lücke in Darwins Wissen und untersucht die Populationsstruktur ausgewählter *Drosera*-Bestände in Schleswig-Holstein, und leitet aus den Ergebnissen naturschutzfachliche Handlungsanweisungen und Bewertungen zur populationsbiologischen Situation des Sonnentaus ab. Gefördert wird

dieses Projekt bzw. dieser Forschungsschwerpunkt „Darwins Pflanzen“ durch die Johannes-Hübner-Stiftung Gießen.

Nachfolgend soll in knapper Form über die bisherigen Ergebnisse berichtet werden. Dies sind besonders die Nachweise einheimischer *Drosera*-Arten in Schleswig-Holstein (1.), sowie deren Hybride (2.), populationsgenetische Untersuchungen der lokal adaptierten Genotypen der verschiedenen Arten des Festlandes (3.), und der lokal adaptierten Genotypen der Amrumer Population (4.).

1. Nachweis einheimischer Drosera-Arten in Schleswig-Holstein

Eine der faszinierendsten Erscheinungen der einheimischen, karnivoren Pflanzenwelt ist die Gattung *Drosera* (Sonnentau). Charakteristisch für alle Arten der Gattung *Drosera* sind die auf der Oberseite und am Rand ihrer Laubblätter sitzenden (sessilen) Drüsen sowie deren reizbare, krümmungsfähige, gestielte Drüsen (Tentakeln). Sessile, sitzende Drüsen dienen der Produktion von Verdauungsssekreten sowie der

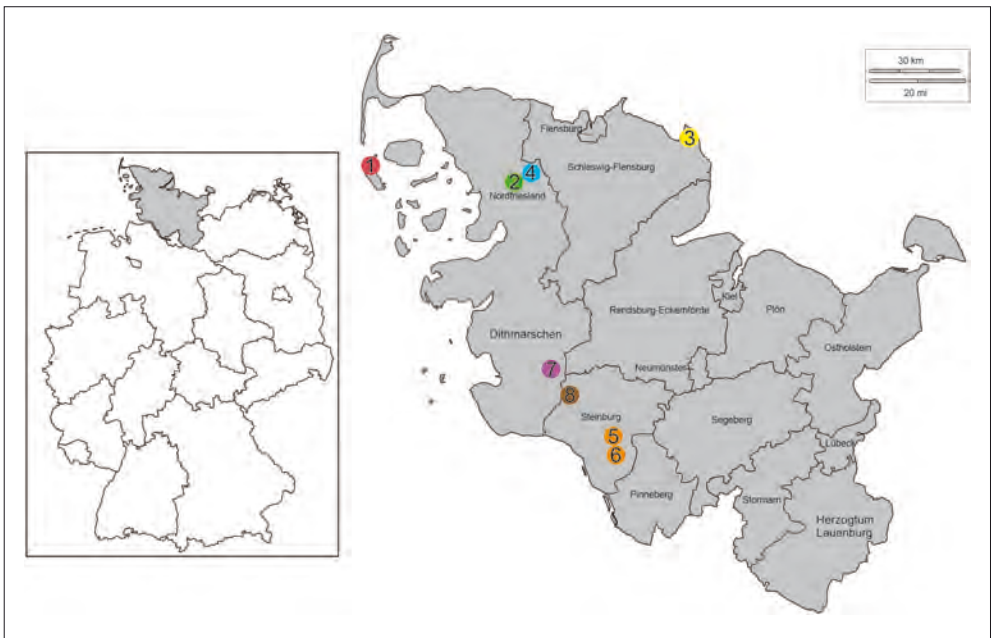


Abb. 2: Standorte in Schleswig-Holstein. Übersicht

Resorption von Verdauungsprodukten. Die Gattung *Drosera* besteht aus 194 Arten, von denen die meisten in der südlichen Hemisphäre, vor allem in Australien und Neuseeland, vorkommen.

Nahezu alle Arten kommen auf relativ nährstoffarmen sauren Böden vor, für gewöhnlich in Mooren. Moore sind einzigartige Relikte einer Vegetationsgeschichte, die vor rund 11.000 Jahren mit dem Ende der Eiszeit begann. Seit Jahrhunderten werden sie von Menschen genutzt. Viele Moore wurden drainiert, um sie in landwirtschaftliche Flächen umzuwandeln. Daneben ist Torf weiterhin ein wichtiger Rohstoff, der in früheren Zeiten als Heizmaterial und heutzutage vermehrt als Pflanzensubstrat im Gartenbau genutzt wird. Aufgrund der Zerstörung, Veränderung sowie der Fragmentierung der Lebensräume „Moore“ sind viele hoch spezialisierte Arten wie z. B. *Drosera rotundifolia* in den letzten Jahrzehnten stark zurückgegangen. Anlass für genetische Untersuchungen ist die Isolation kleiner Populationen. Sowohl Isolation als auch geringe Populationsgrößen wirken sich auf Diasporen-

produktion, Keimraten und Wüchsigkeit der Pflanzen aus. Kleine Populationsgrößen und hoher Isolationsgrad, d.h. geringer Genfluss, können die genetische Konstitution einer Population folgendermaßen beeinflussen: Einerseits verursacht genetische Drift einen Verlust genetischer Variabilität. Dies kann kurzfristig die Anfälligkeit gegenüber Pathogenen erhöhen. Andererseits führt verringerte genetische Variabilität auch vermehrt zu Inzucht. Als Folge von Inzuchtdepression reduziert sich häufig die Vitalität einer Population. Eine geringe genetische Diversität verringert das Potenzial der evolutionären Anpassung und gefährdet so den Fortbestand der Population.

In Deutschland sind drei Arten beheimatet: *Drosera rotundifolia*, der Rundblättrige Sonnentau, *Drosera intermedia*, der Mittlere Sonnentau, und *Drosera anglica*, der Langblättrige Sonnentau. Daneben sind zwei Hybride bekannt: Zum einen *Drosera x obovata* (*D. rotundifolia* & *D. anglica*) sowie *Drosera x beleziana* (*D. rotundifolia* & *D. intermedia*). Die beiden in Schleswig-Holstein vorkommenden Sonnentauarten, *D. rotundifolia* und *D. intermedia*,



Abb. 3: *Drosera intermedia* Schleswig-Holstein

gehören mittlerweile zu den besonders geschützten Arten nach der Bundesartenschutzverordnung. Daneben wird die dritte einheimische Drosera-Art, der Langblättrige Sonnentau (*Drosera anglica* = *Drosera longifolia*) nach Erkenntnissen von Mierwald & Romahn (2006) sogar unter dem Gefährdungsgrad 0 als ausgestorben oder verschollen eingestuft (Rote Liste 2006).

Im Rahmen einer Studie wurden insgesamt sieben Standorte im Mai 2013 mit etablierten Populationen der Gattung *Drosera* aus Hoch- und Niedermooren in Schleswig-Holstein für die morphologische, durchflusszytometrische sowie genetische Analyse besammelt. Für die morphologischen Untersuchungen wurde frisches Blattmaterial von 51 *D.-rotundifolia*- und 45 *D.-intermedia*-Individuen verwendet, welche der Artdifferenzierung dienen. *D. rotundifolia* weist eine kreisrunde Blattspreite auf, die sich abrupt in den haarigen Stiel verjüngt. Die Blattspreite von *D. intermedia* hingegen ist länglich bis spatelig und verschmälert sich allmählich in den kahlen Stiel. Die morphologischen Unterschiede zwischen beiden Arten sind eindeutig. Die Genomgröße wurde von fünf *D.-rotundifolia*- und drei *D.-intermedia*-Populationen gemessen. Beide untersuchten Arten besitzen ein sehr kleines Genom (*D. rotundifolia* 1C: 0.91 pg; *D. intermedia* 1C: 1.02 pg). Die morphologischen Untersuchungen zeigen, dass artspezifische Merkmale nicht sehr variabel sind und laut Enke et al. (2011) die Genomgröße einer Art meist konstant ist. Beide Analysen unterstützen die deutliche Differenzierung beider Arten.

2. Nachweis einheimischer *Drosera*-Hybriden in Schleswig-Holstein

Zum Status und Gefährdungsgrad in Deutschland und den jeweiligen Bundesländern liegen bisher keine Angaben sowie Bewertungen der beiden Hybriden *D. x obovata* Mert. et Koch und *D. x beleziana* Camus auf der „Floraweb“-Internetseite des Bundesamtes für Naturschutz vor (Bundesamt für Naturschutz 2014). In Schleswig-Holstein gilt der Hybrid *D. x obovata* der beiden Elternarten *Drosera anglica* x *D. ro-*

tundifolia nach Erkenntnissen von Mierwald & Romahn (2006) unter dem Gefährdungsgrad 0 als ausgestorben oder verschollen (Rote Liste 2006). Zum Status und Gefährdungsgrad des Hybriden *D. x beleziana* (*D. intermedia* x *D. rotundifolia*) in Schleswig-Holstein liegen bislang keine Informationen vor (Mierwald & Romahn 2006). Im Rahmen unserer Untersuchungen konnten an den sieben Standorten in Schleswig-Holstein diese ebenfalls nicht detektiert werden. Hier wird eine flächendeckende Untersuchung Schleswig-Holsteins empfohlen, um eine genaue Aussage zum Status beider Hybride zu treffen.

3. Populationsgenetische Untersuchungen der lokal adaptierten Genotypen der verschiedenen *Drosera*-Arten des Festlandes

Genetische Diversität ist Teil der biologischen Vielfalt und entsteht durch genetische Differenzierung von Taxa als Ergebnis der fortwährenden evolutiven Anpassung von Organismen an ökologische, klimatische und edaphische Faktoren durch Evolutionsfaktoren wie z.B. Mutation, Hybridisierung und Selektion (Seitz et al. 2007). Durch sexuelle Fortpflanzung wird jedoch die genetische Diversität zwischen sich paarenden Organismen immer wieder angeglichen und differenziert sich von nicht-kreuzenden Organismen, so dass genetische Diversität im Verlauf der Evolution zur Clusterbildung auf allen taxonomischen Ebenen führt. Auch innerhalb eines Taxons können sich in unterschiedlichen Regionen unterschiedliche Genotypen entwickeln und manifestieren, so dass genetische Unterschiede innerhalb und zwischen Populationen und Arten, Selektionsprozessen oder Hybridisierungsereignissen unterliegen.

Die genetische Vielfalt von Populationen und Arten ist mit molekularen Methoden, wie der hochauflösenden Fingerprint-Methode ISSR (Inter-Simple-Sequence-Repeat), die in dieser Studie angewandt wurde, feststellbar. Hierbei handelt es sich um eine PCR-basierende Methode, welche amplifizierende DNA-Segmente zwischen zwei identischen SSR-Regionen (Sim-

ple Sequence Repeats) verschiedener Individuen miteinander vergleicht (Reddy et al. 2002). Es handelt sich hierbei um eine Fingerprint-Analyse, bei der, wie bei AFLP (Amplified Fragment Length Polymorphism)- und RAPD (Random Amplified Polymorphic DNA)-Analyse, Längenpolymorphismen detektiert und analysiert werden (Meimberg 2002). Dabei wird davon ausgegangen, dass Individuen, die ähnliche genetische Muster aufweisen, evolutiv ähnlicher sind. Da in der Regel die Kern-DNA untersucht wird und hier auch der Phänotyp einer Pflanze kodiert ist, repräsentieren genetische Ähnlichkeiten häufig morphologische Ähnlichkeiten, falls keine konvergente Evolution stattgefunden hat.

Für die populationsgenetische Untersuchung wurde frisches Blattmaterial von insgesamt 75 Individuen verwendet. Die darauf folgende DNA-Isolation fand nach dem Extraktionsprotokoll von Biteau et al. (2011) statt. Die gewonnene, einzelsträngige cDNA diente als Template für die ISSR-PCR. Das Prinzip dieser molekulargenetischen Technik Inter Simple Sequence Repeat-PCR (ISSR-PCR), beruht auf der Amplifikation der zwischen zwei Mikrosatelliten liegenden Bereiche (SSR, Single Sequence Repeats). Mikrosatelliten sind kurze, nicht kodierende DNA-Sequenzen, die sich mehrfach wiederholen und gleichmäßig im Genom verteilt sind (Tautz & Renz 1984). Für diese Methode wurden 16–25 bp (Basenpaar) große Mikrosatelliten, die als Primer in einer Single-Primer PCR dienen, verwendet (Reddy et al. 2002). Nach erfolgreicher Amplifikation wurden die PCR-Produkte (Polymerase chain reaction) auf ein 1%iges Agarosegel aufgetragen. Abschließend wurden die Banden im Gel der untersuchten Individuen auf Intensität und Abfolge verglichen, Fragmente im Bereich von 200 bis 2000 bp ausgewertet und manuell eine Datenmatrix der Allele/Merkmale erstellt (0/1-Matrix). Anwesende Allele (amplifizierte) wurden mit einer 1, abwesende Allele (nicht amplifizierte), mit einer 0 markiert. Die Matrix wurde im PAUP-Format exportiert und eine Neighbor-Joining (NJ)-Analyse mit dem Programm PAUP* 4.0b10 (Swofford, 2002) für Microsoft Windows™ durchgeführt und mittels Splits Tree4 ein Phänogramm ermit-

telt. Insgesamt wurden 75 Individuen in die Analyse eingeschlossen.

Die molekulargenetischen Datensätze ergaben eine klare Trennung der genetisch variablen *D. rotundifolia*-Populationen und zeigt, dass sich die lokal adaptierten Genotypen der Schleswig-Holsteiner Hoch- und Niedermoore unterscheiden. Ebenfalls bestätigt die Fragmentierung der genetisch variablen *D. intermedia*-Populationen, dass sich die lokal adaptierten Genotypen gegeneinander abgrenzen. Aufgrund der räumlichen Trennung der untersuchten Standorte von mindestens 26 km ist ein Genaustausch zwischen den Populationen pro Art eher unwahrscheinlich. Rong et al. (2010) weisen in ihrer Arbeit darauf hin, dass eine Pollenverbreitung mittels Bestäuber zu 99 % in einer Entfernung von 4,2 km stattfindet. Die Verbreitung mittels Bestäuber über Distanzen von über 20 km ist eher auszuschließen. Eine genetische Veränderung vom ursprünglichen gemeinsamen Genpool hin zu isolierten, sehr variablen lokalen Genotypen aufgrund der Nutzung bzw. Zerstörung und Fragmentierung der Moore seit einigen Jahrhunderten ist eher auszuschließen. Der Zeitraum ist dafür zu kurz. Dies hängt eher mit der Reproduktionsbiologie der Gattung *Drosera* zusammen. Selbstbestäubung ist bei den mitteleuropäischen *Drosera*-Arten die Regel (Schäfflein 1961). Die Blüten der Gattung *Drosera*, so auch die der einheimischen Arten *D. intermedia* und *D. rotundifolia*, öffnen sich nur selten und für kurze Zeit. Aufgrund dessen streuen diese nur wenig Pollen aus. Eine Verbreitung mittels Bestäuber ist somit nur bedingt möglich. Laut Schäfflein (1961) sind die Samen der oben genannten *Drosera*-Arten sehr klein und leicht. Diese winzigen Diasporen scheinen vor allem wegen ihres geringen Gewichtes sowie ballonähnlichen Strukturen, d. h. mit einer losen Hülle oder luftgefüllten Hohlräume, an Windverbreitung angepasst zu sein (Bonn und Poschold 1998). Durch vertikale Luftbewegung gelangen die Diasporen leicht in höhere Luftschichten, wo sie sehr große Distanzen zurücklegen können (Bonn und Poschold 1998). Selbst wenn dies erfolgt, ist eine Keimung nicht gewährleistet. Nach Schäfflein (1961) sind beide Arten ausgespro-

chene Lichtfrostkeimer; am leichtesten keimt *D. rotundifolia*, am schwersten *D. intermedia*. Dies erklärt die unterschiedliche Verbreitung beider Arten (Schäftlein 1961). Daneben ist eine Trennung der nördlich vorkommenden *D.-intermedia*-Populationen von den südlichen Populationen Schleswig-Holsteins zu beobachten. Um klare Aussagen über diese Fragmentierung zu treffen, sollten in Schleswig-Holstein flächendeckend *D.-intermedia*-Populationen besammelt werden.

4. Populationsgenetische Untersuchungen der lokal adaptierten Genotypen der Amrumer Population

Ein weiteres Ziel unserer Studie war es herauszufinden, ob sich die lokalen *D.-rotundifolia*-sowie *D.-intermedia*-Populationen des Festlandes von der Amrumer *Drosera*-Population abgrenzen. Die Ergebnisse der morphologischen und molekulargenetischen Datensätze bestätigen ebenfalls, dass sich die lokalen *D.-rotundifolia*-Populationen des Festlandes von der Amrumer *D.-rotundifolia*-Population abgrenzen. *D. intermedia* wurde auf Amrum nicht gefunden, aufgrund dessen nicht beantwortet werden konnte, ob sich der Genotyp des Festlandes von der Amrumer Dünenpopulation unterscheidet. Laut Thum (1988) sind manche Pflanzen von *D. rotundifolia* bedroht, von schnellwüchsigem Sphagnum (Torfmoos) überwachsen und so vom Licht abgeschnitten zu werden. So auch die untersuchte Population „Amrum“. Diese Art ist jedoch im Stande, mit Sphagnum-Arten zu konkurrieren. Einerseits indem sie längere Internodien sowie längere Blattstiele bildet, um die Oberfläche des Moosrasens zu erreichen. Die untersuchten Blattstiellängen der Individuen Amrums bestätigen dies und grenzen aufgrund dessen diese Population von den restlichen Festland-Populationen ab.

Fazit

Karnivore Pflanzen stellen die gewohnte Nahrungskette quasi auf den Kopf, indem sie lebende Tiere fangen, verdauen und aufnehmen,

um sich mit Mineralstoffen zu versorgen. Die hoch spezialisierten Fangorgane hatten bereits früh das Interesse der botanischen Forschung auf sich gezogen, der Mehrheit der Wissenschaftler erschien jedoch die Vorstellung von Pflanzen, die Tiere fangen, zu phantastisch, um wahr zu sein (Adlassnig et al. 2009). 1860 beobachtete Charles Darwin erstmals den Insektenfangenden Sonnentau (*Drosera rotundifolia*). Trotz anfänglicher Zweifel begann er eine umfassende Serie von Experimenten, die er 15 Jahre später in seinem Buch "Insectivorous Plants" veröffentlichte. Er befasste sich weniger mit dem Fang von Tieren als mit den Reaktionen der Pflanzen. Insbesondere die Grundlagen der Physiologie der Lebensvorgänge wurden von ihm bereits vollständig beobachtet. Trotz der Arbeiten Gregor Mendels, aber auch aufgrund der allgemeinen zeitbedingten Unkenntnis über genetische Prozesse, konnte Darwin jedoch keine Aussagen über die qualitativen Folgen der beobachteten Reproduktionsbiologie für die Strukturierung natürlicher Populationen ableiten. Dieser Beitrag befasst sich mit dieser Wissenslücke Darwins und untersucht speziell mit populationsgenetischen Untersuchungen die carnivoren Sonnentauarten Schleswig-Holsteins. Aufgrund der Fragmentierung der Standorte kam es zur Bildung lokaler Rassen, die im Einzelnen geschützt werden sollten. Aufgrund dessen wird empfohlen, nur Ansalbung (künstliche Ansiedlungen) mit dem lokalen Genotyp vorzunehmen. Von Durchmischungen unterschiedlicher Standorte wird abgeraten.

Die Populationsgenetik spielt eine wichtige Rolle bei Schutz und Management bedrohter Arten (Bachmann 2006). Eine hohe genetische Diversität innerhalb von Arten und Einzelpopulationen wird als Voraussetzung für die Anpassung an variable Umweltbedingungen, für die langfristige Evolutionsfähigkeit einer Art sowie für eine höhere Fitness von Individuen oder Populationen betrachtet. Kleine Populationsgrößen und hoher Isolationsgrad können die genetische Konstitution einer Population beeinflussen. Zum einen führt dies zur genetischen Drift, die einen Verlust genetischer Variabilität verursacht (Bachmann 2006). Kurz-

fristig kann dies die Anfälligkeit gegenüber Pathogenen erhöhen. Andererseits führt verringerte genetische Variabilität auch vermehrt zu Inzucht. Als Folge von Inzuchtdepression reduziert sich häufig die Vitalität einer Population (Bachmann 2006). Eine geringere genetische Diversität verringert das Potenzial der evolutionären Anpassung und gefährdet so den Fortbestand einer Population. Durch die Fixierung und Ansammlung leicht schädlicher Mutationen in kleineren Populationen kommt es zu einer Reduktion der Fitness einzelner Pflanzen. Der Erhalt der biologischen Vielfalt, wozu auch die genetische Vielfalt zählt, ist eines der wichtigsten Ziele des Naturschutzes und demnach schützenswert.

Gegen die Fragmentierung, Eutrophierung und Entwässerung der Standorte anzugehen ist schwierig, aber essenziell für die langfristige Erhaltung vieler hoch spezialisierter, gefährdeter Arten. Allgemein gilt daher, dass um Bestände stark gefährdeter Arten entlastende Schutz- und Pufferstreifen eingerichtet werden müssen, um negative Einflüsse der Landwirtschaft abzumildern (Romahn et al. 2007). Dies gilt in besonderem Maße für solche Arten, für die das Land Schleswig-Holstein eine besondere Verantwortung trägt. So auch für die beiden einheimischen Sonnentauarten, *D. rotundifolia* und *D. intermedia*.

Literatur:

Adlassnig, W., Lendl, T., Peroutka, M., und Lichtscheidl, I. K. (2009). In: Stöcklin, J., und Höxtermann, E.: Darwin und die Botanik. Beiträge eines Symposiums der Schweizerischen Botanischen Gesellschaft und der Basler Botanischen Gesellschaft zum Darwin-Jahr 2009, Basilisken-Press, Rangsdorf 2009, pp. 103–130.

Bachmann, U. (2006): Die Gefährdung der Knäuel-Glockenblume *Campanula Glomerata* L. in Deutschland. Dissertation, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg: 72 S.

Biteau, F., Nisse, E., Hehn, E., Miquel, S., Hannewald, P., Bourgaud, F. (2011): A Rapid and Efficient Method for Isolating High Quality DNA from Leaves of Carnivorous Plants from the *Drosera* Genus. *Mol Biotechnol* (2012) 51: 247–253.

Bonn, S., Poschlod, P. (1998): Ausbreitungs-Biologie der Pflanzen Mitteleuropas. Grundlagen und kulturhistorische Aspekte. Quelle & Meyer Verlag: 404 S.

Braam, J. (2005): In touch. Plant responses to mechanical stimuli. *New Phytologist* 165, pp. 373–389.

Enke, N., Fuchs, J., Gemeinholzer, B. (2011): Skinking genomes? Evidence from genome size variation in *Crepis* (Compositae). *Plant Biology* 13: 185–193.

Grau, J. (2009): Darwins Weg zur Botanik. In: Stöcklin, J., und Höxtermann, E.: Darwin und die Botanik. Beiträge eines Symposiums der Schweizerischen Botanischen Gesellschaft und der Basler Botanischen Gesellschaft zum Darwin-Jahr 2009, Basilisken-Press, Rangsdorf, pp. 37–59.

Heberer, G., und Schwanitz, F. (1960): Hundert Jahre Evolutionsforschung. Das wissenschaftliche Vermächtnis. Gustav-Fischer-Verlag, Stuttgart, pp. 169–185.

Meimberg, H. (2002): Molekular-Systematische Untersuchungen an den Familien Nepenthaceae und Ancistrocladaceae sowie verwandter Taxa aus der Unterklasse Caryophyllidae s. l. Ludwig-Maximilians-Universität München, Dissertation: 260 S.

Mierwald, U., Romahn, K. (2006): Die Farn- und Blütenpflanzen Schleswig-Holsteins. – Rote Liste, 4. Fassung, Band 1. – Landesamt für Natur und Umwelt des Landes Schleswig-Holstein, 122 S., Flintbek.

Reddy, M. P., Sarla, N., Siddiq, E. A. (2002): Inter simple sequence repeat (ISSR) polymorphism and its application on plant breeding. *Euphytica* 128: 9–17.

Rong, J., Janson, S., Umehara, M., Ono, M., Vrieling, K. (2010): Historical and contemporary gene dispersal in wild carrot (*Daucus carota* ssp. *carota*) populations. *Annals of Botany* 106: 285–296.

Schäfflein, H. (1961): Droseraceae. In: Hegi: Illustrierte Flora von Mitteleuropa, Band IV, 2. Teil, herausgegeben von Dr. Herbert Huber. Carl Hanser Verlag, München.

Schneckenberger, S. (2009): Darwin und die Blütenbiologie. Beiträge eines Symposiums der Schweizerischen Botanischen Gesellschaft und der Basler Botanischen Gesellschaft zum Darwin-Jahr 2009, Basilisken-Press, Rangsdorf 2009, pp. 77–107.

Seitz, B., Jürgens, A., Kowarik, I. (2007): Erhaltung genetischer Vielfalt: Kriterien für die Zertifizierung regionalen Saat- und Pflanzgutes. – BfN-Skripten 208: 48 S.

Stöcklin, J., Höxtermann, E. (2009): Darwin und die Botanik. Beiträge eines Symposiums der Schweizerischen Botanischen Gesellschaft und der Basler Botanischen Gesellschaft zum Darwin-Jahr 2009, Basilisken-Press, Rangsdorf 2009, pp. 7–10.

Swofford, D. L. (2002) PAUP*: Phylogenetic Analysis Using Parsimony (*and Other Methods). Version 4. Sinauer Associates, Sunderland, Massachusetts.

Tautz, D., Renz, M. (1984): Simple sequences are ubiquitous repetitive components of eukaryotic genomes. *Nucleic Acids Research*, Vol. 12, No. 10: 4127–4138.

Wuketits, F. M. (2005): Darwin und der Darwinismus, C. H. Beck Verlag, München, 73–78.

Kontakt:

Prof. Dr. Volker Wissemann
 M. Sc. Stefanie Eschenbrenner
 Institut für Botanik
 AG Spezielle Botanik
 Fachbereich Biologie und Chemie (FB 08)
 Volker.Wissemann@bot1.bio.uni-giessen.de
 Stefanie.Eschenbrenner@bot1.bio.uni-giessen.de

GANZ FRISCH GESCHLÜPFT- DIE NEUE E-PAPER-APP FÜR SIE!

Die neue **Gießener Anzeiger** E-Paper App für Ihr Tablet und Smartphone

**LESEN SIE IHRE
TAGESZEITUNG JETZT BEQUEM AUF
IHREM TABLET UND SMARTPHONE.**

UNSER E-PAPER – WAS ES KANN

- ▶ Lesen Sie auf Tablet, Smartphone, PC oder Laptop
- ▶ Lesen Sie im Zeitungslayout oder in der skalierbaren Textansicht, On- oder Offline
- ▶ Individuelle Lesezeichen und 28-Tage-Archiv
- ▶ Komfort-Suche innerhalb einer Ausgabe oder allen gespeicherten Ausgaben und noch vieles mehr...



**JETZT HERUNTERLADEN UND
7 TAGE KOSTENLOS TESTEN.**



Apple App Store



Google Play Store



ZEITUNGSGRUPPE



Michael Knipper

Das Schwerpunktcurriculum Global Health am Fachbereich Medizin der JLU Gießen*

„Internationalisierung“ von Forschung und Lehre gilt als eine Zukunftsaufgabe für die deutschen Hochschulen, mit der sich auch die JLU Gießen in besonderem Maße identifiziert. Aber was kann Internationalisierung in der Lehre konkret bedeuten? Wie kann Internationalisierung in der Lehre gestaltet und didaktisch genutzt werden? Das „Schwerpunktcurriculum Global Health“ (im Folgenden: „SPC“) am Fachbereich Medizin an der JLU ist ein umfassendes und in dieser Art in Deutschland bislang einzigartiges Lehrprojekt zur systematischen Integration und Weiterentwicklung internationaler Elemente im Medizinstudium.

Begonnen hat das SPC Global Health im Sommersemester 2011 als Initiative, die bereits bestehenden international ausgerichteten Lehrangebote und studentischen Aktivitäten am Fachbereich Medizin gezielt miteinander zu verknüpfen. Schwerpunktcurricula sind, ganz allgemein, strukturierte Lehr- und Studienangebote an den Fachbereichen Medizin der Universitäten Gießen und Marburg, um besonders interessierten Studierenden schon während des klinischen Studienabschnitts die Möglichkeit zu geben, inhaltliche Schwerpunkte zu setzen. Zum Abschluss des SPC erhalten die Studierenden ein offizielles Zertifikat vom Dekanat. In Gießen werden neben Global Health bisher Schwerpunktcurricula in den Bereichen „Pädiatrie“ (gemeinsam mit der Universität Marburg), „Muskuloskelettales System“ sowie „Anästhesie und Intensivmedizin“ angeboten.

*Michael Knipper wurde am 19. Juni 2014 in Frankfurt vom Medizinischen Fakultätentag und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft mit dem „Arslegendi-Fakultätenpreis für exzellente Lehre in der Hochschulmedizin“ ausgezeichnet. Der renommierte Preis würdigt seinen Beitrag zur historisch und ethisch reflektierten Sicht auf Medizin und ärztliches Handeln.

Aufbau des SPC Global Health

Für das SPC Global Health wurden zunächst die bereits lange bestehenden Wahlpflichtangebote zu „Tropenmedizin und Internationaler Gesundheit“ (bis heute geleitet von Prof. Rolf Korte, Institut für Hygiene und Umweltmedizin am FB 11 und langjähriger Leiter der Gesundheitsabteilung der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GTZ/heute GIZ, sowie Prof. Michael Krawinkel, Institut für Ernährungswissenschaft am FB 09, Lehrstuhl „Ernährung des Menschen mit Schwerpunkt in Entwicklungsländern“), „Medizin und Migration“, sowie diverse Themenabende und Zusatzangebote zu interkulturellen und internationalen Themen einschließlich der Vorbereitung von studienbezogenen Auslandsaufenthalten des Instituts für Geschichte der Medizin, miteinander verknüpft. Ergänzend werden Zusatzelemente entwickelt, so genannte „Vertiefungsseminare“ zu wechselnden Themen wie „Gesundheitssysteme und -finanzierung im internationalen Vergleich“ oder „Medizin und Menschenrechte“. Das Pflichtprogramm des Gesamtcurriculums besteht somit aus insgesamt 9 Modulen (vgl. Kasten nächste Seite), die von den Studierenden über vier bis sechs Semester absolviert werden. Jedes Semester werden im Rahmen eines Bewerbungsverfahrens maximal 15 Studierende neu aufgenommen. Inzwischen haben 14 Studierende das Programm abgeschlossen, bei verbleibenden 109 Teilnehmerinnen und Teilnehmern (davon 12 aus der Universität Marburg). Da ein Großteil der Veranstaltungen jedoch auch für andere Studierende offen steht (nur die Vertiefungsseminare richten sich exklusiv an die SPC-Studierenden), profitieren auch andere Studierende von diesem Angebot.

Kernelemente des SPC Global Health

- drei klinische Wahlfächer, die offen sind für alle Studierende des Fachbereichs („Tropenmedizin und Internationale Gesundheit 1 & 2“, „Medizin und Migration“) (Module 1–3)
- ein studiumsbezogener Auslandsaufenthalt (Famulatur, PJ, Auslandssemester) von mindestens sechs Wochen Dauer (Europa und Übersee), mit Vor- und Nachbereitung im Rahmen des SPC Global Health (Modul 4)
- dokumentierte Teilnahme an mindestens zehn akademischen Vortragsveranstaltungen zum breiten Themenfeld von Global Health, auch an anderen Universitäten im In- und Ausland, sowie Kongressen, Summer Schools etc. (Modul 5)
- Teilnahme an mindestens vier spezifisch für Studierende des SPC organisierten Vertiefungsseminaren, mit in jedem Semester wechselnden Themen (Module 6–9)
- Individuelles Zwischen- und Abschlussgespräch

Zusätzlich: fakultative Veranstaltungen, z.B. Teilnahme an der seit 2011 jährlich durchgeführten Exkursion nach Genf mit Prof. Dr. Korte (Besuch mit Fachvorträgen bei WHO, UNAIDS, IOM/ International Organization for Migration, Vereinte Nationen)

Aufgebaut ist das SPC als „reflektiertes Portfolio“: Die einzelnen Elemente werden über einen Zeitraum von 4–6 klinischen Semestern absolviert, wobei nach drei aktiven Semestern ein Dozentengespräch in Kleingruppen zur Zwischenevaluation des Lernfortschritts erfolgt sowie zur Diskussion von Möglichkeiten zur Verbesserung des SPC. Nach dem letzten Modul erfolgt ein Abschlussreferat, in dem die Studierenden über ihre Aktivitäten im SPC berichten und ein Fazit formulieren, mit anschließender Diskussion.

Zentrale Dimensionen: Internationalität und Interkulturalität

Die Konzeption des Schwerpunktcurriculums wird inhaltlich durch den Begriff „Global Health“ bestimmt, der aus den folgenden Gründen besonders geeignet ist, die zunächst abstrakten Dimensionen „Internationalität“ und „Interkulturalität“ theoretisch und didaktisch schärfer zu konturieren:

„Global Health“ hat sich auf internationaler Ebene seit einigen Jahren als Begriff etabliert, der in teilweise expliziter Abgrenzung zu „Tropenmedizin“ und „Internationaler Gesundheit“ eine neue globale Perspektive in der Me-

dizin bezeichnet (vgl. Koplan et al. 2009, Bozorgmehr 2010). Mehr als um eine klar definierte Fachdisziplin handelt es sich dabei um ein Themengebiet (Koplan et al 2009), welches vielfältige medizinische und nicht im engeren Sinne medizinische Fachdisziplinen umfasst, oder wird als „Betrachtungsweise“ bezeichnet (Johnson et al. 2012), mit der medizinische Fragen und Herausforderungen aus einer Perspektive analysiert werden, die nationale und durch Fachdisziplinen vorgegebene Grenzen überwindet und explizit transnationale Prozesse und Zusammenhänge berücksichtigt.

Trotz erheblicher Unterschiede im Detail ist allen Definitionen von Global Health gemein, dass das Prinzip der „Internationalität“ in eine „globale“ Perspektive übersetzt wird, mit welcher mindestens drei Bedeutungsebenen korrelieren (vgl. Bozorgmehr 2010):

- [1] eine geographische, in dem Sinne, dass – im Gegensatz zur Tropenmedizin – nicht nur spezifische Weltregionen in den Blick genommen werden, sondern Länder des Südens wie des Nordens, so genannte „Entwicklungsländer“ wie Industrienationen;
- [2] der Blick wird auf Territorien übergreifende Zusammenhänge und Prozesse gerichtet,

die wie Klimawandel, Migration, ökonomische Krisen wie derzeit in Europa, etc. – über nationale Bezüge hinaus reichen und durch national oder auch bi- oder multilateral bestimmte Ansätze nicht adäquat erfasst werden können;

- [3] globale, also in jedem Land und Kontext relevante Themen wie die weltweit wachsende Bedeutung von nicht übertragbaren und chronischen Erkrankungen oder der medizinische Fachkräftemangel vor allem in der ländlichen Primärversorgung müssen stets in ihrer lokal spezifischen Ausprägung analysiert werden; gleichzeitig sind weltweit jeweils lokal angepasste Lösungsstrategien zu entwickeln.

Die Bedeutung von „Interkulturalität“ bezieht sich hingegen vor allem auf die individuelle Ebene der handelnden Akteure: Gerade im Medizinstudium beinhalten internationale Erfahrungen zum Beispiel durch Praktika und Famulaturen im Ausland, aber auch der Kontakt mit Patientinnen und Patienten, Kommilitonen und Kolleg/innen mit Migrationshintergrund, diverse interkulturelle Erfahrungen. Der Erwerb von „kultureller Kompetenz“ stellt sich jedoch nicht automatisch ein, zum Beispiel im Rahmen einer Auslandsfamulatur. Diese können, im Gegenteil, sogar zur Verfestigung von kulturellen Stereotypen führen. Eine am Erfahrungshorizont und den Interessen von Medizinstudierenden angepasste Vermittlung theoretischer Grundlagen zum Kulturbegriff und interkulturellen Begegnungen in der Medizin (aus den Perspektiven von Medizinethnologie und Medizingeschichte), sowie die Förderung der Reflexion über eigene interkulturelle Erfahrungen, die von Studierenden teils als bereichernd und teils als belastend und konfliktgeladen erlebt werden, ist für die Ausbildung einer auch in Konfliktsituationen belastbaren „kulturellen Kompetenz“ unverzichtbar (vgl. Peters et al. 2014, Willen & Carpenter-Song 2013).

Betont werden soll an dieser Stelle ferner, dass „Internationalisierung“ im SPC Global Health nicht bedeutet, dass die Studierenden implizit oder explizit auf eine berufliche Zukunft im

Ausland, in der Entwicklungszusammenarbeit oder in internationalen Organisationen vorbereitet werden. Es handelt sich nicht um die Förderung von Nachwuchs für humanitäre Organisationen, sondern es geht um ein umfassendes Verständnis globaler und interkultureller Zusammenhänge und ihre Bedeutung für die Medizin in konkreten lokalen Kontexten. Ein ausdrückliches Ziel ist, die Studierenden auch zu einer differenzierten Betrachtung des deutschen Gesundheitssystems anzuregen, verbunden mit einer realistischen und möglichst von Illusionen freien Würdigung sowohl der Berufsperspektiven im Ausland als auch in der internationalen Zusammenarbeit. In Gesprächen mit fortgeschrittenen Teilnehmer/innen des SPC wird oft deutlich, dass die große Mehrzahl eine klinische Tätigkeit in Deutschland anstrebt, aber gleichzeitig nach Möglichkeiten für persönliches Engagement im weiten Feld der globalen Gesundheit sucht (z.B. in der Arbeit mit papierlosen Migranten und Flüchtlingen). Im Rahmen einer Erhebung der langfristigen Lehrergebnisse des SPC soll dieser Punkt im Rahmen der Lehrforschung spezifisch verfolgt werden.

Das didaktische Konzept der Lehre im SPC Global Health

Über die Kombination einer systematischen Verknüpfung von explizit interdisziplinär angelegten Lehrveranstaltungen und Auslandsaufenthalten werden die internationale und die interkulturelle Dimension von Medizin und ärztlichem Handeln im Rahmen des SPC Global Health kontinuierlich thematisiert und anhand studentischer Erfahrungen reflektiert und vertieft. Zu diesem Zweck wurde ein „Beobachtungsleitfaden für Auslandsaufenthalte“ entwickelt, in welchem zentrale Themen und Fragestellungen (zum Beispiel zu Finanzierung und Struktur des Gesundheitssystems im Gastland) aufgeführt und mit praktischen Tipps zur Verarbeitung der eigenen Beobachtungen und Erlebnisse kombiniert werden. Dieser wird von Studierenden inzwischen breit genutzt, um die „lokale“ Dimension von global relevanten Themen differen-

ziert zu erfassen und eigene Erfahrungen systematisch zu reflektieren und später im Rahmen von Lehrveranstaltungen zu präsentieren. Diese didaktische Nutzung von Auslandsaufenthalten ist somit ein zentrales Element des SPC Global Health und die Studierenden setzen dies inzwischen auf eine oft sehr bemerkenswerte Art und Weise um, teils mit sehr kreativen Ergebnissen, wie z. B. Kurzfilmen, kreativem Schreiben oder Poetry Slam. Das didaktische Konzept des SPC Global Health zeichnet sich ferner durch explizite Interdisziplinarität und eine gezielte, dem konkreten Thema und den Lernzielen angepassten Kombination verschiedener Lehrmethoden und -techniken aus.

- „Interdisziplinarität“: Global Health wird in der internationalen Literatur (vgl. oben genannte Referenzen) stets als interdisziplinäres Arbeitsfeld beschrieben. Denn um medizinisch relevante Fragen in unterschiedlichen regionalen Kontexten bearbeiten zu können, ist neben den biologischen und organmedizinischen auch eine differenzierte Erfassung geographischer, soziokultureller, ökonomischer, ökologischer, rechtlicher, politischer und ethischer Aspekte erforderlich. Global Health beinhaltet folglich breite Interdisziplinarität, mit maßgeblicher Beteiligung von Kultur-, Sozial-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften sowie Medizinethik. Konkret bedeutet Interdisziplinarität jedoch nicht nur die Zusammenarbeit mit Gastdozenten aus unterschiedlichen Disziplinen, sondern eine explizite Darlegung der jeweiligen wissenschaftlichen Perspektive, Fragestellung und Methodik sowie Präsentations- und Diskussionsstile. So erwerben die Studierenden eine Sicht auf Interdisziplinarität, die sich stets um ein Verstehen oder zumindest Nachvollziehen der einer spezifischen Fachdisziplin eigenen wissenschaftlichen Perspektive und „Kultur“ bemüht ist. In interdisziplinären Seminaren, z.B. mit Studierenden der *Refugee Law Clinic* (Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Prof. J. Bast, FB 01) lernen sie, über Fachgrenzen hinweg zu kommunizieren und mit welchen praktischen Herausforderungen es verbunden ist, das eigene Fachwissen z.B. Kommilitonen

aus den Rechtswissenschaften verständlich zu machen.

- Für jede neu entwickelte Kursveranstaltung werden Lernziele definiert und den Studierenden in der Regel gemeinsam mit dem Kursprogramm im Voraus zur Verfügung gestellt. In der strukturierten, internetbasierten Abschlussevaluation, die nach jedem speziell für das SPC organisierten Vertiefungsseminar folgt, werden neben üblichen Evaluationsfragen zur Lehrqualität etc. an den Lernzielen orientierte inhaltliche Fragen für frei formulierte Antworten gestellt, um einerseits die Studierenden zur inhaltlichen Nachbereitung anzuregen und andererseits das Erreichen der Lernziele qualitativ zu überprüfen. Die Ergebnisse werden mit Interessierten („studentischer Beirat“) diskutiert und in spätere Lehrveranstaltungen integriert.
- „Blended learning“: Die Kombination verschiedener Lehrmethoden, vor allem von Präsenzterminen, Gruppenarbeiten (oft „dezentral“, das heißt außerhalb der Präsenzstunden in sich selbst organisierenden Kleingruppen) und E-learning-Elementen wird seit Beginn regelmäßig praktiziert und von Studierenden in den Evaluationen stets honoriert. Zum Standard wurde inzwischen (auch in Seminaren des Regelstudiums, wie Q2 Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin) die vorbereitende Lektüre von Texten oder Anschauen von vorgegebenen Videos, gefolgt von einer individuellen Bearbeitung spezifischer Leitfragen zur Vorbereitung der Seminarinhalte per Internet-Plattform. Die Antworten der Studierenden werden anschließend im Präsenztermin diskutiert, wodurch sowohl Missverständnisse und sachliche Fehler geklärt, als auch kontroverse Positionen klar herausgearbeitet und diskutiert werden können. Auch über Skype organisierte Kontakte zu Studierenden, die sich gerade im Ausland befinden, werden immer wieder in die Lehrveranstaltungen integriert.

Sehr erfolgreich verlief im Frühjahr 2014 ein Kooperationsprojekt mit dem Global-Health-Kurs der Harvard Medical School: Ein offener Online-Kurs der Harvard-Plattform „Har-

vardX“ zu *“Global Health: Case Studies from a Biosocial Perspective“* wurde mit Präsenzterminen im Sommersemester kombiniert. Diese werden dazu genutzt, die Inhalte im SeminarKreis zu diskutieren, mögliche Missverständnisse zu korrigieren, Fragen der Studierenden zu behandeln und den Kurs sowie die Online-Methodik zu evaluieren. Per Web-Konferenz waren zwei Kolleginnen aus Harvard in die Präsenztermine integriert. Ergänzt wurden diese schließlich durch die obligatorische Internet-Evaluation über das E-learning-System der Universität Gießen, wobei die Fragen und die inhaltliche Gestaltung sowohl der Präsenztermine als auch der Gießener Online-Evaluation mit den Kollegen in Harvard abgestimmt werden. Die Studierenden erhielten anschließend sowohl das Kurszertifikat aus Harvard als auch den für das SPC Global Health benötigten Leistungsnachweis (Knipper & Hofstetter 2015).

- Breiter Raum für Diskussionen und Anregung zur Reflexion: In allen Lehrveranstaltungen wird breiter Raum für Diskussionen eingeräumt, die teilweise von Studierenden zum Beispiel durch die Entwicklung von Leitfragen selbst vorbereitet und moderiert werden. Dies dient insbesondere zum Nachdenken über interkulturelle Aspekte, Themen wie „Identität“ und die Entstehung und zum Teil subtile Wirkung von kulturellen und sozialen Stereotypen sind von zentraler Bedeutung (vgl. Willen 2013). Input-Referate werden sowohl von Gastdozenten wie von Studierenden (z.B. nach Auslandsaufenthalt) gegeben und stets ausführlich diskutiert. Eine zentrale Bedeutung hat ferner die Förderung von kreativ-reflektierenden Techniken, z.B. des reflektierenden Schreibens (vgl. als Beispiel die inzwischen publizierte Hausarbeit von Bergman 2013). In Zusammenarbeit mit Prof. Dr. V. Roelcke und weiteren dem Institut für Geschichte der Medizin verbundenen Kollegen (Dr. C. Krug und Dr. P. Stieger) werden die besten Arbeiten seit 2012 in einem eigens entwickelten Magazin („in weiß“) herausgegeben und anschließend in der Lehre verwendet.

Fazit

Auf die Frage nach der konkreten Bedeutung und dem „Mehrwert“ von Internationalisierung für die medizinische Lehre können im Hinblick auf das Gießener SPC Global Health vor allem die folgenden Aspekte betont werden:

Eine systematische Berücksichtigung globaler Bezüge und interkultureller Dimensionen von Medizin und ärztlichem Handeln fordert und fördert disziplinübergreifendes Denken, Kommunizieren und Handeln. Insbesondere theoretisch abstrakte und im Regelstudium oft nur punktuell behandelte Themen wie soziale Determinanten von Gesundheit, soziale und kulturelle Kompetenz, Gesundheitsökonomie und -politik, Medizinethik und Menschenrechte sowie die kulturelle und historische Bedingtheit von Medizin treten in den Vordergrund und werden – bei adäquater didaktischer Aufbereitung – besser greifbar. Damit fördert Internationalisierung genau jene Themen und Perspektiven im Medizinstudium, die zwar oft als besonders wichtig betont, in der medizinischen Ausbildung aber oft nur marginal behandelt werden.

Die Studierenden erhalten ferner einen neuen Blick auf die Situation in Deutschland und ihre persönlichen beruflichen Perspektiven im eigenen Land und international. Sie lernen die Stärken und Schwächen des hiesigen Systems im internationalen Vergleich besser einzuschätzen und werden angeregt, ihre eigenen beruflichen Optionen und Handlungsspielräume realistischer zu bestimmen.

Hinzu kommt, dass viele Studierende am SPC Global Health vor allem die Möglichkeit schätzen, „über den Tellerrand zu schauen“, sich erneut mit sozialen, historischen und politischen Themen zu befassen, kontrovers zu diskutieren und einen eigenen Standpunkt zu entwickeln und gegebenenfalls auch argumentativ zu verteidigen. Die ausgeprägte Diskussionskultur wird von vielen Studierenden geschätzt, wobei sich in den Evaluationen – nicht überraschend – immer auch ein gespaltenes Echo zeigt bezüglich des Ausmaßes und der wechselnden Qualität der Diskussionen sowie der Diskussionsleitung durch Dozenten und Studierende. In anonymen Evaluationen als auch Zwischen-

und Abschlussgesprächen wird regelmäßig hervorgehoben, dass die Studierenden im SPC Global Health ein Forum gleichgesinnter Studierender fanden, um erneut über ihre persönliche Motivation zum Medizinstudium und ihre Interessen, Ziele, Wertvorstellungen und Erwartungen für ihre ärztliche Zukunft zu reflektieren. Auch der Kontakt zu Studierenden aus anderen Semestern, der Nachbarhochschule (Gießen – Marburg) sowie aus Partneruniversitäten im Ausland wird ebenfalls von vielen Studierenden als positiv beschrieben. Selbstverständlich sind die letztgenannten Punkte nicht spezifisch für das Themenfeld Global Health und können auch in anderen Lehrveranstaltungen realisiert werden. Die stark kultur- und sozialwissenschaftlich definierte Perspektive des Gießener Global-Health-Angebots, mit der breiten Beachtung sozialer, historischer, kultureller und ethischer Fragen, ist für den Diskussionen, Kreativität und Selbstreflexion fördernden Charakter des SPC von grundlegender Bedeutung und entscheidend für die Ausbildung der Studierenden als „kritische und reflektierende“ Akteure in einer „vernetzten und komplexen, lokal-globalen Lebenswelt“ (Stütz et al. 2014: 2f).

Zitierte Literatur:

Bergmann M (2013). Begegnung mit einem tschetschenischen Kriegsflüchtling. *Balint* 2013; 14: 103–109. DOI 10.1055/s-003-1361132
 Bozorgmehr K (2010). Rethinking the “global” in global health: a dialectic approach. *Global Health* 6:19.

Johnson O, Bailey SL, Willott C, Crocker-Buque T, Jesspo V, Birch M, Ward H, Yudkin JS (2012). Global health learning outcomes for medical students in the UK. *Lancet*. 2012;379(9831):2033–2035.
 Knipper M, Hofstetter, C (2015). A Global Online Course Gets Locally Grounded. Blog: Higher Ed Beta. Website: Inside Higher Education, 25.3.2015, URL: <https://www.insidehighered.com/blogs/higher-ed-beta/global-online-course-gets-locally-grounded>
 Koplan JP, Bond TC, Merson MH, Reddy KS, Rodriguez MH, Sewankambo NK, Wasserheit JN (2009). Towards a common definition of global health. *Lancet*. 2009;373(9679):1993–1995.
 Peters Tt Grützmann T, Bruchhausen W, Coors M, Jacobs Ft Kaelin L, Knipper M, Kressing F, Neitzke G (2014). Grundsätze zum Umgang mit Interkulturalität in Einrichtungen des Gesundheitswesens. Positionspapier der Arbeitsgruppe Interkulturalität in der medizinischen Praxis in der Akademie für Ethik in der Medizin. In: *Ethik in der Medizin* 26(1) DOI 10.1007/s00481-013-0289-x
 Stütz A, Green W, McAllister L, Eley D (2014). Preparing Medical Graduates for an Interconnected World: Current Practices and Future Possibilities for Internationalizing the Medical Curriculum in Different Contexts. *Journal of Studies in International Education*. DOI: 10.1177/1028315314536991
 Willen S (2013). Confronting a “Big Huge Gaping Wound”: Emotion and Anxiety in a Cultural Sensitivity Course for Psychiatry Residents. *Cult Med Psychiatry* (2013) 37: 253–279. DOI 10.1007/s11013-013-93106
 Willen S, Carpenter-Song E (2013). Cultural Competence in Action: “Lifting the Hood” on Four Case Studies in Medical Education. *Cult Med Psychiatry* (2013) 37:241–252. DOI 10.1007/s11013-013-9319-x

Kontakt:

PD Dr. Michael Knipper
 Institut für Geschichte der Medizin
 Justus-Liebig-Universität Gießen
 Telefon 0641 99-47706
www.med.uni-giessen.de/histor



Bojana Kunst

Choreographie und Performanz: eine Angelegenheit von Belang*

Der praktische Aspekt

Ich habe stets als Philosophin und Dramaturgin gearbeitet, und meine wissenschaftliche Forschung ist daher aufs engste mit der künstlerischen Praxis verbunden. Aus dieser Sicht ist die Distanz des Theoretikers in der Verbindung zur künstlerischen Praxis nicht einfach nur eine Illusion, sondern immer schon eine Folge der institutionalisierten Position von Theorie. Theoretisches Schreiben wird genau in dem Moment zum Machtapparat, in dem es seine Verpflichtung gegenüber dem künstlerischen Ereignis vergisst, die verführerische Nähe zum Ereignis, in dem Moment, in dem Theorie sich nicht kompromittieren möchte. Doch eine Kompromittierung dieser Art ist nicht die Folge individueller Courage; sie ist vielmehr die Folge der Ambivalenz theoretischen Denkens, welches durch spezifische zeit-räumliche Bedingungen artikuliert wird, die selbst aus der Praxis entstehen. Michail Bachtin schreibt hierüber in seinen fesselnden Notizen, die zwischen 1919 und 1921 entstanden und erst Jahrzehnte später in den 1960ern von Ratten halb zernagt in einem Lagerraum wiedergefunden wurden. In den erhaltenen Fragmenten legt Bachtin dar, dass Denken stets in Einklang steht mit der Neuheit des Moments und durch diese Verpflichtung gegenüber gegenwärtiger Zeit und gegenwärtigem Raum ein „partizipatives Denken“ ist, das Hingabe und aktiven Dienst einfordert sowie die Doktrin der Nicht-Indifferenz in sich birgt. Er beschreibt die Position des Kritikers und Theoretikers als eine, die Alibis ausschließt. „Partizipatives Denken stellt sicher, dass ich in meiner Existenz kein Alibi habe; es gibt kein Alibi, das mich von meinen Taten freisprechen könnte, denn ich bin niemals anderswo im Na-

men eines abstrakten Gesetzes.“ Bachtins Beschreibung des Denkens definiert meine Perspektive auf das Forschen und das Schreiben über Performanz, denn es gelingt ihm, das Verhältnis von Gedanke und Ereignis zu artikulieren und bringt das Problem des Denkens näher zu einer „Ethik des affektiven Ereignisses“ im Sinne Brian Massumis – gründend im materiellen, sensuellen Wandel im Ereignis.

Ich bin daher fest davon überzeugt, dass jedes theoretische und kritische Schreiben über Kunst immer schon in die Praxis eingebunden ist und ohne Alibi für sein spekulatives oder experimentelles Scheitern operiert. Die Theorie sollte nicht vorrangig auf die beschleunigte „Produktion“ diskursiver Kontexte hinarbeiten, in welchen gegenwärtige Kunst interpretiert, analysiert, vermarktet und verbreitet wird. Daher lenkt Susan F. Melrose unsere Aufmerksamkeit auf die problematische, allgegenwärtige Macht der Sprache, die den Text als das Schlüsselmodell der Kunst wie auch ihrer Reflexion behandelt. Die Ontologisierung unseres eigenen semantischen Formalismus ignoriert zwangsläufig die Tatsache, dass Schreiben selbst eine Art von Praxis ist; jedes theoretische Schreiben ist strukturell instabil und in der Nähe des Ereignisses positioniert. Aus dieser Perspektive gehe ich auch die Lehre am Institut für Angewandte Theaterwissenschaft an, wo es eines meiner Ziele ist, die Nähe zwischen Praxis der Kunst und theoretischer Artikulation zu entwickeln und auf diese Weise stets die Türe offen zu halten für die unvorhersehbaren und herausfordernden Möglichkeiten, zu denken und mit Konzepten, Praktiken und Körpern zu experimentieren. In diesem Sinne wird die künstlerische Praxis selbst zu einer spezifischen Wissensproduktion, einem Prozess des Experimentierens und des Forschens. „Denke durch das Milieu“, formuliert Isabelle Stengers in einem

*Übersetzung aus dem Englischen: Jens Kugele

ihrer Vorträge. Das bedeutet, ohne den Verweis auf einen Grund oder ein ideales Ziel zu denken und niemals etwas von seinem Milieu zu trennen, das es zur Existenz benötigt. In dieser Sichtweise werden künstlerische Kreativität und ästhetische Vorgänge niemals in Isolation entwickelt, sondern in Bezug zu unterschiedlichen Kontexten, Praktiken und Affekten, die mithilfe von theoretischer Analyse-schärfe Essentialisierungen ebenso widerstehen wie Harmonisierungen poetischer Vorgänge. Solch eine Zugangsweise ist besonders in der Zusammenarbeit mit Studierenden unseres Instituts nötig, die ihre Aufführungen gestalten und gleichzeitig lernen, nicht nur ihre eigene Praxis zu verstehen, zu positionieren und zu reflektieren, sondern auch die Arbeit der anderen. Künftig würde ich gerne sogar weitere verschiedene Unterrichtsformate erkunden, welche die individuellen Praktiken der Studierenden herausfordern sowie verschiedene Formate für künstlerische Forschung entwickeln, die Zusammenarbeit mit anderen Künstlern zu verstärken und Wege zu einem breiten Verständnis von Performanz und Choreographie als Wissenspraxis zu eröffnen. Ich würde gerne entsprechende Lehrformate entwickeln, die den Besonderheiten des künstlerischen Prozesses Folge leisten und tiefere Einblicke in die Dynamik der Aufführungspraxis ermöglicht. Dies ist nämlich dann von zentraler Bedeutung, wenn wir bedenken, dass Performanz heute als eine lebhafteste Schwelle unterschiedlicher Formen der Wissenspraxis erfahren wird.

Kunst und Politik

In den vergangenen Jahren fokussierte meine Forschung auf die politischen Aspekte gegenwärtiger Choreographie und Performanz. Mein besonderes Interesse gilt der Rolle des Künstlers in der gegenwärtigen westlichen Gesellschaft nach den politischen Veränderungen um 1989 und dem Aufstieg eines kognitiven Kapitalismus und einer neo-liberalen Ideologie. Im Rahmen unserer internationalen Konferenz "Public Commons and Undercommons of Art, Education and Labour" im Mai 2014 versuchten wir einige dieser Fragen offenzulegen.

Die vom Institut für Angewandte Theaterwissenschaft organisierte Konferenz hatte zum Ziel, über die Veränderungen in künstlerischer (Aus-)Bildung und Produktion unter den Bedingungen der zunehmenden Privatisierung und Bedeutung der Finanzierung zu reflektieren, die in einigen europäischen Ländern das Verständnis von (Aus-)Bildung als öffentlichem Gut verändern. Transformationen in der künstlerischen (Aus-)Bildung wurden besonders im vergangenen Jahrzehnt sichtbar im Zuge des sogenannten "educational turn" in der Kunstwissenschaft sowie der Entwicklung künstlerischer Forschungs- und DoktorandInnen-Programme.

Gleichzeitig entwickeln künstlerische Praktiken kontinuierlich neue politische Ausdrucksformen und heben oftmals die Grenzen zwischen Kunst und Aktivismus auf. Ein starker Bedarf an partizipatorischer Kunst und an einer Neuorientierung, was unsere Vorstellung von Publikum betrifft, entsteht nicht nur aus künstlerischen Praktiken heraus, sondern auch vonseiten der Kulturpolitik und Institutionen der Kunst. Ich finde es interessant zu beobachten, wie die aktuellen politischen und ökonomischen Veränderungen, verbunden mit den neuen Artikulationen von Kreativität und prekärer Subjektivität, künstlerische Praktiken beeinflussen und die Rolle des Künstlers transformieren. Die Forschungsarbeit fokussiert auf die Prozesse in der zeitgenössischen Kunst, die nicht nur ein Resultat ästhetischer Analysen künstlerischer Arbeiten sind, sondern auch ihre Produktion und Verbreitung mit einschließen. Dabei werden kollaborative Prozesse in der Darbietung ebenso mit beobachtet wie die Bezüge zwischen institutionellen Veränderungen und ästhetischen Entscheidungen, der Rolle von Kunst im öffentlichen Raum etc. In meinem Buchprojekt, das in den kommenden Monaten veröffentlicht wird, möchte ich einige der Forschungsergebnisse präsentieren, welche besonders die Beziehung der Kunst zu kognitiver und prekärer Arbeit des Post-Fordismus in den Blick nehmen. Es ist nämlich in der heutigen Zeit von zentraler Bedeutung, die Arbeit des Künstlers kritisch zu beleuchten und die Verbindungen mit der Arbeitsweise des Post-Fordismus sowie mit dem

neo-liberalen Kapitalismus aufzuzeigen. Das gegenwärtige Verhältnis zwischen Kunst und Arbeit ist eng verbunden mit dem Verhältnis von Arbeit und Leben sowie der Art und Weise, wie das Leben (Subjektivität, Sozialität, Temporalität, Bewegung) inzwischen in den Kern der zeitgenössischen Produktion eingedrungen ist. Ein solches Verständnis von Kunst ist wichtig in einer Zeit, die sich oft als Zeit der Krise und des Wandels anfühlt – einer Zeit der exzessiven Vorherrschaft des neo-liberalen Kapitalismus auf der einen Seite und der radikalen Machtlosigkeit politischer Aktivität sowie der Unfähigkeit, die Zukunft zu denken, auf der anderen Seite. Es ist interessant, dass nach zwei Jahrzehnten „politischer Kunst“ und ständiger Grenzüberschreitungen zwischen Leben und Kunst die heutige Kunst bezüglich der Artikulation von Werten und ihrer sozialen Rolle eine tiefe Krise erlebt. Zugleich sieht sie sich Angriffen der rechtskonservativen Politik gegenüber in Verbindung mit einem neo-liberalen Verständnis von Freiheit. Obwohl wir uns in den vergangenen zwei Jahrzehnten mit zahlreichen engagierten, politischen und kritischen Kunstprojekten konfrontiert sahen, macht ihr Pseudo-Aktivismus sie gerade ineffektiv, so dass es ihnen nicht gelingt, wirklich in das soziale Feld einzudringen und eine Wirkung in ihm zu entfalten. Das Pseudo-Engagement der Kunst hat auch mit dazu beigetragen, dass Kunst eine Zielscheibe gefährlicher populistischer Vorwürfe, die Kunst sei lediglich ein „linker Elitismus“. Dabei wird behauptet, dass Kunst staatliche Subventionen genießt und dadurch ihre angebliche „Faulheit“ von der selbstregulativen und dynamischen Natur des Marktes geschützt werde. Diese Tirade kehrt recht beständig wieder als Teil vollkommen fehlerhafter moralischer Überzeugungen (etwa, dass Künstler angeblich keine Arbeit leisten); doch obwohl dabei verschiedene „klassische“ Argumente auszumachen sind, ist eine genauere Betrachtung notwendig. Es ist wichtig, anzuerkennen, dass die Argumente gegen den Elitismus der zeitgenössischen Kunst zu einer Fusion populistischer und neo-liberaler Rhetorik gehören, die darauf abzielt, die Artikulation des Gemeinwohls und der Gemeinschaft in der gegenwärtigen

Gesellschaft grundlegend neu zu bewerten. In dieser Sprache der Populisten und der Wirtschafts-Unternehmen werden Gemeinwohl und Gemeinschaft der Entscheidung „freier“ Individuen im Markt überlassen; diese Menschen werden demnach wählen (bzw. kaufen), was immer sie möchten und was immer ihnen am genehmsten ist, und so ihre Beziehungen und Verbindungen mit anderen in Übereinstimmung mit ihren eigenen individuellen Wünschen gestalten (interessanterweise wird in diesem Fall der Glaube an die *a-priori*-Rationalität der getroffenen Entscheidung niemals in Frage gestellt). Einerseits erfordert dieses populistische Argument gegen Kunst eine Neubewertung des Öffentlichkeitsbegriffs, andererseits berührt es den Kern der problematischen Politisierung von Kunst während der vergangenen zwei Jahrzehnte. Es ist eine Tatsache, dass die Kunst dieser Periode sich von der politischen öffentlichen Sphäre entfernt hat, obwohl sie ihr Interesse an politischer Aktivität niemals verloren hat.

Erweiterter Choreographie-Begriff

Ein weiterer Zweig dieser Forschung widmet sich der zeitgenössischen Choreographie und dem Tanz, worauf ich mich künftig gerne mehr konzentrieren möchte und wo derzeit zahlreiche belastende Fragen aufgeworfen werden. Mein Interesse gilt neben dem Verhältnis von Theorie und Tanz – hierbei im Besonderen der Rolle der Dramaturgie im Tanz – den aktuellen Veränderungen im Verständnis von Tanz und Choreographie. Gemeinschaftliche und partizipatorische Gesellschafts-Identität wurde in der Geschichte häufig durch Tanz repräsentiert, besonders mittels choreographischer Arrangements von Körpern. Zumeist tanzten Körper miteinander, um die harmonische Beziehung zwischen Individuum und Kollektiv offenzulegen, wodurch spezifische politische Gesellschafts-Formationen bekräftigt wurden. Sehr häufig wurde dies als Tanz erklärt, der ästhetisch die politische und soziale Ordnung imitiert. Allerdings behauptet der Theoretiker der sozialen Choreographie, Andrew Hewitt, dies könne auch auf eine andere Weise betrachtet

werden: Soziale Ordnung wird auf der Ebene alltäglicher Körper hergestellt; auf diesem Wege operiert Ideologie schon durch die Art wie Körper gehen, sich bewegen, sich zueinander verhalten. Das bedeutet, dass Tanz nicht so sehr Gesellschaft imitiert, sondern vielmehr die Kontinuität zwischen Alltagskörpern und deren ästhetischer Artikulation offenlegt und zeigt, wie soziale Ordnung sein Ideal aus dem ästhetischen Bereich ableitet. In diesem Sinne können wir auch die berühmte Beschreibung in einem Brief Friedrich Schillers lesen, der schreibt, dass er kein treffenderes Bild für den idealen sozialen Umgang sehen könne als das eines englischen Tanzes, komponiert aus vielen komplizierten Figuren und perfekt durchgeführt. Tanz imitiert Gesellschaft nicht, vielmehr wird eine soziale Ordnung direkt durch Tanz auf der Ebene des Körpers installiert. Körper verhalten sich sozial auf eine spezifische Weise, da sie sich auch in dieser Weise bewegen. Eine solche Lesart ermöglicht es uns, Tanz auf eine andere Weise zu verstehen: nicht nur als ästhetische Nachahmung, sondern als eine aktive und produktive Kraft der Etablierung von verkörperten sozialen und politischen Arrangements, Protokollen und Bewegungsabläufen, welche gleichzeitig auch mit ideologischen Wirkungsweisen verschränkt sind. In diesem Sinne öffnet sich Choreographie hin zum sozialen und politischen Feld, nicht weil sie in ihrem Wirken die Weise widerspiegelt, in der Gesellschaft konstruiert ist, sondern weil sie generell tief in die soziale und politische Artikulation von Körpern eingebettet ist. Diese Beobachtung ist besonders relevant in der gegenwärtigen Zeit, die ein starkes Verlangen charakterisiert, neue politische Erfindungen zu machen und nach anderen Formen der politischen Mobilisierung zu suchen. Solch ein Verlangen kann als Reaktion auf das allgegenwärtige Gefühl einer Überanstrengung aktueller politischer Formen beschrieben werden, und es fordert das Regiment über unsere Körper heraus, welches den Interessen des Finanzkapitals sowie dem Fluss ökonomischer Macht entspringt. Es steht auch in Zusammenhang mit der derzeitigen Demokratiekrise, die sich in Verbindung mit dem Kapitalismus in das verfahrensorientierte Arrange-

ment politischer Interessen und das bürokratische Management der Partizipation verwandelt, ohne einem konstitutiven Dissens Rechnung zu tragen, der sich im Kern jeglicher demokratischer Unternehmung findet. Oder, um es anders zu formulieren: Die Aufmerksamkeit gegenüber den Kräften der Mobilisierung, welche die Körper in Bewegung setzen, könnte viel über die politische Dimension der Gesellschaft und der Zeit offenbaren, in der wir momentan leben. Nicht dass Tanz allein Wandel in die soziale Arena bringen kann – das wäre sicher eine allzu simple Schlussfolgerung. In seinem einflussreichen Buch über das Verhältnis von Politik und Tanz legt Randy Martin dar, dass Tanz selbst die Möglichkeit hat – besonders wenn er aufgeführt und betrachtet wird –, auf eine reflexive Weise die Mittel zur Verfügung zu stellen, durch welche Mobilisierung erreicht wird. Tanz wird somit nicht nur als Einübung und Etablierung ideologischer Beziehungen zwischen Körpern gesehen, sondern auch als eine Öffnung der tangiblen, prekären und emergierenden politischen Kräfte der Mobilisation. Durch Tanz können wir die Art und Weise herausfordern, in der Körper sich versammeln und partizipieren, da Tanz genau durch die Entstehung einer Versammlung stattfindet: Er ereignet sich durch das Werden vieler und nicht als Repräsentation von vielen. In diesem Sinne kann „auch im Tanz gefunden werden, was in der Welt situiert ist, was Menschen auf vielfältige Weise disputieren“ (Randy Martin).

Ein Thema, das heutzutage vielfach durch politische Bewegungen zur Diskussion gestellt werden soll, ist die Lähmung politischer Aktivität. Hierbei wird die Notwendigkeit politischer Mobilisierung betont, die alternative Möglichkeiten des Zusammenlebens eröffnen würden und ein anderes Verständnis der Öffentlichkeit und des Gemeinsamen erfinden würde. Diese Suche nach neuen Mitteln politischer Organisation resultiert oftmals in der Forderung nach mehr verorteten Körpererfahrungen in der Organisation von Körpern und Versammlungen, welche die gegenwärtige Fetischisierung von Flexibilität und kontinuierlicher Bewegung herausfordern und gleichzeitig Körperpraktiken der politischen Partizipation und Solidarität

entwickeln. Dies ist dann nicht so sehr eine Suche nach einer neuen politischen Gemeinschaft oder dem Arrangement einer neuen Identität, als vielmehr die Suche nach vielfältigen Formen der politischen, kulturellen und sozialen Mobilisierung, durch welche Demokratie auf herausfordernde Weise in die Praxis umgesetzt werden kann. Viele der Erkundungen in der neueren choreographischen Praxis, die auf Partizipation und kollaborative Erfahrungen fokussieren, konnten mit einem solchen erneuerten Interesse an der Kraft der Mobilisierung in Verbindung gebracht werden: besonders mit den Ergründungen der Art und Weise, wie diese Kräfte mit choreographischen Arrangements von Körpern und der Formation von Versammlungen verknüpft sind. Das aktuelle Interesse für mehr kollaborative Arbeitsmodi und partizipatorische Teilnahmeformen könnte dann eng verbunden mit der neuen Suche nach originellen Formen der politischen Mobilisierung sein. Auf der einen Seite fordern die kollaborativen Arbeitsformen die hierarchischen Wege heraus, in denen Tanzdarbietungen gestaltet werden und ersetzen auf diese Weise die traditionelle Arbeitsteilung in der Aufführung. Jedoch spielt noch etwas anderes eine Rolle in diesem Interesse an kollaborativen Arbeitsformen. Das ist nicht nur das Interesse, Macht und auktoriale Geste zu reduzieren, sondern auch die Ergründung der Mittel, durch welche Zusammenarbeit mobilisiert wird, und der Frage, wie diese kollaborativen Mittel und Wege neue Arrangements ermöglichen, neue Verflechtungen und Bezüge zwischen denen, die auf unterschiedliche Weise in die Aufführung implementiert sind (als Schaffende oder als Betrachtende). Die Aufführung kann aus der Summe der Einladungen aufsteigen oder als eine Versammlung stattfinden von verschiedenen auktorialen Eingriffen oder Verhandlungen, oder sie kann als eine Ansammlung von Zugängen und Spuren dessen geschehen, was sie noch werden kann. Auf diese Weise erkunden Aufführungen, wie Versammlungen verfasst sind, und öffnen somit das neue, weitere Verständnis von Choreographie. Wir können sagen, dass Tanz in diesem Fall tief verbunden ist mit dem aktuellen politischen Bedürfnis,

Mittel der Mobilisierung zu entwickeln. Was im Zentrum vieler Aufführungen liegt, ist genau der verflochtene, vermittelte und soziale Aspekt der Bewegung. Gleichzeitig entpuppt sich choreographische Praxis nicht als Praxis des Ordners und Arrangierens von Körpern oder als repetitive Einübung sozialen Verhaltens des Körpers, sondern viel mehr als ein Labor möglicher Mittel und Wege, aufzutauchen, als eine Entdeckung der Art und Weise, wie Arrangements Aktionen beeinflussen können.

In den letzten Jahrzehnten verändern und erweitern viele zeitgenössische Tanzaufführungen unser Verständnis von Tanz und Choreographie. Tanzaufführungen sind nicht notwendigerweise verbunden mit der kontinuierlichen Bewegung und Choreographie ist nicht mehr nur die Organisation sich bewegender Körper auf der Bühne. In verschiedenen zeitgenössischen Tanzaufführungen sprechen Tänzer, sind Objekte in derselben Weise gegenwärtig wie Körper und dehnt sich die Choreographie in andere Räume und Kontexte aus. Seit mehr als zwei Jahrzehnten können wir einen Wandel im Tanz beobachten, der zuerst als konzeptioneller Tanz definiert wurde, allerdings ist diese Definition nicht präzise genug. Sie ist nämlich nicht ausreichend, um die Veränderungen als Aufführung von Konzepten zu beschreiben und um sie als Geste zu verstehen nach der Art Duchamps, unser Verständnis dessen herausfordernd, was Tanz ist. Es ist sehr viel produktiver, sie mit der generellen Transformation der Rolle von Bewegung in der zeitgenössischen Gesellschaft zu verbinden. Die kineastische und Bewegungsfähigkeit menschlicher Körper erhält nämlich eine weitere Dimension in einer globalisierten und vernetzten Welt, in der Bewegung kontinuierlich beschleunigt wird, disloziert und neu ausgerichtet durch vielfältige ökonomische und soziale Zeitlichkeiten und gleichzeitig geordnet und organisiert zu einer paradoxen Einheit mittels technologischer Verfahren und Protokolle. Aus dieser Perspektive besteht heute ein enormer Unterschied zum Bewegungsverständnis zu Beginn des 20. Jahrhunderts, als zeitgenössischer Tanz erstmals als Zeichen des autonomen Körpers in Erscheinung trat. Zu dieser Zeit war Tanz oftmals mit

der weiblichen Befreiungsbewegung verbunden, die einen befreiten Körper forderten sowie Subjektivität und den disziplinierenden Körper der fordistischen Fabrik und moderner sozialer Organisation. Mit dem Vergleich zwischen den Veränderungen in der neuerlichen choreographischen Praxis und den breiteren sozialen, kulturellen und ökonomischen Transformationen möchte ich die Ähnlichkeiten und möglichen Unterschiede zwischen den ästhetischen und politischen Erkundungen der Bewegung adressieren. Wie können wir über den Rhythmus und die Temporalität nachdenken in einer Zeit genereller Beschleunigung der Produktivität und kontinuierlicher Transformation von Subjektivität? Warum weitet sich der Choreographie-Begriff in den letzten Jahren aus, nicht nur in den Künsten, sondern auch in anderen Feldern (sozialen, ökonomischen, wissenschaftlichen)? Können wir mit dem Choreographie-Begriff kulturelle und politische Veränderungen besser verstehen in einer Zeit der Überhandnehmenden prozeduralen und logistischen Dimensionen, welche die Prozesse der Globalisierung und Warenproduktion grundlegend auszeichnen? Wie können wir das choreogra-

phische und Bewegungsvermögen mit nicht-menschlichen Einheiten in Bezug setzen; was ist die Rolle von Bewegung in neuen ökologischen Philosophien und den *Post-Human-Studies*? Ist es möglich aufzuzeigen, dass choreographisches Wissen nicht nur ein ästhetisches oder poetisches Wissen ist, sondern eine politische und ökonomische Unternehmung, welche zur Triebkraft der Macht oder auch kritischen und widerständigen Kraft werden kann? Der Plan für die Zukunft ist es, all diese Fragen in ein Forschungsprojekt mit anderen internationalen Kollegen im Feld zu organisieren. Damit können wir auch den internationalen Aspekt des Instituts für Angewandte Theaterwissenschaft stärken und ein dauerhaftes Forschungsfeld für zeitgenössischen Tanz und Choreographie errichten.

Kontakt:

<http://www.inst.uni-giessen.de/theater/de/lehrende/prof-dr-bojana-kunst>
Justus-Liebig-Universität Gießen,
Institut für Angewandte Theaterwissenschaft
bojana.kunst@theater.uni-giessen.de

Karina Fenner

Wie vermittelt man Vermittlung?

Literaturvermittlung als Studiengegenstand der Germanistik

Fragt man Studierende der Literaturwissenschaft nach ihrem Berufswunsch, gehen die Antworten in der Regel in ähnliche Richtungen: Handelt es sich nicht sowieso um ein lehramtsbezogenes Studium, stellen sich einige eine akademische Karriere vor. Häufiger jedoch fällt die Wahl auf die Verlags- oder Werbebranche, auch der Journalismus ist ein beliebtes Traumziel und einig sind sich doch die meisten darin, irgendetwas mit Kultur machen zu wollen, irgendwie mit Medien. Diese Berufswünsche sollten auch nicht abwegig sein, tauchen sie doch als Berufsperspektiven in der Beschreibung des Faches an der JLU auf: „Das Masterstudium ist gleichermaßen für Studierende mit Forschungsorientierung und für Studierende mit Zielen in beruflichen Feldern, wie z.B. *Kulturmanagement, Journalismus, Medien, Theater, Verlage, Literaturvermittlung oder Erwachsenenbildung* konzipiert“.¹ Schul- oder Hochschullehrer, Lektoren, Literaturarchivare oder Pressesprecher – sie alle gehören zu jener Gruppe von Menschen, „die in einer Gesellschaft und innerhalb der dafür bereit stehenden Strukturen über Literatur kommunizieren, und zwar mit der Absicht, Kenntnis von oder Wissen über Lite-

ratur an andere Menschen weiterzugeben“.² Sie sind professionelle Literaturvermittler. Der Weg in diese Branche ist oft ein steiniger: Lange Wartezeiten für unbezahlte Praktika drohen, auf die im glücklichen Fall ein meist schlecht bezahltes



Abb. 1: Flyer für „Was im Garten starten!“ Ein Literaturpicknick.

(Foto: Carolin Senft)

Volontariat folgt. Will die Germanistik ihre Studierenden auf diesem Weg begleiten und fördern, ist es meines Erachtens unerlässlich, bereits im Studium auf das weite Feld der Literaturvermittlung einzugehen, sowohl theoretisch als auch praktisch. Das Lehrbuch *Literaturvermittlung* von Stefan Neuhaus, dem obige Definition des Gegenstands entnommen ist, sowie die weitgreifenden Akzentuierungen in diversen Germanistik-Studiengängen deutschlandweit³ bestätigen nachdrücklich den Bedarf, Literaturvermittlung als Studiengegenstand näher unter die Lupe zu nehmen.

Daneben ist die berufsbezogene Ausgestaltung der modularisierten Studiengänge ein ausschlaggebendes Argument für die Einbindung der Praxis in die akademische Lehre: Ein großes Ziel der Modularisierung ist immerhin die Förderung der Beschäftigungsfähigkeit – gerade in geisteswissenschaftlichen Fächern ein anspruchsvolles, aber kein utopisches Unterfangen. Praxisbezogene Seminare sollten daher ebenso zum Germanistik-Studium gehören wie die theoretische Auseinandersetzung mit der Narratologie Genettes oder mit dem Drama der

frühen Neuzeit. An der JLU geschieht dieser Praxisbezug vor allem in den Modulen „Kulturelle Praxis“ und „Literatur in institutionellen Kontexten“. Als Programmleiterin des Literarischen Zentrums konnte ich, unterstützt von QSL-Mitteln des Fachbereiches 05, den Versuch starten, in diesen Modulen, aber auch außerhalb des universitären Curriculums, praktische Literaturvermittlung zu präsentieren. Dies geschah durch die Betreuung von Praktika und Volontariaten sowie die Mitgestaltung von Seminaren zur kulturellen Praxis und Gegenwartsliteratur. Von den Erfahrungen zweier Seminare möchte ich im Folgenden berichten und eine erste Zwischenbilanz ziehen.

Wenn Literatur zum Ereignis wird

Im Sommersemester 2014 durfte ich gemeinsam mit Dr. Kirsten Prinz das Projektseminar „Literaten im Garten – wie Literatur zum Ereignis wird“ im Modul „Kulturelle Praxis“ gestalten. Ziel des Seminars war es, die Bachelor-Studierenden zum selbstständigen Arbeiten anzuleiten, welches als Resultat eine literarische Ver-



Abb. 2: „Was im Garten starten!“ Das literarische Picknick hinter der Mensa.

(Foto: Stephan Scholz)

anstellung hervorbringen sollte. Tatsächlich stand am Ende des Seminars ein gelungenes Event mit dem Titel: „Was im Garten starten. Ein Literaturpicknick“. Der Weg zu dieser Veranstaltung war für die Beteiligten mit einigen Hürden versehen, denn es war uns wichtig, eine praxisnahe Atmosphäre zu schaffen und kein fiktives Rollenspiel zu spielen. Den Studierenden musste von Beginn an vermittelt werden, dass sie die Veranstalter *sind*, und dass sie das Zielpublikum sowie die Wirksamkeit in der Öffentlichkeit *bestimmen*. Und dazu gehörten Verantwortungsübernahme (bspw. durch die Auswahl eines Pressesprechers), Wettbewerbssituationen (welche Gruppe überzeugt mit ihrem Veranstaltungskonzept?) und Frustrationsmomente (die erarbeitete Textauswahl wird vom Plenum nicht akzeptiert), die im normalen Studienalltag eher latent gehalten sind.

Am Anfang des Semesters stand die Idee, eine literarische Veranstaltung zu organisieren, die passend zur Landesgartenschau die Sujets Literatur und Garten vereinen sollte. Nach einem gemeinsamen Brainstorming war die Idee des Literaturpicknicks geboren. Das Zielpublikum sollte ein junges, studentisches sein und die Konzeption dynamisch, mehrere Programmstationen durchlaufend. Der nächste Schritt: die Textauswahl. Ohne dezidierte Vorgaben einen eigenen kleinen Kanon, eine Auswahl, die thematisch wie atmosphärisch passen sollte, zu definieren, das stellte die größte Herausforderung für die Literaturstudierenden dar. Einiger Startschwierigkeiten zum Trotz ermöglichte diese Aufgabe es, die



Abb. 3: Zwei Studierende mimen Faust und Gretchen beim Spaziergang durch den Garten ... (Foto: Stephan Scholz)



Abb. 4: ..., Marthe und Mephisto folgen den beiden. (Foto: Stephan Scholz)

Kriterien literarischer Wertungsmaßstäbe in einem festgelegten Kontext zu reflektieren. Sollen Texte für ein breites oder für ein literarisch geschultes Publikum gewählt werden? Müssen die Texte innovativ sein oder genügt es, wenn sie sprachlich überzeugen? Welche Gattungen sollen präsentiert werden und wie entscheidet man, ob ein Text performativen Charakter hat? Sich diese Fragen stellend, sollten die Teilnehmer realisieren, wie sie als Literaturvermittler immer auch *Gate-Keeper* sind, immer mitentscheiden, welche Texte an die Öffentlichkeit gelangen und welche nicht. Im weiteren Verlauf des Seminars sollte durch Pressegespräche, Poster- und Flyergestaltung, Sprech-

training und Organisationsarbeiten einfachster Natur die Bandbreite der Literaturvermittlung dargestellt werden. Dazu gehörte auch, dass die Teilnehmer mindestens zwei Lesungen aus dem Programm des Literarischen Zentrums Gießen (LZG) besuchen und kritische Berichterstattung liefern sollten, um so ein Gefühl für unterschiedliche Formen literarischer Veranstaltungen zu entwickeln.

Nach diesem durchweg praxisbezogenen Seminar sollte das nächste Lehrangebot die Studierenden in den Kern des Literaturbetriebs führen und sie mit jenem Event vertraut machen, dessen Besuch ungeschriebenes Gesetz eines jeden Literaturvermittlers ist.

Die Buchmesse: Geschichte – Akteure – Funktionen

Frankfurt am Main liegt etwa 70 km von Gießen entfernt, mit dem Zug ist die Messe in

einer Stunde erreicht. Und trotzdem: Zu Beginn des Seminars zur Buchmesse, das ich gemeinsam mit Hon.-Prof. Dr. Sascha Feuchert im Wintersemester 2014/15 angeboten habe, beantworteten gerade mal vier von 30 Teilnehmern die Frage, ob sie die Messe schon einmal besucht haben, mit ja. Das Seminar bestand etwa zu 80 % aus Lehramtsstudenten, und somit aus der größten Literatur vermittelnden Personengruppe, zu deren späteren Schulcurricula auch die Vermittlung des Literaturbetriebs gehört. Die weiteren 20 % der Teilnehmer waren Bachelor-Studierende im dritten Semester, die entweder angaben, noch keine genaue Berufsvorstellung zu haben oder das Verlagswesen als interessante Zukunftsperspektive einschätzten. Gelegenheit, diese noch recht schwammige Perspektive näher kennenzulernen, sollten sie während des Messebesuchs bekommen. Doch zunächst musste eine inhaltliche Basis geschaffen werden, die



Abb. 5: Einige Studierende begleiten die „Buchpiloten on tour“.

(Foto: Laura Lang)

den Studierenden zu einem Gefühl für das Gesamtkonstrukt der Buchmesse verhelfen sollte. In einem vorbereitenden Block lernten sie die turbulente Geschichte der Frankfurter Buchmesse kennen. Hier erfuhren sie auch, wie sich das konkurrierende Verhältnis zur Leipziger Buchmesse entwickelt hat, welche Akteure auf der Messe mit welcher Funktion anzutreffen sind und was all dies nun mit ihrem Studium und ihrem professionellen Werdegang zu tun haben könnte. Außerdem versuchten wir mit einigen Statistiken und Bildern, das geschäftige Treiben während der Buchmesse zu illustrieren. In Kleingruppen bereiteten sich die Studierenden anschließend mit individuellen Themenschwerpunkten auf die Messe vor: Wie kann man die Messe mit Schülern erleben? Wo finde ich die meistbesprochenen Autoren? Wie führe ich ein Gespräch mit Verlagsvertretern? Welche Trends bestimmen den aktuellen Literaturbetrieb?

Auf welche unterschiedlichen Weisen Literaturförderung und -vermittlung funktionieren kann, lernten die Teilnehmer dann sowohl am eigenen Leib als auch in der Beobachterrolle kennen: Einzelne Seminarteilnehmer hatten die Möglichkeit, Gespräche mit jungen und renommierten AutorInnen wie Julia Trompeter oder Zoë Beck zu führen, in Interviews mit den Verlegern von Wallstein, Königskinder und Voland & Quist wichtige Kontakte zu knüpfen, oder eine Schulklasse bei einer Messe-Rallye zu begleiten. Die Ergebnissicherung erfolgte auf mehreren Ebenen. Zum einen sollte der Messebesuch als mediendidaktisches Training fungieren und die Studierenden mit dem Verfassen kurzer Blog-Beiträge innerhalb einer praxisgetreuen Redaktionsfrist vertraut machen – Medienkompetenz ist in den angestrebten Branchen immerhin eine entscheidende Schlüsselqualifikation. Diese Blogs erschienen jeweils an den Messtagen abends auf der Facebook-Seite des Li-

terarischen Zentrums, außerdem sind die Beiträge zusammengefasst nachzulesen unter www.lz-giessen.de/archiv/blogs. Eine Auswahl der Beiträge hat es sogar in den *Gießener Anzeiger* geschafft, worauf die Verfasser besonders stolz waren.

Zum anderen wurden in einem Seminarblock nach dem Messebesuch die Eindrücke in kurzen, thematisch unterschiedlichen Impulsreferaten im Plenum besprochen, sodass einmal mehr deutlich wurde, wie vielfältig die Möglichkeiten sind, Literatur zu präsentieren und diese Präsentation zu erleben.

In zahlreichen Feedbackgesprächen zogen die Studierenden eine überwiegend positive Bilanz des Messebesuchs: Als durch die Messe akkreditierte Presse-Besucher durften sie einen Blick hinter die Kulisse der Messe werfen und an Podiumsdiskussionen, Pressegesprächen und Kongressen teilnehmen, als erstmalige Besucher waren einige ganz augenscheinlich von diesen Möglichkeiten überwältigt. Die Lehramtsstudierenden waren dankbar dafür, die volle Bandbreite der Schulliteratur und der Schulbuchverlage kennenzulernen sowie Impulse aus der Szene der neuesten Gegenwartsliteratur zu gewinnen, die eine willkommene Abwechslung im Deutschunterricht bieten können. Die Bachelor-Anwärter machten sich mit einer Welt vertraut, die ihre Zukunft sein könnte. In den Gesprächen mit Verlagsvertretern und Autoren wurden einige Augen geöffnet und vielleicht sogar der eine oder andere Weg geegnet.



Abb. 6: Die Teilnehmer im Gespräch mit Zoë Beck.

(Foto: LZG)



Abb. 7: In einem ausführlichen Gespräch stellte Barbara König (Mitte) ihren Verlag „Königskinder“ vor.
(Foto: Julia Lucas)

Die Eindrücke, die ich selbst in den beiden Seminaren gesammelt habe, waren größtenteils positiv. Viele Studierende haben Spaß an der literaturvermittelnden Arbeit entwickelt, einige Teilnehmer haben sich innerhalb weniger Wochen zum selbstbewussten Pressesprecher,

zur überzeugenden Rezitatorin oder zum jungen „Anwalt der Literatur“ gemausert. Die Aufregung der Studierenden, als es um das echte Live-Geschehen ging, oder die großen Augen, die die Buchmesse-Blogger machten, als sie ihre Beiträge im *Gießener Anzeiger* entdeckten, waren sehr erquickend. Aus Gesprächen mit erfahreneren Lehrenden höre ich jedoch zunehmend eine Unzufriedenheit mit den Studierenden heraus, die sich auf eine gewisse Unbeholfenheit und Motivationslosigkeit bezieht. Da ich natürlich auch solche Erfahrungen gesammelt habe, will ich einige kritische Beobachtungen nicht unerwähnt lassen, die zwar allgemeiner Natur sind, de-



Abb. 8: „Buchmessen-Selfie“ mit Leif Greinus, Verleger bei Voland & Quist, nach dem Interview.
(Foto: Ann-Katrin Schütz)

nen wir aber durch die wohlbedachte Integration von praxisgetreuen Situationen begegnen könnten.

Nicht nur in meiner heutigen Funktion, sondern auch aus eigener Studienerfahrung, die in meinem Fall gerade mal anderthalb Jahre zurückliegt, stelle ich zwei grundlegende Defizite fest, die eine Vielzahl Studierender betrifft: Erstens scheint einigen Studierenden ein gesunder Pragmatismus zu fehlen – so wird das Verfassen einer angemessenen E-Mail oder eines ordnungsgemäßen Briefes zu einer Herausforderung. Neben stilistischen Schwierigkeiten machen sich hier auch allzu oft elementare grammatikalische und orthographische Unsicherheiten bemerkbar. Bedenklich ist dies vor allem, da sich meine Erfahrung hauptsächlich auf Studierende der Germanistik stützt. Zweitens ist eine solche Unsicherheit auch im Fachwissen auf den allgemeinen Gebieten der Literaturgeschichte oder -wissenschaft festzustellen. Sicher gibt es Studierende, die schlichtweg lustlos und unmotiviert sind, trotzdem glaube ich, dass diese Entwicklung keinesfalls nur im einzelnen Individuum begründet sein kann. Dafür sind die Beobachtungen, die andere Lehrkräfte ganz ähnlich gemacht haben, schlichtweg zu weitgreifend. Vielmehr ist es eine Entwicklung, die meines Erachtens in einem systematischem Widerspruch begründet ist. Die Modularisierung beschleunigt rasant und strukturiert rigide. Sie verpasst es dabei allerdings, die Form der Vermittlung von Inhalten an diese verschulte Ordnung anzupassen. Der Bachelor arbeitet sich nicht von Epoche zu Epoche oder Gattung zu Gattung durch, sondern von Modul zu Modul. Innerhalb der einzelnen Module fällt es den thematisch noch unbefleckten Studierenden allerdings schwer, die einzelnen Veranstaltungen so aufeinander abzustimmen, dass ein sinnvolles Ganzes daraus entsteht. Natürlich muss es weiterhin die akademische Freiheit geben, Seminare zu individuellen Forschungsprojekten anzubieten, denn nur so bleibt das Fach lebendig und erkenntnistiftend. Doch gleichzeitig halte ich es für absolut notwendig, dass jeder bemühte Student nach dem Bachelor von sich behaupten kann, über ein literaturwissenschaftliches Grundwissen zu verfügen, mit dem

er konsekutiv weiter arbeiten kann. Ein solches Wissen ist die Basis für ein gesundes Selbstbewusstsein und dieses nur kann den Weg für ein eigenständiges Arbeiten ebnen, ganz gleich in welchem Beruf. Unterstützt werden kann dieser Weg in die Eigenständigkeit aus meiner Sicht durch praxisgeleitetes Lernen und durch einen transparenten Studienverlaufsplan, der sich auch vor vermeintlich konservativen Strukturen wie chronologischer Epochenabhandlung nicht scheut.

Fazit

Ob es nun die Organisation einer literarischen Veranstaltung, eine Exkursion in den Kern des Literaturbetriebs oder ein Gespräch mit einem Autor ist – all diese Versuche, Literaturvermittlung nicht nur zu betreiben, sondern sie als Idee auch weiterzugeben, haben mir gezeigt, dass der Brückenschlag zwischen Theorie und Praxis für die Studierenden ein wichtiger, aber auch komplexer Schritt ist. Was passiert auf diesem Weg, welche Rahmenbedingungen ändern sich und wie definieren sich die dazugehörigen Handlungsrollen? Das sind Fragen, die sich die Studierenden unweigerlich stellen müssen, wenn sie an ihre Zeit nach dem Studium denken. Dazu gehört auch eine theoretische Auseinandersetzung. Mit welchen Parametern kann man unterschiedliche Formen literarischer Veranstaltungen benennen und bewerten? Wie lässt sich eine Exkursion didaktisch sinnvoll vor- und nachbereiten? Was macht eine professionelle Gesprächsführung aus? Diese Überlegungen erfordern wissenschaftliche Aufmerksamkeit und praktisches Austesten. Das Wissen um den „Zusammenhang von Literatur als Handlungs- und Symbolsystem“ (so in der Modulbeschreibung „Literatur in institutionellen Kontexten“) erfordert eine genaue Betrachtung beider Teile. Durch Exkursionen und Kooperationen mit außeruniversitären Literaturvermittelnden Institutionen wird den Studierenden die Möglichkeit geboten, Rahmenfunktionen im gesamten Literatursystem kennenzulernen; durch eigens durchgeführte Projekte übernehmen sie ausgewählte Handlungsrollen und somit Verantwortung.

Ausblick

Während ich diesen Artikel verfasse, läuft ein weiteres literaturvermittelndes Projekt, das u. a. von der Gießener Hochschulgesellschaft gefördert wird: Im Rahmen des Seminars „Zensiert, verfolgt, ermordet“ organisieren Hon.-Prof. Dr. Sascha Feuchert, Lars Meuser und Michael Weise (die zwei letzteren als Vertreter des Vereins Gefangenes Wort) eine Writer-in-Residence-Woche mit dem georgischen Exilautor Zaza Burchuladze. Nachdem sie sich eindringlich mit zensorischen Verfahren und dem Werk Burchuladzes befasst haben, ist es nun die Aufgabe der Studierenden, eine Woche lang das Ohr der Öffentlichkeit für Zaza Burchuladze zu gewinnen. Dazu gehört sowohl die Organisation von Veranstaltungen als auch das Arrangieren von Gesprächen mit politischen und journalistischen Vertretern, die Ausgestaltung seiner Freizeit, das Einwerben von Finanzen und die Öffentlichkeitsarbeit. In der aktuell laufenden Planungsphase unterstütze ich die Studierenden, indem ich sie mit Tipps zum Verfassen einer Pressemitteilung, dem Erstellen eines Posters oder auch ganz einfach mit Kontakten beratschlage. Einmal mehr wird mir hier bewusst, wie wichtig es ist, ihnen die Tür, die aus dem Seminar in die Realität führt, ein Stück weit zu öffnen. Es ist aufgrund dieser Situation meiner Meinung nach unbedingt erforderlich, den vom Germanistik-Institut der JLU bereits eingeschlagenen Weg, Literaturvermittlung als Studiengegenstand zu integrieren, weiterzuverfolgen und auszubauen. Dass die Germanistik auf bestem Wege ist, zeigt ein Blick in das aktuelle Vorlesungsverzeichnis, in dem neben den hier vorgestellten

Seminaren noch zahlreiche weitere Veranstaltungen angeboten werden, die literaturvermittelnde Aspekte beinhalten. Als besonders wichtig erachte ich es, dass nicht nur Bachelor- und Master-Studierende, sondern auch die zukünftigen Lehrer ihre literaturvermittelnde Funktion frühzeitig erkennen und nutzen. Aus diesem Grund blicke ich gespannt dem nächsten Seminar entgegen, das im Rahmen des Geschichts-LeseSommers 2015 fragen wird, wie die Autorenlesung in der Schule erfolgreich läuft.

Anmerkungen:

¹ Hier beispielsweise auf der Homepage des Masterstudiengangs „Deutsche Literatur – Deutsche Literaturen“ der JLU: <https://www.uni-giessen.de/cms/fbz/fb05/germanistik/studium/studiengaenge/master/vdl>.

² Neuhaus, Stefan: Literaturvermittlung. S. 8.

³ Zu nennen sind hier beispielsweise das Göttinger Graduiertenkolleg „Literatur und Literaturvermittlung im Zeitalter der Digitalisierung“, das Marburger Zentrum für Literaturvermittlung in den Medien, die Masterstudiengänge mit Fokus Literaturvermittlung an den Universitäten zu Bamberg und Kiel, das Forschungszentrum „Prozesse der Literaturvermittlung“ an der Universität Innsbruck.

Kontakt:

Karina Fenner
Programmleitung
Literarisches Zentrum Gießen
Kongresshalle
Südanlage 3a
35390 Gießen
Telefon 0641 97282517
Mobil 0176 84416144
fenner@lz-giessen.de
www.lz-giessen.de



Jörg Evers

Gebändigtetes Röntgenlicht – Quantenzustände aus dem Nichts*

Einleitung

Licht hat in seinen vielfältigen Erscheinungsformen eine zentrale Bedeutung für Mensch, Natur und Technik. So ermöglicht es etwa das Sehen und dient Pflanzen der Energiegewinnung durch die Photosynthese. Ebenso hat die breite Verfügbarkeit von künstlichen Lichtquellen weitreichende gesellschaftliche Konsequenzen, weil sie eine weitestgehende Entkopplung vom natürlichen Rhythmus der Sonne ermöglicht. Auch in der Forschung und für viele Anwendungen ist Licht zu einem essentiellen Werkzeug geworden. Weit entfernte Objekte im Weltall können mit Hilfe des von ihnen abgestrahlten Lichts untersucht werden, genauso wie einzelne Atome. Die Möglichkeiten werden dabei wesentlich durch die Verfügbarkeit geeigneter Lichtquellen beeinflusst. Insbesondere der Laser hat durch seine einzigartigen Eigenschaften zu einer Revolution im Bereich der Licht-Materie-Wechselwirkung geführt. In den letzten Jahren hat eine ähnliche Entwicklung im Bereich der Röntgenstrahlung begonnen. Diese Strahlung wurde 1895 durch Wilhelm Conrad Röntgen entdeckt, der von 1879 bis 1888 ordentlicher Professor der Physik an der Universität Gießen war. Für diese Entdeckung wurde ihm 1901 der erste Physik-Nobelpreis verliehen. Weiterentwickelte und neuartige Lichtquellen stellen nun erstmals Röntgenlicht mit einer bisher unerreichten Qualität und Intensität zur Verfügung, vergleichbar mit Laserlicht. Diese neuartigen Lichtquellen werfen die Frage auf, ob sich die Erfolgsgeschichte der Licht-Materie-Wechselwirkung im Röntgenbe-

reich fortschreiben lässt. Zentrales Ziel unserer Arbeit ist es daher, Methoden zu entwickeln, um mit Röntgenlicht die quantenmechanische Dynamik von Materie zu untersuchen, zu manipulieren und zu kontrollieren. Wie im sichtbaren Bereich sind derartige Techniken eine Voraussetzung, um das volle Potential der Lichtquellen erschließen zu können. Als ersten Schritt haben wir eine Methode entwickelt, um sogenannte Überlagerungszustände „aus dem Nichts“ zu erzeugen, die eine wertvolle Ressource für Anwendungen der Quantenmechanik sind.

Licht und Spektroskopie

Ein tiefer gehendes Verständnis von Licht kann über die Analogie zu einer Wasserwelle gewonnen werden. Wirft man einen Stein in die Mitte einer ruhigen Wasserfläche, so breiten sich Wellen aus. Licht lässt sich ebenfalls als eine Welle verstehen, wobei jedoch nicht Materie wie Wasser, sondern elektrische und magnetische Felder periodisch mit der Ausbreitung des Lichts schwingen. Die Höhe der Wellenberge ist dabei ein Maß für die Helligkeit oder Intensität des Lichts. Der Abstand zwischen zwei Wellenbergen, die sogenannte Wellenlänge, charakterisiert die Farbe des Lichts. Diese Interpretation von Licht als elektromagnetische Welle ermöglicht eine Verallgemeinerung über den für Menschen sichtbaren Bereich hinaus und bietet eine einheitliche theoretische Beschreibung für eine Vielzahl von Phänomenen, die ursprünglich als unabhängig voneinander verstanden wurden. So sind Radiowellen, Mikrowellen oder Infrarotlicht ebenso elektromagnetische Wellen wie sichtbares Licht, jedoch mit größerer Wellenlänge. Analog dazu haben ultraviolettes Licht, Röntgenlicht und Gammastrahlung kleinere Wellenlängen.

*Jörg Evers wurde am 21. November 2014 der Röntgen-Preis der Justus-Liebig-Universität Gießen im Rahmen des Akademischen Festakts verliehen. Der Beitrag gibt die leicht veränderte Fassung seines am Vorabend gehaltenen Vortrags wieder.

Im Allgemeinen setzt sich eine elektromagnetische Welle aus verschiedenen Farbbestandteilen oder Wellenlängen zusammen, wie etwa das Sonnenlicht, bei dem eine Überlagerung einer Vielzahl von Farben einen weißen Farbeindruck ergibt. Die Spektroskopie, d.h. die Zerlegung von Licht in seine Farbbestandteile, ist eine wichtige Methode in den Naturwissenschaften allgemein. Die Bedeutung ergibt sich unter anderem dadurch, dass jedes chemische Element bei der Wechselwirkung mit Licht ein charakteristisches Spektrum erzeugt, anhand dessen es eindeutig identifiziert werden kann. Die Signaturen im Spektrum entstehen dabei durch Übergänge zwischen quantenmechanischen Zuständen von Atomen, die durch Absorption oder Emission von Licht induziert werden. Da diese Zustände für die Atome der einzelnen Elemente verschieden sind, ist auch das jeweils erzeugte Spektrum kennzeichnend.

Die Übergänge zwischen quantenmechanischen Zuständen lassen sich besonders gut durch Laserlicht adressieren, welches sich unter anderem durch eine sehr gut definierte Wellenlänge auszeichnet. Zudem verläuft die zugehörige elektromagnetische Welle praktisch ohne Störungen, und die Lichtintensität kann sehr hoch sein. Durch den Laser ist es inzwischen möglich, die Elektronen in Atome nicht nur sehr präzise mit Licht zu untersuchen, sondern auch ihre quantenmechanische Dynamik gezielt zu beeinflussen oder sogar zu kontrollieren. Insbesondere die Möglichkeit, das zu untersuchende System zu isolieren, aktiv zu manipulieren und dabei die besonderen Eigenschaften der Lichtquelle ausnutzen zu können, hat nicht nur zu einem tiefer gehenden Verständnis geführt, sondern auch zu einer Vielzahl von Anwendungen, die in einigen Fällen sogar bereits kommerziell ausgenutzt werden.

Röntgenlicht

Laser sind jedoch bisher auf vergleichsweise große Wellenlängen beschränkt. Die neuartigen Röntgenlichtquellen stellen laserartiges Licht bei sehr kleinen Wellenlängen zur Verfügung. Sie beruhen darauf, dass ein fast auf Lichtgeschwindigkeit beschleunigtes Teilchen

Röntgenlicht abstrahlt, wenn seine Bewegung gezielt aus einer ansonsten geraden Bahn abgelenkt wird. Auch in Deutschland sind derartige Synchrotrons oder Freie-Elektronen-Laser etwa am Deutschen Elektronen-Synchrotron DESY in Hamburg in Betrieb bzw. im Bau. Aber warum sind derartige Röntgenlichtquellen überhaupt von Interesse? Ein Grund ist, dass die Wechselwirkung von elektromagnetischen Wellen mit Materie stark abhängig ist von der Wellenlänge. Radiowellen etwa durchlaufen einen Menschen weitestgehend ungestört, wodurch ein Radio auch dann Signale empfangen kann, wenn es in der Hand gehalten wird. Sichtbares Licht hingegen wechselwirkt viel stärker mit der Hand, so dass es etwa möglich ist, die Augen mit den Händen vor zu starker Sonnenstrahlung abzuschirmen. Röntgenstrahlung schließlich durchleuchtet die Hand, wobei die Knochen das Röntgenlicht stärker schwächen als das umgebende weiche Gewebe, was die aus der Medizin bekannten Röntgenbilder ermöglicht. Dieses Beispiel verdeutlicht, dass die Kombination verschiedener Wellenlängen erheblich mehr Informationen über ein zu untersuchendes Objekt zugänglich macht als beispielsweise sichtbares Licht alleine. Ein weiterer Grund ist, dass es die sehr kleine Wellenlänge von Röntgenlicht erlaubt, entsprechend kleine Strukturen aufzulösen oder zu schaffen. So wurde mit Hilfe von Röntgenstrahlung etwa die Struktur des menschlichen Erbguts entschlüsselt, und neue Generationen von Computerprozessoren sind oft mit dem Übergang zu kleineren Wellenlängen in der Produktion verbunden.

Kern-Quantenoptik mit Röntgenlicht

Während sichtbares Licht vorwiegend mit der Elektronenhülle von Atomen wechselwirkt, lässt sich mit Röntgenlicht auch der Atomkern adressieren. Bei unserer Arbeit konzentrieren wir uns insbesondere auf die Wechselwirkung von Röntgenlicht mit sogenannten Mössbauer-Atomkernen. Diese Art von Atomkernen hat die besondere Eigenschaft, in einem nur sehr schmalen Wellenlängenbereich stark (resonant) auf Röntgenlicht zu reagieren. Für die Entdeckung dieses

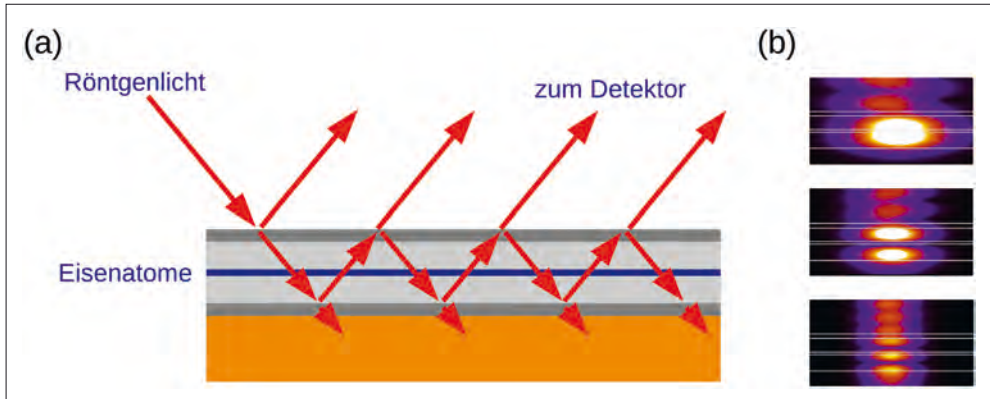


Abb. 1 (a): Schematischer Aufbau der Röntgen-Kavität. Das Röntgenlicht fällt unter flachem Winkel von links auf die aus verschiedenen Schichten aufgebaute Kavität und wird in ihr zwischen den äußeren Schichten hin und her reflektiert. Dabei wechselwirkt es mit den Kernen der Eisenatome in der Kavität. Das reflektierte Licht wird detektiert. – (b): Intensität des Röntgenlichts in der Kavität für verschiedene Einfallswinkel. Helle Farben entsprechen einer hohen Intensität. Durch die Wahl der Intensitätsverteilung wird die Wechselwirkung mit den Atomkernen kontrolliert.

Effekts erhielt Robert Mössbauer 1961 den Nobelpreis für Physik. Da bereits kleinste Änderungen der Umgebung der Atomkerne die ansprechbare Wellenlänge verschieben können, sind sehr präzise Messungen mit Mössbauer-Kernen möglich. So wurde mit Hilfe dieser Kerne von Robert Pound und Glen Rebka etwa eine Vorhersage der Relativitätstheorie, die Verschiebung der Wellenlänge von Licht im Gravitationsfeld der Erde, experimentell nachgewiesen. Ebenso wird dieser Effekt zur Analyse von unbekanntem Material verwendet, z.B. auch in Weltraumsonden zur Erforschung des Mars.

Zur Untersuchung der Atomkerne verwenden wir eine sogenannte Röntgen-Kavität (siehe Abbildung 1a, b). Diese besteht aus verschiedenen Schichten, die jeweils nur einige Milliardstel Meter dick sind. Die äußeren Schichten wirken dabei wie Spiegel, die das Röntgenlicht zwischen sich hin und her reflektieren. Die Atomkerne können nun als eine dünne Schicht Materie zwischen diese Spiegel eingebracht werden, wodurch eine sehr kontrollierte Wechselwirkung zwischen den Röntgenstrahlen und einer großen Zahl von Atomkernen ermöglicht wird. Als Beobachtungsgröße dient dann das von der Kavität wieder abgestrahlte Licht, was durch die Wechselwirkung mit den Atomkernen verändert wird. Die Atomkerne können dabei von den Röntgenstrahlen in verschiedene

quantenmechanische Zustände angeregt werden, was im Spektrum des reflektierten Lichts nachgewiesen werden kann.

Zentraler Teil unserer Arbeit war die Entwicklung einer theoretischen Beschreibung dieses Aufbaus mit Methoden, wie sie bisher nur für Experimente in anderen Wellenlängenbereichen verwendet wurden [1].* Diese haben den Vorteil, dass sie eine sehr genaue Analyse der relevanten physikalischen Prozesse erlauben und darüber hinaus auch stärkere Röntgenlichtquellen und quantenmechanische Effekte beschreiben können. Interessanterweise konnten wir zeigen, dass sich das Gesamtsystem aus Kavität und den Atomkernen für die derzeit in Experimenten relevanten Parameter effektiv wieder als ein einzelnes Atom beschreiben lässt. Das vereinfacht nicht nur die Modellierung des ursprünglich komplexen Systems, sondern bietet auch neue Möglichkeiten der Kontrolle. Denn dieses „künstliche Atom“ hat Eigenschaften, die sich etwa durch den Aufbau der Kavität oder die Anordnung der Atomkerne beeinflussen lassen und die über die Eigenschaften natürlicher Atome hinausgehen können. So lässt sich die Struktur der quantenmechanischen Zustände beeinflussen sowie die

*Die in Klammern gesetzten Zahlen weisen auf die Literaturangaben am Ende des Beitrags.

Kopplungen zwischen den Zuständen, was Potential für viele Anwendungen bietet.

Quantenmechanische Überlagerungszustände ...

Als eine erste Anwendung haben wir diese Möglichkeiten ausgenutzt, um sogenannte quantenmechanische Überlagerungszustände in den Atomkernen zu präparieren. Diese sind ein zentrales Element der Quantenmechanik. Sind A und B zwei mögliche Zustände eines quantenmechanischen Systems, so ist nach den Gesetzen der Quantenmechanik auch die Überlagerung $A+B$ ein gültiger Zustand. Entsprechend der von Niels Bohr entwickelten Interpretation der Quantenmechanik (Kopenhagener Deutung) entscheidet erst die Messung des Zustandes $A+B$, ob sich A oder B im Experiment ergibt. Vor der Messung ist das System nach dieser Interpretation in den Zuständen A und B gleichzeitig. Derartige Überlagerungen widersprechen offensichtlich unserer Alltagserfahrung mit makroskopischen Objekten. Ein berühmtes Beispiel ist das Gedankenexperiment von Schrödingers Katze, benannt nach dem österreichischen Physiker Erwin Schrödinger. Er entwarf bereits kurz nach Entdeckung der Quantenmechanik ein hypothetisches Szenario, in dem eine Katze in eine Überlagerung der Zustände tot und lebendig gebracht werden kann. Trotzdem sind diese Überlagerungszustände in einer Vielzahl von quantenmechanischen Experimenten nachgewiesen worden und der Übergang zwischen der mikroskopischen und der makroskopischen Alltagswelt ist Gegenstand intensiver Forschung. Neben der Bedeutung für die Interpretation der Quantenmechanik sind Überlagerungszustände eine wichtige Ressource für ihre Anwendungen. Leider ist die Erzeugung von Überlagerungszuständen oft schwierig, und sie sind in der Regel äußerst fragil und müssen aufwändig vor externen Störungen geschützt werden. Dies ist auch ein wesentlicher Grund dafür, dass sie im Alltag in der Regel nicht beobachtet werden können. Überlagerungen zwischen verschiedenen Anregungszuständen von Atomen etwa zerfallen meist sehr schnell von alleine durch die Wechselwirkung

mit dem quantenmechanischen Vakuum, wobei sie Licht an das Vakuum abgeben.

... aus dem Nichts

Wir konnten nun durch die besonderen Kontrollmöglichkeiten in unserem System aus Atomkernen und Kavität eine Situation vorherzusagen, in der die Überlagerungszustände durch die Wechselwirkung mit dem quantenmechanischen Vakuum nicht zerstört, sondern stattdessen geschaffen werden. Sie bilden sich also quasi „aus dem Nichts“. Um diese Überlagerungszustände nachzuweisen, können erneut die Welleneigenschaften von Licht ausgenutzt werden. Wirft man zwei Steine gleichzeitig in eine ruhige Wasserfläche, so entstehen zwei getrennte Wellen, die schließlich ineinander laufen. Hierbei kann man beobachten, dass es Bereiche gibt, in denen sich die Wellen verstärken. Hier treffen Berge der zwei Wellen aufeinander. An anderen Stellen jedoch löscht sich ein Wellenberg der einen Welle mit dem Wellental der anderen aus, und das Wasser bleibt ruhig – obwohl die Welle eines einzelnen Steins das Wasser bewegt hätte. Diese Kombination von zwei Wellen nennt man Interferenz, und sie tritt auf, weil an bestimmten Stellen die Wirkung der beiden Wellen ununterscheidbar ist. Wie unsere theoretischen Berechnungen zeigen, manifestieren sich die quantenmechanischen Überlagerungszustände in unserem System ebenfalls durch Interferenz. Bei bestimmten Wellenlängen würde jeder der Zustände in der quantenmechanischen Überlagerung für sich alleine zu einem Signal im Spektrum führen. Bei einer Überlagerung aus den verschiedenen Zuständen hingegen wird an derselben Stelle im Spektrum kein Signal gemessen, da sich die Beiträge der verschiedenen Zustände auslöschen. Wie bei Wasserwellen ist diese Interferenz möglich, weil sich in der Überlagerung nicht entscheiden lässt, in welchem der Zustände das Atom sich befindet.

Die theoretischen Vorhersagen konnten in Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern vom DESY, dem Institut für Optik und Quantenelektronik der Friedrich-Schiller-Universität Jena sowie dem Helmholtz-Institut Jena in einem Experiment an

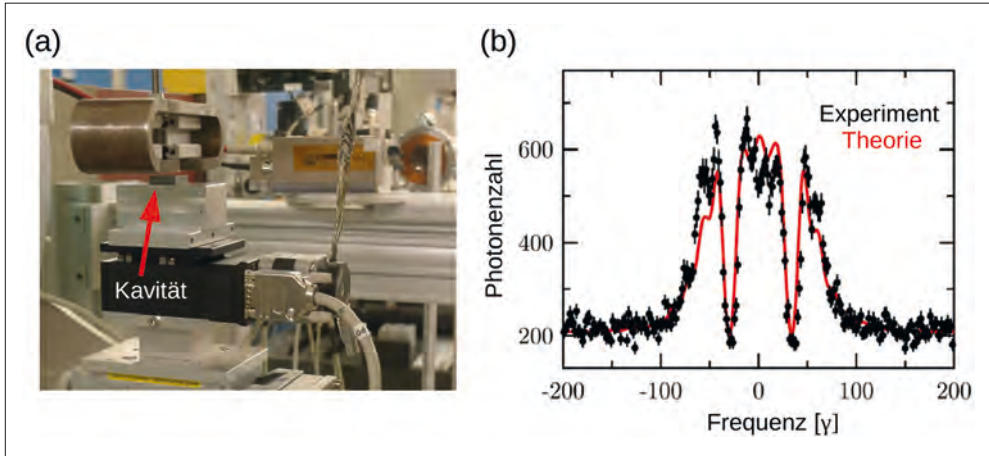


Abb. 2 (a): Foto des experimentellen Aufbaus. Die Kavität mit den Atomkernen ist mit einem Pfeil markiert. Die Röntgenstrahlung kommt aus dem Rohr rechts hinten. Der Detektor ist im Bild nicht zu sehen. – (b): Ergebnis des Experiments. Die Daten zeigen das Spektrum des reflektierten Lichts. Die tiefen Minima sind ein eindeutiges Zeichen für die Entstehung der Überlagerungszustände.

der Synchrotron-Strahlungsquelle PETRA III am DESY in Hamburg erfolgreich überprüft werden (siehe Abbildung 2). In guter Übereinstimmung mit den Vorhersagen war es dabei möglich, das Auftreten der Überlagerungszustände „aus dem Nichts“ gezielt zu steuern und somit eindeutig nachzuweisen [2].

Ausblick

Die von uns entwickelte Methode realisiert ein gut von der Umgebung isoliertes und hochgradig kontrollierbares quantenmechanisches Modellsystem für die Wechselwirkung mit Röntgenstrahlen und eröffnet somit eine Reihe von viel versprechenden Möglichkeiten. Inzwischen haben wir dieses System in einer Reihe von weiteren Experimenten ausgenutzt, die erneut die gute Übereinstimmung mit unserer theoretischen Modellierung bestätigt haben. Die bisherigen Experimente sind durch frühere Arbeiten mit sichtbarem Licht motiviert. Für die Realisierung im Röntgenbereich war jedoch jeweils die Entwicklung neuer Ideen und Ansätze erforderlich. Interessanterweise lassen sich diese neuen Ansätze auch wieder in den sichtbaren Bereich übertragen, so dass beide Gebiete voneinander profitieren. Zukünftige Experimente werden Atomkerne mit Freie-Elektronen-Lasern

untersuchen, die erneut um mehrere Größenordnungen stärkeres Röntgenlicht bereitstellen und somit einen qualitativ anderen Parameterbereich erschließen. Dies könnte zu konzeptionell neuartigen Methoden im Bereich der Licht-Materie-Wechselwirkung sowie der Materialwissenschaften und der Festkörperphysik führen und Anwendungen etwa im Bereich fundamentaler Tests von physikalischen Theorien und der Präzisionsmetrologie erschließen.

Literatur:


- [1] K. P. Heeg und J. Evers, X-ray quantum optics with Mössbauer nuclei embedded in thin film cavities, Phys. Rev. A 88, 043828 (2013)
- [2] K. P. Heeg, H.-C. Wille, K. Schlage, T. Guryeva, D. Schumacher, I. Uschmann, K. S. Schulze, B. Marx, T. Kämpfer, G. G. Paulus, R. Röhsberger, and J. Evers, Vacuum-assisted generation and control of atomic coherences at x-ray energies, Phys. Rev. Lett. 111, 073601 (2013)

Kontakt:

Priv.-Doz. Dr. Jörg Evers
 Max-Planck-Institut für Kernphysik
 Saupfercheckweg 1
 69117 Heidelberg
 Telefon: 06221 516-177
 Fax: 06221 516-152
 joerg.evers@mpi-hd.mpg.de

IV. Aktuelle Forschungsprojekte





Sparkassen-Finanzgruppe
Hessen-Thüringen

Entdecken Sie den Unterschied
in Ihrer Sparkasse.

Wie Sie sich die Zukunft auch ausmalen –
wir helfen Ihnen, sie zu gestalten.

Das Sparkassen-Finanzkonzept.

 Sparkasse
Gießen

Der Unterschied beginnt beim Namen. Deshalb entwickeln wir mit dem Sparkassen-Finanzkonzept eine ganz persönliche Rundum-Strategie für Ihre Finanzen. Gemeinsam mit Ihnen und abgestimmt auf Ihre Zukunftspläne. Mehr erfahren Sie in einer unserer Filialen und unter sparkasse-giessen.de. **Wenn's um Geld geht – Sparkasse.**



Horst Carl

Ein neuer geisteswissenschaftlicher Sonderforschungsbereich: Dynamiken der Sicherheit – Formen der Versicherheitlichung in historischer Perspektive

1. Ein Novum:

Ein gemeinsamer geisteswissen- schaftlicher Sonderforschungsbereich der Universitäten Marburg und Gießen

Seit April 2014 fördert die DFG an der Justus-Liebig-Universität einen neuen Sonderforschungsbereich (SFB) „Dynamiken der Sicherheit (SFB/TRR 138)“, der von Fächern aus dem Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften sowie der Rechtswissenschaften getragen wird. In Gießen knüpft man damit an eine gute Tradition an: Der von 1997 bis 2008 bestehende Sonderforschungsbereich 434 „Erinnerungskulturen“ war einer der ersten geisteswissenschaftlichen Forschungsverbände, die unter Beweis gestellt haben, dass auch die nicht naturwissenschaftlichen Fächer sich zu großen Forschungsverbänden zusammenschließen und mit einem solchen Instrumentarium erfolgreich Forschung organisieren können. Für die Geisteswissenschaften bilden solche Formen drittmittelfinanzierter Großforschung eine besondere Herausforderung, ist ihnen eine arbeitsteilige Forschung mit eindeutiger Zielsetzung doch fremd und nicht angemessen. Zudem bedarf die Koordination gemeinsamer Forschung von Forschern, die in hohem Maß auf individuelle Profilierung setzen, eben auch besonderer Anstrengung. Was erwiesenermaßen nicht funktioniert, ist das Überstülpen von in den Naturwissenschaften erprobten Institutionen der Forschungsorganisation. Wenn dies in den Geistes- und Sozialwissenschaften funktionieren soll, müssen die Forscher sich dieses Instrumentarium fachadäquat zunutze machen.

Dies gilt auch für institutionalisierte Forschungsk Kooperationen im Rahmen solcher

Forschungsverbände. Während es beispielsweise im Bereich der Naturwissenschaften und Medizin seit Jahren immer wieder Beispiele für Kooperationen zwischen den beiden Nachbaruniversitäten Marburg und Gießen gegeben hat – etwa in Gestalt gemeinsamer Beteiligung an Sonderforschungsbereichen oder Graduiertenkollegs –, ist eine solche Kooperation im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften bislang ohne Präzedenz gewesen. Die traditionelle Konkurrenz der beiden Nachbaruniversitäten hat in den Geistes- und Sozialwissenschaften zwar nicht zu ausgeprägter Rivalität, aber zu freundlicher Negligence im Zeichen von Autonomie und akademischer Selbstgenügsamkeit geführt – man hat lange Zeit ganz gut nebeneinander her leben und forschen können. Eine Rolle hat auch eine unterschiedliche Affinität der Geisteswissenschaften zu Forschungsverbänden gespielt. Während in Gießen relativ früh erfolgreiche Verbundforschung betrieben worden ist und neben dem SFB „Erinnerungskulturen“ in den letzten Jahren ein Graduiertenkolleg „Transnationale Medienereignisse“ und eine Forschergruppe „Gewaltgemeinschaften“ etabliert werden konnte und man mit dem GCSC auch in der Exzellenzinitiative erfolgreich war, haben die Marburger Geisteswissenschaften eher auf herausragende Einzelforschung in den jeweiligen Fächern gesetzt.

Dass sich schließlich doch die Rahmenbedingungen für eine Kooperation geisteswissenschaftlicher Fächer beider Universitäten in den letzten Jahren geändert haben, liegt an mehreren Faktoren: Sicherlich hat der Umstand, dass auch die Geistes- und Sozialwissenschaften zunehmend auf Drittmittelforschung verwiesen werden, eine wichtige Rolle gespielt, ebenso der Generationenwechsel, der

an beiden Universitäten jüngere Wissenschaftler auf die Lehrstühle gebracht hat, die Kooperationen beider Universitäten pragmatisch beurteilen und handhaben. Die beiden Lehrstuhlinhaber für Geschichte der Frühen Neuzeit sowie weitere Gießener Historiker verfügten beispielsweise gemeinsam als Fachherausgeber der „Enzyklopädie der Neuzeit“, eines der letzten großen historischen Lexikonprojekte in der Tradition des althistorischen „Pauly“ oder des Lexikons des Mittelalters, bereits über langjährige intensive Kooperationserfahrungen. Nicht zuletzt aber haben sich auch die wissenschaftspolitischen Rahmenbedingungen und speziell das Verhältnis der beiden Nachbaruniversitäten nachhaltig geändert. Vorarbeiten für den gemeinsamen SFB sind durch Mittel eines speziellen Fonds, der gemeinsame Forschungsvorhaben beider Universitäten fördern sollte (MAGIC), unterstützt worden. Mit der Vereinbarung einer Forschungsallianz haben beide Universitäten 2012 diese Kooperationskultur auch als gemeinsame Strategie für die Zukunft beschlossen. Der Sonderforschungsbereich „Dynamiken der Sicherheit“ hat für die Geistes- und Sozialwissenschaften dabei eine Pionierrolle gespielt.

Die Vorbereitungen gehen bis ins Jahr 2010 zurück, als eine kleine Gruppe Marburger und Gießener Historiker das Projekt eines SFB auf die Bahn brachte. Dabei ging es zunächst darum, Schnittpunkte der unterschiedlichen wissenschaftlichen Schwerpunkte auszumachen und daraus ein gemeinsames Thema zu generieren. Die Marburger Historiker sind beispielsweise ausgewiesen in der Geschichte der internationalen Beziehungen und historischer Friedensforschung, während die Gießener Kollegen schon aufgrund der Forschergruppe „Gewaltgemeinschaften“ eine besondere Expertise in historischer Gewaltforschung reklamieren konnten. Dass sich als gemeinsamer Nenner historischer Friedens- und Gewaltforschung die Frage nach der Durchsetzung von „Sicherheit“ herauskristallisierte, wurde noch dadurch bestärkt, dass in Marburg mit dem „Zentrum für Konfliktforschung“ eine einschlägige politikwissenschaftliche Institution

etabliert war und der Marburger Zeithistoriker Eckart Conze seine große Darstellung der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland mit dem Titel „Auf der Suche nach Sicherheit“ versehen hatte. Auch konzeptionelle Beiträge zu „Sicherheit als Kultur“ und Securitization – Schlüsselbegriffen des künftigen SFB – hatte Conze bereits vorgelegt.¹ Zugleich profitierte das SFB-Projekt davon, dass mit dem in Marburg angesiedelten Herder-Institut, dessen Direktor Prof. Peter Haslinger zugleich als Professor in Gießen lehrt, und dem Gießener Zentrum Östliches Europa (GIZO) zwei renommierte Institutionen der Ostmitteleuropaforschung sich nahtlos in das Gesamtkonzept einfügen ließen.

Eine Kooperation von Historikern und Politikwissenschaftlern lag folglich nahe, ergänzt um die systematische Perspektive der Soziologen. Hinzu kamen für den Gesamtverbund jeweils spezifische Expertisen, die das Fächerspektrum in origineller Weise ergänzten: Die Marburger Kunsthistoriker, die unter anderem einschlägig zu Festungsarchitektur geforscht hatten, brachten die spezifische mediale und darüber hinaus raumbezogene Expertise ihres Faches ein, während es in Gießen gelang, die Rechtswissenschaften einzubinden. Diese in interdisziplinären Forschungsverbänden eher ungewöhnliche Kooperation verdankte sich dem Umstand, dass mit Prof. Thilo Marauhn ein prominenter Spezialist für Völkerrecht an der JLU tätig ist, dessen Forschungsinteressen mit denen des SFB bestens korrelierten.

Der schließlich von der DFG bewilligte Sonderforschungsbereich, der im April 2014 die Arbeit aufnahm, setzt sich aus insgesamt 19 Projekten zusammen, von denen 8 in Gießen verortet sind. Drei weitere Projekte werden von Gießener und Marburger Projektleitern gemeinsam verantwortet, hinzu kommt ein Projekt des Herder-Instituts. Die historische Dimension kommt schon darin zum Ausdruck, dass der erforschte Zeitraum bis zur Antike zurückreicht, das Fächerspektrum umfasst neben den Geschichtswissenschaften Soziologie, Politologie, Rechtswissenschaften und Kunstgeschichte. Das Fördervolumen des Verbundes beträgt für die erste Bewilligungsphase bis Ende 2017

fast 10 Mio. Euro. Sprecher ist der Marburger Frühneuzeitler Prof. Christoph Kampmann, dem ein weiterer Marburger Kollege (Prof. Eckart Conze) sowie zwei Gießener Wissenschaftler (Prof. Regina Kreide, Prof. Horst Carl) als stellvertretende Sprecher zugeordnet sind. Die partnerschaftliche Zusammenarbeit der beiden Universitäten kommt nicht nur in der weitgehenden Parität bis hin zu gemeinsamen Projekten zum Ausdruck – für eine zweite Phase des SFB, der insgesamt für zwölf Jahre bewilligt werden kann, ist verabredet, dass dann der Sprecherposten an die Universität Gießen wechseln wird.

2. „Sicherheit“ – ein epochenübergreifendes Thema

Dass Sicherheit ein zentraler Wertbegriff der historisch-politischen Sprache ist, lässt sich schon an den vielfältigen Bezügen ablesen, in denen er ganz aktuell thematisiert wird: man denke etwa an die Ukraine-Krise als Gefährdung der internationalen Sicherheit, an den islamistischen Terror als Gefahr für innere und äußere Sicherheit, an IT-Sicherheit im Zeichen von NSA und anderen „Hackern“, an Flug-sicherheit, an den Umgang mit globalen Migrationsphänomenen – die Liste ließe sich fast beliebig fortsetzen. Diese zahlreichen Adressierungen von „Sicherheit“ machen schon deutlich, dass ein solches Forschungsthema einerseits in irgendeiner Weise abgegrenzt werden muss, andererseits aber auch ein grundlegender Zusammenhang gefunden werden muss: Was qualifiziert diese Phänomene denn als Sicherheitsprobleme?

Angesichts der Ubiquität von Sicherheitsan-genden verwundert es nicht, dass es mittlerweile eine ausgesprochene Konjunktur von Forschungen und Forschungsrichtungen gibt, die zu Sicherheitsthemen forschen. Im Bereich der Außen- und Militärpolitik sind vor allem im angelsächsischen Raum die „Security Studies“ als eine sehr anwendungsorientierte Spielart etabliert, während bei Forschungen zur „Human Security“ historische oder aktuelle Formen individueller Daseinsvorsorge im Mittelpunkt stehen – auch Versicherungen jeglicher Art ha-

ben ihre Logik und Historie. Aber auch die Literaturwissenschaften widmen sich Unsicherheiten, indem sie beispielsweise Formen „unsicherer Erzählens“ analysieren. Eine Sicherheitsforschung, die eine historische Perspektive einnimmt oder zumindest einbezieht, existiert jedoch gerade in der internationalen Sicherheitsforschung mit ihren stark gegenwartsbezogenen Interessen bislang nicht. Vor allem bei den Security Studies fällt deren fehlende historische Perspektive und Tiefenschärfe auf, die zumindest hilfreich sein könnte, normative Festlegungen zu hinterfragen oder zu kritisieren. Ein Forschungsverbund zur historischen Sicherheitsforschung ist deshalb auch international ein Desiderat.

Dabei gibt es gerade in Deutschland thematisch benachbarte Forschungsverbünde, die sich – durchaus mit historischer Perspektive – etwa mit „Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit“ (SFB 700, Berlin) oder „Bedrohten Ordnungen“ (SFB 923, Tübingen) beschäftigen. Aber im Unterschied zu diesen Forschungsverbänden erstreckt sich das Forschungsinteresse des Gießen/Marburger SFB nicht auf die Erforschung der Bedrohungen und Unsicherheiten, sondern auf die Praktiken und Formen, in denen jeweils Sicherheit hergestellt und repräsentiert wird. Dabei sollen weder bestimmte Objekte von Sicherheit Ausgangspunkt der Forschungen sein, noch soll vorgängig eine allgemein gültige Definition von Sicherheit aufgestellt werden. Beides würde dazu führen, dass Sicherheit essentialisiert wird, womit die Wandelbarkeit und historische Situierung von Sicherheit aus dem Blick gerät. Uns interessiert gerade, wie „Sicherheit“ in unterschiedlichen historischen Epochen und Konstellation begriffen, konzeptionalisiert und entsprechend realisiert worden ist – also: ein historisch wandelbarer Begriff von Sicherheit. Wenn Sicherheit als im historischen Prozess veränderbar und variabel angesehen wird, ist sie ein gesellschaftliches Konstrukt, das Gegenstand rivalisierender Deutungen und Interessen ist und das daher wie andere Grund- und Wertbegriffe der politisch-sozialen Sprache historisch analysiert werden muss.

3. Dynamiken der Sicherheit: Das Konzept der „Securitization“

Um diese Wandelbarkeit und folglich die „Dynamiken“ der Sicherheit konzeptionell erfassen zu können, bedient sich der SFB eines aus den Politikwissenschaften entlehnten Konzeptes, dessen englische Formulierung als „Securitization“ im Deutschen leider nur mit dem sperrigen Begriff der „Versicherheitlichung“ wiedergegeben werden kann. Die Begrifflichkeit geht zurück auf Überlegungen einer Gruppe von Politikwissenschaftlern um Barry Buzan und Ole Wæver (Copenhagen School). Sie formulieren eine konstruktivistische Theorie, die Sicherheit als Ergebnis eines Sprechaktes auffasst: Sicherheit ist das, was im politischen Raum mit diesem Etikett versehen wird. In dem Moment und in dem Maße, in dem ein Problem als Sicherheitsproblem wahrgenommen und auch sprachlich als solches propagiert werde, ergibt sich daraus eine spezifische (Handlungs-)Zuständigkeit des Staates. Staaten und ihre politischen Eliten müssen, um sich selbst zu legitimieren und ihre ungebrochene Handlungs- und Daseinsberechtigung zu demonstrieren, deshalb ein Interesse daran haben, politische Entwicklungen zu „versicherheitlichen“.

Dieses Modell ist für den SFB zunächst attraktiv, weil es die gesellschaftliche und politische Dimension der Herstellung von Sicherheit betont und eine Verengung auf bestimmte Themen und damit essentialistische Festlegungen umgeht. Sicherheit ist nicht vorgegeben, sondern wird jeweils historisch von spezifischen Akteuren reklamiert und realisiert. Prinzipiell steht so eine Vielzahl von Themen und Objekten solcher Versicherheitlichung offen. Daneben bietet das Konzept Anschlussmöglichkeiten an politische Kontexte, denn Versicherheitlichung vollzieht sich in einem politischen Raum, in dem auf kollektive Verbindlichkeit zielende Praktiken und Diskurse verhandelt werden. Erst wenn gesellschaftlich und politisch wirkende Akteure eine Agenda als sicherheitsrelevant deklarieren, greift folglich das Konzept der Versicherheitlichung.

Bei allen Vorzügen und dem großen Anreicherungspotential dieses in den Politikwissen-

schaften intensiv diskutierten Konzeptes geht es im SFB doch nicht um die einfache Übertragung eines eher gegenwartsbezogenen sozialwissenschaftlichen Konzepts auf historische Entwicklungen und Konstellationen. Uns interessiert die kritische Auseinandersetzung und Weiterentwicklung. Das Versicherheitlichungskonzept der Copenhagen School dient folglich als Ausgangspunkt, nicht als grundlegende Theorie, der die einzelnen SFB-Projekte nur empirisch zuarbeiten sollen. Nicht nur erscheint die sprechakttheoretische Fundierung insgesamt zu eng, auch aus historischer Warte lässt sich Kritik an der These einer „Entpolitisierung“ als Kern von Sicherheitsdiskursen üben. Während der Sprechakt der Versicherheitlichung für die Copenhagener einen Ausnahmezustand kreiert, der außerordentliche Maßnahmen rechtfertigen soll und bestehende politische Entscheidungswege außer Kraft setzt, ist dies in der Vormoderne diametral anders verlaufen. Erst dadurch, dass etwa der konfessionelle Antagonismus zu einem Landfriedens- und damit einem Sicherheitsproblem gemacht wurde, ergab sich die Möglichkeit, überhaupt darüber zu verhandeln und einen politischen Kompromiss zu finden. Der Augsburger Religionsfrieden von 1555 bietet ein berühmtes Beispiel dafür, dass Versicherheitlichung in der Vormoderne gerade keine Entpolitisierung zur Folge hatte. Ziel des SFB ist es deshalb, im Laufe seiner Forschungen zu einen grundlegenden und historisch fundierten Verständnis von „Versicherheitlichung“ zu gelangen.

4. Von Geiselstellung bis zum „Siebten Sinn“ – das Forschungsspektrum des SFB

Der Charme des Konzepts der Versicherheitlichung liegt nicht zuletzt darin, dass es für den SFB ein breites Spektrum an empirischen Forschungen eröffnet, um solchen Dynamiken der Sicherheit in Geschichte und Gegenwart auf die Spur zu kommen. Die thematische Spannweite reicht dabei von Projekten zur Geiselstellung in der Antike bis zur Verkehrssicherheit im 20. Jahrhundert. Das von Gießener und Marburger Historikern (Prof. Kai Ruffing, Prof.



Abb. 1: Die Wahrung des Landfriedens – der öffentlichen Sicherheit (im Bild unten) – bedarf der bewaffneten Macht (im Bild oben): „landtfrid durch Kayser Carol den funfften: vff dem Reichstag zu Worms“ (1521).

(Quelle: UB Paderborn)

Verena Epp, Prof. Horst Carl) gemeinsam erforschte Phänomen der Geiselstellung von der Antike bis zur Frühen Neuzeit will einen anderen Blick auf die Funktion und Wahrnehmung von Geiseln richten. Während das gegenwärtige Verständnis von „Geiseln“ ganz den Kontexten von erzwungener Geiselnahme, Erpressung und Terror verhaftet ist, war die freiwillige Geiselstellung ursprünglich ein legitimes und verbreitetes Mittel, die Einhaltung von Vereinbarungen und Verträgen zu garantieren. Geiseln konnten an ihrem Aufenthaltsort durchaus große Freiheiten genießen, sie dienten etwa im antiken Rom häufig als Mittler in Kulturtransfers. Unter dem Aspekt der Herstellung und Gewährleistung von Sicherheit durch – und auf Kosten – bestimmter Personen und Personengruppen ergeben sich ungewöhnliche Parallelen zum Projekt von Prof. Christoph Kampmann, der frühneuzeitliche dynastische Eheverträge untersucht. Schließlich waren es hier in der Regel die weiblichen Ehepartner, die als Garantinnen oder Faustpfand für wechselseitiges Wohlverhalten und politische Allianzen fungierten. Deutlich wird hier aber auch die Ambivalenz solcher Praktiken, Sicherheit herzustellen: Dynastische Eheverbindungen besaßen zugleich ein hohes Konfliktpotential, resultierten daraus doch auch Erbansprüche, die schließlich zum Gegenteil von Sicherheit, zu Krieg führen konnten. Ein Großteil der bedeutenderen Staatenkriege des 17. und 18. Jahrhunderts sind Erbfolgekriege gewesen.

Auch in anderen Projekten erweist es sich als reizvoll, solchen Dialektiken oder Paradoxien der Herstellung von Sicherheit nachzugehen. Die Durchsetzung des Landfriedens als Mittel, der Friedlosigkeit im Heiligen Römischen Reich deutscher Nation zu Beginn der Frühen Neuzeit ein Ende zu setzen (Prof. Horst Carl), funktionierte dann am besten, wenn dazu ausgerechnet potentielle oder tatsächliche Landfriedensbrecher rekrutiert wurden – etwa adelige Fehdeführer oder Söldner. Die Genese eines staatlichen Gewaltmonopols war ohne Rückgriff auf solche Gewaltexperten nicht möglich. Entsprechende Sicherheitsdilemmata lassen sich aber auch bei der Entwicklung einer staatlichen Geheimpolizei im 19. Jahrhundert in Europa,

Amerika und Russland aufweisen, weil die Sicherheitsorgane des Staates offenbar zwangsläufig zur eminenten Sicherheitsbedrohung für seine Bürger werden konnten (Prof. Carola Dietze). Und dass Sicherheit „exportiert“ werden kann, damit die Sicherheit eines Landes auch weit jenseits seiner Grenzen verteidigt werden kann, ist nach den Erfahrungen des Kosovo- und Afghanistaneinsatzes der westlichen Streitkräfte doch in höchstem Maße fragwürdig geworden (Prof. Hubert Zimmermann). Gleich mehrere Projekte widmen sich dem Zusammenhang von Minderheitenpolitik und Minderheitenschutz, weil hier der Zusammenhang von Gefährdungsdiskursen und Sicherheitspolitik besonders aufschlussreich und spannend ist. Die Sicherheit konfessioneller Minderheiten in der Frühen Neuzeit war prekär, weil sie in den Augen der Mehrheitskonfession ein stetes Ärgernis und eine Gefährdung der gesamten Gesellschaft darstellten. Es war deshalb eine besondere Herausforderung, konfessionellen Minderheiten Schutz und Sicherheit zu gewähren, was die französischen Hugenotten beispielsweise durch die Zuweisung von Sicherheitsplätzen zu erreichen suchten. Bekanntlich erwies sich dies nicht als eine dauerhafte Lösung des Sicherheitsproblems; am Ende stand die Vertreibung und Zwangsmigration der Hugenotten (Dr. Ulrich Niggemann, Prof. Hans-Jürgen Bömelburg). Von ähnlichen Spannungen, Konflikten und Bedrohungsdiskursen um die Rechte von jeweiligen Minderheiten und Mehrheiten sind auch die Sicherheitsdiskurse in Ostmitteleuropa als klassischem Gebiet ungelöster Minderheitenkonflikte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts geprägt (Prof. Peter Haslinger, Dr. Heidi Hein-Kircher). Für die jüngste Geschichte schließlich untersucht Prof. Regina Kreide Lösungsansätze und Grenzen einer europäischen Minderheitenpolitik am Beispiel der Roma. Gerade angesichts der Migration der Roma, die sie nicht nur zu einer Minderheit in einzelnen Staaten, sondern gleichsam zu einer europaweiten Minderheit macht, lassen sich Widersprüche einer europäischen Minderheitenpolitik thematisieren, die zwischen einem anerkannten rechtlichen Minderheitenstatus und der Wahrnehmung als

eines öffentlichen Sicherheitsrisikos changiert. Dass die internationale Gemeinschaft versucht, gemeinsame Sicherheitsstandards zu formulieren und durchzusetzen, ist nicht zuletzt die Aufgabe des modernen Völkerrechts. Im Projekt von Prof. Thilo Maruhn wird vor allem der Zusammenhang von kollektiver Sicherheit zwischen Staaten und der Entwicklung des Völkerrechts seit dem 19. Jahrhundert nachvollzogen, während Prof. Hans-Jürgen Bömelburg und Prof. Eckart Conze Diskurse ostmitteleuropäischer Völkerrechtler erforschen, die unmittelbar vor dem 2. Weltkrieg bereits die Frage nach Prävention und völkerrechtlicher Ahndung von Völkermord diskutierten.

Thematisieren die bislang genannten Projekte Versichertheitlichung und Herstellung von Sicherheit vor allem im Horizont von Rechts- und Gewaltphänomenen, so interessieren sich weitere Projekte vor allem für die Frage, wie die Ausdifferenzierung von Sicherheitsbelangen mit der Genese von neuem Wissen und Wissens-

ordnungen, aber auch der Persistenz von Wissensroutinen zusammenhängt. Gerade der städtische Raum erweist sich dabei sowohl in der Frühen Neuzeit als auch angesichts der Herausforderungen moderner „unsicherer“ Metropolen als Gegenstand intensiver visueller Repräsentation von Sicherheitsvorstellungen (Prof. Katharina Krause) oder früher sozialwissenschaftlicher Bestrebungen zur Generierung von Sicherheitswissen und neuen Sicherheitsregimes (Prof. Friedrich Lenger). Die Erweiterung der Sicherheitsagenden und die damit einhergehenden Veränderungen nationalstaatlicher Kompetenzen seit den 1970er Jahren untersucht Prof. Eckart Conze am Beispiel der Debatten um Informationstechnik, Aids und Umweltschutz. Dass Staaten jedoch weiterhin wichtige Referenzakteure für Sicherheitsbelange bleiben, machen die beiden Forschungsprojekte zu wirtschafts- und finanzpolitischen Sicherheitsproblemen deutlich: Prof. Christian Kleinschmidt untersucht das Zusammenwirken von



Abb. 2: Die Einübung des „Siebten Sinns“: Verkehrserziehung der Schuljugend durch die Polizei (3. Mai 1961).

(Quelle: Bundesarchiv/B 145 Bild-F010106-0005)

Unternehmen und Staat bei der Frage der Absicherung von Außenhandelsrisiken am Beispiel der sogenannten Hermes-Kredite, während bei Prof. Andreas Langenohl die ganz aktuelle Problematik im Zentrum steht, wie denn im Gefolge der Weltfinanzkrise von 2007 Akteure aus Politik und Finanzwelt den Zusammenhang von Finanzmarktstabilität und politischer Sicherheit neu zu justieren suchen. Das Projekt „Sicherheit als Siebter Sinn“ von Prof. Dirk van Laak schließlich zitiert ganz bewusst die legendäre Fernsehsendung, die versuchte, verkehrsgerechtes Verhalten im Bewusstsein oder Unterbewusstsein der Bevölkerung zu verankern. In seinen Forschungen geht es darum aufzuweisen, wie im öffentlichen Verkehrsraum Sicherheit dargestellt und hergestellt wurde, wie also in einer modernen Gesellschaft die Suggestion von Verkehrssicherheit als kollektiver Sicherheit über Kommunikation und institutionalisierte Verfahren ausgebildet wurde.

Ein solches weit gespanntes Forschungsfeld, das nicht zuletzt ein Ausweis dafür ist, dass sich der Forschungsverbund interessanten und spannenden Themen widmet, birgt gewiss die Gefahr, dass sich die einzelnen Projekte selbständigen und der rote Forschungsfaden verloren geht. Damit ein solcher Verbund mehr als die Summe seiner Teile sein kann, sind in seine Architektur gleichsam Querstreben eingebaut worden, die die einzelnen Teile aufeinander beziehen sollen. Institutionell betrifft dies nicht zuletzt die gemeinsame Nachwuchsförderung durch ein integriertes Graduiertenkolleg, das den beteiligten Nachwuchsforschern zusätzliche Qualifikationsangebote für Karrierewege in- und außerhalb der Universität bereitstellt. Inhaltlich aber sollen fünf Konzeptgruppen dafür sorgen, dass zentrale projektü-

bergreifende Fragen und Probleme wie der Begriff der Versichertheitlichung, eine Typologie von Sicherheitsakteuren, Bedeutung von Zeitvorstellung und Raumkonzeptionen projektübergreifend diskutiert werden. Die Resultate dieser Diskussionen stellen neben den Erträgen der einzelnen Projekte den wesentlichen Forschungsertrag des SFB dar. Ziel ist es, neue und international sichtbare Theorieangebote im weiten Feld der Sicherheitsforschung zu präsentieren – und die Universitäten Gießen und Marburg zu Referenzorten für aktuelle und künftige Sicherheitsforschung zu machen.

Literatur:

Eckart Conze, Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart, München 2009; ders., Securitization. Gegenwartsdiagnose oder historischer Analyseansatz? In: Geschichte und Gesellschaft 38 (2012), S. 453–467.

Kontakt:

Prof. Dr. Horst Carl
Neuere Geschichte II (Frühe Neuzeit)
Justus-Liebig-Universität Gießen
Historisches Institut
Otto-Behaghel-Straße 10c
35394 Gießen

DFG-Forschergruppe „Gewaltgemeinschaften“
http://www.uni-giessen.de/cms/fbz/fb04/institute/geschichte/forschung/dfg_forscher

SFB/TRR 138 „Dynamiken der Sicherheit“
<http://www.uni-giessen.de/cms/fbz/fb04/institute/geschichte/forschung/sfb138>

DFG-Vertrauensdozent der JLU Gießen



Thomas Kischkel

Ein „Palladium der deutschen Freyheit“

Die Spruchtätigkeit der Gießener Juristenfakultät im System der Aktenversendung des Alten Reichs*

„Dann ... einem jeden, er seye Christ oder Jude, Heyd oder Türcke, gleiches Recht wiederfahren soll.“
(Aus einem Gutachten der Gießener Juristenfakultät vom 28. März 1707)¹

Zu den Aufgabengebieten der Juristenfakultäten des deutschen Sprachraums zählten vom Beginn der frühen Neuzeit bis zum Ende des 19. Jahrhunderts nicht nur Theorie und Praxis der Rechtswissenschaft, in heutiger Terminologie also Forschung und Lehre, sondern auch die praktische juristische Tätigkeit der Rechtslehrer. Dabei ging es um ihre mit hohem Zeitaufwand verbundene Teilnahme an der Gutachter- und Urteilerstellung der Fakultät, der sog. Spruchtätigkeit. Interessierten Privatleuten, darunter vor allem den Parteien gerichtlicher Verfahren, aber auch den erkennenden Gerichten und anderen Institutionen des frühneuzeitlichen Staates stand unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit offen, von den an den Universitäten lehrenden Rechtswissenschaftlern entweder eine unverbindliche gutachterliche Würdigung eines rechtlichen Sachverhalts (*Consilium*, *Responsum juris*) oder, wenn ein Verfahren vor Gericht in ein entscheidungsreifes Stadium gelangt war, im Wege der sog. Aktenversendung ein Interlokut oder Prozessurteil (*Urthel*, *Decisio*) erstellen zu lassen.² Ein bedeutender Teil der Entwürfe der von den Angehörigen der Gießener Spruchfakultät verfassten und später an die Konsulenten verschickten Fakultätssprüche ist bis heute erhalten. Im Archiv der Gießener Universität werden über 15.000 Spruchkonzepte aufbewahrt, deren formelle und inhaltliche Auswertung nicht

nur Rückschlüsse auf das bei der Gießener Juristenfakultät und ihren Konsulenten bei der Aktenversendung gebräuchliche Prozedere sowie auf das zur Anwendung gelangte Recht zulässt, sondern auch auf die keineswegs unbedeutende Position der Fakultät als Akteur im System der Aktenversendung des Alten Reichs.

I. Normative Grundlagen und Funktion der Aktenversendung im Alten Reich und in Hessen-Darmstadt

Allerdings stellt sich zunächst die Frage nach den normativen Grundlagen einer quantitativ so umfangreichen Arbeit und damit zugleich nach der Legitimation des Anspruchs der Gießener Juristen, streitentscheidend selbst in außerhalb ihres Heimatteritoriums geführte Rechtsstreitigkeiten eingreifen zu können. Positivrechtlich lagen der Aktenversendung von den Gerichten des Heiligen Römischen Reichs an die Universitäten mehrere Artikel der Peinlichen Halsgerichtsordnung Karls V. von 1532 (CCC) zugrunde. Als mögliche Ratgeber in Strafprozessen werden dort in Art. 219 die „*nechsten hoehen Schulen, ... oder andern Rechtsverstendigen*“ erwähnt. Schon vor dieser ersten gesetzlichen Fixierung dürfte die Versendung von Gerichtsakten an universitäre Urteilergremien aber bereits einem allgemein akzeptierten gemeinrechtlichen Verfahrensmodell entsprochen haben.³ Unter den zeitgenössischen Rechtsgelehrten war dabei die Ansicht vorherrschend, dass das Privileg, gutachterliche Auskünfte zu erteilen, im „*ius respondendi*“ des römischen Rechts seine Fundierung finde.⁴

*Thomas Kischkel erhielt am 21. November 2014 eine Auszeichnung für Arbeiten zur Geschichte der Justus-Liebig-Universität Gießen. Sie wurde ihm für seine herausragende Promotionsschrift zum Thema „Die Spruchtätigkeit der Gießener Juristenfakultät. Grundlagen – Verlauf – Inhalt“ verliehen.

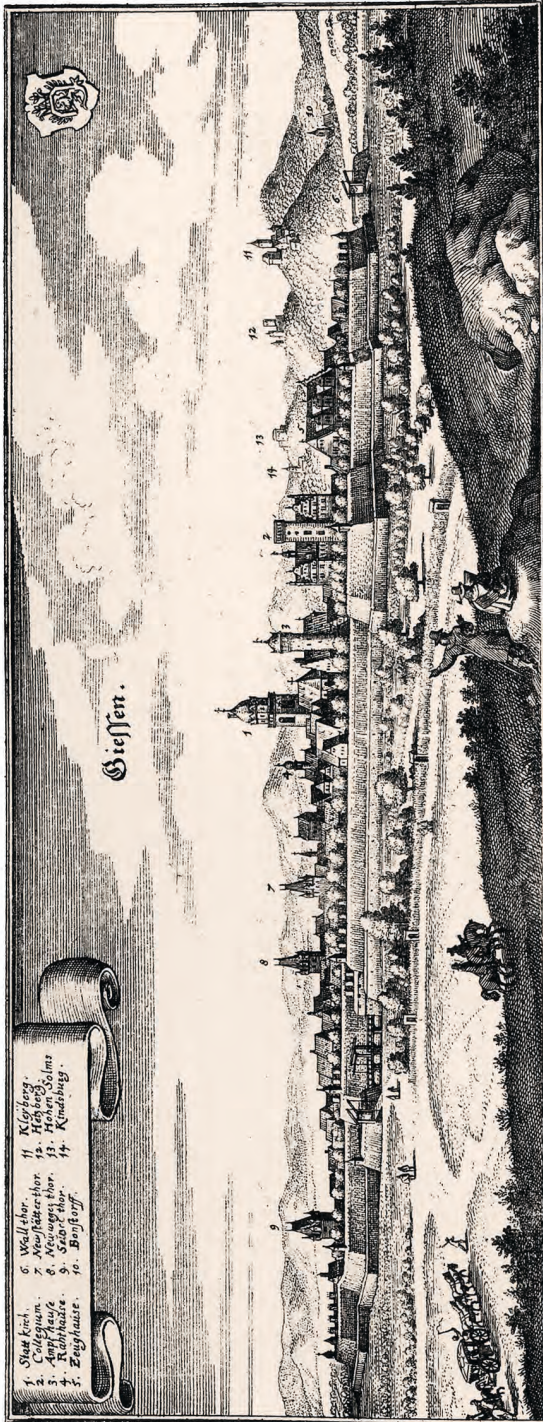


Abb. 1: Stadtsicht Gießens von 1655 aus der *Topographia Hassiae* von Matthäus Merian (2. A., Frankfurt am Main 1655, S. 75–78). Unter Zf. 2 wird das Kollegiengebäude abgebildet, in dem zu dieser Zeit neben den Vorlesungen auch die Beratungen der Spruchfakultät stattfinden sollten. (Quelle: <http://www.digitalis.uni-koeln.de/digitaltexte.html>)

Im Zuge der Rezeption des römischen Rechts erfuhr dieses „Recht zu erwidern“ vor allem im mitteleuropäischen Raum eine Renaissance. Angerufen wurden jetzt die geistlichen, später die weltlichen Rechtsgelehrten an den Universitäten, wobei Kollegialgutachten diejenigen selbständig arbeitender Gelehrter zunehmend verdrängten.⁵ Jedenfalls war allgemein anerkannt, dass die Juristenfakultäten einer mit einem kaiserlichen Gründungsprivileg versehenen Volluniversität wie der Gießener *Ludoviciana* berechtigt waren, für die ersuchenden Gerichte verbindliche Entscheidungen zu treffen.⁶ Während in Hessen mit der „nächsten hohen Schule“ zunächst die früher für das ganze Territorium zuständige Landesuniversität in Marburg gemeint war, sollten die Prozessakten später – jedenfalls außerhalb des Strafverfahrens – fast ausschließlich an *außerhalb* der Landgrafschaft gelegene Juristenfakultäten versandt werden, um eine größtmögliche Objektivität und Unparteilichkeit der Urteiler zu gewährleisten. Zugleich wurde den Juristenfakultäten angesichts der strukturellen Defizite der damaligen Justizorganisation zunehmend die Funktion einer Revisionsinstanz für die territorialen Untergerichte zugewiesen. Obwohl der Erneuerungsbedarf evident war, konnte in Hessen-Darmstadt erst *Landgraf Ernst Ludwig* zu Beginn des 18. Jahrhunderts im Kontext einer alle Rechtsbereiche umfassenden Gesetzesreform mehrere Prozess- und Verfahrensordnungen erlassen, mit denen

auch die Aktenversendung an die Juristenfakultäten eine ausführliche Regelung fand. Dabei entspricht vor allem das für alle Gerichte verbindliche vorbildliche Kanzleireglement von 1724⁷ in seinen die Aktenversendung betreffenden Passagen weitgehend dem zeitgenössischen Standard. Außergewöhnlich ist darin allerdings eine von der eigentlichen Verfahrensregelung völlig unabhängige Norm:

„Wann Beschwerden gegen Unser Fürstl. Consistorium, Renth-Cammer, Kriegs-Rath, Steuer-Deputation und Ober-Forst-Ämter vorkämen, ... soll die Sache ad Processum zu Unser Fürstl. Regierung verwiesen werden, ... Die Acten aber sollen sodann auf der Partheyen Verlangen ad impartialia verschickt, und dabey wie in allen andern Proceß-Sachen ... verfahren werden.“⁸

Damit war – wohl unbeabsichtigt – die Rechtsgrundlage für eine Kontrolle nahezu des gesamten Verwaltungshandelns Hessen-Darmstadts durch unabhängige Gerichte geschaffen worden, denn die auf Antrag der Parteien zu konsultierenden auswärtigen Spruchkollegien, die *impartiales*, waren dem landesherrlichen Einfluss ja entzogen. Dass die Aktenversendung dadurch ein veritables Hindernis auf dem Weg zum absolutistischen Staat darstellte, erkannten bald sowohl die Landstände als Profiteure dieser Regelung als auch der Monarch selber. Daher wurde die Aktentransmission an auswärtige Fakultäten nach einer ersten gesetzlichen Restriktion im Jahre 1742 in einer 1777 erlassenen weiteren Prozessordnung gegen heftige landständische Proteste vom höchsten landgräflichen Gericht nur noch in Ausnahmefällen zugelassen. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts schließlich nutzte *Großherzog Ludwig I.* den Beitritt Hessen-Darmstadts zum Rheinbund wegen des damit verbundenen Wegfalls einer reichsgerichtlichen Kontrolle ebenso zur Aufhebung der Stände wie zu einem endgültigen Verbot der Aktentransmission. Im Hinblick auf eine ähnliche Entwicklung in anderen Territorien liegt der Schluss nahe, Umfang und Zeitpunkt der Einschränkung der Aktenversendung – bereits frühzeitig in Bay-

ern, Hessen-Kassel und Preußen – als validen Indikator für den Grad der Durchsetzung des Absolutismus in einem Territorium anzusehen. Ihrer Bedeutung jedenfalls waren sich bereits die Zeitgenossen bewusst, von denen *Gönner* die *transmissio actorum* noch in der Zeit ihres Niedergangs 1801 prägnant als „*Palladium der deutschen Freiheit*“ pries.⁹

II. Die Spruchtätigkeit der Gießener Juristenfakultät nach ihrem äußeren Verlauf

Mit der Gesetzgebung zur Aktentransmission auf der einen korrespondiert die Regelung der universitären Spruchtätigkeit auf der anderen Seite. In Hessen wurde die Gutachter- und Urteilstätigkeit der juristischen Fakultäten nach dem Erlass einer der CCC nachgebildeten peinlichen Halsgerichtsordnung bis zu den nur universitätsintern geltenden reformierten Statuten der Marburger Universität von 1564 und den *Leges Facultatis Juridicae* von 1570 keiner weiteren normativen Regelung zugeführt.¹⁰ Erst mit der Gründung der Gießener Universität in der neu geschaffenen Landgrafschaft Hessen-Darmstadt und der Aufnahme der Spruchtätigkeit durch ihre juristische Fakultät trat eine Änderung ein.

Dass die zunächst nur aus den beiden Rechtsgelehrten *Gottfried Antonii* und *Johann Kitzel* bestehende Juristenfakultät des 1605 als Vorläufer der Universität feierlich eröffneten Gießener Gymnasiums schon in diesem Jahr die Spruchtätigkeit aufgenommen haben könnte, ist kaum anzunehmen, denn die Legitimation zur Bearbeitung von Spruchakten wurde erst mit dem vom 9./19. Mai 1607 datierenden kaiserlichen Universitätsprivileg erlangt.¹¹ Gleichwohl hatte die Spruchtätigkeit bereits Anfang Januar 1608 solche Ausmaße angenommen, dass sich in diesem Monat nicht nur ein reitender Bote aus Mecklenburg zur Vorbereitung möglicher Konsultationen aus seiner Heimat nach der personellen Besetzung der Juristenfakultät erkundigte,¹² sondern dass die an der Sprucharbeit beteiligten Rechtsgelehrten daraus bereits erhebliche Einnahmen erzielten.¹³ Mangels eigener normativer Regelung wurde



Abb. 2: Justus Sinold, gen. Schütz (1592–1657), von 1626–1657 Mitglied der Gießener Spruchfakultät. (Quelle: UA GI, HR A 286 b)

das in Marburg bei der Bearbeitung übersandter Akten übliche Verfahren wahrscheinlich ohne weitere Modifikationen von der neugegründeten Gießener *Ludoviciana* übernommen. Dafür spricht auch, dass *Antonii*, der als einziger der inzwischen drei Rechtsprofessoren bereits Erfahrung mit der Abfassung von Spruchsachen hatte,¹⁴ vor dem Wechsel nach Gießen nur die Marburger Verhältnisse kennengelernt hatte und seinen Kollegen vermitteln konnte.

Im Kontext der zeitweisen Verlegung der Gießener Universität nach Marburg wurden schließlich 1629 die 113 Titel umfassenden

neuen Statuten ausgearbeitet, von denen Tit. XXXVII konkret „*De facultatis iuridicae responsis*“ handelt.¹⁵ Erstmals fanden hier die bei Ausübung der Spruchfähigkeit zu beachtende Organisation des Kollegiums und das anzuwendende Verfahren eine ausführliche und praxisgerechte Regelung. Die Statuten blieben daher auch nach der Rückverlegung der Universität nach Gießen im Jahr 1650 mit geringfügigen Modifikationen bis zum Ende des 19. Jahrhunderts fast unverändert in Kraft.¹⁶

Das danach in Gießen bei der Sprucharbeit zu beobachtende Verfahren war in seinen wesentlichen Zügen mit dem an anderen Fakultäten des Alten Reichs mit der sog. Dekanatsverfassung gebräuchlichen Prozedere vergleichbar: Vor ihrer Übersendung nach Gießen wurden die Akten von den Konsulenten bei Gericht in einem eigenen Inrotulationsstermin auf ihre Vollständigkeit geprüft und zum Versand per Boten oder per

Post fertig gemacht.¹⁷ Die Aktenbearbeitung bei der Fakultät setzte damit ein, dass der Dekan die eingegangenen Aktenstücke durchsah, ihren Eingang protokollierte und anschließend zur Bearbeitung unter die übrigen Mitglieder der Spruchfakultät verteilte. Außer dem eigentlichen Bearbeiter, dem *referens*, hatten auch alle anderen Angehörigen der Spruchfakultät die Schriftstücke zumindest zu lesen. Der von dem Referenten ausgearbeitete Entscheidungsvorschlag sollte dann mit den Anmerkungen der Kollegen an den Dekan zurück gesandt und von diesem ebenfalls durchgesehen und ggf. redigiert werden. Im

Anschluss daran wurde der Fall in einer Fakultäts-sitzung besprochen und mit einfacher Mehrheit abschließend beschieden. Der ausgefertigte Spruch wurde mit dem Fakultäts-siegel versehen, das Entgelt für die erbrachte Leistung festgesetzt und die Entscheidung samt Akten wieder an den Akten der Fakultät zurückgeschickt. Die anhand der Quellen erkennbare große praktische Relevanz von Gebührenfestsetzung und -verteilung findet ihre Erklärung darin, dass die sog. Accidentien und Sporteln einen wesentlichen Bestandteil der Einkünfte der Fakultätsangehörigen bildeten und vor allem im 18. Jahrhundert sogar die Besoldung der ordentlichen Professoren überstiegen. So bezeichnete Estor 1735 „die Acten“ als „den besten Teil“ seiner Einkünfte.¹⁸ Auch scheint der jeweilige Dekan das ihm bei der Gebührenfestsetzung eingeräumte Ermessen mehrfach missbraucht zu haben, Klagen der Konsulenten über überhöhte Spruchkosten finden sich in den Quellen jedenfalls häufig.¹⁹ Nicht zuletzt spielte die Höhe der aus der Aktenbearbeitung zu erzielenden Einnahmen auch bei den Berufungsverhandlungen mit auswärtigen Professoren eine wesentliche Rolle.²⁰

Über den finanziellen Aspekt hinaus gaben die Bedürfnisse der Spruchfakultät mehrfach Anlass zur Neubesetzung vakanter Stellen und stellten durchgängig ein wesentliches, in Einzelfällen sogar das entscheidende Kriterium bei der Auswahl geeigneter Kandidaten für ein Ordinariat dar.²¹ Zudem wirkten sich die Belange



Abb. 3: Johann Georg Estor (1699–1773), von 1727–1735 Mitglied der Gießener Spruchfakultät. (Quelle: UA GI, HR A 271)

der Sprucharbeit auch auf die Lehr- und Publikationstätigkeit der Fakultätsangehörigen aus. Von einem faktischen, wenn auch nicht unbedingt den Statuten oder den landesherrlichen Anweisungen entsprechenden Primat der praktischen Arbeit ist auszugehen. Ohne hier exakte Aussagen treffen zu können, lässt sich festhalten, dass zumindest die Quantität der Lehre unter der Spruchfähigkeit dauerhaft und nicht unerheblich zu leiden hatte. Ein Einfluss der Spruchfähigkeit auf Inhalt und Gestaltung der Vorlesungen sowie die Publikationen einzelner Fakultätsmitglieder ist auch für Gießen nachweisbar.

III. Der geographische Einzugsbereich der Gießener Spruchfakultät und quantitative Aspekte des Spruchaufkommens

Während der äußere Verlauf und die Bedeutung der Spruchtätigkeit für die Gießener Juristenfakultät bis auf die oben geschilderten Besonderheiten im Großen und Ganzen mit der Situation an den meisten anderen juristischen Fakultäten des deutschen Sprachraums vergleichbar waren, gingen der geographische Einzugsbereich der Fakultät und der Umfang des Spruchaufkommens über das für eine nach Größe und wissenschaftlichem Ruf meist zweitrangige Juristenfakultät zu erwartende Maß weit hinaus. Während ersterer mit Ausnahme Bayerns und der daran angrenzenden Hochstifte bis zum Wirksamwerden der jeweiligen territorialen Aktenversendungsverbote nahezu das gesamte Gebiet des Alten Reichs umfasste, nimmt die Zahl der Konsultationen der Spruchfakultät der Gießener *Ludoviciana* einen vorderen Rang innerhalb der deutschen Universitätslandschaft ein. Geographisch erstreckte sich der Einzugsbereich der hessen-darmstädtischen Juristenfakultät von Emden im Nordwesten über Stargard im Nordosten und Wien im Südosten bis nach Basel im Südwesten. Einen deutlichen Schwerpunkt bei der Herkunft der Anfragen bilden dabei mit fast 12 % des gesamten untersuchten Spruchaufkommens trotz des bereits 1746 erlassenen Verbots der *transmissio actorum* Brandenburg-Preußen und die unter preußischer Herrschaft stehenden Territorien Westdeutschlands. Einen Anteil von über 11 % des Gesamtaufkommens, allerdings bei erheblich größerer zeitlicher Erstreckung, nehmen die vom Beginn des 17. Jahrhunderts bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts in Gießen eingehenden Anfragen aus dem Kurfürstentum Braunschweig-Lüneburg bzw. Hannover (einschließlich des 1705 mit Kurhannover vereinigten Fürstentums Lüneburg) und dem Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel ein. Wird das Fürstbistum Osnabrück mit seiner alternierend von dem lutherischen Haus Braunschweig-Lüneburg und dem katholischen Osnabrücker Domkapitel gestellten episkopalen Regierung

hinzugerechnet, erhöht sich das Braunschweigische Kontingent sogar auf knapp 14 %.

Bedeutend war auch die Zahl der Anfragen aus den freien Reichsstädten, die ein Zehntel der untersuchten Gießener Akten ausmachen. Zu nennen sind hier – in alphabetischer Reihenfolge – als wichtigste Konsultanten die freien Reichsstädte Aachen, Bremen, Dortmund, Frankfurt am Main, Goslar, Hamburg, Lübeck, Mühlhausen, Schweinfurt, Speyer, Wetzlar und Worms. Zum Einzugsgebiet der *Ludoviciana* zählten ferner die nassauischen Fürstentümer mit insgesamt knapp 7 Prozent des Gesamtaufkommens sowie die in unmittelbarer Nachbarschaft zu der Universitätsstadt liegenden Solmser Territorien. In die Landgrafschaft Hessen-Darmstadt schließlich mit den Städten Darmstadt und Gießen gingen während des gesamten Untersuchungszeitraums dagegen nur gut 100 von knapp 6.500 auf ihren Bestimmungsort hin untersuchten Fakultätssprüchen.

Insgesamt präsentiert sich der geographische Einzugsbereich der Gießener Spruchfakultät als überraschend groß. Nur noch die Spruchkörper der Juristenfakultäten in Marburg und Halle und später der *Georgiana* in Göttingen hatten eine vergleichbare Bedeutung. Einen noch größeren räumlichen Wirkungskreis als die hessen-darmstädtische Landesuniversität dürften zwar die Fakultäten bzw. Schöppenstühle in Leipzig und Wittenberg gehabt haben;²² diese entziehen sich aufgrund ihrer Integration in den territorialen Instanzenzug allerdings dem Vergleich mit anderen universitären Spruchkollegien.

Eine ähnliche Beobachtung lässt sich auch hinsichtlich der ebenfalls bemerkenswerten Quantität des Gießener Spruchaufkommens treffen. Zwar bleibt die genaue Zahl der im 17. Jahrhundert erstellten Sprüche weitgehend im Ungewissen, da im Universitätsarchiv vor allem wegen des Umzugs nach Marburg und der nahezu vollständigen Verluste infolge der Wirren des Dreißigjährigen Krieges nur noch wenige Akten aus der Zeit bis 1690 existieren.²³ Erste Rückschlüsse auf den tatsächlichen Umfang der Gießener Aktenarbeit lassen jedoch die 1729 von *Johann Jeremias Hert* edierten Responsen und Urteile seines berühmten Vaters

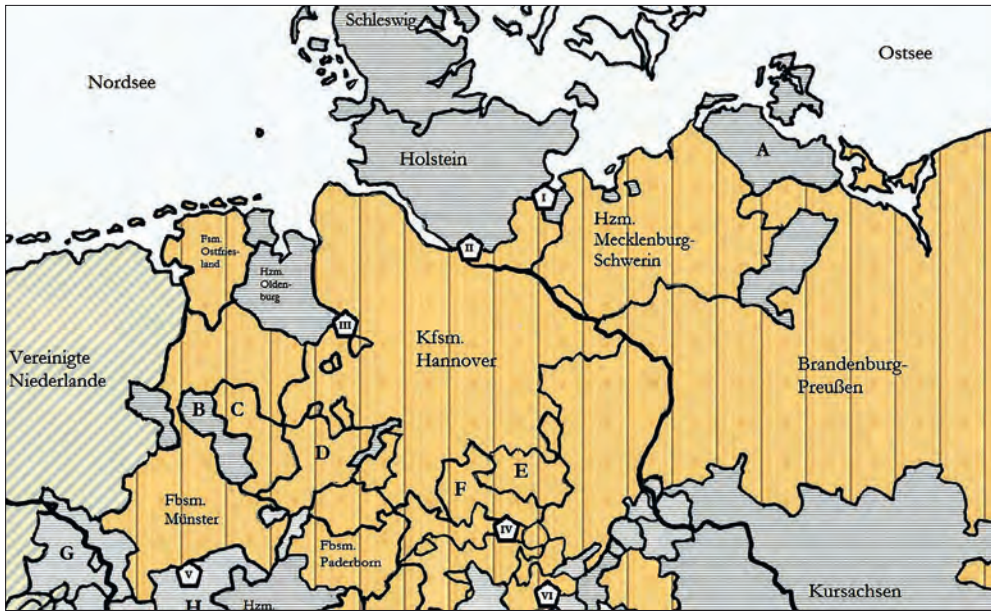


Abb. 4: Norddeutschland in den Grenzen von 1789. *Legende:* In die grau unterlegten Territorien wurden während des Untersuchungszeitraums bis zu 50 Gießener Sprüche versandt, mindestens aber einer, in die braun unterlegten 51 und mehr. Die Fünfecke stehen für folgende Reichsstädte: I = Lübeck, II = Hamburg, III = Bremen, IV = Goslar, V = Dortmund. Die Großbuchstaben kennzeichnen folgende Territorien: A = Schwedisch-Vorpommern, B = Gft. Lingen/Tecklenburg (preuß.), C = Bsm. Osnabrück, D = Fsm. Minden/Gft. Ravensberg (preuß.), E = Hzm. Braunschweig, F = Bsm. Hildesheim, G = Hzm. Kleve/Hzm. Geldern (preuß.). (Quelle: eig. Darstellung; Grundlage „Deutsches Reich vor 1789“ [Public domain], via geschichtsheftsmz.wordpress.com)

Johann Nicolaus Hert zu. Bei einer Gesamtzahl von 1019 in der Sammlung veröffentlichten Urteilskonzepten würden auf Hert alleine jährlich ca. 50 Urteilsentwürfe entfallen, auf die gesamte Fakultät also über 200 pro Jahr, zu denen noch die Gutachtaufträge hinzuzurechnen sind. Damit korrespondiert zum einen die Meldung der nach *Herts* Tod verbliebenen Fakultätsmitglieder in einem Brief an den Landgrafen vom 24. März 1713, sie hätten in dem Zeitraum zwischen *Herts* Ableben (am 19. September 1710) und dem Datum des Schreibens, also in knapp zweieinhalb Jahren, über 600 Sachen bearbeitet.²⁴ Zum anderen entspricht dieser Angabe auch die Zahl der aus dem Jahr 1712 im Gießener Universitätsarchiv noch vorhandenen 286²⁵ und der aus dem Jahr 1715 überlieferten 231 Spruchkonzepte.²⁶ Nach *Herts* Tod sank die Zahl der von der Fakultät bearbeiteten Spruchakten, soweit die Entwicklung anhand der im Universitätsarchiv nur

unvollständig erhaltenen Konzepte nachvollziehbar ist, zunächst ab, um sich bis Ende des 18. Jahrhunderts bei einem Jahresmittel von etwa 100 bis 200 Sachen zu stabilisieren. Einen gravierenden Einbruch erlitt das Spruchaufkommen erst als Konsequenz der Napoleonischen Kriege und der daraus mittelbar resultierenden politischen und territorialen Veränderungen. Denn die Spruchfakultät verlor 1806 mit dem Reichsdeputationshauptschluss und der damit verbundenen Auflösung und Mediatisierung fast aller geistlichen und der meisten kleineren Reichsstände viele ihrer in der nächsten Nachbarschaft gelegenen Konsulenten. Auch nach dem Sieg über Napoleon konnten die alten Eingangszahlen nicht mehr erreicht werden. Ausweislich des Dekanatsbuchs wurden allerdings noch bis in die siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts hinein regelmäßig Akten zum Spruch Rechtsens an die Gießener Juristenfakultät übersandt.²⁷ Tatsächlich endete die Spruchtätigkeit

in Gießen wohl erst mit einem ausdrücklichen Fakultätsbeschluss des Jahres 1883, eine aus Mainz übersandte Akte nicht mehr zu bearbeiten.²⁸

Eine Verortung des Umfangs des Spruchaufkommens der Gießener Juristenfakultät im Vergleich zu dem anderer deutscher Spruchfakultäten ist im Hinblick auf die defizitäre Archivierung und Registrierung der Gießener Spruchkonzepte bei einer häufig noch fehlenden Auswertung der Archivbestände anderer Universitäten nur mit Vorbehalt möglich. Werden dabei die Juristenfakultäten bzw. Schöppenstühle zu Jena, Halle, Wittenberg und Leipzig als Einrichtungen *sui generis* außer Acht gelassen, würde die *Ludoviciana* bei der Quantität ihres Spruchaufkommens, etwa gleichauf mit den Marburger und Tübinger, jedoch hinter den Helmstedter und Göttinger Fakultäten (und im 19. Jahrhundert hinter der Neugründung in Berlin) unter den deutschen Spruchfakultäten immer noch einen bedeutenden Rang einnehmen. Im Ergebnis kann daher mit der angesichts der insgesamt immer noch unbefriedigenden Forschungslage gebotenen Zurückhaltung *Modéer* beipflichtet werden, der im Zusammenhang mit den Adressaten der Aktenversendung aus Stralsund davon spricht, dass Gießen zu den „größeren Fakultäten“ in Deutschland zählte.²⁹

Dies steht ebenso wie die Größe des geographischen Einzugsbereichs der Spruchfakultät in augenscheinlichem Widerspruch zu dem meist bescheidenen akademischen Rang der Gießener Universität allgemein und der juristischen Fakultät insbesondere. Eine maßgebliche Relevanz für das verhältnismäßig hohe Spruchaufkommen in Gießen dürfte einerseits der zentralen geographischen Lage der Stadt im Alten Reich und der daraus resultierenden guten postalischen Erreichbarkeit für potentielle Konsulenten zukommen, andererseits der engen räumlichen Nachbarschaft zu vielen kleineren und kleinsten Territorien und Reichsständen mit einem schlecht ausgebildeten Justizsystem, die auf die Inanspruchnahme der Arbeit einer Juristenfakultät zur Aufrechterhaltung einer halbwegs funktionstüchtigen eigenen Gerichtsbarkeit zwingend angewiesen waren.³⁰

Weitere Ursache mag eine gewisse konfessionelle Indifferenz der Gießener Juristen gewesen sein, die dazu führte, dass selbst aus katholischen oder reformierten Territorien Anfragen in das lutherische Hessen-Darmstadt gelangten. Schließlich dürften auch persönliche Verbindungen Gießener Professoren und Studenten zu ihren Herkunftsgebieten, insbesondere nach Westfalen, eine wichtige Rolle gespielt haben. Festzuhalten bleibt jedenfalls, dass die Gießener Juristenfakultät ein nicht unbedeutender Akteur im System der Aktenversendung des Alten Reiches war.

IV. Die inhaltliche Auswertung der Spruchakten

Besonderheiten ergeben sich aber nicht nur im Hinblick auf den Einzugsbereich und das Spruchaufkommen, sondern auch auf den Inhalt der von der Gießener Fakultät erstellten Urteile und Responsen. Kurz angesprochen werden sollen in diesem Zusammenhang drei Facetten der Sprucharbeit, nämlich die Entscheidungen in Verfahren mit Beteiligten jüdischen Glaubens, in Strafsachen und schließlich die Frage nach den Beziehungen der Fakultät zum Reichskammergericht.

Eine besondere Benachteiligung oder Bevorzugung jüdischer Prozessparteien oder Konsulenten im Vergleich zu christlichen Verfahrensbeteiligten ist anhand des Inhalts der untersuchten Spruchakten bis auf wenige Ausnahmen nicht erkennbar. In einem Responsum vom 28. März 1707 artikulierten die Gießener Professoren vielmehr deutlich den Anspruch an ihre eigene Unparteilichkeit auch bei unterschiedlicher Religionszugehörigkeit der streitenden Parteien. Hier findet sich auch die eingangs zitierte Sentenz: „*Dann (1.) nach denen natürlichen Rechten einem jeden, er seye Christ oder Jude, Heyd oder Türcke, gleiches Recht wiederfahren (sic!) soll*“.³¹ Diesem Anspruch wurde die Fakultät meist auch gerecht. So waren die Gießener Fakultisten bei der Bearbeitung der ihnen im Kontext der antisemitisch motivierten Hofjudenverfolgungen des beginnenden 18. Jahrhunderts zur Beurteilung übersandten Strafakten durchaus zu einer kritischen

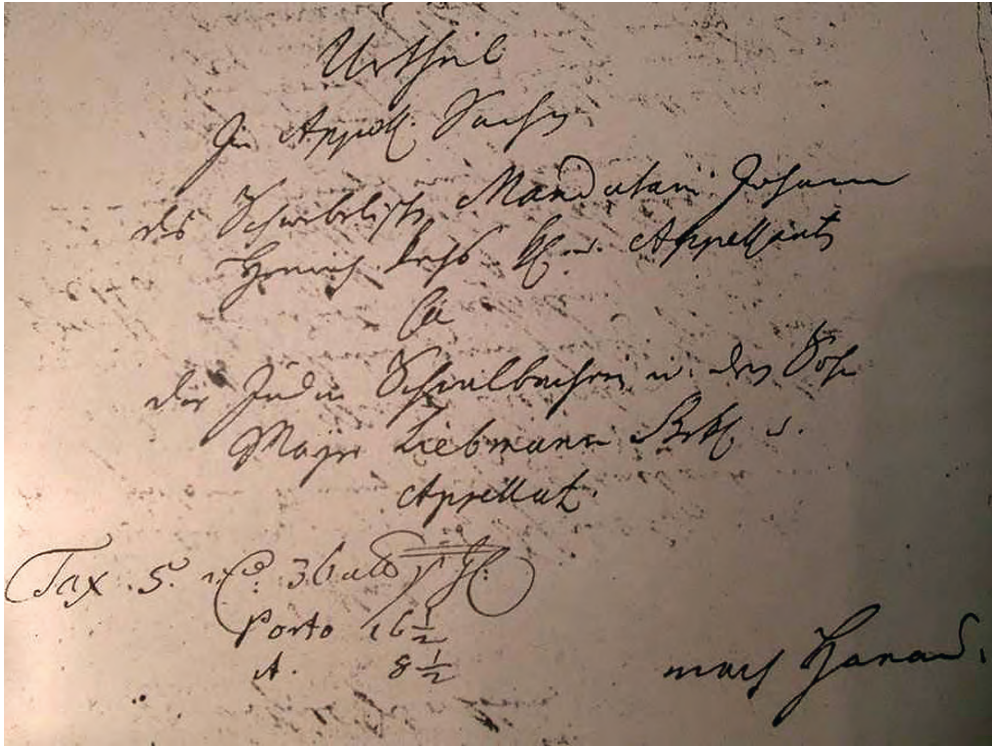


Abb. 5: Deckblatt eines Spruchkonzepts der Gießener Juristenfakultät um 1745. Das Urteil geht nach Hanau, bei dem Prozessgegner handelt es sich um einen Juden. Unten links sind die Bearbeitungsgebühren, die Portokosten und vermutlich die Schreibgebühren angegeben. (Quelle: StA DA E 6 B 20/7, unpaginiert)

Würdigung des Akteninhalts, also der von den Strafverfolgungsbehörden gegen die jüdischen Delinquenten erhobenen Vorwürfe, in der Lage. Dabei wurde im Einzelfall als Indiz für eine von den Gießener Juristen angenommene Falschbezeichnung des Angeklagten sogar ausdrücklich den Umstand in Erwägung gezogen, dass es sich bei ihm um einen aufgrund seiner exponierten sozialen Stellung der besonderen Missgunst seiner Umgebung ausgesetzten Hofjuden handelte.³² Mehrfach empfahl die Fakultät daher eine Mäßigung der Strafverfolgung und sogar eine Freilassung des bereits inhaftierten Delinquenten.

Auch in dem chronologisch letzten der untersuchten Fakultätssprüche mit jüdischer Beteiligung, einem Gutachten vom 1. Juli 1816, offenbart sich erneut die gedankliche und argumentative Unabhängigkeit der Gießener Juris-

tenfakultät. Auf die namens der Israelitischen Gemeinde zu Frankfurt am Main erfolgte Requisition des *Jacob Baruch*, des Vaters *Ludwig Börnes*, hatte sie sich mit der Frage nach dem Fortbestand der der Frankfurter Judenschaft von dem inzwischen abgesetzten Fürstprimas *Dalberg* eingeräumten Bürgerrechte auseinanderzusetzen. Zur Begründung ihrer dem Konsulenten günstigen Entscheidung stellten die Autoren des Spruchs primär darauf ab, dass die Stadt Frankfurt als Rechtsnachfolgerin der Regierung *Dalberg* an von dieser geschlossene Verträge gebunden sei.³³ In der Folge beschränkten sich die Autoren des Gutachtens aber nicht nur auf bloße Rechtsausführungen, sondern vertraten mit dem Argument, dass die Einräumung der Bürgerrechte ebenso wenig als Gewährung eines jederzeit widerruflichen Privilegs zu qualifizieren sei wie die Aufhebung der

Leibeigenschaft, auch einen klaren moralischen Standpunkt.³⁴ Damit stellten sie sich nicht nur gegen anderslautende Voten der Juristenfakultäten zu Marburg, Würzburg und Berlin,³⁵ das mehrfach veröffentlichte Responsum hatte auch eine heftige antisemitische Polemik zur Folge.³⁶ Zumindest aus heutiger Perspektive scheint die Aussage gerechtfertigt, dass sich die Gießener Juristen bei der Beantwortung von Rechtsfragen, die Parteien oder Konsulenten jüdischen Glaubens betrafen, mit einer rationalen Argumentation positiv von einem häufig von antisemitischen Strömungen geprägten sozialen und fachlichen Umfeld abhoben.

Aufschlüsse ergeben sich anhand der untersuchten Spruchkonzepte auch über die Beziehungen zwischen der Spruchfakultät und dem 1689 in die benachbarte Reichsstadt Wetzlar übergesiedelten Reichskammergericht. Bereits aufgrund ihrer geringen räumlichen Distanz bestand zwischen beiden Institutionen eine besondere Affinität, begünstigt durch den Aufbau persönlicher und familiärer Beziehungen zwischen Fakultäts- und Gerichtsangehörigen sowie den Gerichtsprokuratoren und -advokaten. Eine Versendung laufender Verfahrensakten von dem als weltanschaulich und politisch neutrales Urteilergremium konzipierten Gericht an die politisch und konfessionell fest in ihrem Territorium verankerte Gießener Fakultät war gleichwohl ausgeschlossen und ist anhand der untersuchten Spruchakten auch nicht nachzuweisen. Allerdings wurden in Gießen erstellte Urteile aus den Vorinstanzen und Gutachten nicht selten über die unmittelbar an den Gerichtsverfahren beteiligten Parteien in Reichskammergerichts-Prozesse eingeführt und häufig schon vor der förmlichen Eröffnung des Verfahrens zu Informationszwecken an das Gericht übersandt.³⁷ Deutliche Bezüge zu bereits laufenden Verfahren finden sich jedenfalls in mehreren der untersuchten Spruchakten.

In mehreren weiteren Fällen wurden Gutachten von in Wetzlar lebenden Juristen angefordert, ohne dass hier zunächst ein unmittelbarer Bezug zu laufenden Reichskammergerichts-Verfahren erkennbar wäre. Wenn die Konsulenten aber, wie z.B. *D. Hert*, *Lt. Hert*, *Vergerius*, *J. Geibel* und *D. Meier*, ausschließlich als Advokaten

oder Prokuratoren bei dem Reichskammergericht tätig waren, liegt die Vermutung nahe, dass die Gießener Sprüche in laufende höchstgerichtliche Verfahren eingeführt werden sollten.³⁸

Ähnliches gilt auch für Verfahren vor dem anderen höchsten Gericht des Alten Reichs, dem Wiener Reichshofrat. Vor allem in der *Hert'schen* Sammlung finden sich mehrere Response der Fakultät, die zur Verwendung in laufenden Reichshofrats-Prozessen gedacht waren. Gießener *Urteile* in Verfahren vor dem Reichshofrat im Sinne von zur Verkündung durch den Konsulenten vorgefertigten Endentscheidungen lassen sich dagegen ebenso wenig nachweisen wie in Reichskammergerichtsprozessen. Gleichwohl scheint die Gießener Fakultät auch hier eine über ihren fachlichen Rang hinausreichende Bedeutung gehabt zu haben. Bei den Fakultätsprüchen in Strafsachen schließlich lässt sich über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg eine deutliche Tendenz der Gießener *ordinarii* erkennen, bei der Anwendung der Strafgesetze über den bloßen Gesetzestext hinauszugehen, um eine Verhängung harter Leibes- und Lebensstrafen zu vermeiden, die Strafe zumindest aber zu mäßigen. Diese Vorgehensweise entsprach auch der ausdrücklichen Anweisung in den Universitätsstatuten, einen Angeklagten nach Möglichkeit eher freizusprechen als zu verurteilen. Die Anweisung, Milde walten zu lassen, wurde in einer sehr speziellen Weise in einem Fall befolgt, in dem – unter Durchbrechung des in Gießen sonst strikt vertretenen Grundsatzes, dass Entscheidungen der Spruchkollegien bindend seien – ein nur zum Schein gegen den Angeklagten erlassenes Todesurteil aus spezialpräventiven Gründen verlesen sollte, dieser in Wirklichkeit aber begnadigt wurde.³⁹ Offensichtlich kritisch wurde die Anwendung der Folter in zwei dieselbe Hexerei-Sache betreffenden Response vom 30. Mai 1697 gesehen, weil die Beschuldigte nach Meinung der Gießener Juristen aufgrund ehelicher Misshandlung vermutlich depressiv war und sich deshalb selbst der Satansbuhlschaft und des Giftmordes bezichtigt hatte.⁴⁰ Das gleichwohl unter der – von der Fakultät als unzulässig an-

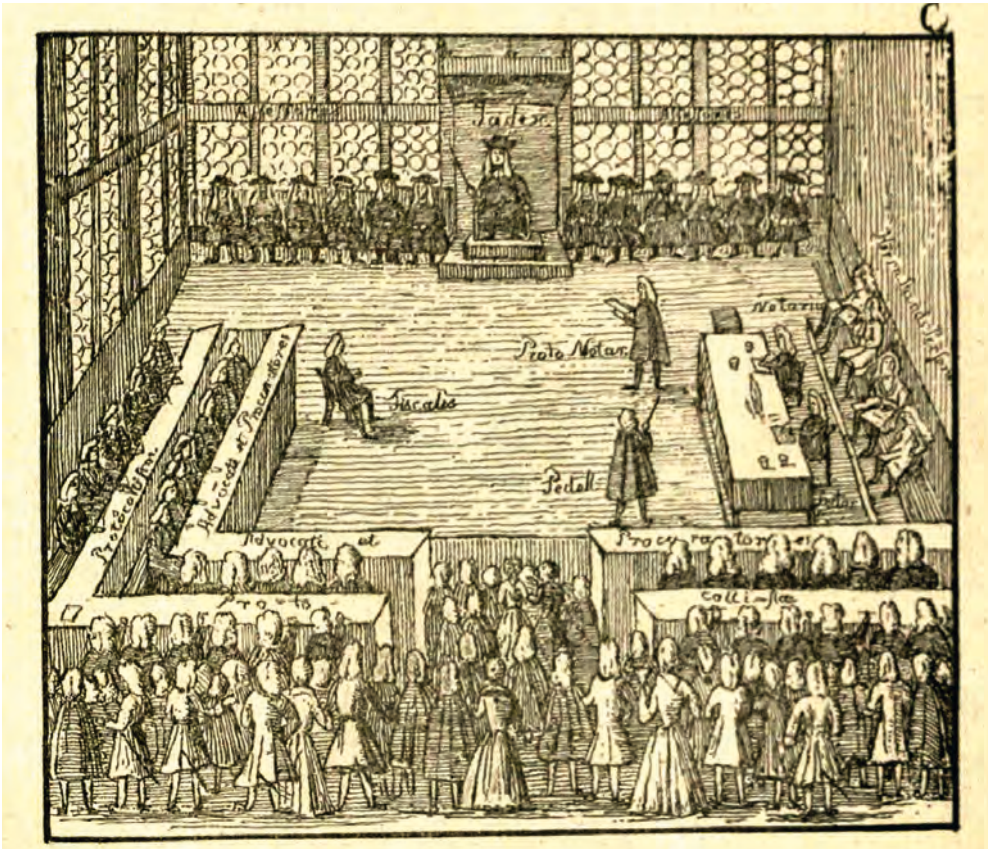


Abb. 6: Öffentliche Sitzung des Reichskammergerichts in Wetzlar (Quelle: Georg Ludwig Maurer, Geschichte des altgermanischen und namentlich altbairischen öffentlich-mündlichen Gerichtsverfahrens, Heidelberg 1824, nach S. 362). Auch in den vor dem seit 1689 in Wetzlar ansässigen Reichskammergericht geführten Verhandlungen spielten von den Parteien in den Prozess eingeführte Sprüche der Gießener Juristenfakultät eine quantitativ bedeutende Rolle.

gesehenen – Folter abgelegte Geständnis wurde als unbrauchbar betrachtet, das bisherige Vorgehen des ersuchenden Gerichts mit groben Worten gerügt; es solle der Angeklagten endlich einen Verteidiger beordnen und „sich *annoch besser ... erkundigen*“.⁴¹ Aber selbst über den konkreten Einzelfall hinaus wurden von den Fakultisten bereits grundsätzliche Zweifel am Sinn der Tortur artikuliert.⁴² Dass diese Tendenz zur Milde bereits der zeitgenössischen Rechtspraxis bekannt war, zeigt sich daran, dass sich der Schweinfurter Rat, der Folter durchaus ablehnend gegenüberstehend, 1731 in einem Kindsmord-Fall über einen Spruch der Universität Altdorf hinwegsetzte,

demzufolge die Delinquentin der Folter zu unterwerfen war und stattdessen einfach eine weitere, erwartungsgemäß gnädigere Entscheidung aus Gießen anforderte.⁴³ Bis auf wenige Ausnahmen dürfte die Gießener Spruchfakultät damit dem von den Statuten an sie gestellten Anspruch zur Mildewaltung gerecht geworden zu sein.

V. Fazit

Als Fazit dieses kurzen Überblicks lässt sich zwar konstatieren, dass sich die Spruchtätigkeit der Gießener Juristenfakultät nach ihren äußerlichen Kriterien bruchlos in das im Alten Reich

herrschende System von Aktenversendung und universitärer Sprucharbeit einfügte. Als Gießener Spezifikum verdient jedoch neben dem bedeutenden geographischen Einzugsbereich der Fakultät und den hohen Eingangszahlen die gedankliche Unabhängigkeit der an der Fakultätsarbeit beteiligten Juristen besondere Erwähnung, die ihren Ausdruck vor allem in ihrer Unparteilichkeit in Verfahren mit Beteiligten jüdischen Glaubens und in einer deutlichen Tendenz zur Strafmilderung bei der Bearbeitung von Strafsachen findet.

Anmerkungen:

¹ Hert, Johann Nikolaus, *Responsa et Consilia; cum Deductionibus*, 2 Bde., Hg. von Johann Jeremias Hert, Frankfurt 1729, Bd. I, Nr. 68.

² Vgl. zum Ganzen zuletzt die grundlegende Arbeit von Falk, Ulrich, *Consilia. Studien zur Praxis der Rechtsgutachten in der frühen Neuzeit. [Rechtsprechung Materialien und Studien. Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für europäische Rechtsgeschichte in Frankfurt am Main. Band 22]*, Frankfurt/Main 2006, S. 32 ff.).

³ Falk, aaO., S. 5.

⁴ Zur Entstehung des „*ius respondendi*“ ausführlich Kunkel, Wolfgang, *Römische Rechtsgeschichte*. 9. A., Köln 1980, S. 99–104, und Söllner, Alfred, *Einführung in die römische Rechtsgeschichte*. 3. A., München 1985, § 15 V (S. 103–106).

⁵ Zur Entwicklung vgl. Stölzel, Adolf, *Die Entwicklung des gelehrten Richtertums in den deutschen Territorien*. 2 Bde., Neudruck der Ausgabe Stuttgart 1872, Aalen 1964, Bd. 1, S. 196 ff.

⁶ Soweit als zweite Wurzel der Aktenversendung an die Juristenfakultäten häufig auch der deutschrechtliche „*Rechtzug an den Oberhof*“ genannt wird, dürfte diese Ansicht schon deshalb nicht zutreffen, weil auch außerhalb des deutschen Sprachraums, vor allem an den oberitalienischen Juristenfakultäten (Bologna, Pisa und Padua), die zweifellos weder im Einflussbereich spätmittelalterlichen deutschen Rechts lagen, noch in ihrem näheren geographischen Umfeld mit einer den Oberhöfen vergleichbaren Einrichtung konfrontiert wurden, mit erheblichem zeitlichem Vorsprung vor dem cisalpinen Raum universitäre Spruchkollegien entstanden waren (vgl. Engelmann, Woldemar, *Die Wiedergeburt der Rechtskultur in Italien durch die wissenschaftliche Lehre. Eine Darlegung der Entfaltung des gemeinen italienischen Rechts und seiner Justizkultur im Mittelalter ...*, Leipzig 1938, S. 243–335).

⁷ *Erneuertes Fürstlich-Hessen-Darmstädtisches Kanzley-Reglement, sub dato den 14ten Augusti 1724; Ordnung, ... wie Wir es in Unseren Fürstlichen Ober- und Untergerichten mit den Rechtsfertigungen und Appellationen gehalten haben wollen [vom 2. Mai 1724]*.

⁸ *Kanzleireglement*, Nr. 27.

⁹ Gönner, [Nicolaus Thaddaeus,] *Handbuch des deutschen gemeinen Prozesses in einer ausführlichen Erörterung seiner wichtigsten Gegenstände*. 1. Bd., 1. A., Erlangen 1801, S. 78.

¹⁰ Vgl. Pätzold, Gerhard, *Die Marburger Juristenfakultät als Spruchkollegium (Beiträge zur Hessischen Geschichte 5)*, Diss. iur., Marburg 1966, S. 26 und 39.

¹¹ Vgl. Kaufmann, Georg, *Geschichte der deutschen Universitäten*. Band II, Unveränderter Abdruck der Ausgabe Stuttgart 1896, Graz 1958, S. 157–159.

¹² Briefkonzept Antoniis an den Oberamtmann Philip von Buseck vom 4. Januar 1608 (StaA DA E 6/B 4/1 Universitätssachen 1607–1608, f. 148 [v] f.): „... sintemal, ... ein Meckelburgischer Bott, ... fleissig nachgefragt, wie viell und was für Juristen allhier in der Facultet wehren, und als Herr D. Winkelmanns zu wissen begehrt, warumb er solches frage, hat er geantwortt, ihm wehre dasselbig von Meckelburgischen Herren Räthen befohlen, damit sie sich mit verschickung der Acten darnach hetten zu richten“.

¹³ StaA DA E 6/B, Konv. 4 Fasz. 2, Universitätssachen 1608–1613, Blatt 10 f.: Undatiertes Briefkonzept (Antoniis?) an einen ungenannten Empfänger: „so hat auch diese erste beide Jahr von den Consultationibus ein ieder zum wenigsten jarlich 200 fl. haben können, verhoffen es werde sich mitt der Zeitt verbessern“.

¹⁴ So Antoniis Klage in dem in Fußnote 12 erwähnten Briefkonzept.

¹⁵ Abgedruckt bei Pätzold, aaO., S. 124 ff., Anhang III.

¹⁶ Köbler, Gerhard, *Gießener juristische Vorlesungen (Arbeiten zur Rechts- und Sprachwissenschaft)*, 1982, S. XV.

¹⁷ Den äußeren Verlauf der Aktenversendung stellen aus zeitgenössischer Perspektive umfassend dar Elsäßer, Carl Friedrich, *Ueber den Geschäftsgang von der Versendung der Akten an Rechtskollegien an bis zur Eröffnung des eingeholten Urthels*, im Anhang zu: Danz, Wilhelm August Friederich, *Grundsätze des gemeinen, ordentlichen, bürgerlichen Prozesses*. 3. A., Stuttgart 1800, und Jäger, Tobias Ludwig Ulrich, *Ueber das Rechtsmittel der Revision und der Aktenversendung. Eine academische Abhandlung*, Stuttgart 1787.

¹⁸ Schreiben Estors an einen geheimen Rat in Darmstadt vom 23. August 1735 (StaA DA E 6 B 24/11, des professoris Juris, Dr. Estors, zu Gießen, *Vocationes ... betr.* 1735 ..., Stück 2, S. 5.).

¹⁹ Beispielhaft soll aus der landgräflichen Instruktion zur Visitation des Jahres 1719 zitiert werden (StaA DA E 6 B 16/1 *Instruction wegen Visitirung der Universität Gießen, de Dato Darmstatt, den 27ten Novembr. 1719, f. 8 Rs.*): „Nachdem auch nicht nur in denen Statutis enthalten, dass Unsere Professores [f. 9 Vs.] Ihre Consilia und Responsa im Tax zumahl gegen die Unserige, nicht zu hoch sezen, so wünschten Wir wohl, dass quoad Taxam zumahl innerhalb Landes kunfftig etwas moderater (?) Verfahren“.

²⁰ In einem Brief Grolmans an Hartung vom 5. Oktober 1720 wurde diesem die Berufung nach Gießen damit schmackhaft gemacht, dass sich sein zu erwartendes Gehalt, „die Collegia nicht mitgerechnet in sito mit denen accidentien über 1200 fl beläuft“ (Personalakte Joh. Gottfried Hartung UA GI Jur K 5, 2. Bündel [1701–1725]). Knorr aus Halle verlangte in einem Brief für die Besetzung des vierten Ordinariats neben einer Besol-

derung von 500 fl. auch, dass er „... von den Promotions Gebühren und denen Acten Sporteln meinen Antheil bekomme“ (StaA DA E 6 B 25/1 Acta Die besetzung ..., ad 10, 3. S.).

²¹ Bereits bei einer der ersten Neubesetzungen eines vakanten Ordinariats stellte die Fähigkeit zur Aktenbearbeitung ein wesentliches Qualifikationsmerkmal dar: „Undt da die Professores facultatis juridica in Doctore Hunnie das vertrauen stellen, derselbig nicht allein fermis operis scholasticis ... sondern auch denen bey den Juristen Faculteten gewöhnlichen negotiis consultationibus undt laboribus derer Juristen und Herren, und dero Landen ... merklich gelegen“ (Schreiben der Universität an den Landgrafen vom 21. Oktober 1613, StaA DA E 6 B 4/2 Universitätssachen 1608–1613, f. 264 Rs.).

²² Vgl. Lück, Heiner, Die Spruchfähigkeit der Wittenberger Juristenfakultät. Organisation – Verfahren – Ausstrahlung. (Diss. iur., Halle 1983), Köln 1998, S. 204 ff.

²³ So auch ein Schreiben des Dekans Gruber an einen Geheimen Rat und Kanzler vom 10. Juni 1726 (StaA DA 24/7 Des gewesenen Pro-Cancellarii zu Gießen, D. Webers, Absterben, ... betrd. 1726 ..., Stück 8).

²⁴ StaA DA E 6 B 24/4 Der Juristen-Facultät zu Gießen unthgste Vorstellung ... 1710 ..., Stück 2, 3. S.

²⁵ UA GI Jur F 7 A I, A IV und A V.

²⁶ UA GI Jur F 7 A VI.

²⁷ Dekanatsbuch 1856–1930 an Album Facultatis juridicae Gissensis (UA GI Jur L 1), S. 1 ff.

²⁸ Noch 1882 oder 1883 war eine Anfrage des Großherzoglichen Landgerichts in Mainz eingegangen, deren Bearbeitung die Fakultät aufgrund eines Beschlusses vom 23. Januar 1883 allerdings verweigerte (Dekanatsbuch 1856–1930 an Album Facultatis juridicae Gissensis, UA GI Jur L 1, 70. und 72. S.).

²⁹ Modéer, Kjell A., Aktenversendung und Greifswalder Juristenfakultät zur Zeit der Eröffnung des Wismarer Tribunals, in: Dirk Alvermann und Jürgen Regge (Hg.), *Justitia in Pommern*, Münster 2004, S. 73, 76.

³⁰ Zu nennen sind hier nur die in einem Umkreis von etwa 100 Kilometern zu Gießen liegenden, in mehrere Linien geteilten nassauischen, solmsischen und ysenburgischen Territorien, die Grafschaften Erbach und Hanau, die Burggrafschaft und die Reichsstadt Friedberg, das Bistum Fulda und die Reichsstädte Wetzlar und Frankfurt.

³¹ Hert I, 068. In dem Responsum ging es um die von der Judenthüm begehrte Genehmigung des Baus einer Synagoge.

³² Hert I, 161 und 162. Es handelt sich um das Verfahren gegen den Celler Hofjuden Philipp Arens.

³³ Anonym, Erneuerter Abdruck eines Gutachtens der Juristen-Facultät auf der Großherzoglich Hessischen Universität zu Gießen, die Vertheidigung der Anmaßung der Frankfurter Juden-Gemeinde auf das Bürger-Recht der

freyen Stadt Frankfurt betreffend. Mit berichtigenden Noten zum Text (ohne Druckort), 1817, S. 14 ff.

³⁴ Erneuerter Abdruck ..., S. 65 ff.

³⁵ Erneuerter Abdruck ..., Vorbemerkung, S. VI f.

³⁶ In dem „Erneuerten Abdruck ...“ kommentiert der ungenannte Herausgeber das Gießener Gutachten u.a. auf S. 29 in Fn. (29) wie folgt: „Vor solcher Jurisprudenz bewahre uns Christen der liebe Gott!“ und auf S. 83 heißt es in Fn. (83): „Solche subversive Behauptungen, solche sinnlose Beförderungen des Judenthums verdienen nur Verachtung, keine weitere Widerlegung. O Judas! O Silberlinge!!“

³⁷ In der von Schildt begründeten und von Amend-Traut weitergeführten digitalen Datenbank finden sich über 175 in Reichskammergerichtsverfahren zur Prozessakte gelangte Gießener Sprüche (www.jura.uni-wuerzburg.de/lehrstuehle/amend_traut/forschungsprojekt_datenbank_hoehstgerichtsbarkeit).

³⁸ So u. a. in UA GI Jur F 7 A IV, 033, Responsum vom Februar 1712 für Adv. Cam. zu Wetzlar J. Geibbel (sic!); Responsum vom November 1728 für Lt. Hert in Wetzlar in Sachen der Gemeinde Cronsburg gegen Holzmüller wegen Unterhaltung eines Stegs (UA GI Jur F 7 A XVI, 138); Responsum vom Mai 1764 ad requisit. H. Justizraths Hert in Wetzlar in Sachen Sempronius gegen Graf Ludovici (UA GI Jur F 7, Ordner „Universität Gießen Juristische Fakultät Responsa 1763.“).

³⁹ Hert I, 579 vom 3. August 1695 (S. 934).

⁴⁰ Hert I, 392, 393. In einem weiteren Fall wird nicht die Folter angeordnet, sondern die Freilassung des Angeklagten auf Kautions (Responsum und Urteil vom 20. Juli 1705 in Sachen des Fiscalischen Anwalts gegen Philipp Bohmann, Hert I, 443).

⁴¹ Hert I, 544.

⁴² Hert I, 523.

⁴³ Enderlein, Friedrich Leonhard, Die Reichsstadt Schweinfurt während des letzten Jahrhunderts ihrer Reichsunmittelbarkeit mit vergleichenden Blicken auf die Gegenwart. Bd. I, Bürgerthum und Verfassung aus städtischen Quellen dargelegt, Schweinfurt 1861, S. 31.

Abkürzungen im Endnotenverzeichnis: Sta DA = Staatsarchiv Darmstadt, UA GI = Universitätsarchiv Gießen.

Kontakt:

Thomas Kischkel
Amtsgericht Wetzlar
Wertherstraße 2
35578 Wetzlar
E-Mail:

T.Kischkel@AG-Wetzlar.Justiz.Hessen.de

V. Berichte aus geförderten Projekten



Rahel Kesselring

Bericht über DISKURS '14 vom 12. Oktober bis 14. Dezember 2014

Über die Dauer von zehn Wochen fand im Herbst 2014 das Diskursfestival zum dreißigsten Mal statt – organisiert und ausgerichtet von Studierenden der Angewandten Theaterwissenschaft. In Anlehnung an die Struktur eines literarischen Salons fand das Festival dieses Jahr als Veranstaltungsreihe statt und stellte die formale Rahmung für inhaltliche Programmpunkte, Lectures, Diskussionen und Performances für die eingeladenen Gäste und Besucher/innen.

Ein wichtiger Teil des Konzepts des diesjährigen Festivals war der Fokus auf die Festivalstruktur. Ein unverwechselbarer räumlicher und zeitlicher Aufbau gaben dem ansonsten heterogenen Festival eine wiedererkennbare Struktur. Vom 12. Oktober bis zum 14. Dezember fand DISKURS '14 jeden Sonntag von 12 bis 24 Uhr in einer immer neuen Räumlichkeit Gießens statt. Jeder Sonntag hatte einen anderen thematischen Schwerpunkt und eingeladene Gäste – Künstler/innen, Performance-Gruppen und Theoretiker/innen, die sich mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Themengebieten beschäftigten: vom Entstehen sozialer Codes (Social Space Agency am 19. Oktober), über Hacking und Internetkunst (Nathan A. Fain am 2. November), Zeitstrukturen in der postfordistischen Gesellschaft (Maska Research Group am 23. November), verschiedenen Strategien im Post-Feminismus (Margarita Tsomou am 30. November), Natur und Umwelt in Performance (Tuija Kokkonen am 7. Dezember) und vielen weiteren Positionen. Eingeladen und kuratiert

wurden die Gäste von Studierenden der Angewandten Theaterwissenschaft und weiteren Kulturschaffenden aus Gießen.

DISKURS '14 besetzte jeden Sonntag einen anderen semi-öffentlichen Raum in Gießen, öffnete diesen nach außen und erschloss ihn so einem neuen Publikum, schuf einen temporären, öffentlichen Ort der Auseinandersetzung, des Verweilens und der unerwarteten Begegnungen – experimentelles Labor und gemütliches Wohnzimmer gleichzeitig. Durch die Besetzung verschiedenster Räume und der Positionierung des Diskurs-Festivals inmitten der Stadt kam es zu Begegnungen und Durchmischung unterschiedlichster Gruppen: Studierende, Künstler/innen und Kulturschaffende, Wissenschaftler/innen, Bürger/innen und Passanten kamen bei DISKURS '14 zusammen.

Die zeitliche Ausdehnung des Festivals erlaubte den Besuchern wie auch den Vortragenden eine vertiefte Auseinandersetzung mit den Themen. Durch das ungewöhnliche Festivalformat lag der Schwerpunkt von DISKURS '14 mehr-



Abb. 1: Margarita Tsomou: "Streching Attitudes: Between work & sex, pop & feminism, riot & crisis". (Foto: Rahel Kesselring)



Abb. 2: Margarita Tsomou: "Streching Attitudes: Between work & sex, pop & feminism, riot & crisis".
(Foto: Rahel Kesselring)

heitlich auf der theoretischen und diskursiven Auseinandersetzung mit zeitgenössischen Fragestellungen. Die Festivalstruktur bildete einen experimentellen Rahmen, der vielseitigen Formen von Diskurs ihren Platz bot: nach Performances, Lesungen und Vorträgen, Diskussionsrunden, persönlichen Gesprächen bei Kaffee und Kuchen und Workshops in kleinen Gruppen schloss jeder Sonntag mit einem gemeinsamen festlichen Abendessen, das Raum gab, den vergangenen Tag noch einmal zu reflektieren.

Durch den außergewöhnlichen zeitlichen Aufbau des Festivals setzten sich auch die Besucher/Innen und Gäste vermehrt mit Festivalstrukturen und mit der Konzeption von DISKURS '14 selbst auseinander. Das Festival regte zum Hinterfragen diskursiver Formate und der kritischen Auseinandersetzung mit Arbeits- und Denkstrukturen an. Es besetzte einen Raum in der Stadt, der von Gästen und BesucherInnen wiederum besetzt wurde, belebt

und mit Inhalt und Leben gefüllt. Die Konzeptionierung von DISKURS '14 in seiner charakteristischen, liquiden Form ließ viele Möglichkeiten der Nutzung und Gestaltungsfreiheit zu und erlaubte es den Besucher/Innen, eine Vielzahl von Rollen anzunehmen: Gast, Zuhörer/in, Konsument/in, Widersprechende/r, Kritiker/in, Vertraute/r, Kollaborateur/in.

Dadurch entstand immer wieder neu ein hierarchiefreier Austausch, in dem gegenseitiger Respekt und Interesse im Mittelpunkt standen und alle Anwesenden auf Augenhöhe interagieren konnten. Neben Denkanstößen für die szenische und theoretische Forschung kamen dabei auch zukünftige Kooperationspläne zwischen Referent/Innen, Künstler/Innen und Besucher/Innen zustande.

Kontakt:

kesselring@diskursfestival.de
premer@diskursfestival.de

Kirsten Prinz

Literarische Grenzüberschreitungen

Lesung und Podiumsgespräch mit dem Schriftsteller Navid Kermani

Navid Kermani gehört derzeit nicht allein zu den avanciertesten Autoren der deutschsprachigen Gegenwartsliteratur, sondern tritt regelmäßig als streitbarer Intellektueller in Erscheinung, so z.B. bei der Rede im Bundestag aus Anlass des 65-jährigen Bestehens des Grundgesetzes. Sein literarisches Schaffen wiederum scheint „am Leben entlang“ geschrieben zu sein und unternimmt den Versuch zwischen Fiktion, Autobiographie, aktuellen gesellschaftlichen Debatten und philosophischen wie theologischen Fragen zu vermitteln. Grund genug, Kermani zu den *LZGesprächen* einzuladen. Diese vom Literarischen Zentrum Gießen ins Leben gerufene Reihe beschränkt sich nicht auf eine Lesung im herkömmlichen Sinn, sondern rückt das poetologische und schriftstellerische Selbstverständnis der jeweiligen Autorinnen und Autoren ins Zentrum. Am 3. 12. 2014 war Navid Kermani zu Gast und las vor einem vollen Margarete-Bieber-Saal.

Moderiert wurde der Abend von Hans Sarkowicz vom Hessischen Rundfunk, Leiter des hr2-Ressorts Kultur, Bildung und künstlerisches Wort. Die Lesung fand auf Initiative des Instituts für Germanistik der JLU Gießen statt. Wesent-

lich und maßgeblich gefördert wurde die Veranstaltung durch die Gießener Hochschulgesellschaft.

Entsprechend der Konzeption des Abends las Kermani aus mehreren Texten und referierte zunächst Gedanken zu Kleist und dessen Liebes-



Abb. 1: Navid Kermani bei den *LZGesprächen* im Margarete-Bieber-Saal.

(Foto: Literarisches Zentrum Gießen)

darstellung, auch nachzulesen in Kermanis aktuellem Essayband *Zwischen Koran und Kafka*. Nach dem folgenden Gespräch mit Hans Sarkowicz las Kermani Auszüge aus seinem aktuellen Roman *Große Liebe*.

Die Liebesthematik in *Große Liebe* bot somit den Anlass, weitere literarische Traditionszusammenhänge zu eröffnen, in die sich letztlich auch Kermanis aktueller Roman einschreibt. Das Thema Liebe beschreibt Kermani als Wirklichkeitsgesättigt und von existenzieller Unmittelbarkeit. Liebe sei demnach „maximal empirisch“. Setzt man diese Aussage in Bezug zu Kermanis Gesamtwerk, so lässt sich hieraus ein wesentlicher Impuls seines Schreibens ableiten: Es ist diese erfahrungsgesättigte Empirie, die impulsgebend für Kermanis literarische Themenwahl zu sein scheint. So treibt in Kermanis umfangreichem und umfassendem Roman *Dein Name* das Gedenken an die Verstorbenen den Schreibprozess wesentlich voran, in *Das Buch der von Neil Young Getöteten* wiederum entfaltet sich der Erzähler über die erste gemeinsame Zeit mit seiner neugeborenen Tochter.

Kleist, so war auf der Lesung zu erfahren, ist indes für Kermani der Autor, dessen literarische Liebesdarstellungen am differenziertesten, aber auch am drastischsten ausfallen. Die Abgründe der Liebe zeigten sich in dem „Ach!“ der Alkmene, das nicht einfach Ausdruck der Sehnsucht sei, sondern aus der Erfahrung, sich mit Gott vereinigt zu haben, resultiere. Im gänzlichen Kontrast hierzu sieht Kermani Kleists *Penthesilea*, das seiner Ansicht nach eines der brutalsten Liebesdramen der deutschen Theatergeschichte sei und die Abgründe der Liebe beleuchte. Ausgehend von zentralen Beispielen der deutschen Literatur stellte Kermani Bezüge zu den Liebesreflexionen des großen islamischen Mystikers Ibn Arabi und seinem Werk *Mekkanische Offenbarungen* her.

Kermani wiederholt in dieser Lesung einmal mehr ein für ihn symptomatisches Vorgehen, ausgehend von Werken der deutschen Literatur, Zusammenhänge zur islamischen Mystik, arabischen Literaten und Literaturtraditionen herzustellen. Ansonsten getrennt behandelte Wissenstraditionen werden auf diese Weise zu-

sammengeführt und in dieser Zusammenschau neue Perspektiven eröffnet, aber auch gemeinsame Traditionszusammenhänge aufgenommen. Diese gemeinsame Traditionslinie eröffnet sich beispielsweise durch Cervantes *Don Quichote*, Goethes *West-östlichem Divan* oder Hedayats Kafkarezeption.

Im Rahmen der Lesung dienten die Ausführungen zu Kleist zudem als Hinführung zu seinem Roman *Große Liebe*. Hier erinnert sich der Erzähler zurück an seine Zeit als 15-Jähriger und an seine „große Liebe“, „der Schönsten des Schulhofes“. Das Motiv des „Närrischwerdens vor Liebe“ dient auch hier dazu, unterschiedliche zeitliche Kontexte, Wissens- und Erzähltraditionen zusammenzuführen. So werden auch in diesem Roman Gedanken islamischer Mystiker und arabische Erzähltraditionen wie z.B. die Geschichte von *Leyla und Madschnun* mit Erinnerungen des Erzählers an die friedensbewegten 80er-Jahre verbunden.

Die durch Hans Sarkowicz moderierte Diskussion eröffnete einen weiteren Blick auf das Schreiben Navid Kermanis. Hier wurde einmal mehr das umfassende Werk Kermanis zwischen Reportage, Essayistik und Literatur hervorgehoben. Die Vielseitigkeit seines Schreibens deutet darauf hin, dass es für Kermani keine Präferenz für eine bestimmte Gattung oder Textform gibt. Der Unterschied besteht seiner Ansicht nach vielmehr in der Vorgehensweise beim Schreiben. Gefragt wurde zudem nach literarischen Einflüssen. Hier betonte Kermani, dass es zunächst die deutsche Literatur, insbesondere des 19. Jahrhunderts und des frühen 20. Jahrhunderts, gewesen sei, die ihn selbst maßgeblich geprägt und seine ästhetische Auffassung stark beeinflusst habe. Gerade die deutsche Literatur sei von metaphysischen Fragen und metaphysischer Verzweiflung geprägt. Diese literarische Traditionslinie breche dann nach dem Zweiten Weltkrieg ab. So betrachtet, sei Kermani über die deutsche Literatur mit der Frage nach Religiösem und mit dem Islam in Kontakt gekommen. Die Bedeutung literarischer Tradition zeigte sich indes auch auf der Ebene des unmittelbaren Schreibens. Dieses, so verdeutlichte die Diskussion, vollziehe sich in direkter Auseinandersetzung mit vorgängigen

Texten. Der Gang zum Bücherregal setzt Impulse für das eigene Schreiben, indem die gedankliche Auseinandersetzung mit Textstellen anderer Autoren in den eigenen Text einfließt. Text wird hier zu einem sich fortschreibenden Textgeflecht. Indem die Auswahl der Texte offen bleibt, wird der Moment des Zufalls bewusst in den eigenen Text integriert. Das Moment des Zufälligen, aber auch des kalkuliert Zufälligen sieht Kermani somit als wesentlich für das eigene Schreiben.

Der Abend zeigte somit wesentliche Elemente eines grenzüberschreitenden Schreibens auf, das als divergierend wahrgenommene Literaturtraditionen zusammenführt, aber auch Unterscheidung zwischen autobiographischem Schreiben und Fiktion, gesellschaftlichem Archiv und subjektiv-erzählender Erinnerung, zwischen islamisch-sufischen Bezügen und konkreter Alltagserfahrung literarisch aufhebt. Diese von der Gießener Hochschulgesellschaft geförderte öffentliche Lesung war zugleich Ausgangspunkt für einen Workshop mit Stu-

dierenden der Germanistik, der am folgenden Tag stattfand. Der Workshop wurde im Rahmen des BA-Seminars „West-östliche Autorenbegegnung: Johann Wolfgang Goethe und Navid Kermani“ angeboten. Auch hier wurden noch einmal Fragen aus der Lesung aufgenommen. Besonders positiv wirkte hierbei, dass Kermani das Gespräch mit den Studierenden direkt suchte und nach ihren Leseindrücken fragte. Auf diese Weise konnten durch Lesung und Workshop sowohl öffentliche als auch fachwissenschaftliche Interessen miteinander verbunden werden.

Literaturhinweise:

Navid Kermani: Große Liebe. Roman. München: Carl Hanser 2014.

Navid Kermani: Zwischen Koran und Kafka. München: C.H. Beck 2014.

Kontakt:

kirsten.prinz@germanistik.uni-giessen.de

SO SEHEN SIEGER AUS



DER TESTSIEGER

BOXSPRINGBETT EVOLUTION SELECT

bestehend aus Boxspring-Unterfederung BO fix mit Bonell-Kern, Liegefläche 180 x 200 cm, 2 x 7-Zonen Taschenfederkernmatratze ORTHOMATIC TT2 in 90 x 200 cm (434 Federn bei 100 x 200 cm), Härtegrad 3, Stretchbezug 962, 2 x Topper KS, FüÙe Chrom, wahlweise mit Kopfteil C, CO, L, P oder T, Stoffgruppe 1. Gegen Aufpreis: Plaid, Kissen, LED Klemmleuchten und Dekoration.

Evolution
by Musterring

2.475,- €

Wenn's einer hat...
MÖBELSTADT
Sommerlad
www.sommerlad.com

35394 Gießen/Schiffenberger Tal
Pistorstraße 2 • Tel. (06 41) 70 03-0

Öffnungszeiten:
Montag bis Freitag 10–20 Uhr
und Samstag 9:30–20 Uhr

Norman Ächtler

Alfred Andersch – Engagierte Autorschaft im Literatursystem der Bundesrepublik

**DFG-Symposion anlässlich des 100. Geburtstages von Alfred Andersch
vom 17. bis 19. Juli 2014 im Senatssaal der Justus-Liebig-Universität Gießen**

Alfred Andersch (1914–1980) gehört zu den bedeutendsten Autoren der deutschsprachigen Literatur nach 1945. Als „Radiomacher“ und Herausgeber der legendären Zeitschrift „Texte und Zeichen“ avancierte er zum einflussreichen Netzwerker des bundesrepublikanischen Kulturbetriebs. Er förderte junge deutsche Autoren und wirkte als Vermittler der Literatur der Moderne und des deutschsprachigen Exils wie auch der internationalen Avantgarde. Als Autor war Andersch nicht nur einer der profiliertesten Programmatiker der deutschen Nachkriegsliteratur. Sein Konzept einer gesellschaftskritischen *littérature engagée* flankierte er darüber hinaus mit einer komplexen Autorpoetik, die explizit an die Tradition der klassischen europäischen und amerikanischen Moderne anknüpft, mit forminnovativen Experimenten jedoch in mehrerlei Hinsicht Akzente für die Entwicklung der Nachkriegsliteratur setzte. Nicht ohne Grund gehören Romane und Erzählungen wie „Sansibar oder der letzte Grund“, „Efraim“ oder „Der Vater eines Mörders“ längst zum Literaturkanon des 20. Jahrhunderts.

Anlässlich des 100. Geburtstages von Alfred Andersch veranstaltete Dr. Norman Ächtler in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Carsten Gansel und dem Institut für Germanistik Ende des Sommersemesters 2014 ein internationales Symposion. Vom 17. bis 19. Juli kamen

im Senatssaal der JLU Wissenschaftler aus unterschiedlichen Disziplinen zusammen, um das facettenreiche Gesamtwerk des Autors neu in den Blick zu nehmen. Da es sich um die einzige wissenschaftliche Veranstaltung zum Jubiläum des Autors im In- und Ausland handelte, war es gelungen, eine ganze Reihe prominenter Vertreter der Andersch-Forschung und weitere international ausgewiesene Experten für die Literatur-, Kultur- und Mediengeschichte der Nachkriegszeit für eine Teilnahme zu gewinnen. Eine großzügige Förderung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft und die Erwin-Stein-Stiftung und die freundliche Unterstützung von Seiten der Gießener Hochschulgesellschaft und des Zentrums für Medien und Interaktivität der JLU ermöglichten es den Veranstaltern, auch



Abb. 1: Alfred Andersch während einer Skandinavienreise, Norwegen 1961.
(Foto: Annette Korolnik-Andersch)

Kollegen aus Japan, Kanada, Österreich, Polen, der Schweiz sowie Tunesien in Gießen begrüßen zu können. Eröffnet wurde das Symposium von Prof. Dr. Adriaan Dorresteyn, dem Vizepräsident der JLU für Studium und Lehre.

Das Symposium folgte dem Ziel, Anderschs Werk und Wirken wieder verstärkt in seinem entstehungs- und rezeptionsgeschichtlichen Kontext zu verorten, die Texte in ihren vielschichtigen Wechselbeziehungen zu zeitgenössischer Literatur- und Medienästhetik zu diskutieren und Anderschs Engagement für eine demokratische Öffentlichkeit in der frühen Bundesrepublik zu würdigen. Hieraus ergaben sich mehrere thematische Schwerpunkte:

1) Andersch gehörte zu den richtunggebenden Medienschaffenden der frühen Bundesrepublik, die einerseits versuchten, den Anschluss an die durch den Nationalsozialismus in Deutschland unterbrochenen Entwicklungen der internationalen künstlerischen Moderne zu finden, und die zugleich das kulturelle Feld selbst als ein gesellschaftliches Teilsystem begriffen, das einen entscheidenden Beitrag zur Demokratisierung der Gesellschaft zu leisten vermochte. In beiderlei Hinsicht besetzte Andersch als Rundfunkredakteur eine Schlüsselposition. Anhand der Auswertung von bislang kaum beachteten Text- und Tondokumenten aus dem Archiv des Hessischen Rundfunks zeigte hr2-kultur-Resortleiter Hans Sarkowicz (Frankfurt/M.) auf, welcher Genres und Stilmittel sich Andersch bediente, um aus einem aufklärerischen Impuls heraus politisch-gesellschaftliche Themen für ein breiteres Publikum aufzubereiten. Dr. Arndt Niebisch (Wien/Österreich) beleuchtete mit dem Kontakt zu Max Bense ein exemplarisches Beispiel für Anderschs Verdienste um die Förderung innovativer Autoren, was zugleich produktiv auf Anderschs eigenes Werk rückwirkte. Dies gilt auch für Anderschs affirmatives Verhältnis zu den neuen Massenmedien Film und Fernsehen. Jutta Müller (Dresden) referierte über die – in diesem Fall misslungene – Zusammenarbeit mit dem Regisseur Helmut Käutner bei der Verfilmung des Romans „Die Rote“. Prof. Dr. Tobias Nagl (London/Kanada) widmete sich

Anderschs filmtheoretischen Texten im Kontext der Filmgeschichte des literarischen Werks.

- 2) Damit ist bereits auf wichtige Aspekte von Anderschs Autorpoetik verwiesen, wie sie Thema der Tagung waren. Andersch zielte u.a. auf ein multimediales Schreiben, indem er zahlreiche Texte als Funk- wie Printfassung konzipierte und damit hergebrachte Genre Grenzen gezielt verwischte. Bereits in den frühen Erzählungen der 1940er Jahre findet sich diese Haltung als Gestus des Bezeichnens, wie Dr. Mohammed Tabassi (Gabès/Tunesien) ausführte. Dr. Christian Sieg (Münster) behandelte in diesem Zusammenhang den sowohl als Hörspiel als auch als Erzählung verfassten Text „Piazza San Gaetano“ und erörterte die Frage, inwieweit sich in Anderschs Realismus Elemente einer metaphysischen Weltanschauung erhalten haben. Komplementär hierzu diskutierte Dr. Norman Ächtler (Gießen) Anderschs „nominalistisch-narrativistische“ Haltung in der hitzigen Debatte um die Ablösung des Existentialismus durch strukturalistische Strömungen als neuer Leitphilosophie der 1960er Jahre. Prof. Dr. Joanna Jabłkowska (Łódź/Polen) bot eine Analyse von Anderschs Italienprosa im Vergleich mit der Reiseliteratur anderer zeitgenössischer Autoren und präsentierte damit ein von der Forschung wenig beachtetes Segment des Gesamtwerks. Dies betrifft auch Anderschs Lyrik. Prof. Dr. Joachim Jacob (Gießen) verdeutlichte anhand von späten politischen Gedichten die Rückbesinnung des Autors auf eine Literatur des gesellschaftlichen Eingreifens und zeichnete den Skandal nach, den Anderschs Gedicht „Artikel 3.3“ gegen die Einführung von Berufsverboten für linksradikal gesinnte Staatsbedienstete Mitte der 1970er Jahre auslöste.
- 3) Der wohl bekannteste Bereich von Anderschs Werk und Wirken ist damit benannt: seine Bedeutung als gesellschaftskritischer *écrivain engagé*. Hier setzte die Tagung insofern neue Akzente, als sie die Perspektive gegenüber dem biographistischen Fokus der jüngeren und jüngsten Andersch-Forschung

weitete und Anderschs Texte wieder verstärkt in ihrem diskurs- und ideengeschichtlichen Zusammenhang diskutierte. Bereits die einführende Keynote-Lecture von Prof. Dr. Volker Wehdeking (Stuttgart) zur Werkgeschichte eröffnete für diesen Themenkomplex den Rahmen. PD Dr. Anne-Rose Meyer (Bonn) stellte am Beispiel von Anderschs und Ingeborg Bachmanns Engagement gegen den Algerienkrieg die Formen literarischen Engagements dar, derer sich die *Gruppe 47* in den 1950er Jahren bediente. Zwei Vorträge gewannen dem Schlüsseltext „Die Kirschen der Freiheit“ (1952) neue, komplementäre Interpretationslinien ab. Während Prof. Dr. Andreas Solbach (Mainz) den Text auf zahlreiche intertextuelle Verweisungsverhältnisse untersuchte, lotete PD Dr. Matthias Schöning (Konstanz) die Möglichkeiten einer kontextorientierten, die Analyseinstrumente und inhärenten Wertmaßstäbe der Literaturwissenschaft mitreflektierenden Lektüre aus. Mit Schwerpunkt auf die Erzählung „Der Vater eines Mörders“ setzte Prof. Dr. Carsten Gansel (Gießen) Anderschs autobiographisch grundierte Texte ins Verhältnis mit der zeitgenössischen Erinnerungsliteratur. Hon.-Prof. Dr. Sascha Feuchert (Gießen) verortete den Roman „Efraim“ im Diskurs der frühen Holocaustliteratur. Demgegenüber wiesen Prof. Dr. Jörg Döring (Siegen) und

Prof. Dr. Markus Joch (Tokyo/Japan) in ihren Beiträgen nochmals auf die Relevanz der Autobiographie für Interpretation und Bewertung von Anderschs engagierter Literatur hin.

F flankiert wurden die Vorträge durch ein Rahmenprogramm, das die Tagung stärker auf der Schnittstelle zwischen akademischen Geisteswissenschaften und öffentlichem literarischem Leben in Gießen verankern und die disziplinären Gegenstände auch einem außer-



Abb. 2: Alfred Andersch mit seiner Frau, der Malerin Gisela Andersch, in ihrem Haus in Berzona (Tessin) um 1965. (Foto: Archiv Korolnik)

universitären Publikum näherbringen sollte. Dieses Rahmenprogramm umfasste eine gemeinsam mit dem Literarischen Zentrum Gießen realisierte öffentliche Lesung der Autorin und Schiller-Preisträgerin Kathrin Röggl zum Thema „Engagierte Autorschaft heute“ sowie eine öffentliche Podiumsdiskussion mit Gästen aus Medien und Wissenschaft. Dr. Norman Ächtler diskutierte u.a. mit Kathrin Röggl und dem Andersch-Biographen Stephan Reinhardt das Thema „Der öffentliche Autor: Individuum – Zeitgenosse – moralische Instanz“. Die regionale Presse berichtete.

Ausweislich der einhelligen Meinung aller Beteiligten ist es dem Symposium gelungen, über profunde, innovative Akzente setzende Beiträge und in ausgesprochen anregenden Diskussionen Werk und Wirken von Alfred Andersch aus der Perspektive aktueller interdisziplinär-kulturwissenschaftlicher Ansätze und Fragestellungen neu in den Blick zu nehmen. Bislang wenig beachtete Facetten des Œuvres konnten

herausgearbeitet werden, der bislang nurmehr polemisch geführten Kontroverse um Anderschs Autobiographie wurde auf wissenschaftlicher Basis begegnet und die Leistungen und Aporien des Autorengagements in zeitgeschichtlichem Kontext neu vermessen. Das Symposium konnte also wichtige Impulse für die weitere Forschung zu Alfred Andersch und der deutschsprachigen Nachkriegsliteratur setzen. Insofern blicken die Veranstalter auf eine rundum gelungene Tagung zurück.

Kontakt:

Dr. Norman Ächtler
Justus-Liebig-Universität Gießen
FB 05 Sprache, Literatur, Kultur
Institut für Germanistik
Otto-Behagel-Straße 10B
D-35394 Gießen
Telefon 0641 99-29084
Norman.Aechtler@germanistik.uni-giessen.de



**Encarnación Gutiérrez Rodríguez,
Ceren Türkmen, Sebastian Garbe**

“Material Matters in Times of Crisis Capitalism. Transnational feminist and decolonial perspectives”

**Internationale Konferenz an der Justus-Liebig-Universität Gießen
vom 13. bis 15. November 2014**

Vor mehr als fünf Jahren offenbarte die Finanzkrise der europäischen Bevölkerung mit einem Schlag die Instabilität der kapitalistischen Wirtschaftsform. Gleichzeitig wurde auch deutlich, in welchem hohem Ausmaß das Finanz- und Wirtschaftssystem global verzahnt und verstrickt ist. Inzwischen boomt die akademische und politische Auseinandersetzung um gesellschaftliche Transformationen in „Krisenzeiten“. Im Anschluss an die mit der Krise einhergehende internationale sozial- und kulturwissenschaftliche Auseinandersetzung hat der Lehrstuhl Allgemeine Soziologie am Institut für Soziologie der Justus-Liebig-Universität, den Prof. Dr. Encarnación Gutiérrez Rodríguez inne hat, die internationale Konferenz „Material Matters in Times of Crisis Capitalism. Transnational feminist and decolonial perspectives“ organisiert. Die Konferenz, die Gutiérrez Rodríguez zusammen mit ihren wissenschaftlichen Mitarbeiter/innen Ceren Türkmen und Sebastian Garbe konzipiert hat und die vom 13. bis 15. November 2014 an der Justus-Liebig-Universität in Gießen stattfand, hatte die sozialtheoretische Frage nach Materialität in Zeiten der Finanzkrise unter Berücksichtigung feministischer und dekolonialer Ansätze zum Gegenstand. Die Konferenz verfolgte dabei drei miteinander verbundene Ziele: erstens, aus einer feministisch-dekolonialen Perspektive die Analyse der Auswirkungen der Krise auf die Lebensbedingungen und -weisen zu untersuchen; zweitens die theoretische Erfassung des Dreieckverhältnisses von Feminismus, Kolonialität und politischer Ökonomie; und drittens die Erarbeitung von sozialen und politischen Alternativen und Visionen gesellschaftlichen Zusammenlebens. Das Format der Konferenz setzte sich aus sieben Hauptvorträgen zusammen, die von den international renommierten Wissenschaftle-

rinnen GAYATRI CHAKRAVORTY SPIVAK (Columbia Universität), LOURDES BENERÍA (Cornell Universität), RHODA REDDOCK (Universität der West Indies, Trinidad), BEATRIZ PADILLA (Minho Universität), GÜLAY TOKSÖZ (Universität Ankara), MARINA GRŽINIĆ (Akademie der bildende Künste, Wien) und den Nachwuchswissenschaftlerinnen YUDERKYS ESPINOSA (Universität Buenos Aires) und GLADYS TZUL (Benemérita Universität Puebla, Mexiko) eingeführt wurden. Die Hauptvorträge fanden in vier Plenarsitzungen zu den folgenden Themen statt: (1) Materialität, Politik und Ethik; (2) Arbeit, Entwicklung und feministische politische Ökonomie; (3) Migrationsregime und Geschlecht sowie (4) Feministische Kritiken an Rassismus und Kolonialität. Die in den Hauptvorträgen eingeführten Themen wurden in den 17 Panels weiter vertieft und diskutiert. Des Weiteren boten zwei Podiumsdiskussionen mit lokalen Wissenschaftlerinnen und Vertreterinnen aus der Praxis die Möglichkeit, die Themen auf konkrete Studien und Projekte zu beziehen. Eine weitere inhaltliche und theoretische Auseinandersetzung fand auf einer visuellen und performativen Ebene statt in den künstlerischen Beiträgen von zum Beispiel VIRGINIA VILLAPLANA (Universität Murcia), SOPHIE HOYLE (Goldsmiths, London) und RAUL GSCHREY (GCSC, Gießen/Frankfurt). Die Konferenz erfreute sich einer regen Teilnahme von rund 350 internationalen Gästen und über 70 Referentinnen und Referenten.

Eingeführt wurde die Konferenz mit den Grußworten des Universitätspräsidenten JOYBRATO MUKHERJEE, des Dekans des Fachbereiches der Sozial- und Kulturwissenschaften, ANDREAS LANGENOHL, und dem Direktor der Forschungs-koordination des Graduate Centre for the Study of Culture (GCSC), JENS KUGELE, und dem

Eröffnungsvortrag der Kultur- und Literaturwissenschaftlerin Gayatri Chakravorty Spivak, Columbia Universität. Im Folgenden zeichnen wir die thematischen Grundzüge der Konferenz nach.

Feministische Perspektiven und transnationale Krisenanalyse

Gayatri Chakravorty Spivak (Columbia Universität) gab zunächst in ihrem Hauptvortrag mit dem Titel "Calling All Feminists", der im Rahmen der ersten einführenden Plenarsitzung zu „Materialität, Politik und Ethik“ gehalten wurde, der Konferenz zu bedenken, dass wir eine neue Sprache entwickeln müssen, um transnationale Perspektiven auf Krisenerfahrungen kohärent erfassen zu können. Spivak kritisierte mit Hinweis auf die Widersprüchlichkeit des "double bind" entwicklungssteleologische Konzepte, die selber Machtverhältnisse reproduzieren und uns heute mit der postkolonialen Erfahrung jenseits von paternalistischen Fürsorgekonzepten des guten Willens dahin führen müssen, die inneren Antagonismen von Süd-Nord-Verhältnissen stärker in den Blick zu rücken. Die erste Podiumsdiskussion mit NOA HA (TU Berlin), DOROTHEA LINDENBERG (Women in Exile & Friends) und LUXENIR CAIXETA (MAIZ) brachte politische Erfahrungen aus selbst orga-

nisierten Migrantinnengruppen und der Flüchtlingsbewegung in Deutschland und Österreich in die Diskussion mit ein.

Diesen transnational-feministischen Blick in der Analyse von Materialität haben Lourdes Benería (Cornell Universität) und Rhoda Reddock (Universität der West Indies, Trinidad) in ihren Vorträgen der zweiten Plenarsitzung „Arbeit, Entwicklung und feministische politische Ökonomie“ empirisch weiter fortgeführt. Benerías wissenschaftshistorischer Vortrag machte aus einer historisch-kritischen Perspektive zunächst die Entwicklung der feministischen Ökonomiekritik seit den 1970er Jahren nachvollziehbar. Zudem formulierte sie eine Kritik an ökonomistischen Reduktionen in den orthodoxen, neoklassischen aber auch marxistischen Wirtschaftswissenschaften im Hinblick auf bezahlte Lohnarbeit. Wie Lohnkosten durch unbezahlte Frauenarbeit gesenkt, entwertet und reproduziert werden, sollte erst mit der Gründung der feministischen Ökonomiekritik als Thema und Kategorie Einzug in die akademischen Debatten halten. Die zweite globale Frauenbewegung war als politische Bewegung an dem Paradigmenwechsel ebenso beteiligt wie die Feminisierung von Arbeit im Zuge der Globalisierung. Reddock zeigte am konkreten Beispiel von Trinidad und Tobago, wie besonders in postkolonialen Räumen Arbeitsverhältnisse über race und Geschlecht strukturiert sind. Dadurch wird das Phänomen der gesellschaftlichen Gewalterfahrung und der informellen Ökonomie zum zentralen Thema innerhalb feministischer Diskussionen und gesellschaftlichen Dynamiken in der Karibik.

Die Debatte um feministische Ökonomiekritik wurde in der nächsten Plenarsitzung „Migrationsregime und Gender“ um weitere europäische Fallbeispiele ergänzt und durch die Verbindung zum europäischen Migrationsregime fortgeführt. Gülay Toksöz (Ankara Universität) stellte die Erfahrung der Frauenarbeit im patriarchal organisierten Kapitalismus in der Türkei in das Zentrum ihrer Analyse. Um zu verstehen, wie die Arbeit immigrierter Frauen in der Türkei organisiert und strukturiert ist, sei der gesellschaftliche Organisierungsfaktor von Religion hier ausschlaggebend. Beatriz Padilla (Minho



Abb. 1: Prof. Gayatri Chakravorty Spivak
(Foto: Macarena Gonzales Ulloa)

Universität) zeigte mit ihrer Analyse der Krisenerfahrung in Portugal auf, wie sich Migrationsbewegungen aufgrund dieser Erfahrung neu strukturieren. Dabei sind vor allem Migranten und Migrantinnen in Lissabon durch das Wegfallen sozialstaatlicher Dienstleistungen darauf angewiesen, sich neu zu organisieren. Marina Gržinić (Akademie der bildenden Künste, Wien) lenkte in ihrem Vortrag in der nächsten Plenarsitzung „Feministische Kritiken an Rassismus und Kolonialität“ die Debatte hin zu einem neuen sprachlichen Krisenverständnis und stellte ihr Theorem von transmigrantischen, transgeschlechtlichen und transfeministischen Kämpfen vor. In der aktuellen Krise schließen wir an die Krisenerfahrung und gesellschaftlichen Metamorphosen nach dem Mauerfall 1990 an, die insbesondere im Verhältnis von Ost-West bearbeitet wurden. Der Multikulturalismus dieser Zeit ist, so Gržinić, in sich ambiva-

lent gewesen. Vielmehr deutet sie diese Phase als Teil eines enormen Rassifizierungsprozesses und von Militarisierung. Gladys Tzul (Benemérita Universität Puebla, Mexiko) und Yuderkys Espinosa (Universität Buenos Aires) haben die Diskussionen des Panels auf politische Erfahrungen in Lateinamerika zurückgeführt. Tzul etwa lieferte mit ihrer empirischen Fallstudie ein Beispiel für die kommunale Selbstverwaltung und autonomen Organisationsprozesse indigener Gemeinschaften in Guatemala. Diese Prozesse sind als Reaktion auf die jahrhundertlange Marginalisierung und Kolonisierung indigener Lebenswelten zu verstehen und lassen sich als Reaktion auf einen konstanten Krisenzustand interpretieren, den diese Gruppen erleben. Bei diesem Beispiel kommunaler Selbstverwaltung entstehen, so Tzul, soziale Beziehungen, die auf den Erfahrungen von indigenen Familienbeziehungen und selbstver-



Abb. 2: Blick ins Plenum während einer Keynote.

(Foto: Macarena Gonzales Ulloa)

walteten Politiken aufbauen. Im Vordergrund stehen Kommunalisierungsprozesse von Ressourcen des öffentlichen Lebens wie Wasser, Energie, Märkte, Wald, Lebensraum und Schulen. Espinosa ergänzte die Analyse des Panels, indem sie die „Entgegnung“ zwischen feministischen und antirassistischen, dekolonialen Kämpfen und Bewegungen in *Abya Yala* (Lateinamerika und Karibik) historisch-kritisch aufarbeitete. Die „Entgegnung“ zwischen den beiden Kämpfen und Bewegungen rekonstruiert die Wissenschaftlerin als ein Zusammenkommen, aber auch ein Auseinanderdriften. Sie geht dieser konjunkturell brüchigen Beziehung nach und stellt dabei die These auf, dass die verspätete Rezeption der antirassistisch-dekolonialen Theorie im Eurozentrismus des lateinamerikanischen Feminismus und dem verhärteten Blick auf Geschlechtlichkeit selbst begründet liegt. Erst die antirassistisch und dekolonial motivierten Kämpfe konnten diesen blinden Fleck aufdecken und einen gemeinsamen Weg für feministische und dekoloniale Bestrebungen ebnen.

In der abschließenden Podiumsdiskussion haben BARBARA HOLLAND-CUNZ (Justus-Liebig-Universität), MARIA VIRGINIA GONZALEZ

(Bildungsreferentin, München) und SELÇUK YURTSEVER-KNEER (Menschenrechtszentrum Karlsruhe) auf feministische Erfahrungen und politische Strategien in Deutschland aufmerksam gemacht. Den Vorträgen rasonierten zahlreiche Beiträge aus dem Plenum, die nicht nur Beispiele gaben, wie das Verhältnis von Wissenschaft und Politik *in times of crisis* gedacht werden kann, sondern wie auf der Höhe der Zeit auch Grenzerfahrungen überwunden werden können.

Von multiplen Kritiken an Materialität bis zum „guten Leben“

In den insgesamt 17 Panels, die an dem zweiten und dritten Konferenztag im gesamten Hauptgebäude der Justus-Liebig-Universität stattfanden, hatten weitere internationale Wissenschaftlerinnen und Aktivistinnen die Gelegenheit, ihre Forschungsergebnisse und Perspektiven mit den Konferenzgästen zu teilen und in einem kleineren Rahmen in einen Dialog zu treten. Besonders in diesen zahlreich besuchten Panels spiegelte sich die ganze Bandbreite des thematischen Schwerpunkts der Konferenz wider. Davon ausgehend wurde zunächst disku-



Abb. 3: Ein Beispiel aus dem Kunstprogramm.

(Foto: Ceren Türkmen)

tiert, wie sich die Materialität sozialer Zusammenhänge im Verhältnis zu Vorstellungen über Körper, Affekte und Werte verhalten und was die Perspektive eines „neuen Materialismus“ bringen kann. Der feministische Schwerpunkt der Konferenz spiegelte sich in Debatten um Rechte von Frauen und sexuellen Minderheiten als auch um die Repräsentation von Sexualität und Geschlechtlichkeit wider. Dabei stand die Entwicklung der zunehmenden Feminisierung von Arbeitsverhältnissen ebenso im Raum wie die Analyse von Haus- und affektiver Arbeit, die von Frauen geleistet wird. Ein weiterer Teil der Panels beschäftigte sich mit der Frage, wie in Zeiten der Krise eine Kritik am Kapitalismus geäußert werden kann und wie sich diese Krise in Migrationsbewegungen und kolonialen Machtverhältnissen äußert. Zuletzt war es ein besonderes Anliegen der Konferenz, mögliche Alternativen ausgehend von der Krisenerfahrung zu entwickeln und soziale und politische Kämpfe an der Schnittstelle zwischen Krise und Wandel zu verstehen. Während die Dekolonisierung der politischen Ökonomie als mögliche Überwindung von kolonialen Machtzusammenhängen als makrosoziale Alternative debattiert wurde, lag der Schwerpunkt bei anderen Workshops auf mikrosozialen Veränderungen durch solidarische Beziehungen oder in Anlehnung an das *buen vivir*, das gute Leben, als indigener Erwartungshorizont einer besseren Zukunft.

Ergebnisse und Dokumentation

Auf der Konferenz wurden drei Forschungsergebnisse und theoretische Prämissen deutlich. Wenn man über die Krise spricht, muss der europäische Blick überwunden, sogar dezentriert werden. Das bedeutet, dass die globalen Verstrickungen nicht nur als marktförmige

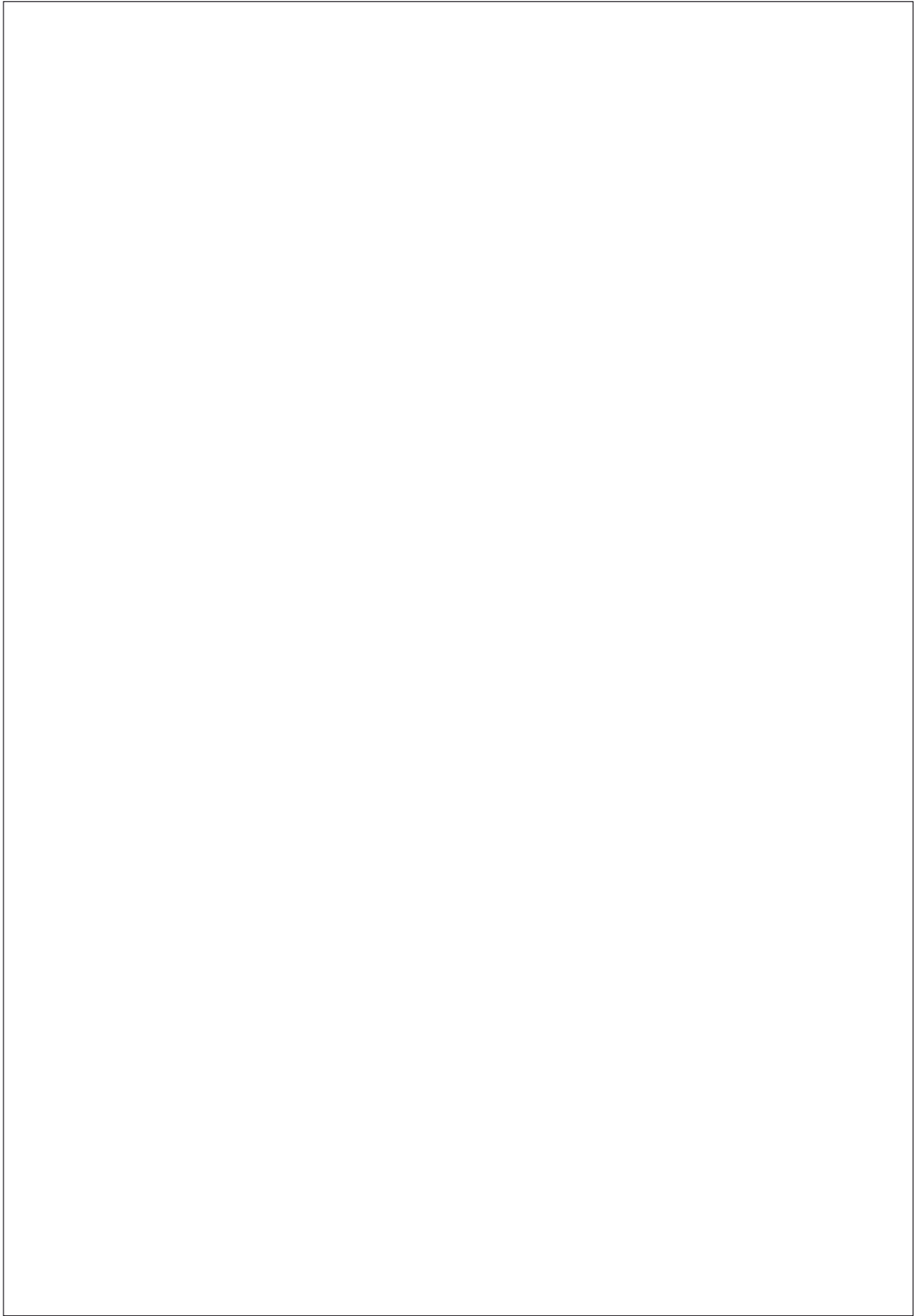
Abhängigkeiten organisiert sind, sondern vor allem auch soziologisch als gesellschaftliche Beziehungen verstanden werden müssen. Dazu gehören globale Geschlechterverhältnisse ebenso wie ethnisierte und postkoloniale Beziehungen. Ebenso wurde deutlich, dass die Krisenerfahrung im Kapitalismus nicht als europäische Ausnahmesituation zu betrachten, sondern eher systemisch und global zu denken ist. Denn obwohl sich die Auswirkungen der globalen Finanzkrise lokal unter spezifischen geo-politischen und historischen Bedingungen ereignen, sind sie an politische und ökonomische internationale Prozesse zurückzubinden. Zusammenfassend hat die Konferenz einen Beitrag zu einer erweiterten Analyse der Krise beigetragen, indem eine ökonomische Analyse der Krise in Dialog mit kultur- und gesellschaftskritischen Ansätzen gebracht wurde. Um dieses Ergebnis in die wissenschaftliche Debatte einfließen zu lassen, ist die Publikation eines englischsprachigen Sammelbandes mit den Beiträgen der Hauptvortragenden und weiteren ausgewählten Beiträgen geplant. Zudem kann die ausführliche Konferenzseite als Informationsplattform weiterhin besucht werden (<https://materialmattersconference.wordpress.com/>). Gegenwärtig arbeitet der Lehrstuhl an einer virtuellen Konferenzdokumentation, die Videoausschnitte der Hauptvorträge beinhalten wird.

Kontakt:

Lehrstuhlinhaberin für Allgemeine Soziologie am Institut für Soziologie der JLU
Prof. Dr. Encarnación Gutiérrez Rodríguez und Team
(<http://www.uni-giessen.de/cms/fbz/fb03/institute/ifs/prof/allg/teamalle>)

VI. Dissertationsauszeichnungen 2014







Dissertationsauszeichnungen 2014

Die Gießener Hochschulgesellschaft ermöglichte auch in diesem Jahr wieder die Auszeichnung von acht hervorragenden, an der Justus-Liebig-Universität Gießen eingereichten Dissertationen. Das Preisgeld betrug je 500,- Euro. Ausgezeichnet wurden:

Dr. Alexander Franck

Rechtswissenschaft und Wirtschaftswissenschaften
Prof. Dr. Walter (Betreuer)

*Trading Strategies of Institutional Investors –
Empirical Evidence from the Mutual Fund Industry*

In der Dissertation werden Handlungsentscheidungen europäischer Aktienfondsmanager untersucht. Die betrachteten Forschungsaspekte stammen aus dem Bereich der "Behavioral Finance" und durchleuchten beispielsweise inwiefern Fondsmanager ein Herdenverhalten beim Aktienkauf und -verkauf an den Tag legen. Die Arbeit besteht aus vier separaten Aufsätzen, die jeweils in verschiedenen akademischen Journalen veröffentlicht werden konnten.

Dr. Matteo Toscani

Sozial- und Sportwissenschaften sowie Psychologie
Prof. Dr. Gegenfurtner (Betreuer)

Effect of fixation positions on perception of lightness and color

Dr. des. Jürgen Dinkel

Sprach-, Literatur-, Kultur- und Geschichtswissenschaften sowie Philosophie
Prof. Dr. van Laak (Betreuer)

*Die Bewegung Bündnisfreier Staaten.
Eine globalgeschichtliche Analyse ihrer Genese, Organisation und Politik (1927–1992)*

Warum entstanden im 20. Jahrhundert so viele internationale Organisationen? Ausgehend von dieser Frage untersucht die Dissertation die Entstehung und Geschichte der Bewegung Bündnisfreier Staaten ab der 1920er bis in die 1990er Jahre. Die Bewegung gilt als Unikum in der Geschichte der Dekolonisation, der Süd-Süd-Kooperation, des Kalten Krieges und des Nord-Süd-Konfliktes. In ihr haben sich im Laufe des 20. Jahrhunderts nahezu alle asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Staaten zusammengeschlossen. Mit 120 Mitgliedsstaaten stellt sie nach den Vereinten Nationen eine der größten internationalen Organisationen der Gegenwart dar. Für die Entstehung der Bewegung – so das Ergebnis der Studie – waren verschiedene Akteure und Faktoren von Bedeutung. Am wichtigsten waren aber die enormen Ungleichheiten zwischen den Ländern der nördlichen und der südlichen Hemisphäre, welche die Regierungen der südlichen Halbkugel dazu bewogen, sich zu organisieren, um ihren weltpolitischen Interessen größeres Gewicht zu verleihen.

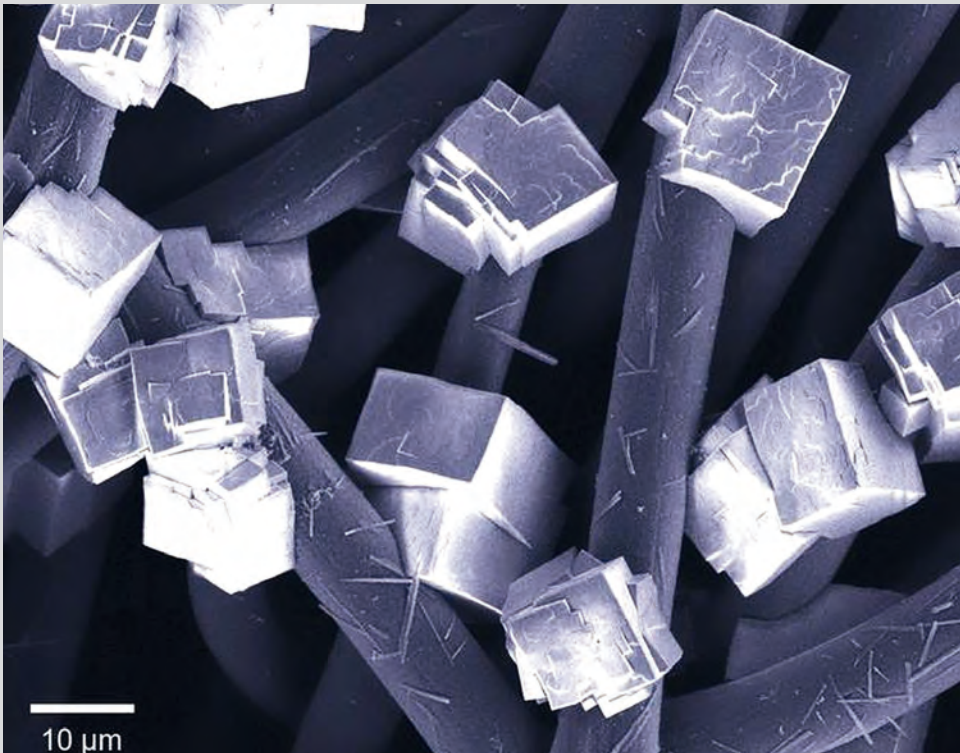
Dr. Pascal Hartmann

Naturwissenschaften

Prof. Dr. Janek (Betreuer)

A Rechargeable Room-Temperature Sodium Superoxide (NaO₂) Battery

Internationale Forschungsanstrengungen zu leistungsfähigeren elektrochemischen Energiespeichern („Batterien“) haben sich im Bereich grundlegend neuer Konzepte unter anderem auf sogenannte Lithium-Sauerstoff-Zellen (Li/O₂-Zellen) konzentriert, da diese im Vergleich zu den heute verwendeten Lithiumionenzellen prinzipiell ein besonders hohes Speichervermögen aufweisen. Durch den Austausch von Lithium- durch Natriumkomponenten ist es im Rahmen der Dissertation gelungen, eine Zelle zu konstruieren, deren grundsätzliches Funktionsprinzip zwar der Li/O₂-Zelle gleicht, die dieser aber insbesondere im Hinblick auf die Energieeffizienz deutlich überlegen ist. Zusammen mit der BASF SE wurde dieses Konzept der Natrium-Sauerstoff-Batterie (Na/O₂) zum Patent angemeldet und in der Fachzeitschrift Nature Materials publiziert. Ganz nebenbei wurde damit auch ein neues Verfahren zur Herstellung von Natrium-superoxid (NaO₂) etabliert, welches bisher nur durch aufwendigere Synthesen dargestellt werden konnte.



Elektronenmikroskopieaufnahme der während der Zellentladung entstehenden, würfelförmigen Natrium-superoxidpartikel.

Dr. Denise Geßner

Agrarwissenschaften, Ökotoxikologie und Umweltmanagement
Prof. Dr. Eder (Betreuer)

*Investigations on the effects of nutritional and physiological factors
on stress-responsive transcription factors in animal and cell culture models*

Die Dissertation ist dem Fachgebiet der funktionellen Tierernährung zuzuordnen. Es geht dabei um die Frage, durch welche Nährstoffe bzw. Zusatzstoffe der Stoffwechsel von Nutztieren günstig beeinflusst werden kann, so dass Gesundheit und Leistung verbessert werden können. Die Arbeit umfasst in diesem Zusammenhang Aspekte der nutritiven Beeinflussung und der Bedeutung ganz unterschiedlicher Stresszustände, wie der Induktion von oxidativem Stress durch oxidierte Fette, Entzündungsprozessen im Darm beim Absetzen von Ferkeln oder dem physiologischen Stress von Kühen während der Transitphase. Es werden dabei eine ganze Reihe völlig neuer Erkenntnisse gewonnen. Beispielsweise wird erstmals gezeigt, dass Polyphenole durch eine Hemmung des NF- κ B im Darm von Ferkeln entzündungshemmend wirken. Bei der Kuh wird erstmals die Bedeutung des Nrf2 als zentralem Schalter der endogenen Abwehr identifiziert, der auch durch die Fütterung beeinflusst werden kann.

Dr. Yvonne Ackermann

Veterinärmedizin, Tierbiologie, Medizin, Zahnmedizin und Humanbiologie
Prof. Dr. Dr. Usleber (Betreuer)

*Entwicklung und Anwendung enzymimmunologischer Verfahren
zum Nachweis von Alternariol*

In der Dissertation wurden zwei antikörperbasierte Nachweisverfahren entwickelt, um das Schimmelpilztoxin Alternariol in Lebensmitteln nachzuweisen. Alternariol wird von Schimmelpilzen der Gattung Alternaria gebildet und kommt in vielen pflanzlichen Produkten vor. Um das Risiko für den Verbraucher abschätzen zu können, musste eine Vielzahl von Proben untersucht werden. Die entwickelten Testverfahren ermöglichen jetzt einen schnellen und einfachen Nachweis von sehr niedrigen Alternariolkonzentrationen und eignen sich daher sehr gut als Screeningtests.

Dr. Nina Schünemann

Sektionsunabhängige Auszeichnung
Prof. Dr. Brunstein (Betreuer)

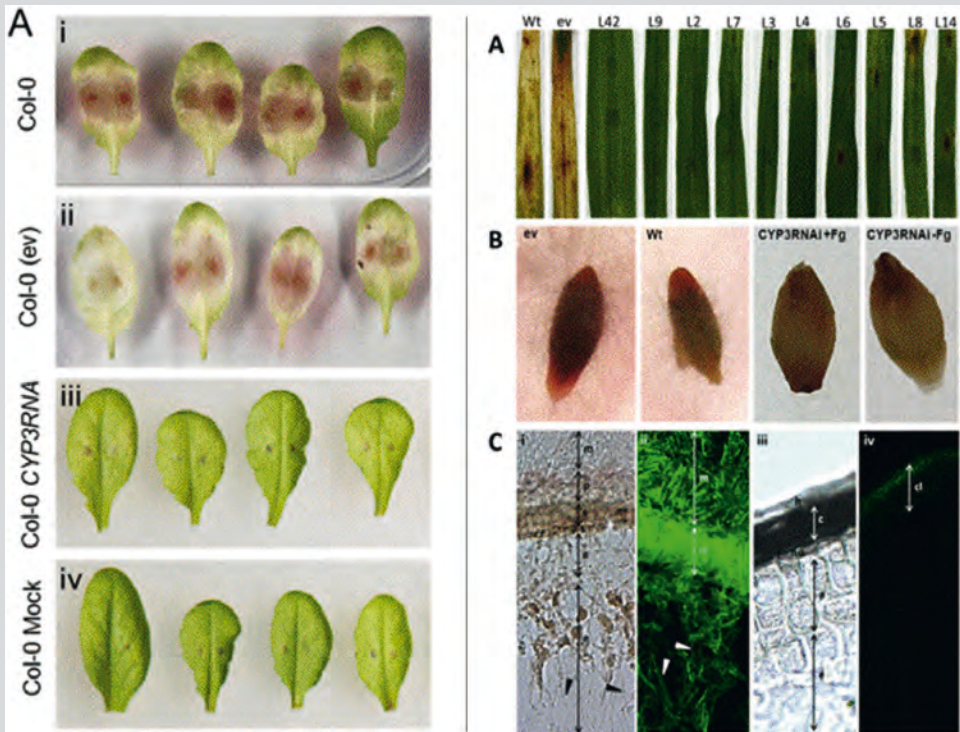
*Combining Reciprocal Teaching with Self-Regulated Learning.
A Component-Process Analysis of Fifth Graders' Reading Strategies Acquisition,
Reading Comprehension, and Collaborative Group Work*

Dr. Aline Koch

Sektionsunabhängige Auszeichnung
Prof. Dr. Kogel (Betreuer)

*Pflanzenbiotechnologische Strategien zur Nutzung antimikrobieller Peptide
sowie der RNAi-Technik für eine nachhaltige Kontrolle von Krankheitserregern*

Die RNA-Interferenz(RNAi)-Technologie stellt eine der Schlüsseltechnologien dar, anhand derer die gezielte Inaktivierung von Pflanzenpathogenen erfolgen kann. Dabei zählt das Phänomen der RNAi bereits heute zu den prominentesten Entdeckungen in der Biologie. In einem als "Host induced gene silencing" (HIGS) bezeichneten Ansatz werden Pflanzen generiert, die ein RNAi-Konstrukt exprimieren, welches "target"-spezifisch die Inaktivierung essentieller Zielgene des Pathogens vermittelt. Im Rahmen dieser Doktorarbeit konnte gezeigt werden, dass die Nutzung eines „natürlichen“ Phänomens wie der RNAi die Möglichkeit zur nachhaltigen und umweltschonenden Kontrolle von Krankheitserregern bietet (Abb. 2). Dies kann langfristig die Reduktion des Einsatzes chemischer Pflanzenschutzmittel im Sinne des integrierten Pflanzenschutzes bedeuten. Zudem ist die RNAi-Technologie hochselektiv einsetzbar, dadurch wird das Risiko von Schädigungen sogenannter Nichtzielorganismen ("off-targets") wie dem Menschen oder Nützlingen (Bienen etc.) minimiert.



Resistenzbeobachtungen in Arabidopsis und Gerste (Koch et al. 2013)

VII. Personalia





Personalnachrichten der Justus-Liebig-Universität Gießen 2014

Universitätsleitung

Am 1. Dezember 2014 trat Susanne Kraus die Nachfolge von Dr. Michael Breitbart im Kanzleramt der Justus-Liebig-Universität an.

Neubesetzungen von Universitätsprofessuren in folgenden Fachbereichen

Wirtschaftswissenschaften

W3-Professur für Betriebswirtschaftslehre mit dem Schwerpunkt Organisation und Personal:
Dr. oec. *Frank Walter*, vorher Assoc. Professor an der Universität Groningen.

Sozial- und Kulturwissenschaften

W2-Professur für Kunstpädagogik mit dem Schwerpunkt Kunstdidaktik:
Dr. phil. *Ansgar Schnurr*, vorher Akademischer Rat auf Zeit an der Technischen Universität Dortmund.

Geschichts- und Kulturwissenschaften

W3-Professur für Islamische Theologie und ihre Didaktik:
Dr. phil. habil. *Yasar Sarikaya*, vorher Vertreter der Professur an der Universität Gießen.

Psychologie und Sportwissenschaft

W2-Professur auf Zeit für Hochschuldidaktik und Evaluation:
Dr. phil. habil. *Jan Ulrich Hense*, vorher wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität München.

Mathematik und Informatik, Physik, Geographie

W2-Professur für Numerische Mathematik und Wissenschaftliches Rechnen:
Dr. *Oleg Davydov*, vorher Reader an der University Strathclyde.
W3-Professur für Didaktik der Mathematik mit dem Schwerpunkt Primarstufe:

Dr. phil. *Christof Schreiber*, bisher Oberstudienrat im Hochschuldienst an der Universität Frankfurt/Main.
W3-Professur für Didaktik der Geographie:
Prof. Dr. phil. *Rainer Mehren*, vorher Professor an der Universität Erlangen-Nürnberg.
W3-Professur für Theoretische Physik mit dem Schwerpunkt Festkörpertheorie:
Dr. rer. nat. *Christian Heiliger*, vorher Juniorprofessor an der Universität Gießen.

Biologie und Chemie

W3-Professur für Biochemie:
Dr. rer. nat. *Katja Sträßer*, vorher Selbstständige Arbeitsgruppenleiterin am Genzentrum der Universität München.
W1-Professur für Chemiedidaktik:
Dr. rer. nat. *Nicole Graulich*, vorher Postdoktorandin an der Clemens University (USA).
W1-Professur für Theoretische Chemie mit dem Schwerpunkt Festkörper- und Materialchemie/Elektrochemie:
Dr. rer. nat. *Doreen Mollenhauer*, vorher Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Freien Universität Berlin.

Agrarwissenschaften, Ökotropologie und Umweltmanagement

W3-Professur für Landschafts-, Wasser- und Stoffhaushalt:
PD Dr. rer. nat. *Lutz Breuer*, vorher Akademischer Rat am Institut für Landschaftsökologie und Ressourcenmanagement an der Universität Gießen

Veterinärmedizin

W3-Professur für Veterinärpharmakologie und -toxikologie:
Dr. oec. troph. *Joachim Geyer*, vorher Universitätsprofessor (W2) an der Universität Gießen.

Medizin

W3-Professur für Unfall- und Wiederherstellungschirurgie:

Prof. Dr. med. *Christian Heiß*, vorher Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Klinik und Poliklinik für Unfallchirurgie an der Universität Gießen.

W2-Professur für Experimentelle Ophthalmologie:

PD Dr. med. vet. Dr. *Knut Stieger*, vorher Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Labor für Molekulare Ophthalmologie, Klinik und Poliklinik für Augenheilkunde an der Universität Gießen.

W2-Professur für Signaltransduktion zellulärer Motilität: Dr. rer. nat. *Klaudia I. R. Giehl*, vorher Wissenschaftliche Mitarbeiterin und außerplanmäßige Professorin an der Universität Gießen.

W3-Professur für das Fachgebiet Molecular Pneumology: *Christos Samakovlis*, Ph.D., vorher Professor an der Stockholm University.

W2-Professur für Diffuse Parenchymal Lung Diseases: *Malgorzata Wygrecka-Markart*, vorher Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Gießen.

Zu außerplanmäßigen Professorinnen und Professoren wurden ernannt

PD Dr. med. *Martin Brück*, Chefarzt der Medizinischen Klinik I am Klinikum Wetzlar, für das Fachgebiet Innere Medizin.

PD Dr. agr. *Rolf-Alexander Düring*, Akademischer Rat am Institut für Bodenkunde und Bodenerhaltung, für das Fachgebiet Ressourcenmanagement und Umweltchemie.

PD Dr. agr. *Johannes Harsche*, Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Hessen Agentur, Wiesbaden, für das Fachgebiet Agrarökonomie.

PD Dr. med. *Christel Heudorf*, Leiterin der Abteilung Medizinische Dienste und Hygiene am Amt für Gesundheit Frankfurt/Main, für das Fachgebiet Hygiene, Umweltmedizin und Öffentliche Gesundheit.

PD Dr. phil. *Alexander Jendorff*, Oberstudienrat an der Goetheschule in Wetzlar, für das Fachgebiet Neuere Geschichte und Vergleichende Landesgeschichte.

PD Dr. med. *Alexander Oksche*, Executive Director Pharmacological Intelligence Mundipharma Research GmbH & Co. KG, Limburg, für das Fachgebiet Pharmakologie und Toxikologie.

PD Dr. med. *Robert Voswinckel*, Chefarzt der Abteilung für Innere Medizin, Bürgerhospital Friedberg, für das Fachgebiet Innere Medizin.

Dr. phil. habil. *Susanne Wachsmuth*, Lehrkraft für besondere Aufgaben am Institut für Heil- und Sonderpädagogik, Fachbereich 03, für das Fachgebiet Geistigbehindertenpädagogik.

PD Dr. rer. nat. *Hermann Willems*, Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Klinik für Wiederkäuer und Schweine, Klinik für Schweine, für das Fachgebiet Molekulare Mikrobiologie.

PD Dr. med. *Claus Wittekindt*, Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Klinik für Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde, für das Fachgebiet Hals-Nasen-Ohrenheilkunde.

PD Dr. med. *Wilhelm Wößmann*, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Kinderheilkunde und Jugendmedizin, Fachbereich Medizin, für das Fachgebiet Kinderheilkunde und Jugendmedizin.

Honorarprofessuren

Dr. rer. nat. *Matthias Bremer*, Abteilungsleiter in der Flüssigkristallforschung Merck KGaA, Darmstadt, wurde eine Honorarprofessur übertragen.

PD Dr. med. *Martin Brück*, Chefarzt der Medizinischen Klinik I am Klinikum Wetzlar, für das Fachgebiet Innere Medizin.

PD Dr. agr. *Johannes Harsche*, Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Hessen Agentur, Wiesbaden, für das Fachgebiet Agrarökonomie.

PD Dr. med. *Christel Heudorf*, Leiterin der Abteilung Medizinische Dienste und Hygiene am Amt für Gesundheit Frankfurt/Main, für das Fachgebiet Hygiene, Umweltmedizin und Öffentliche Gesundheit.

PD Dr. phil. *Alexander Jendorff*, Oberstudienrat an der Goetheschule in Wetzlar, für das Fachgebiet Neuere Geschichte und Vergleichende Landesgeschichte.

PD Dr. med. *Alexander Oksche*, Executive Director Pharmacological Intelligence Mundipharma Research GmbH & Co. KG, Limburg, für das Fachgebiet Pharmakologie und Toxikologie.

PD Dr. rer. nat. *Reinhard Töpfer*, Direktor und Professor am Julius-Kühn-Institut, Bundesforschungsanstalt für Rebenzüchtung Geilweilerhof, Siebeldingen, wurde eine Honorarprofessur übertragen.

PD Dr. med. *Robert Voswinckel*, Chefarzt der Abteilung für Innere Medizin, Bürgerhospital Friedberg, für das Fachgebiet Innere Medizin.

PD Dr. med. *Wilhelm Wößmann*, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Kinderheilkunde und Jugendmedizin, Fachbereich Medizin, für das Fachgebiet Kinderheilkunde und Jugendmedizin.

Emeritierungen und Pensionierungen

Prof. Dr. *Hubertus Ahlbrecht* (Institut für Organische Chemie)

Prof. Dr. *Johannes Georg Frede* (Institut für Landschaftsökologie und Ressourcenmanagement)

Prof. Dr. phil. *Ulrich Horstmann* (Institut für Anglistik)

Dr. *Gabriel Arthur Schachtel* (Institut für Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung)

Prof. Dr. *Elmar Hugo Leo Schlich* (Professur für Prozesstechnik in Lebensmittel- und Dienstleistungsbetrieben)

Dr. *Michael Serafin* (Institut für Anorganische und Analytische Chemie)

Dr. *Richard Wagner* (Referat 4)

Prof. Dr. *Otto Friedrich Winkelmann* (Institut für romanische Philologie)

VIII. Biographische Notizen



Biographische Notizen

Prof. Dr. Max Albert, geb. 1959 in Köln, aufgewachsen in Heidelberg.

1979 bis 1986 Studium der Volkswirtschaftslehre an den Universitäten Würzburg, Mannheim und Konstanz. Stipendiat der Studienstiftung des deutschen Volkes. 1986 Diplom in Volkswirtschaftslehre.

1986 bis 1998 verschiedene Stellen an der Universität Konstanz, dort 1992 Promotion und 1998 Habilitation (Lehrbefugnis: Volkswirtschaftslehre).

1998 Vertretungsprofessur an der Universität Koblenz-Landau, dort 1999 Professor für Wirtschaftswissenschaft und ihr Wissensmanagement.

2003 Professor für Nationalökonomie, insbesondere Wirtschaftstheorie an der Universität des Saarlandes.

2007 Professor für Volkswirtschaftslehre mit dem Schwerpunkt Mikroökonomik (Verhaltens- und Institutionenökonomik) an der Universität Gießen.

Forschungsaufenthalte am Center for the Study of Public Choice der George Mason University, Fairfax/VA (1996), am Centre for the Philosophy of the Natural and Social Sciences der London School of Economics and Political Science (1998), dem Zentrum für interdisziplinäre Forschung der Universität Bielefeld (2000) und am Max-Planck-Institut zur Erforschung von Wirtschaftssystemen (Strategic Interaction Group) in Jena (2005).

Mitglied im Verein für Socialpolitik, insbesondere im Ausschuss für Außenwirtschaftstheorie und -politik, im Theoretischen Ausschuss und im Ausschuss für Sozialwissenschaften.

Vertrauensdozent der Studienstiftung des deutschen Volkes seit 2005.

Forschungsgebiete: Kooperationsverhalten, Wirtschaftsökonomie, Wissenschaftstheorie und Methodologie der Ökonomie.

Stefanie Eschenbrenner, 2008–2011: Biologiestudium an der Justus-Liebig-Universität, Gießen, Deutschland.

September 2011: Bachelor of Science in Biologie: Untersuchung zur genetischen Diversität autochthoner und gebietsfremder Straßenbegrünung, Institut für Botanik, AG Spezielle Botanik, Justus-Liebig-Universität, Gießen. 2011–2014: Biologiestudium an der Justus-Liebig-Universität, Gießen.

März 2014: Master of Science in Biologie: Populationsgenetische und ökologische Untersuchungen zu Vorkommen, Biogeographie und Status von *Drosera*-Arten in Schleswig-Holstein, Institut für Botanik, AG Spezielle Botanik, Justus-Liebig-Universität, Gießen.

April bis November 2014: Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Allgemeine Botanik, AG Spezielle Botanik, Justus-Liebig-Universität, Gießen.

Seit November 2014: Doktorandin am Institut für Allgemeine Botanik, AG Spezielle Botanik, Justus-Liebig-Universität, Gießen.

Seit November 2014: Stipendiatin der Johannes-Hübner-Stiftung, Gießen.

Prof. Dr. Jörg Evers, geb. 1976, hat in Dortmund, London und Freiburg Physik und Mathematik studiert.

Promotion 2004 in Physik an der Universität Freiburg im Breisgau. Ab 2004 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für Kernphysik in Heidelberg, Leiter der Arbeitsgruppe "Correlated and X-Ray Quantum Dynamics".

2008 Habilitation im Fach Physik an der Universität Heidelberg.

2010 Sigrig-und-Viktor-Dulger-Preis der Heidelberger Akademie der Wissenschaften.

2014 Röntgen-Preis der Justus-Liebig-Universität Gießen.

Arbeitsschwerpunkt ist die Wechselwirkung von Licht und Materie, speziell die Röntgenquantenoptik.

Karina Fenner M.A., Jahrgang 1988, studierte von 2007 bis 2014 an der JLU zunächst im Bachelor-Studiengang, anschließend im Master-Studiengang „Sprache, Literatur, Kultur“, zuletzt mit Hauptfach „Germanistische Literaturwissenschaft: Deutsche Literatur – deutsche Literaturen“ und den Studienelementen „Germanistische Linguistik: Texte – Medien – Sprachkompetenz“ und Deutsch als Fremdsprache. 2011/2012: Auslandssemester an der Universidad de Barcelona. Während des Studiums diverse Tutoren- und Hilfskraft-Tätigkeiten, u.a. an der Professur für Historische Sprachwissenschaft und der Professur für Neuere deutsche Literatur und Kulturwissenschaft. Seit Juli 2013 Programmleiterin des Literarischen Zentrums Gießen, seit Oktober 2013 wissenschaftliche Hilfskraft an der Professur für Neuere Deutsche Literaturgeschichte und Allgemeine Literaturwissenschaft. Mitarbeit am Lehrangebot der JLU in den Seminaren:

SoSe 2014: „Literaten im Garten – wie Literatur zum Ereignis wird“ (mit Dr. Kirsten Prinz)

WiSe 2014/2015: „Die Buchmesse – Geschichte, Akteure, Funktionen“ (mit Hon.-Prof. Dr. Sascha Feuchert)

SoSe 2015: „Zeitgeschichtliche Kinder- und Jugendliteratur zur DDR für die Schule“ (mit Hon.-Prof. Dr. Sascha Feuchert)

SoSe 2015: „Zeitgeschichtliche Kinder- und Jugendliteratur zur DDR für die Schule“ (mit Hon.-Prof. Dr. Sascha Feuchert)

SoSe 2015: „Zeitgeschichtliche Kinder- und Jugendliteratur zur DDR für die Schule“ (mit Hon.-Prof. Dr. Sascha Feuchert)

SoSe 2015: „Zeitgeschichtliche Kinder- und Jugendliteratur zur DDR für die Schule“ (mit Hon.-Prof. Dr. Sascha Feuchert)

SoSe 2015: „Zeitgeschichtliche Kinder- und Jugendliteratur zur DDR für die Schule“ (mit Hon.-Prof. Dr. Sascha Feuchert)

SoSe 2015: „Zeitgeschichtliche Kinder- und Jugendliteratur zur DDR für die Schule“ (mit Hon.-Prof. Dr. Sascha Feuchert)

SoSe 2015: „Zeitgeschichtliche Kinder- und Jugendliteratur zur DDR für die Schule“ (mit Hon.-Prof. Dr. Sascha Feuchert)

SoSe 2015: „Zeitgeschichtliche Kinder- und Jugendliteratur zur DDR für die Schule“ (mit Hon.-Prof. Dr. Sascha Feuchert)

SoSe 2015: „Zeitgeschichtliche Kinder- und Jugendliteratur zur DDR für die Schule“ (mit Hon.-Prof. Dr. Sascha Feuchert)

SoSe 2015: „Zeitgeschichtliche Kinder- und Jugendliteratur zur DDR für die Schule“ (mit Hon.-Prof. Dr. Sascha Feuchert)

SoSe 2015: „Zeitgeschichtliche Kinder- und Jugendliteratur zur DDR für die Schule“ (mit Hon.-Prof. Dr. Sascha Feuchert)

SoSe 2015: „Zeitgeschichtliche Kinder- und Jugendliteratur zur DDR für die Schule“ (mit Hon.-Prof. Dr. Sascha Feuchert)

SoSe 2015: „Zeitgeschichtliche Kinder- und Jugendliteratur zur DDR für die Schule“ (mit Hon.-Prof. Dr. Sascha Feuchert)

SoSe 2015: „Zeitgeschichtliche Kinder- und Jugendliteratur zur DDR für die Schule“ (mit Hon.-Prof. Dr. Sascha Feuchert)

Publikationen zum Thema: Das Naturrecht in der Rechtspraxis. Dargestellt am Beispiel der Spruchfähigkeit der Gießener Juristenfakultät, in: Zeitschrift für neuere Rechtsgeschichte 22 (2000), S. 124–147.

Die Spruchfähigkeit der Gießener Juristenfakultät. Grundlagen – Verlauf – Inhalt, Veröffentlichung geplant im Frühjahr 2015.

Zahlreiche Urteilsveröffentlichungen vor allem zu mietrechtlichen Themen.

PD Dr. med. Michael Knipper, Jahrgang 1967, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geschichte der Medizin am FB 11 der JLU Gießen.

Medizinstudium in Bonn und Oviedo/Spanien (1988–1995). Ärztliche Tätigkeit in der Kinderheilkunde (1996–1997), Basisgesundheitsversorgung in Ecuador (1997–1999), Tropenmedizin (2000–2001). 2001 Promotion zum Dr. med. an der Universität Bonn (summa cum laude) mit einer medizinethnologischen Studie über indigene Konzepte zu Krankheit und Gesundheit im Amazonastiefland von Ecuador (Feldforschung 1997–1999). 2010 Habilitation für „Geschichte, Anthropologie und Ethik der Medizin“ am FB Medizin der JLU Gießen in der Sektion Humanmedizin, 2014 Ars-legendi-Fakultätenpreis Medizin für exzellente Hochschullehre (Med. Fakultätentag und Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft). 2015 Gastwissenschaftler am Dep. for Global Health and Social Medicine der Harvard Medical School, USA; Faculty Associate am Research Program for Global Health and Human Rights, University of Connecticut, USA (2015–2017).

Forschungsschwerpunkte: Medizinhistorische und -ethnologische Ansätze zu Migration und sozio-kultureller Diversität im Gesundheitssektor, Medizin und Menschenrechte, Geschichte der Sozialmedizin (20. Jh.) und des Primary Health Care-Ansatzes der WHO (1970er Jahre bis in die Gegenwart), Lehrforschung.

Publikationen (Auswahl): Knipper M (2014): Vorsicht Kultur! Ethnologische Perspektiven auf Medizin, Migration und ethnisch-kulturelle Vielfalt. In: Coors M et al. (Hg.): *Interkulturalität und Ethik*. Göttingen: 52–69; Knipper M (2013): Joining Ethnography and History in Cultural Competence Training. *Culture, Medicine & Psychiatry* 37(2): 373–384; Knipper M (2010): Traditionelle Medizin als strategische Ressource in Ecuador. Indianische Heilkunde im Kontext. In: Dilger H, Hadolt B (Hg.): *Medizin im Kontext. Krankheit und Gesundheit in einer vernetzten Welt*. Frankfurt a. M.: 193–212; Knipper M, Bilgin Y (2010): Medizin und Ethnisch-Kulturelle Vielfalt – Migration und andere Hintergründe. *Deutsches Ärzteblatt* 107 (3): A 76–9.

Prof. Bojana Kunst-Stromajer ist Professorin am Institut für Angewandte Theaterwissenschaft an der Justus-Liebig-Universität in Gießen. Sie ist Direktorin des internationalen Masterstudiengangs Choreographie und Performance. Sie arbeitet als Philosophin, Tanz- und Performanceethnologin und Dramaturgin.

Bojana Kunst studierte Philosophie und Komparative Literatur an der Philosophischen Fakultät der Universität Ljubljana, wo sie 2002 promovierte. Von 2004 bis 2008 war sie als Forscherin an der Fakultät der Künste/Philoso-

phischen Fakultät der Universität Ljubljana tätig, von 2009 bis 2012 arbeitete sie als Gastprofessorin an der Universität Hamburg (Masterstudiengang Performance Studies Hamburg). Sie war Gastprofessorin an verschiedenen europäischen Universitäten und Kunsthochschulen, darüber hinaus arbeitet sie kontinuierlich mit KünstlerInnen, unabhängigen Kulturorganisationen und Festivals aus dem Bereich der zeitgenössischen Performancekunst zusammen. Sie ist Mitglied in den Redaktionsleitungen folgender Magazine: *Maska*, Magazin für zeitgenössische darstellende Kunst, Amfiteater, wissenschaftliches Magazin der Akademie für Theater, Radio, Film und Fernsehen in Ljubljana, *Performance Research – International Journal of the Performing Arts*.

Publikationen: *Impossible Body*, *Maska*, Ljubljana, 1998, *Dangerous Connections*, *Maska*, Ljubljana, 2004, *Processes of Work and Collaboration in Contemporary Performance* (Hg.), Amfiteater, Ljubljana, 2010, *Labour and Performance* (hg. mit Gabriele Klein), Routledge, London, 2012, *Artist at Work*, Zero Books, London, 2015 (August).

Derzeitige Research-Projekte: *Create to Connect*, Rethinking the Relationship between Artists and Communities, mit Unterstützung der Europäischen Kommission, 2012–2016.

Dr. Peter Reuter, geb. 1959 in Duisburg, Studium der Philosophie, Germanistik und Soziologie. M.A. 1986, Promotion 1988. Bibliotheksreferendariat in Marburg und Frankfurt, Fachprüfung 1990. Seitdem an der Universitätsbibliothek in Gießen tätig. Seit 1999 Leiter der Universitätsbibliothek in Gießen, 2002 Ernennung zum Leitenden Bibliotheksdirektor. Gremien- und Verbands-tätigkeiten im Bibliotheksbereich, u.a. im Deutschen Bibliotheksverband (DBV). Verantwortlicher Leiter von Drittmittelprojekten, u.a. in den Bereichen Digitalisierung und Open Access. Seit Oktober 2013 stellvertretender Vorsitzender des Hessischen Bibliotheks-informationsSystems (HeBIS).

Veröffentlichungen (Auswahl): Universitätsbibliotheken im Wandel der Zeiten. Zur Geschichte der hessischen Universitätsbibliotheken seit 1945. In: B. Heidenreich (Hg.): *Hessen. Kultur und Politik*. Die Bibliotheken. Stuttgart: Kohlhammer, 2005, S. 226–252.

Walter Benjamin in Gießen: Die Benjamin-Sammlung in der Universitätsbibliothek. In: I. Hort/P. Reuter (Hg.): *Aus mageren und aus ertragreichen Zeiten: Streifzug durch die Universitätsbibliothek Gießen und ihre Bestände*. Gießen 2007, S. 224–257.

Nur Buchtitel? Walter Benjamins Lichtenberg-Bibliographie. In: *Zettelkästen. Maschinen der Phantasie*. Marbach: Deutsches Literaturmuseum, 2013, S. 17–27.

V. O. Stomps und die „Streit-Zeit-Schrift“. In: *Die Horen*, Bd. 250, 2013, S. 73–80.

Gießener Symposium „NS-Raubgut in hessischen Bibliotheken“. In: *ABI-Technik*, Bd. 33, 2013, S. 44–48.

Strategische Planung der funktionalen Einschichtigkeit. In: *Handbuch Hochschulbibliothekssysteme*. Berlin: de Gruyter, 2014, S. 290–298.

Raubgut. Ein dunkles Kapitel aus der 400jährigen Geschichte der UB Gießen. In: *Ira Kasperowski/Claudia Martin-Konle (Hg.): NS-Raubgut in hessischen Bibliotheken*. Gießen 2014, S. 37–56 (Berichte und Arbeiten

aus der Universitätsbibliothek und dem Universitätsarchiv Gießen, Bd. 62).

Prof. Dr. rer. nat. habil. Volker Wissemann, geb. 1966 in Wuppertal-Elberfeld. Nach einer Lehre zum Zierpflanzengärtner (BAYER AG Leverkusen), Zivildienst im Umweltschutz (Stadt Wuppertal) Studium der Biologie, Agrarwissenschaften und Wissenschaftsgeschichte an der Georgia Augusta Göttingen. 1999 Promotion in Botanik, Pflanzensystematik, stellvertr. Herbarkustos. 2006 Habilitation an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. 2007 W2-Professur für Spezielle Botanik und Leitung des Botanischen Gartens an der Justus-Liebig-Universität Gießen, 2010 W3-Professur für Spezielle Botanik an der JLU Gießen, Leitung des Botanischen Gartens und Universitätsherbariums. 2010 Hessischer Hochschulpreis für Exzellenz in der Lehre, Einzelpreis, Schwerpunkt Sammlungsbezogenes Lehren.

Seit 2013 Kon-Direktor der Hermann-Hoffmann-Akademie für junge Forscher.

Öffentliche Funktionen: z.B. Generalsekretariat der Deutschen Botanischen Gesellschaft (seit 2008), Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Geschichte und Theorie der Biologie (2011–2014), stellvertr. Vorsitzender des Verbands der Botanischen Gärten Deutschlands (2009–2012), wissenschaftlicher Beirat der Zentralkustodie der Georgia Augusta (seit 2013), Wahl und Ernennung zum korrespondierenden Mitglied der Akademie der Wissenschaften, Göttingen (seit 2013), Beirat der Erwin-Stein-Stiftung Gießen (seit 2014), Vorsitzender der Gießener Hochschulgesellschaft (seit 2014).

Publikationen und Herausgeberschaften u.a. Annals of the History and Philosophy of Biology (seit 2005), zahlreiche Publikationen (>100) im Bereich Botanik und Wissenschaftsgeschichte.

OBI®

10%

auf Ihren gesamten Einkauf

So funktioniert's:

Den Coupon abtrennen und vor dem Bezahlen an der Kasse in Ihrem OBI Markt abgeben. Der Coupon ist nicht mit anderen Rabattaktionen/Coupons kombinierbar, einmalig und nicht nachträglich einlösbar. Ausgenommen sind Kaution, Pfand, Mietmaschinen, Zeitschriften, Bücher, Service und Geschenk-Gutscheine. Darüber hinaus nicht einlösbar bei Einsatz von OBI Kunden-Karten und im OBI Online-Shop. **Gültig bis 31.12.15**

Nur in Ihren Größten OBI Märkten

Online reservieren und abholen.

Mit uns startet Ihr Einkauf schon Zuhause!



Herausgegeben von der
Gießener Hochschulgesellschaft e.V.

ISSN 0533-8689

